



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Sanktionen des Jahres 2000 im Spiegel von *Le Figaro* und *Ouest-France*“

Verfasser:

Rainer Redl

angestrebter akademischer Grad:

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 347 406

Studienrichtung lt. Studienblatt:

UF Französisch

Betreuer:

Ass.-Prof. Dipl. Dolm. DDr. Siegfried Loewe

„Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler.“

Ingeborg Bachmann

Bibliothèque Nationale.

„Ich sitze und lese einen Dichter. Es sind viele Leute im Saal, aber man spürt sie nicht. Sie sind in den Büchern. Manchmal bewegen sie sich in den Blättern, wie Menschen, die schlafen und sich umwenden zwischen zwei Träumen. Ach, wie gut ist es doch, unter lesenden Menschen zu sein. Warum sind sie nicht immer so? Du kannst hingehen zu einem und ihn leise anrühren: er fühlt nichts. Und stößt du einen Nachbar beim Aufstehen ein wenig an und entschuldigst dich, so nickt er nach der Seite, auf der er deine Stimme hört, sein Gesicht wendet sich dir zu und sieht dich nicht, und sein Haar ist wie das Haar eines Schlafenden. Wie wohl das tut. Und ich sitze und habe einen Dichter. Was für ein Schicksal.[...]“

Rainer-Maria Rilke: *Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge*, 1910

Danksagung:

Ich möchte mich bei vielen Menschen für ihre freundliche Unterstützung bedanken. Einigen davon möchte ich an dieser Stelle meinen ganz besonderen Dank aussprechen. Zuallererst ist hier natürlich Professor Siegfried Loewe zu nennen, der nicht nur bereit war mich monatelang zu betreuen und mir mit seinem großen Erfahrungsschatz hilfsbereit zur Seite stand, mir aber gleichzeitig bei der Gestaltung der Diplomarbeit freie Hand ließ, sondern auch mein Studium durch Vorlesungen und Seminare zur aktuellen französischen Literaturproduktion sowie landeswissenschaftlichen Aspekten des 19. und 20. Jahrhunderts stark geprägt hat. Stets in Erinnerung bleiben werden mir seine Anekdoten rund um Persönlichkeiten oder geschichtliche Ereignisse. Professor Thomas Angerer möchte ich für seine wertvollen Tipps bei der Themenwahl aber auch für Anregungen bei der Bibliographie danken.

Besonderer Dank gilt auch meinem Freund Arnaud und dessen Freundin Caroline, die mich während meines Forschungsaufenthaltes in Paris in ihrer kleinen Wohnung bei sich aufgenommen haben. Ohne diese Unterstützung wäre dieser Aufenthalt nicht so ohne weiteres möglich gewesen. Bedanken möchte ich mich auch bei den vielen stets überaus freundlichen und hilfsbereiten Mitarbeitern der *Bibliothèque nationale de France*, die mir meine Recherchen wesentlich erleichtert haben. In eingeschränktem Maße gilt dies auch für die Mitarbeiter der Wiener Nationalbibliothek, auch wenn einige Mitarbeiter nicht selten grantig waren. Dank gebührt auch meinen Studienkollegen und Studienkolleginnen, die mich die gesamte Zeit über begleitet haben und ohne die das Studium nicht so schnell verfliegen wäre. Natürlich möchte ich mich auch herzlich bei meiner Familie, insbesondere bei meinen Eltern, bedanken, die mein Studium überhaupt erst ermöglicht, mir jederzeit jede Unterstützung gewährt haben und dabei auf jeden Zeitdruck verzichtet haben. Danke!

Inhaltsverzeichnis:

INHALTSVERZEICHNIS:	III
ABBILDUNGSVERZEICHNIS:	IV
EINLEITUNG:	- 1 -
INHALT DER ARBEIT:	- 1 -
BEWEGGRÜNDE:	- 2 -
AUSWAHL DES UNTERSUCHUNGSMATERIALS UND -ZEITRAUMS:	- 3 -
VORGANGSWEISE:	- 9 -
FORSCHUNGSSTAND:	- 10 -
ALLGEMEINER TEIL:	- 13 -
ÜBERBLICK ÜBER DIE EREIGNISSE:	- 13 -
<i>Die Nationalratswahl 1999 und die gescheiterten Koalitionsverhandlungen SPÖ-ÖVP:</i>	- 13 -
<i>Regierungsbildung und Sanktionen:</i>	- 15 -
<i>Der Weissenbericht und die Aufhebung der Sanktionen:</i>	- 19 -
<i>Nachwirkungen:</i>	- 22 -
ÖSTERREICHBILD IN FRANKREICH – ÖSTERREICHISCH-FRANZÖSISCHE BEZIEHUNGEN IM RÜCKBLICK:	- 25 -
GESCHICHTE DER FPÖ BIS 2000:	- 28 -
<i>Die Entstehung des dritten Lagers nach 1945:</i>	- 29 -
<i>Die FPÖ von der Gründung bis 1986:</i>	- 31 -
<i>Die FPÖ unter Jörg Haider:</i>	- 34 -
<i>Mögliche Gründe für den Erfolg der FPÖ:</i>	- 38 -
<i>Die FPÖ – eine rechtsextreme, radikale und/ oder populistische Partei?</i>	- 40 -
EMPIRISCHER TEIL:	- 43 -
FRANZÖSISCHE REAKTIONEN AUF DIE REGIERUNGSBILDUNG:	- 43 -
<i>Die Haltung von Politikern und Parteien:</i>	- 44 -
<i>Die Haltung von Künstlern, Intellektuellen und Wissenschaftlern:</i>	- 53 -
<i>Schlussfolgerung:</i>	- 60 -
VERLAUF DER BERICHTERSTATTUNG:	- 62 -
<i>Zu- und Abnahme des Medieninteresses:</i>	- 63 -
<i>Karikaturen, Fotos und Leserbriefe:</i>	- 65 -
<i>Ende der Berichterstattung und andere Besonderheiten in der Berichterstattung:</i>	- 69 -
GASTKOMMENTARE UND INTERVIEWPARTNER:	- 77 -
SCHLUSS:	- 93 -

RESUME EN FRANÇAIS:	- 99 -
BIBLIOGRAPHIE:	- 107 -
ANHANG:	- 113 -
ZEITUNGSARTIKEL:	- 113 -
ZUSAMMENFASSUNG:	- 129 -
LEBENS LAUF:	- 131 -

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Auflagenstärke französischer Tageszeitungen.....	- 05 -
Abbildung 2: Wahlergebnis der österreichischen Nationalratswahl 1999.....	- 13 -
Abbildung 3: Anzahl der Artikel insgesamt im Beobachtungszeitraum.....	- 63 -
Abbildung 4: Artikel/ Monat <i>Le Figaro</i>	- 64 -
Abbildung 5: Artikel/ Monat <i>Ouest-France</i>	- 64 -
Abbildung 6: Gesamtanzahl der auf Seite 1 erschienenen Schlagzeilen im Vergleich.....	- 65 -
Abbildung 7: Gesamtanzahl der erschienenen Fotos im Vergleich.....	- 66 -
Abbildung 8: Anzahl der Gastkommentare und Interviews im Beobachtungszeitraum....	- 78 -
Abbildung 9: Gastkommentare, Interviews/ Monat <i>Le Figaro</i>	- 78 -
Abbildung 10: Gastkommentare, Interviews/ Monat <i>Ouest-France</i>	- 78 -

Einleitung:

Inhalt der Arbeit:

Die bilateralen Maßnahmen der EU im Jahr 2000 aufgrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ wurden in Österreich rasch und am häufigsten mit „*EU-Sanktionen*“ bezeichnet, es entstand aber eine Vielzahl von Ausdrücken, so waren etwa auch „*Protestmaßnahmen*“, „*Boykott*“ oder „*Strafmaßnahmen*“ durchaus gebräuchlich. In der französischen Presse ist die Rede von „*sanctions internationales*“, „*sanctions communautaires*“, meist verkürzt als „*sanctions*“, „*réaction commune*“, „*embargo politique*“ aber auch „*affaire Haider*“. Im Vordergrund dieser Maßnahmen stand dabei ausdrücklich der bilaterale Charakter, der sich nur auf die offiziellen Kontakte auf politischer Ebene bezog. Keinesfalls handelte es sich um wirtschaftliche oder gar militärische Sanktionen. Nichtsdestotrotz wurde die Zusammenarbeit mit Österreichern von einigen Firmen, Künstlern oder Universitäten kritisch hinterfragt. Nachdem ich meine Beweggründe für dieses Thema dargelegt habe, soll kurz auf die Auswahl der Zeitungen, deren Entstehungsgeschichte sowie Ausrichtung eingegangen werden. Danach soll neben einem kurzen Abriss meiner Vorgangsweise auch noch eine kurze Zusammenschau über die zu diesem Thema bereits erschienen Arbeiten versucht werden.

Im allgemeinen Teil wird dann zunächst einmal ein Überblick über die Ereignisse gegeben, vom Wahlausgang im Oktober 1999 über die Sondierungsgespräche, die Regierungsbildung unter Beteiligung der FPÖ bis zu den internationalen Reaktionen. Weiters werden die Sanktionen und deren innen- und außenpolitischen Auswirkungen, sowie die Entwicklungen, die schließlich zu ihrer Aufhebung im September 2000 geführt haben, analysiert. In der Darstellung der Ereignisse möchte ich auch auf den sogenannten *Weissenbericht* eingehen, da dieser sowohl eine möglichst objektive Darstellung aufgrund der vorliegenden Fakten versucht, als auch auf breite Zustimmung im In- und Ausland gestoßen ist. Im Anschluss wird das in Frankreich vorherrschende Österreichbild kurz dargelegt. Danach soll auf die Entstehungsgeschichte der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) sowie mögliche Gründe für deren Erstarken, das seit Mitte der 80er-Jahre stets eng mit der Person Jörg Haider verknüpft war, eingegangen werden, weil sie mir im Hinblick auf ein besseres Verständnis der Ereignisse und der Reaktionen darauf unerlässlich erscheinen. Dabei sei gleich noch festgehalten, dass es sich um ein kontroverses Thema handelt, es also schwierig ist, objektiv zu sein, was aber trotzdem versucht werden soll.

Im empirischen Teil wird auf die ausgewählten Medien und deren Berichterstattung eingegangen werden. Da relativ wenig Literatur zum Thema vorhanden ist, stütze ich mich

hauptsächlich auf die Aussagen von Journalisten und einige wenige Tagebücher. Zuerst soll die Haltung des offiziellen Frankreich¹ analysiert werden. Werden die Sanktionen in allen politischen Lagern begrüßt? Wie reagieren Künstler und Intellektuelle? Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Analyse der Artikel zum Thema Österreich im betreffenden Zeitraum anhand der Untersuchung möglicher Unterschiede in der Berichterstattung zwischen einer überregionalen Zeitung und einer Regionalzeitung. Wie haben die französischen Tageszeitungen *Le Figaro* und *Ouest-France* über Österreich im Jahr 2000 berichtet? Welche Besonderheiten treten dabei auf? Entsprechen sie den Erwartungen und Ansprüchen, die man an die unterschiedlichen Zeitungsformate stellt? Im folgenden Verlauf der Berichterstattung soll festgestellt werden, welchen Stellenwert Österreich in den Medien einnimmt, wie differenziert die Darstellung der politischen Verhältnisse ist und wie lange das verstärkte Interesse an Österreich dauert. Verändert sich die Berichterstattung im Verlauf der Zeit? Werden das Land, die Leute, die FPÖ und Haider verteufelt? Welche Argumente werden gebracht, um die Sanktionen zu begründen bzw. die FPÖ und Jörg Haider zu kritisieren? Welche Vorurteile kommen zum Vorschein? Welche Bezüge werden hergestellt, sowohl im internationalen als auch im geschichtlichen Kontext? Gibt es überhaupt Gastkommentare bzw. wenn ja, wer schreibt diese? Ist auch Platz für Stellungnahmen aus Österreich? Im Schlussteil sollen die historischen, gesellschaftlichen und europapolitischen Auswirkungen kurz analysiert werden.

Da eine vollständige Wiedergabe der untersuchten Zeitungsartikel aufgrund der großen Anzahl nicht möglich ist, scheinen im Anhang einige ausgewählte Artikel auf, die die jeweilige Blattlinie unterstreichen bzw. das große Medieninteresse an Österreich verdeutlichen sollen. Diese Diplomarbeit wird versuchen, die Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich auf Basis aller im Untersuchungszeitraum zum Thema erschienenen Artikel näher zu beleuchten.

Beweggründe:

Die Berichterstattung² ausländischer Medien über Österreich und das Bild, das dadurch in der Öffentlichkeit über Österreich entsteht, ist wohl für viele Staatsbürger interessant, trotzdem möchte ich hier auch noch meine persönlichen Beweggründe für die Themenwahl in den Vordergrund stellen. Als ich von Februar bis Juli 2002 in Frankreich zur Schule ging, lag das

¹ Offizielles Frankreich meint hier insbesondere die Reaktionen des französischen Präsidenten Jacques Chirac sowie die Stellungnahmen von Regierungsmitgliedern, aber auch der einzelnen politischen Parteien, Intellektuellen und Künstlern.

² Berichterstattung meint hier die Gesamtheit der das Thema betreffenden erschienenen Artikel im Zeitraum von Jänner bis Oktober 2000, insbesondere auch Gastkommentare und andere meinungsbetonte Texte.

Ende der Sanktionen der EU 14 gegen Österreich noch nicht lange zurück. Ich hatte reichlich Erklärungsbedarf und konnte viel Aufklärungsarbeit über die tatsächliche politische Lage in Österreich leisten. Frankreich spielte bei der Verhängung der Sanktionen ja durchaus eine Vorreiterrolle und viele Franzosen begegneten mir als Österreicher anfänglich mit ein bisschen Skepsis. Mit ein Grund für diese Skepsis war ohne Zweifel eine relativ undifferenzierte mediale Berichterstattung in Frankreich (nicht nur dort, sicherlich auch in Österreich), deshalb verdient dieses Feld nähere Betrachtung. Andererseits war das Jahr 2002 ja auch das Jahr der Stichwahl zwischen Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen um das Präsidentenamt, was vor allem aus österreichischer Sicht mit Argusaugen beobachtet wurde und für viele Franzosen einen schweren Schock darstellte. Im Sanktionsjahr 2000 konnte sich niemand in Frankreich vorstellen, dass Le Pen es zwei Jahre später in die Stichwahl um das Präsidentenamt schaffen würde. Aus dieser persönlichen Erfahrung heraus, ist es für mich von großem Interesse wie Österreich nach der Regierungsbildung im Jahr 2000 in der französischen Presse dargestellt wurde. Mir ist dabei durchaus bewusst, dass ein Unterschied zwischen dem in den Medien transportierten Bild und der Meinung vieler Franzosen besteht, dennoch wird die Meinungsbildung wesentlich durch die Berichterstattung beeinflusst. Es geht mir allerdings nicht darum, aus gekränktem Stolz oder gar Verbitterung über die Ereignisse mit Frankreich im Allgemeinen oder der französischen Presse abzurechnen, sondern einen Einblick in die französische Presselandschaft zu gewinnen und vielleicht auch beleuchten zu können, warum in der Bewertung der Vorkommnisse eine so starke Diskrepanz zwischen der österreichischen Sichtweise und der europäischen, insbesondere der französischen herrschte und nach wie vor herrscht. Weiters beschäftigte mich die Frage, warum die EU gerade gegen Österreich erstmals in ihrer Geschichte „*bilaterale Maßnahmen*“ gegen einen Mitgliedsstaat verhängte, wo doch auch in anderen Ländern postfaschistische oder rechtspopulistische Parteien große Wahlerfolge für sich verbuchen konnten.³

Auswahl des Untersuchungsmaterials und -zeitraums:

Bei der Auswahl des Untersuchungsmaterials erscheint mir zunächst eine Bestandsaufnahme in Sachen Auflagenstärke sowie Konzentrationsgrad der französischen Presse allgemein unerlässlich, um die behandelten Zeitungen auch in der französischen Presselandschaft einordnen zu können. Weiters soll auch kurz auf die Entstehungsgeschichte,

³ In diesem Zusammenhang sei an das Erstarken rechtspopulistischer Gruppierungen auch in anderen Ländern Europas gedacht, insbesondere an: Gian Franco Finis *Alleanza Nazionale* (postfaschistisch, Mitglied der Regierungen unter Silvio Berlusconi (1994, 2001-2006)), Umberto Bossi *Lega Nord*, die Wahl des Kandidaten der *Front National* zum Bürgermeister von Toulon 1995, das gute Abschneiden des Kandidaten der *Front National* (Jean-Marie Le Pen) bei den Präsidentschaftswahlen 1995 und 2002, ...

die politische Ausrichtung sowie Leserklientel der für die Untersuchung ausgewählten Zeitungen eingegangen werden.

Der Markt für französische Tageszeitungen lässt sich in sogenannte „*quotidiens nationaux*“, manchmal auch als „*presse parisienne*“⁴ bezeichnet, und sogenannte „*quotidiens régionaux*“ unterteilen. Erstere meinen dabei in der Hauptstadt Paris konzentrierte Tageszeitungen (etwa: *Le Monde*, *Le Figaro*, *Libération*, ...) bei denen Themen wie Politik, Wirtschaft und Internationales dominieren. Zweitere sind regionale Tageszeitungen (etwa: *Ouest-France*, *Le Parisien*, *Sud Ouest* ..., sie bilden die Mehrheit), die sich auf die jeweilige Region konzentrieren und über einen großen Lokalnachrichtenteil sowie über einen ausgedehnten Sportteil verfügen. Außerhalb von Paris ist die Konkurrenz regionaler Blätter gegenüber den nationalen Tageszeitungen sehr stark. „*Außerhalb des Großraums Paris beträgt ihr Anteil am Zeitungsmarkt gerade noch 10% (Ausnahme: die Picardie), und das, obwohl die Franzosen in der Provinz eigentlich fleißigere Zeitungsleser sind als die in der Hauptstadt.*“⁵ Deshalb sind die größten Tageszeitungen Frankreichs auch Regionalzeitungen, die aber im Ausland nicht gelesen werden, für die Meinungsbildung in Frankreich aber enorm wichtig sind. Deshalb fiel die Wahl also nicht auf mehrere überregionale Tageszeitungen sondern auf eine regionale und eine überregionale Tageszeitung, um einen Vergleich anstellen zu können. Nun zur Auflagenstärke, die als weiteres wichtiges Entscheidungskriterium in die Auswahl der Zeitungen eingeflossen ist:

Diffusion OJD 2007-2008

	Nom du journal	diffusion totale
1.	OUEST-FRANCE	795 765
2.	LE MONDE	344 053
3.	LE FIGARO	339 236
4.	LE PARISIEN	337 322
5.	L'EQUIPE (EDITION GENERALE)	336 665
6.	SUD OUEST	317 929
7.	LA VOIX DU NORD	291 781
8.	LE DAUPHINE LIBERE	248 556
9.	INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE (engl.)	241 638
10.	LE PROGRES - LA TRIBUNE	226 342
11.	LA NOUVELLE REPUBLIQUE DU CENTRE-OUEST	215 344
12.	LE TELEGRAMME	208 664
13.	LA MONTAGNE	199 213
14.	LA DEPECHE DU MIDI	197 999

⁴ Vgl. Grosse, E./ Seibold, E.: S. 5.

⁵ Weber, T./ Woltersdorff, S.: S. 44.

15.	AUJOURD'HUI EN FRANCE	193 711
16.	L'EST REPUBLICAIN	193 227
17.	DERNIERES NOUVELLES D'ALSACE	181 623
18.	MIDI LIBRE	157 040
19.	LA PROVENCE	151 858
20.	LE REPUBLICAIN LORRAIN	144 420
21.	LES ECHOS	137 475
22.	LIBERATION	133 631
23.	NICE MATIN	116 479
24.	L'UNION-L'ARDENNAIS	110 851
25.	L'ALSACE-LE PAYS	106 628
26.	LE COURRIER DE L'OUEST	103 406
27.	LA CROIX	102 976

(Fett gedruckt: quotidiens nationaux, die anderen: quotidiens régionaux)

Abbildung 1: Auflagenstärke französischer Tageszeitungen⁶

Auffallend dabei ist die verglichen mit anderen europäischen Ländern geringe Auflagenstärke der einzelnen Zeitungen.⁷ *Ouest-France* – und damit eine Regionalzeitung – ist nach den Verkaufszahlen dabei mit Abstand die größte französische Tageszeitung. Danach folgen mit *Le Monde* und *Le Figaro* zwei überregionale Zeitungen. Die landläufige Annahme dass die Meinung der *quotidiens nationaux* auch die Meinung der Franzosen widerspiegle, erweist sich im Hinblick auf die Auflagenstärke also als falsch. Circa 76% der verkauften Exemplare entfallen auf Regionalzeitungen, in Österreich beträgt dieser Anteil nur rund 31,3%.⁸ Dieser große Anteil erklärt sich dadurch, dass der Markt in Regionen aufgeteilt ist und die einzelnen Regionalzeitungen oft keinen Konkurrenten in ihrer Region haben, billiger als die überregionalen sind und sehr effizient in der Auslieferung der Zeitungen arbeiten.⁹

Durch die große Anzahl an Zeitungen und den daraus resultierenden enormen Konkurrenzdruck verfügen nur wenige Tageszeitungen über eine gesunde finanzielle Basis, vor diesem Hintergrund ist auch die Bildung von Medienkonglomeraten, etwa *Havas*, *Hachette Filipacchi Médias*, *Groupe Hersant*, *La Vie- Le Monde* oder *Groupe Ouest-France* zu verstehen. Diese französischen Medienkonzerne sind privatwirtschaftlich finanziert. Sie kontrollieren meist mehrere Zeitungen und sind daher sehr einflussreich. Wichtig ist aber auch das Kultur- und Kommunikationsministerium, das sich als Hüter des Wettbewerbs zwischen den einzelnen Medien sieht. Natürlich erhalten die Zeitungen auch finanzielle

⁶ Vgl. http://www.ojd.com/engine/adhchif/adhe_list.php?mode=chif&cat=1771&subcat=353,
http://www.ojd.com/engine/adhchif/adhe_list.php?mode=chif&cat=1771&subcat=354.

⁷ Vgl. Albert, P.: S. 39.

⁸ Vgl. Albert, P.: S. 40.

⁹ Vgl. Albert, P.: S. 153.

Zuwendungen vom Staat, sowohl indirekter als auch direkter Natur, was natürlich die Unabhängigkeit der Berichterstattung in Frage stellen kann.¹⁰

Weiters ist zu bemerken, dass Frankreichs Zeitungen mit einem großen Leserschwund zu kämpfen haben, unter anderem wohl auch weil sie bis in die späten 80er Jahre vergleichsweise relativ teuer waren. Heute liegt ihr Preis mit 0,7 – 1,3 € etwas unterhalb der Preise in Österreich (0,9 – 1,5 €).¹¹ Weltweit liegt Frankreich in der Statistik der Leserichte auf dem schwachen 28. Rang. Nicht einmal jeder Fünfte liest noch regelmäßig eine der „*quotidiens nationaux*“. Auch die Vielfalt hat gelitten, so gab es 1946 noch 203 verschiedene Tageszeitungen, heute gibt es inklusive neu dazugekommener Zeitungen nur noch 70, davon sind 58 Regionalblätter.¹² Die französischen Tageszeitungen haben über längere Zeit verabsäumt auf veränderte Leserbedürfnisse einzugehen, ein Umstand, den diverse Zeitschriften zur Auflagensteigerung nutzen konnten. Auch die Werbeeinnahmen gingen stark zurück, weiters verschärft wird die Situation durch die elektronischen Medien (etwa seit 1991), die Online-Verfügbarkeit mancher Zeitungen und das Aufkommen diverser Gratiszeitungen (seit 2002).¹³ Im Gegensatz zu vielen anderen Zeitungsmärkten konnte sich in Frankreich keine Boulevardzeitung à la *Bild*, *Kronen Zeitung* oder *Sun* herausbilden. Eine weitere Besonderheit des französischen Journalismus ist, dass er sich aus einer literarischen Tradition heraus versteht, daher weniger Wert auf Reportagen, Zusammenfassungen und Analysen legt sondern mehr auf Meinungen, Kolumnen und Kommentare setzt.¹⁴

Bei der vorliegenden Auswahl der Medien spielte vor allem die Auflagenstärke, aber auch wie gut die Zeitungen bereits untersucht wurden, eine Rolle. Durch die Auswahl von Zeitungen mit großer Auflage können eher Rückschlüsse auf das vorherrschende Meinungsbild in der Öffentlichkeit gezogen werden, daher wurden die Zeitung mit der größten Auflage, *Ouest-France*, und die mit der drittgrößten, *Le Figaro*, herangezogen. Die Analyse beschränkt sich aus Gründen der Vergleichbarkeit und Machbarkeit auf diese beiden. Eine wichtige Rolle bei der Auswahl der Zeitungen spielte auch, dass *Le Figaro* auch im Ausland als französisches Referenzblatt gilt, wohingegen *Ouest-France* außerhalb Frankreichs weitgehend unbekannt ist, ein Vergleich daher interessante Erkenntnisse verspricht. *Le Figaro* ist die älteste Pariser Tageszeitung, gegründet 1854, erscheint sie seit 1866 täglich.¹⁵ Während der Dreyfus-Affäre bezieht sie für diesen Stellung, was ihr die Hälfte

¹⁰ Vgl. Albert, P.: S. 59ff.

¹¹ Vgl. Albert, P.: S. 45.

¹² Vgl. Weber, T./ Woltersdorff, S.: S. 39.

¹³ Vgl. Albert, P.: S. 11 sowie S. 23.

¹⁴ Vgl. Albert, P.: S. 47.

¹⁵ Vgl. Blandin, C.: S. 297.

ihrer Leserschaft kostet.¹⁶ 1922 wird sie vom Industriellen François Coty aufgekauft und nahe den faschistischen *ligues* positioniert. Mit Pierre Brisson nimmt das Blatt nach dem Ausscheiden Cotys aber neuen Aufschwung und wird zur Zeitung der französischen *bourgeoisie*.¹⁷ Ab 1975 befindet sich das Blatt in Besitz von Robert Hersant, der ein wahres Presseimperium aufbaut und teils autoritär in die Redaktion der Zeitung eingreift, was den Rücktritt des Chefredakteurs Jean d'Ormesson nach sich zieht, dem die Linie Hersants zu konservativ ist.¹⁸ Erst Franz-Olivier Giesbert öffnet die Zeitung ab 1988 wieder für liberalere Leserschichten, unter anderem indem er die Rubrik *Débats et opinions* einführt, die eine Plattform für Kommentare von außen darstellt.¹⁹ Giesbert wurde 1999 von Jean de Belot abgelöst, was einen neuerlichen Rechtsruck zur Folge hatte.²⁰ Seit Anfang 2004 befindet sich die Zeitung im Besitz des Flugzeugindustriellen Serge Dassault, dessen Vater als großer Förderer von Präsident Chirac galt. Er übernahm von *Hersant* das größte französische Presseimperium *Socpresse*, dazu gehören neben *Le Figaro* unter anderem *La Voix du Nord*, *Le Progrès* oder *Le Daupiné libéré*.²¹ Laut obiger Statistik hatte *Le Figaro* im Beobachtungszeitraum 2007-2008 eine Auflage von durchschnittlich 339.236 Stück, was dem dritten Rang knapp hinter dem Konkurrenten *Le Monde* entspricht. Die Blattlinie ist liberal-bis rechts-konservativ, eher intellektuell und kritisch.²² Die Leserschaft gehört größtenteils der bürgerlichen Mittel- und Oberschicht an. Politik, sowohl national als auch international, Kultur und Wirtschaft, über die umfangreich auch optisch deutlich abgesetzt berichtet wird, sind traditionell wichtige Themen. Mit regelmäßigen *supplements thématiques*, *Le Figaroscope* (mittwochs), *Le Figaro littéraire* (donnerstags) oder *Le Figaro-Magazine* (samstags) versucht die Zeitung auch weitere Leserkreise anzusprechen. *Le Figaro* verfügt über ein dichtes Netz an Korrespondenten. Die Zeitung liegt mit ihren Werbeeinnahmen auf Platz 2, im Vergleich dazu *Ouest-France* nur auf Platz 18. Obwohl sie rund 80% ihrer Einnahmen aus der Werbung lukriert, arbeitet *Le Figaro* mit Verlust.²³

Die zweite untersuchte Tageszeitung ist die Regionalzeitung *Ouest-France*, die seit Jahrzehnten die mit Abstand größte Tageszeitung Frankreichs ist. Sie wurde 1944 in Rennes von Paul-Hutin Desgrées und Emilien Amaury gegründet. Sie folgt der 1899 gegründeten

¹⁶ Vgl. Schmidt, B./ Doll, J./ Fekl, W., Loewe/ S., Taubert/ F.: S. 395.

¹⁷ Vgl. Blandin, C.: S. 2.

¹⁸ Vgl. Schmidt, B./ Doll, J./ Fekl, W., Loewe/ S., Taubert/ F.: S. 395.

¹⁹ Vgl. Blandin, C.: S. 271.

²⁰ Vgl. Schmidt, B./ Doll, J./ Fekl, W., Loewe/ S., Taubert/ F.: S. 396.

²¹ Vgl. Blandin, C.: S. 273.

²² Vgl. Blandin, C.: S. 1 sowie S. 301.

²³ Vgl. Albert, P.: S. 103.

Zeitung *Ouest-Eclair* nach, die im Zuge der *Libération* verboten worden war.²⁴ Anfangs stand sie der christdemokratischen *Mouvement républicain populaire* (MRP) nahe, zeichnete sich jedoch in der Folge durch eine objektive Berichterstattung aus.²⁵ In der Nachfolge von Paul Huntin konnte sich François-Regis Huntin gegen seinen Onkel durchsetzen und schrieb seither zahlreiche (Leit-)Artikel. 1990 wurde eine große Strukturreform durchgeführt. Um unabhängig bleiben zu können, wurde die *Groupe Ouest-France* gegründet.²⁶ Dieser Gruppe gehören mittlerweile unter anderem auch die Zeitungen *La Presse de la Manche*, *Le Courrier de l'Ouest*, *Le Maine libre* und *Presse-Océan* an.²⁷ Seit ihrer Gründung konnte die Zeitung die lokalen Konkurrenten in Rennes vom Markt verdrängen und erscheint heute in 42 verschiedenen Lokalausgaben in der Bretagne, dem Pays de la Loire, der Basse-Normandie und der Haute-Normandie.²⁸ Die Zeitung hat auch starken Einfluss im lokalen Fernsehen und ist mit 0,7 € die billigste der großen Tageszeitungen.²⁹ Für die Chefredaktion zeichnet seit 1991 Didier Pillet verantwortlich. Seit 1997 erscheint auch die Sonntagsausgabe *Dimanche Ouest-France*.³⁰ Den Großteil der Berichterstattung nehmen Lokalthemen ein, es gibt eigene Rubriken für Landwirtschaft, Fischerei und einen großen Anzeigen- und Sportteil. Der nationale und internationale Teil der Zeitung umfasst maximal die ersten acht Seiten. Die Zeitung sieht sich der christlichen Moral verpflichtet und versteht sich als katholisch-konservativ.³¹ Sie setzt sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der *Dritten Welt*, die katholische Schule und für ein vereintes Europa ein.³² Sie trat auch für die Abschaffung der Todesstrafe ein. Für eine Regionalzeitung berichtet sie sehr seriös und relativ ausführlich auch über die wichtigsten internationalen Themen.

Der gewählte Untersuchungszeitraum beginnt am Montag dem 17. Jänner 2000. Zunächst gibt es noch Berichte über die Fortführung der rot-schwarzen Koalition. Doch mit dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen in der Nacht vom 20. auf den 21. Jänner und der darauf folgenden Ankündigung von ÖVP und FPÖ am 24. Jänner, gemeinsam eine Regierung bilden zu wollen, steigt das Interesse an Österreich stark an. Bereits ab diesem Zeitpunkt ist ein verstärktes Medieninteresse an Österreich erkennbar. Aufgrund der Reaktionen der EU-Partner, der EU-Kommission und des EU-Parlaments rückt Österreich immer mehr in den Mittelpunkt der Berichterstattung, um zum Zeitpunkt der Regierungsbildung am 3. und 4.

²⁴ Vgl. Delorme, G.: S. 5.

²⁵ Vgl. Schmidt, B./ Doll, J./ Fekl, W., Loewe/ S., Taubert/ F.: S. 697.

²⁶ Vgl. Delorme, G.: S. 241.

²⁷ Vgl. Schmidt, B./ Doll, J./ Fekl, W., Loewe/ S., Taubert/ F.: S. 697.

²⁸ Vgl. Weber, T./ Woltersdorff, S.: S. 49.

²⁹ Vgl. Albert, P.: S. 163.

³⁰ Vgl. Delorme, G.: S. 236.

³¹ Vgl. Schmidt, B./ Doll, J./ Fekl, W., Loewe/ S., Taubert/ F.: S. 697.

³² Vgl. Delorme, G.: S. 6.

Februar ihren Höhepunkt zu erreichen. Den ganzen Februar erscheinen täglich mehrere Artikel über die Lage in Österreich. Erst im März flaut das Interesse wieder ab, um sporadisch wieder aufzuflackern, etwa bei diversen EU-Gipfeln, nach Aussagen Haiders oder anderer Politiker. Die Beendigung der Sanktionen erfolgte am 12. September 2000. Um etwaige Kommentare und Berichte zu deren Ende nicht von der Untersuchung auszunehmen, wurde der Untersuchungszeitraum bis 15. Oktober 2000, also auf rund einen Monat nach Sanktionsende, ausgedehnt. Untersucht wurden alle Zeitungsartikel, die im obigen Zeitraum in *Le Figaro* und *Ouest-France* erschienen sind und sich um Österreich drehen. Im Vordergrund stehen dabei natürlich solche, die die politischen Ereignisse und die Debatte, die rund um die Sanktionen entsteht, betreffen. Dabei wurden alle Textsorten berücksichtigt, also etwa Reportagen, Kurzmeldungen, Gastkommentare, Leitartikel, Hintergrundberichte, aber auch Leserbriefe.

Vorgangsweise:

Die Zeitung *Le Figaro* aus dem entsprechenden Zeitraum konnte ich in der Nationalbibliothek in Wien beziehen. Hinderlich war der Umstand, dass ich keine Fotografien oder auch nicht selbstständig Kopien der Artikel anfertigen durfte, was die Arbeit insofern erschwerte als neben der Recherche auch die Analyse der Artikel zu den Öffnungszeiten in den Räumlichkeiten der Nationalbibliothek stattfinden musste. Die Möglichkeit das (überbezahlte) Reproduktionsservice der Nationalbibliothek in Anspruch zu nehmen, das auf Bestellung Kopien einzelner Seiten liefert, war bei der Menge an Artikeln zu aufwändig und zu kostspielig. Nachdem keine französische Regionalzeitung in Österreich verfügbar war, flog ich nach Paris, wo ich dank einer von Professor Loewe ausgestellten Bestätigung Zugang zur *Bibliothèque de recherche* der Nationalbibliothek erhielt. Die Zeitungen waren dort auf Mikrofilm vorhanden, bei *Ouest-France* auch die Titelseiten der damals 40 Regionalausgaben und all jene Seiten des allgemeinen Teils, die andere Artikel als die Ausgabe aus Rennes enthielten. Dort war es mir auch möglich selbst Kopien direkt vom Mikrofilm anzufertigen, wodurch ich Untersuchungsmaterial zum Teil auch nach Wien mitnehmen konnte. Außerdem hatte ich dort Zugang zur Datenbank *Europresse*, einer Onlinedatenbank der Artikel vieler Zeitungen. Leider war nur *Le Figaro* für den entsprechenden Zeitraum verfügbar, trotzdem stellte die Datenbank eine große Hilfe dar. Abschließend möchte ich noch hinzufügen, dass die komplette Durchsicht der Zeitungen und die Lektüre und Analyse der Artikel sehr, sehr zeitintensiv und anstrengend war!

Forschungsstand:

Über diesen noch nicht allzu weit zurückliegenden Aspekt der österreichisch-französischen Beziehungen gibt es noch relativ wenig ausführliche Literatur. Zwar gibt es einige Chroniken, die einen Überblick über die damaligen Ereignisse geben, doch sind diese allgemeiner Natur und beschränken sich meist auf eine österreichische Sichtweise oder sie beschäftigen sich mit der rechtlichen Grundlage der Sanktionen. Dann gibt es Tagebücher, etwa von Jacques Le Rider³³ oder Paul Pasteur³⁴. Diese persönlichen Aufzeichnungen beschäftigen sich mit den eigenen Erlebnissen im Zusammenhang mit den Sanktionen aber auch mit den Zeitungen *Le Monde* und *Libération* und teils auch mit der Reaktion von Intellektuellen. Pierre de Trégomain wiederum versucht die Reaktionen der französischen Öffentlichkeit zusammenzufassen.³⁵ Von Thomas Angerer gibt es noch einen Kommentar zu einem Vortrag Le Riders zum Österreichbild, in dem auch auf die französischen Hintergründe der Reaktionen auf schwarz-blau eingegangen wird.³⁶ Von Danny Leder gibt es schließlich noch einen Artikel zum Thema Sanktionen, der sich hauptsächlich mit der Rolle Frankreichs während der Sanktionen beschäftigt.³⁷ Er zieht auch Vergleiche zwischen der Situation in Frankreich und in Österreich.

Dafür beschäftigen sich einige Diplomarbeiten der Universitäten Wien und Salzburg mit der französischen Rezeption der EU-Sanktionen gegen Österreich, mit zum Teil ganz unterschiedlichen Schwerpunkten. Oft steht das Länderimage Österreichs im Mittelpunkt. Auf deren Ergebnisse soll zum Teil im empirischen Teil mittels Querverweisen genauer eingegangen werden, um auch einen Vergleich mit der Linie anderer Blätter anstellen zu können. Eva Baumgardinger beschäftigt sich in ihrer Inhaltsanalyse des Österreichbildes in Frankreich nur mit *Le Monde* im Monat Februar.³⁸ Michaela Lobner analysiert das Image Österreichs in ausgewählten französischsprachigen Tageszeitungen der Schweiz (*Le Temps*, *l'Hebdo*, *Le Matin*), Frankreichs (*Le Monde*, *Le Figaro*, *Libération*) und Belgiens (*la libre Belgique*, *Le Soir*) im Zeitraum von Ende Jänner bis Ende Februar.³⁹ Nina Schmidt untersucht in ihrer Diskursanalyse im Zeitraum von Oktober 1999 bis März 2000 fünf französische Wochenmagazine (*Le Canard enchaîné*, *l'Express*, *Le Nouvel Observateur*, *Minute*, *Le Point*).⁴⁰ Mit den Meldungen von fünf französischen Tageszeitungen (*Aujourd'hui/ Le*

³³ Vgl. Le Rider, J. (2001).

³⁴ Vgl. http://intra.fdr.at/fdr/fdr01/Affaire_autrichienne.html.

³⁵ Vgl. Trégomain, P.

³⁶ Vgl. Le Rider, J. (2003).

³⁷ Vgl. Leder, D.

³⁸ Vgl. Baumgardinger, E.

³⁹ Vgl. Lobner, M.

⁴⁰ Vgl. Schmidt, N.

Parisien, Le Figaro, Le Monde, Libération, L'Humanité) am Höhepunkt der Berichterstattung zu den Sanktionen (3. und 4. Februar 2000) sowie der Anwendung der Diskurstheorie von Siegfried Jäger auf diese Meldungen beschäftigt sich Bernd Jaritz.⁴¹ Eine Gegenüberstellung des Österreichbildes in der Berichterstattung vom 1. bis 7. Februar in *Le Monde* und *Le Figaro* versucht Ingrid Gielesberger.⁴² Ingrid Haslinger verfolgt als einzige die Österreichberichterstattung in einer Regionalzeitung, und zwar von Mai 1999 bis Mai 2000 in *Midi Libre*, mit Schwerpunkt Länderimage.⁴³

In der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema fehlt bisher einerseits die Analyse einer großen Regionalzeitung, andererseits wurde bisher noch keine Vollerhebung bis zum Ende der Sanktionen im September 2000 durchgeführt und damit das Ende der Berichterstattung noch nicht näher behandelt. Weiters wurde bisher kein Vergleich einer renommierten überregionalen Zeitung mit einer großen Regionalzeitung durchgeführt. Diese Lücke in der Forschung soll mit der vorliegenden Arbeit nun geschlossen werden.

⁴¹ Vgl. Jaritz, B.

⁴² Vgl. Gielesberger, I.

⁴³ Vgl. Haslinger, I.

Allgemeiner Teil:

Überblick über die Ereignisse:

Die Nationalratswahl 1999 und die gescheiterten Koalitionsverhandlungen SPÖ-ÖVP:

Aus der Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999, die sich durch eine niedrige Wahlbeteiligung auszeichnet, geht die *Sozialdemokratische Partei Österreichs* (SPÖ) trotz eines Minus von fünf Prozentpunkten zwar als stimmenstärkste Partei hervor, erreicht aber ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit (siehe Abb. 2). Die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) erreicht hingegen Platz zwei und damit ihr bisher bestes Ergebnis. Der Vorsprung auf die drittplatzierte *Österreichische Volkspartei* (ÖVP) ist mit 415 Stimmen denkbar knapp, in Mandaten erreichen beide Parteien die gleiche Anzahl. Die *Grünen* (Grüne) erreichen ein gutes Ergebnis, das *Liberale Forum* (LIF) hingegen scheitert mit nur 3,65% der Stimmen knapp an der 4%-Hürde und muss sich aus dem Nationalrat verabschieden. Alle weiteren Parteien scheitern und bleiben deutlich unter 1,5% der Stimmen.

Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999:

Gesamtergebnis: Wahlberechtigte **5.838.373**
Wahlbeteiligung **80,42%**

Parteibezeichnung	Kurzbezeichnung	Stimmen	Prozente	Mandate
Sozialdemokratische Partei Österreichs	SPÖ	1.532.448	33,15%	65
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	1.244.087	26,91%	52
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1.243.672	26,91%	52
Die Grünen - Die Grüne Alternative	GRÜNE	342.260	7,40%	14
Liberales Forum - Heide Schmidt	LIF	168.612	3,65%	0
Die Unabhängigen - Liste Lugner	DU	46.943	1,02%	0
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	22.016	0,48%	0
Nein zu NATO und EU Neutrales Österreich Bürgerinitiative	NEIN	19.286	0,42%	0
Christliche Wählergemeinschaft	CWG	3.030	0,07%	0

Abbildung 2: Wahlergebnis der österreichischen Nationalratswahl 1999⁴⁴

Der massive Stimmenzuwachs der FPÖ löst sowohl im In- als auch im Ausland zum Teil heftige Reaktionen, vor allem aber Besorgnis aus. Israel überlegt eine Neudefinition der Beziehungen zu Österreich, sollten „neonazistische Elemente“ an einer künftigen

⁴⁴ Vgl. <http://www.bmi.gv.at/wahlen/>, Nationalratswahl 1999.

Bundesregierung beteiligt sein.⁴⁵ Der Erfolg der FPÖ sucht auch europaweit seinesgleichen, dazu die Politikwissenschaftler Pelinka und Rosenberger: „*Keine der extreme-right-wing-parties (definiert als Parteien mit nationalistischen, ausländergefeindlichen und faschistischen Inhalten) hat bisher auch nur eine ähnlich hohe Zustimmung bei [bundesweiten, Anm. des Verf.] Wahlen erhalten.*“⁴⁶ Bundespräsident Thomas Klestil beauftragt den damaligen SPÖ-Vorsitzenden Viktor Klima am 14. Oktober „*Sondierungsgespräche*“ mit allen Parlamentsparteien zu führen, lässt aber seine persönliche Präferenz für die Weiterführung der sogenannten *großen Koalition* erkennen. In dieser Bestrebung wird er auch von der *Neuen Kronen Zeitung* unterstützt.⁴⁷ Die ÖVP unter Wolfgang Schüssel, der noch im Sommer um möglichst viele Wähler zu mobilisieren den Gang seiner Partei in die Opposition angekündigt hatte, sollte diese nur drittstärkste Kraft werden, nimmt nach anfänglichem Zögern doch Koalitionsverhandlungen mit der stimmenstärksten Partei, der SPÖ, auf. Die Regierungsverhandlungen gestalten sich von Beginn an schwierig. Die ÖVP führt ab 28. Oktober sogenannte „*Zukunftsgespräche*“ mit allen anderen Parteien, auch mit der FPÖ.

Am 12. November 1999 kommt es zu einer großen Demonstration am Wiener Stephansplatz unter dem Motto „*Keine Koalition mit dem Rassismus*“ zu der unter anderem die *demokratische Offensive*, ein Zusammenschluss mehrerer Vereine als Reaktion auf das Erstarken der FPÖ bei der Wahl, aufgerufen hat. Schon während des OSZE-Gipfels in Istanbul im November 1999 warnt Jacques Chirac österreichische Diplomaten vor weit reichenden Konsequenzen gegen Österreich im Falle einer FPÖ-Regierungsbeteiligung. Weiters habe ihm Schüssel dort versichert, er würde nie eine Koalition mit der FPÖ eingehen.⁴⁸ Am 9. Dezember wird Viktor Klima von Bundespräsident Klestil mit der Bildung einer „*Regierung mit klarer, solider Mehrheit im Parlament [...] sowie Ansehen im In- und Ausland*“ beauftragt.⁴⁹ Am 9. Jänner 2000 tauchen Gerüchte über einen blau-schwarzen *Geheimpakt* auf, FPÖ und ÖVP dementieren jedoch heftig.

In der Nacht vom 20. auf den 21. Jänner werden die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP endgültig ohne Ergebnis abgebrochen. Die ÖVP hatte zuvor die Übernahme vom bisher von den Sozialdemokraten geleiteten Finanzministerium verlangt sowie die Unterschrift aller SP-Verhandler unter das Koalitionspaket um dessen Umsetzung zu garantieren. Rudolf Nürnberger, der Vorsitzende der *Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter*, wollte die Pensionsreform nicht mittragen, verweigerte daher seine

⁴⁵ Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 113f.

⁴⁶ Pelinka, A./ Rosenberger, S.: S. 164.

⁴⁷ Vgl. Kopeinig, M./ Kotanko, C.: S. 9.

⁴⁸ Vgl. Trégomain, P.: S. 212.

⁴⁹ Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 117.

Unterschrift.⁵⁰ Das Verhältnis zwischen Bundespräsident Klestil und ÖVP-Chef Schüssel war schon länger durch tiefe persönliche Ressentiments geprägt.⁵¹ Nicht zuletzt deshalb unterstützte Klestil seinen früheren Parteigänger Schüssel nicht bei der Ergreifung der Kanzlerschaft und beauftragte den SPÖ-Vorsitzenden Klima nun mit der Bildung einer Minderheitsregierung, was nur vier Tage später, am 24. Jänner durch die Absichtsichtserklärung von ÖVP und FPÖ gemeinsam eine Regierung bilden zu wollen, zum Scheitern verurteilt wurde. Zum ersten Mal in der Geschichte der österreichischen Republik wurden Koalitionsgespräche ohne Auftrag des Bundespräsidenten geführt.

Regierungsbildung und Sanktionen:

Ausländische Politiker warnen auf einer dreitägigen Holocaustkonferenz Ende Jänner in Stockholm vor einer Isolation Österreichs im Falle einer Regierungsbeteiligung der FPÖ. Am 27. Jänner verleiht Jacques Chirac in Telefonaten mit dem österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil und mit ÖVP-Klubobmann Andreas Kohl seiner Besorgnis über die politischen Entwicklungen in Österreich Ausdruck und droht mit weitreichenden Konsequenzen im Falle einer Regierungsbeteiligung der FPÖ.⁵² Gemeinsam mit der deutschen Regierung erarbeitet die französische ein Vierpunkteprogramm für den Fall einer Regierungsbeteiligung der FPÖ. Die zwölf anderen EU-Mitgliedsländer lehnen jedoch den vierten Punkt, der die Abberufung der Botschafter aus Österreich vorsieht, ab. Am 31. Jänner veröffentlicht der amtierende Vorsitzende des *Europäischen Rates*, der portugiesische Ministerpräsident António Guterres im Namen aller EU-Staaten außer Österreich eine Erklärung, in der mit der Verhängung der folgenden Maßnahmen gedroht wird: Die „*bilateralen offiziellen Kontakte auf politischer Ebene*“ zu einer Regierung mit FPÖ-Beteiligung würden eingefroren, weiters die österreichischen Botschafter nur mehr zu Arbeitsgesprächen empfangen werden und österreichische Kandidaten für Ämter in internationalen Organisationen dürften mit keiner Unterstützung rechnen.⁵³ Die zu diesem Zeitpunkt geltenden Verträge der *Europäischen Union* sehen Sanktionen gegen einen Mitgliedsstaat nur bei „*schwerwiegender und anhaltender Verletzung der Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der*

⁵⁰ Vgl. Kopeinig, M./ Kotanko, C.: S. 12.

⁵¹ Vgl. Kopeinig, M./ Kotanko, C.: S. 15.

⁵² Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 122.

⁵³ Vgl. Erklärung des portugiesischen EU-Ratspräsidenten vom 31. Jänner 2000, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 185.

Rechtsstaatlichkeit“⁵⁴ vor. Eben jener Artikel 7, auf dessen Grundlage unter anderem nun die EU gegen Österreich vorgeht, wurde interessanterweise 1996 von Italien und Österreich vorgeschlagen.⁵⁵ Auch dass die *Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* als erste dezentralisierte EU-Institution ihren Sitz in Wien hat, kann in diesem Kontext als Ironie der Geschichte angesehen werden.

Am 29. Jänner heizt Jörg Haider die ohnehin angespannte Situation weiter an, er wirft Chirac vor, in den vergangenen Jahren so ziemlich alles falsch gemacht zu haben, was man falsch machen kann und ruft ihn dazu auf vor der eigenen Tür zu kehren. Belgische Politiker bezeichnet er als korrupt und erfolglos, diese sollten sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen.⁵⁶ Am 1. Februar teilt die *EU-Kommission* ihre Besorgnis über die Lage in Österreich mit, sie äußert sich aber nicht zur Vorgehensweise der EU.⁵⁷ In der Nacht geben ÖVP und FPÖ den Abschluss eines Koalitionsabkommens bekannt. Am 2. Februar veröffentlichen die dänischen Zeitungen *Ekstra Bladet* und *Jyllands Posten* Berichte, nach denen Klestil und Klima persönlich auf Maßnahmen gegen die ÖVP-FPÖ Koalition gedrängt hätten, was von diesen heftig dementiert wird.⁵⁸ In Wien kommt es zu Kundgebungen gegen die geplante Koalition, die auch in den darauf folgenden Wochen fortgesetzt werden. Am 3. Februar verurteilt das *Europäische Parlament* mit großer Mehrheit in einer Resolution die „[...] beleidigenden, ausländerfeindlichen und rassistischen Aussagen [...]“⁵⁹ des FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider. Weiters werden der *Europarat* und die *Europäische Kommission* dazu aufgefordert, die Anwendung der in Artikel 7 des *Amsterdamer Vertrages* genannten Bestimmungen vorzubereiten. Der Verabschiedung der Resolution geht eine heftige Debatte in der *Europäischen Volkspartei* (EVP) voraus. Dabei stellt sich die deutsche CDU-CSU Parlamentsgruppe gegen die Position des *Europäischen Rates*, wohin gegen die bürgerlich-liberale französische UDF für einen zeitweiligen Ausschluss der ÖVP aus der EVP plädiert.⁶⁰

Wolfgang Schüssel und Jörg Haider unterzeichnen die vom Bundespräsidenten vorgelegte Deklaration „*Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas*“ die ihrem Regierungsprogramm als Präambel vorangehen soll. Darin bekennen sich die zukünftigen Koalitionspartner unter anderem zur „*Verbundenheit mit den geistigen und*

⁵⁴ Vgl. Art. 6 und 7, Absatz 1 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) von Amsterdam, 1997, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 178ff.

⁵⁵ Vgl. Hummer, W.: S. 63.

⁵⁶ Vgl. Czernin, H.: S. 69f.

⁵⁷ Vgl. Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 1. Februar 2000, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 283.

⁵⁸ Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 126.

⁵⁹ Entschließung des Europäischen Parlaments, vom 3. Februar 2000, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 284ff.

⁶⁰ Vgl. Kopeinig, M./ Kotanko, C.: S. 29.

sittlichen Werten, die das gemeinsame Erbe der Völker Europas sind [...] zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte“.⁶¹ Außerdem besteht das Dokument auf der „Verantwortung aus der verhängnisvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts“, der „Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocausts“ und fordert die „kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit“ sowie die Entschädigung von „NS-Zwangsarbeit“ ein.

Am Abend gibt Klestil, der sich offen gegen dieses Bündnis ausspricht, seine Zustimmung zur schwarz-blauen Koalition, akzeptiert allerdings die Ernennung von Thomas Prinzhorn, der gemeint hatte, Ausländer würden gratis Hormonpräparate zur Steigerung ihrer Fortpflanzungsfähigkeit erhalten, und Hilmar Kabas, aufgrund seiner offen ausländerfeindlichen Aussagen im Wahlkampf zum Minister, nicht.⁶² Deren Aussagen stehen im Widerspruch zu der von Schüssel und Haider unterschriebenen Präambel des Regierungsprogramms, in der ausdrücklich auf die *Charta der europäischen politischen Parteien für eine nichttrassistische Gesellschaft* hingewiesen wird, und nach der Vorurteile gegenüber Ausländern zu schüren, zu unterlassen sei.⁶³

Am 4. Februar wird die neue Bundesregierung vom Bundespräsidenten angelobt. Wolfgang Schüssel (ÖVP) wird Bundeskanzler, Susanne Riess-Passer (FPÖ) Vizekanzlerin. Beide Parteien stellen je fünf Minister und zwei Staatssekretäre. Daraufhin treten die Maßnahmen der EU-14 in Kraft. Für den Rechtswissenschaftler Waldemar Hummer stellen sie zum Teil „[...] lediglich eine (grobe) Verletzung der internationalen „*Courtoisie*“, aber keine wie immer geartete Völkerrechtsverletzung“⁶⁴ dar, andererseits aber eine Verletzung der gegenseitigen Loyalitätspflicht und eine gemeinschaftsrechtlich verbotene Diskriminierung. Israel zieht aus Protest seinen Botschafter aus Österreich ab und verhängt über Jörg Haider ein Einreiseverbot.⁶⁵ Auch andere Staatengemeinschaften wie die AKP⁶⁶ und die MERCOSUR⁶⁷ äußern ihre Bedenken zur demokratiepolitischen Lage in Österreich, allein die asiatischen Staaten, Norwegen, die Schweiz, Liechtenstein, Ungarn und Russland wollen die Regierung lieber nach ihren Taten beurteilen. Ein nationaler Schulterschluss zwischen allen im Parlament vertretenen Parteien, in dem die Vorgehensweise der EU-14 gemeinsam

⁶¹ Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ-Koalition (Präambel) vom 3. Februar 2000, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 174ff.

⁶² Vgl. Pelinka, P.: S. 88.

⁶³ Vgl. Charta der europäischen politischen Parteien für eine nichttrassistische Gesellschaft vom 28. Februar 1998, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 170ff.

⁶⁴ Hummer, W.: S. 89.

⁶⁵ Vgl. Hummer, W.: S. 94.

⁶⁶ AKP: Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, Entschliebung zur Lage in Österreich, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 288ff.

⁶⁷ MERCOSUR: Gemeinsamer Markt Südamerikas, Vgl. Hummer, W.: S. 96.

zurückgewiesen wird, scheitert, was die Vorgehensweise Österreichs gegen die Sanktionen erschwert. Der damalige Bewerber um die amerikanische Präsidentschaft John McCain kritisiert die Maßnahmen der EU-14.⁶⁸

Unter Künstlern und Intellektuellen wird über Österreich, das sich im Ausland gerne als Kulturland präsentiert, eine heftige Debatte geführt.⁶⁹ Sie beginnt mit dem am 4. Februar in der Zeitung *Libération* veröffentlichten Aufruf „Ajouter l'isolement artistique“ des Arte-Vorsitzenden Jérôme Clément und 42 weiterer Unterzeichner, der Künstler auffordert, von jeglicher Teilnahme an künstlerischen oder intellektuellen Veranstaltungen, die eine Verbindung mit der österreichischen Regierung aufweisen, Abstand zu nehmen. Luc Bondy, der Leiter der *Wiener Festwochen*, Pierre Boulez und andere sprechen sich hingegen gegen diese Boykottinitiativen aus und in der Folge setzen sich die Intellektuellen für die Stärkung der Opposition, des „anderen Österreichs“ ein. Von der FPÖ waren im Vorfeld österreichische Künstler und Intellektuelle, etwa Claus Peymann, Gerhard Roth, Peter Turrini oder Elfriede Jelinek als Gutmenschen und „sozialistische Staatskünstler“ bezeichnet worden. Weiters sei es politisch-moralischer Landesverrat, wenn man den Ruf des eigenen Landes im Ausland gefährde, im Mai 2000 droht Haider gar mit gerichtlicher Verfolgung und bezeichnet Gegner der Koalition als moralische Landesverräter.⁷⁰ Innerhalb Österreichs kommt es zu schwarz-weiß Malerei, diejenigen die die EU-Sanktionen befürworteten, werden gleichzeitig als Regierungsgegner abgestempelt, die Gegner mit den Regierungsbefürwortern in einen Topf geworfen.

Seit dem 10. Februar läuft in der *Europäischen Volkspartei* (EVP) ein Ausschlussverfahren gegen die ÖVP wegen ihrer Koalition mit der FPÖ. Die ÖVP stellt daraufhin ihre Mitgliedschaft ruhend und stimmt einer Beobachtermission zu. Beim EU-Ministerrat am 11. Februar in Lissabon verlassen die Vertreter Frankreichs und Belgiens den Raum, als Sozialministerin Elisabeth Sickl (FPÖ) das Wort ergreift, von den meisten anderen Kollegen wird sie ignoriert.⁷¹ In der Folge ergeht es einigen Ministern ähnlich. Nach der Regierungsbildung kommt es für die Dauer von etwa drei Wochen beinahe täglich zu Kundgebungen gegen die neue Regierung, die schließlich in einer Großdemonstration mit 150.000 Teilnehmern am 19. Februar gipfelt, zu der die Oppositionsparteien, die *Demokratische Offensive* sowie Gewerkschaften aufgerufen haben. Auch in anderen europäischen Städten kommt es zu Kundgebungen, so auch in Paris.⁷² Haider, ein Meister der

⁶⁸ Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 131.

⁶⁹ Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 15ff sowie S. 24ff.

⁷⁰ Vgl. Scharsach, H. (2002): S. 25 sowie S. 32.

⁷¹ Vgl. Kopeinig, M./ Kotanko, C.: S. 26.

⁷² Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 132.

Provokation, speist an diesem Tag in einem italienischen Restaurant in der Florianigasse, wo viele Demonstranten vorbeikommen, wird von diesen bemerkt und benötigt beim Verlassen Polizeischutz.⁷³ Die Demonstranten sind für ihn „*Gesindel mit linkslinken Parolen*“.⁷⁴ Am 28. Februar legt der Kärntner Landeshauptmann und bisherige Parteichef der FPÖ, Jörg Haider, seine Funktion als Parteiobmann zurück, sie wird von Susanne Riess-Passer übernommen.⁷⁵

Der damalige Nationalratspräsident Heinz Fischer versucht den EU-Ratspräsidenten António Guterres für ein Gespräch über Österreich zu gewinnen.⁷⁶ Jörg Haider kritisiert in seiner traditionellen Aschermittwochsrede auf einer FPÖ-Parteiveranstaltung neuerlich das Vorgehen der EU und bezeichnet Chirac als „*Westentaschen-Napoleon*“.⁷⁷ Die Universität Wien fordert in ihrem Leitbild dazu auf, gesellschaftliche Entwicklungen „[...] mit kritischer Aufmerksamkeit [...]“ zu verfolgen.⁷⁸ Eine Reihe von Persönlichkeiten (u.a. Karl Schwarzenberg, Ariel Muzicant, Simon Wiesenthal, ...) nimmt zur Regierungsbildung Stellung und erklärt abschließend, dass Österreich „[...] keinen Ausschluss aus der europäischen Familie verdiene.“⁷⁹ Valéry Giscard d'Estaing spricht im Zusammenhang mit den EU-Sanktionen von Einmischung in innenpolitische Entscheidungen und erinnert daran, dass 70% der Österreicher Haider nicht gewählt hätten.⁸⁰

Der Weisenbericht und die Aufhebung der Sanktionen:

International bemüht sich erstmals der italienische Außenminister Lamberto Dini um eine Diskussion und eine eventuell daraus resultierende Änderung der Behandlung Österreichs. Am EU-Gipfel in Lissabon vom 23. und 24. März 2000 versucht Bundeskanzler Schüssel Verbündete für ein Ende der Sanktionen zu gewinnen, stößt aber auf breite Ablehnung.⁸¹ Da die österreichischen Bemühungen um die Aufhebung der Sanktionen nicht von Erfolg gekrönt sind, beschließt die Bundesregierung ein „*Aktionsprogramm zur Aufhebung der Sanktionen*“, in dem Meinungsumfragen zum Thema, ein Vorschlag zur Reform von Art. 7 EUV und die Abhaltung einer Volksbefragung im Herbst erwogen werden, falls bis Ende der portugiesischen Ratspräsidentschaft kein Plan zur Aufhebung der

⁷³ Vgl. Scharsach, H. (2002): S. 207.

⁷⁴ Vgl. Scharsach, H. (2002): S. 28.

⁷⁵ Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 134.

⁷⁶ Vgl. Brief von Heinz Fischer an António Guterres vom 8. März 2000, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 196f.

⁷⁷ Czernin, H.: S. 71.

⁷⁸ Leitbild der Universität Wien vom 14. März 2000, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 260f.

⁷⁹ Erklärung Pro Österreich vom 14. März 2000, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 274f.

⁸⁰ Vgl.: *Giscard récuse le boycott de l'Autriche*, in: *Le Figaro*, 12.4.2000, S. 6.

⁸¹ Vgl. Kopeinig, M./ Kotanko, C.: S. 96.

Sanktionen in Aussicht stehen würde.⁸² Österreich droht außerdem damit, Entscheidungen in der EU zu verzögern, da man nicht voll in die laufenden Amtsgeschäfte eingebunden sei.

Auf der Tagung der EU-Außenminister auf den Azoren vom 5. bis 7. Mai 2000, treten Dänemark, Finnland, Griechenland, Irland, Italien und Spanien mehr oder weniger für die Aufhebung der Maßnahmen gegen Österreich ein.⁸³ Der Bericht der Beobachtermission der EVP stellt keine Beeinträchtigungen des demokratischen Systems in Österreich durch die schwarz-blaue Koalition fest, woraufhin die ÖVP ab 6. Juni wieder als vollwertiges EVP-Mitglied in alle Entscheidungen eingebunden wird.⁸⁴

Portugal präsentiert schließlich einen für alle praktikabel erscheinenden Ausweg – es beauftragt den Schweizer Luzius Wildhaber, Präsident des *Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte*, mit der Ernennung von drei Personen, die eine Beobachtungsmission in Österreich durchführen und einen Bericht erstellen soll. Die ÖVP akzeptiert den Plan unter Vorbehalt, die FPÖ war von Anfang an gegen jedes Überwachungsverfahren gewesen. Die Leiterin der *EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* Beate Winkler stellt fest, dass Österreich nicht fremdenfeindlicher als irgendein anderes EU-Land sei.⁸⁵ Am 12. Juli präsentiert Wildhaber drei Experten, die als Berichtersteller über die Situation in Österreich tätig werden sollen: Martti Ahtisaari (Sozialdemokrat), ehemaliger Präsident Finnlands und Spitzendiplomat, Marcelino Oreja (Christdemokrat), ehemaliger spanischer Außenminister und Europaratsgeneralsekretär sowie den Völker- und Menschenrechtsexperten Jochen Frowein.⁸⁶ In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist die Tatsache, dass Martti Ahtisaari 2008 den Friedensnobelpreis für seine diplomatischen Tätigkeiten in aller Welt erhalten hat. Die sogenannten „drei Weisen“ sollen einen Bericht über „das Eintreten der österreichischen Regierung für die gemeinsamen europäischen Werte, insbesondere hinsichtlich der Rechte von Minderheiten, Flüchtlingen und Einwanderern“ sowie über die „Entwicklung der politischen Natur der FPÖ“⁸⁷ erstellen. Auf der Grundlage dieses Berichts soll eine mögliche Neubewertung der bilateralen Beziehungen zu Österreich geprüft werden.

Nach (eingehenden) Untersuchungen in Österreich⁸⁸, Gesprächen mit Politikern und Intellektuellen aber auch mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen⁸⁹ wird der

⁸² Vgl. Aktionsplan vom 5. Mai 2000, in Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 376f.

⁸³ Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 142.

⁸⁴ Vgl. Bericht des „Beobachtungskomitees“ der EVP vom 6. Juni 2000, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 324ff.

⁸⁵ Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 146.

⁸⁶ Vgl. Ernennung der „Drei Weisen“ durch Luzius Wildhaber, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 387f.

⁸⁷ Übereinkunft der 14 EU-Mitgliedsstaaten vom 27. Juni, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 378.

⁸⁸ Die drei Weisen sind von 28. bis 30.7. 2000 in Österreich.

⁸⁹ Vor allem am 29. 8. 2000 in Heidelberg, dort auch Gespräch mit Susanne Riess-Passer auf ihren Wunsch.

„Weisenbericht“ am 8. September in Paris vorgelegt, da Frankreich gerade den EU-Vorsitz führt. Frankreich hatte im Vorfeld nur eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen angekündigt. Vorab wird der Bericht in der spanischen Zeitung *El País* abgedruckt. Im Bericht wird nicht mit massiver Kritik an der FPÖ, vor allem was „*missverständliche Formulierungen*“ hoher Parteifunktionäre sowie den „*Gebrauch von Beleidigungsverfahren*“⁹⁰ betrifft, gespart. Für die weitere Entwicklung der Partei höchst interessant ist die Feststellung „*Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass sich mit der Zeit neue Richtungen innerhalb der Partei herausbilden*“⁹¹, was dann ja später tatsächlich auch eintreten sollte. Es sei allerdings nicht Teil des Mandats der Beobachter über die Rechtmäßigkeit der Vorgehensweise der EU-14 zu urteilen.⁹² Weiters plädieren die „*drei Weisen*“ aber für eine Aufhebung der getroffenen Sanktionen. Sie hätten zwar das „*[...] Bewusstsein für die gemeinsamen europäischen Werte gestärkt*“⁹³, insgesamt komme man aber zu der Auffassung, dass sie „*[...] kontraproduktiv wirken würden, wenn sie fortbestünden, und dass sie daher beendet werden sollten.*“⁹⁴ Weiters sprechen sich die Experten für „*[...] die Entwicklung eines Verfahrens innerhalb der EU, um das Eintreten und die Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten für die Beachtung der gemeinsamen europäischen Werte zu überwachen [...] damit in Zukunft eine der gegenwärtigen Situation in Österreich vergleichbare Lage von Anfang an [...] behandelt werden kann*“⁹⁵, aus.

Nur vier Tage später, am 12. September, kommt es nach rund siebenmonatiger Dauer durch ein Kommuniqué des französischen EU-Ratspräsidenten Jacques Chirac im Namen der 14 EU-Mitgliedsstaaten zur Aufhebung der bilateralen diplomatischen Maßnahmen gegen Österreich. Darin wird die Nützlichkeit der Sanktionen hervorgehoben, diese könnten nun aber beendet werden. Die FPÖ gebe aber weiter Anlass zu Besorgnis und bleibe daher unter wachsamer Beobachtung. In der Folge sollen neue Maßnahmen angedacht werden, wie in analogen Situationen in Zukunft vorgegangen werden solle.⁹⁶ Die Sanktionen verschwinden damit relativ unbemerkt in der Versenkung, verglichen mit dem Aufschrei, der ihre Einführung begleitet hatte.

⁹⁰ Vgl. Ahtisaari, M./ Frowein, J./ Oreja, M.: S. 35-88: Kapitel II, v.a. Abs. 88, sowie Abs. 95 bis 103.

⁹¹ Ahtisaari, M./ Frowein, J./ Oreja, M.: Kapitel II, Abs. 113.

⁹² Vgl. Ahtisaari, M./ Frowein, J./ Oreja, M.: Kapitel III, Abs. 114.

⁹³ Ahtisaari, M./ Frowein, J./ Oreja, M.: Kapitel III, Abs. 115.

⁹⁴ Ahtisaari, M./ Frowein, J./ Oreja, M.: Kapitel III, Abs. 116.

⁹⁵ Ahtisaari, M./ Frowein, J./ Oreja, M.: Kapitel III, Abs. 117.

⁹⁶ Vgl. Kommuniqué des französischen Ratspräsidenten vom 12. September, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 419f.

Nachwirkungen:

Am 4. Oktober fordert die EU-Kommission ein „Frühwarnsystem“ und eine Novellierung des Sanktionsverfahrens nach Art. 7 des EU-Vertrages. Bis Mitte November wird in Wien jeden Donnerstag gegen die Bundesregierung demonstriert. Am 28. November besucht Jacques Chirac mit Außenminister Hubert Védrine im Rahmen der für ein EU-Vorsitzland traditionellen Hauptstädtetour auch Österreich, ein Anzeichen für die Normalisierung der Beziehungen. Noch im August 2001 bestätigt der israelische Außenminister Shimon Peres die Haltung gegenüber Österreich nicht revidieren und auch weiterhin keinen Botschafter nach Österreich entsenden zu wollen.⁹⁷ Seit In-Kraft-Treten des Vertrages von Nizza am 1. Februar 2003 gibt es ein Frühwarnsystem, das eine Wiederholung der Vorgänge um Österreich ausschließt.⁹⁸

Neben den offiziell abgesegneten Maßnahmen gab es eine Reihe weiterer Reaktionen, die nicht auf die Sanktionen beschränkt blieben. So riet der belgische Außenminister Louis Michel seinen Mitbürgern dringend davon ab, ihren Schiurlaub in Österreich zu verbringen.⁹⁹ Als weiteres Beispiel sei die ausgesetzte Zusammenarbeit der niederländischen Bank *ABN Amro* mit dem Bundesland Kärnten genannt.¹⁰⁰ Aber auch diverse Schüler- bzw. Studentenaustauschprogramme sowie Sportler aber auch Künstler hatten unter Absagen und Behinderungen zu leiden. Tatsächlich dürften die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Tourismus sowie Exporte gering ausgefallen sein, wie die wirtschaftlichen Rekordergebnisse im betreffenden Zeitraum zeigen.¹⁰¹

Weil die Maßnahmen eben nicht nur auf den bilateralen Bereich beschränkt blieben, entstand in Österreich manchmal der Eindruck einer pauschalen Verurteilung, obwohl offizielle Stellen immer wieder betont hatten, dass sich die Kritik ausschließlich an die an der Regierung beteiligte FPÖ richte. Zu dieser Entwicklung hat sicher auch zu einem nicht unwesentlichen Teil die dramatisierende Berichterstattung in den französischen Medien geführt. Aber auch die österreichische Presse trug mit reißerischen Schlagzeilen dazu bei, den Eindruck, Österreich würde zur Gänze abgelehnt, zu verstärken. Diese falsche Ansicht einer Pauschalverurteilung war schließlich auch einer der Gründe für die „drei Weisen“ die Aufhebung der Sanktionen zu empfehlen. „Die Maßnahmen haben schon jetzt

⁹⁷ Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 157.

⁹⁸ Vgl. Hummer, W.: S. 106.

⁹⁹ Vgl. Kopeinig, M./ Kotanko, C.: S. 27.

¹⁰⁰ Vgl. Calle, Marie-France: *Une banque hollandaise sanctionne l'Autriche*, in: *Le Figaro économie*, 4.2.2000, S. IV.

¹⁰¹ Vgl. Lobner, Michaela: S. 142ff.

nationalistische Gefühle im Land geweckt, da sie in manchen Fällen fälschlicherweise als Sanktionen verstanden wurden, die sich gegen die österreichische Bevölkerung richten.“¹⁰²

Die Sanktionen waren ein Lernprozess für die EU, erschwerend hinzu kam die fehlende rechtliche Basis. Offensichtlich hatten die 14 EU-Staaten bei der Verhängung der Sanktionen mehr an die Präventivwirkung als an die tatsächlichen Folgen gedacht, primäres Ziel war es wohl anfänglich die Regierungsbeteiligung der FPÖ zu verhindern, deshalb war auch in der Schnelligkeit kein Ausstiegsszenario festgelegt worden. Doch auch die späteren vorrangigen Ziele – Sturz der Regierung und unbefristete Aufrechterhaltung der Sanktionen – wurden nicht erreicht.

Die Maßnahmen der EU-14 können auch in gewissem Maße als „*historische Selbstentschuldigung*“ gesehen werden - nicht nur in Österreich ist die Vergangenheit (noch) nicht (vollständig) bewältigt - aber auch als Bekenntnis, gegen die neuen rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Gruppierungen in den jeweiligen Ländern gemeinsam vorgehen zu wollen. A. Pelinka interpretiert die Sanktionen schlussendlich auch als Chance für Österreich sich endlich von der Opferrolle zu verabschieden und sich der Differenz zwischen Nationalsozialismus und Faschismus bzw. Totalitarismus besser bewusst zu werden.¹⁰³

Interessant ist, dass vor allem Konservative (Jacques Chirac, zu Beginn auch José-María Aznar...) und Liberale (Guy Verhofstadt, Louis Michel...) bei der Entstehung der Maßnahmen eine Vorreiterrolle einnahmen, was meist auf innenpolitische Gesichtspunkte zurückzuführen ist. Von einer „[...] *ideologisch motivierten Aktion der Sozialistischen Internationale*“¹⁰⁴, wie der EVP-Vorsitzende Hartmut Nassauer behauptet oder aus Gründen der Machterhaltung bzw. -ausweitung der *Sozialistischen Internationale* wie Josef Feldner behauptet¹⁰⁵, kann also nur bedingt die Rede sein. Auch der Einsatz der finnischen Präsidentin Tarja Haltonen sowie des dänischen Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen (beide Sozialdemokraten) für eine Beendigung der Sanktionen sprechen gegen diese verallgemeinernde These. Die Meinungen über die Sanktionen gehen europaweit quer durch die Parteien weit auseinander.

¹⁰² Ahtisaari, M./ Frowein, J./ Oreja, M.: Kapitel III, Abs. 116.

¹⁰³ Vgl. Pelinka, A. (2002): S. 48.

¹⁰⁴ Pressemitteilung des EVP-Vorsitzenden, Hartmut Nassauer, vom 6. Juni 2000, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 330f.

¹⁰⁵ Vgl. Feldner, J.: S. 73f.

Josef Feldner, seines Zeichens Obmann des *Kärntner Heimatdienstes*¹⁰⁶, bezeichnet die EU-Sanktionen sowohl im Titel seines Buches als auch darin als „*kalte Demonstration von Macht*“¹⁰⁷, weiters als grob rechtswidrig und außerdem als „*beispiellose Strafexpedition*“, Österreich sei wie ein Kolonialvolk von den EU-14 behandelt worden.¹⁰⁸ Er warnt vor der Gefahr von links, verharmlost gleichzeitig aber auch die FPÖ. Auffällig ist sein *Wir-Diskurs* mit dem er versucht österreichische *Patrioten* anzusprechen. Seine Abscheu vor Brüssel gipfelt in folgendem Vergleich: „*Die Abgesandten Brüssels bewegen sich heute schon auf österreichischem Boden mit ebensolcher Arroganz wie seinerzeit nationalsozialistische Parteibonzen aus Berlin oder Belgier einst in Leopoldville.*“¹⁰⁹ Er stellt auch die Nicht-Bewältigung der österreichischen Vergangenheit in Frage.¹¹⁰

Das Vorgehen der EU zeigte aber auch auf, wie schwach das europäische Gemeinschaftsbewusstsein noch ist und wie stark nationale Interessen weiterhin dominieren. Der Ruf nach einer Grundrechtecharta wurde dadurch verstärkt, auch eine gemeinsame europäische Verfassung stand und steht seither verstärkt zur Debatte. Ein, wenn auch nur zum Teil durch die Sanktionen bedingter, Erfolg stellt sich doch noch im Jahr 2000 ein. Bei den Landtagswahlen im Burgenland und in der Steiermark sowie bei allen weiteren auf die Regierungsbildung folgenden Landtagswahlen verliert die FPÖ deutlich. Das ist wohl auch durch die Probleme vom Wechsel von radikaler Oppositionspartei zur Regierungsbank und unglückliche personelle Besetzungen bedingt und führt zu immer größeren internen Querelen.

¹⁰⁶ Der Kärntner Heimatdienst (KHD) bezeichnet sich selbst gerne als größte parteifreie patriotische Bürgerinitiative. In der ersten Republik war der KHD für die Propaganda zur Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit des Südestens von Kärnten am 10. Oktober 1920 zuständig. In der zweiten Republik entwickelte er sich zur Dachorganisation deutschnationaler Vereine und versucht seither unter anderem die Gleichbehandlung von Minderheiten zu verhindern.

¹⁰⁷ Feldner, J.: S. 37.

¹⁰⁸ Feldner, J.: S. 34.

¹⁰⁹ Feldner, J.: S. 40.

¹¹⁰ Vgl. Feldner, J.: S. 42.

Österreichbild in Frankreich – österreichisch-französische Beziehungen im Rückblick:

Im Hinblick auf ein besseres Verständnis für das in der Berichterstattung transportierte Bild Österreichs in Frankreich scheint es mir angebracht, die historische Entwicklung der Beziehungen – vor allem die des 20. Jahrhunderts – kurz darzustellen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit). Ebenso soll kurz auf das vorherrschende Österreichbild eingegangen werden.

Zunächst möchte ich kurz nach Béhar auf die zwei entgegengesetzten Traditionen in Frankreich eingehen, was die Österreichpolitik betrifft. Da gibt es zunächst die österreichfeindliche Linie, die auf Franz I. zurückgeht.¹¹¹ Ziel war es, die Verbindung Österreichs und Spaniens aufzubrechen. Die andere politische Tradition ist die österreichfreundliche, die auf Ludwig den XIV. zurückgeht, der nachdem der spanische Thron nicht mehr in Habsburgischer Hand war, keine Gefahr mehr in Österreich sah, sondern vielmehr in einem vereinten Deutschland.¹¹² Doch der König starb und die österreichfeindliche Tradition gewann wieder die Oberhand. Erst das Geschick des Fürsten Kaunitz brachte wieder eine Annäherung Frankreichs an Österreich, diese scheiterte letztendlich jedoch genauso wie die Heiraten österreichischer Prinzessinnen mit französischen Herrschern. Problematisch wurde das Verhältnis dann durch die *Koalitionskriege* gegen das revolutionäre Frankreich und die napoleonischen Feldzüge, dadurch gewann die feindliche Schule wieder die Oberhand. Durch die Niederlage Frankreichs gegen Preußen im *deutsch-französischen Krieg* 1870/71 wurde eine erneute Annäherung möglich.¹¹³ Diese währte allerdings nur kurz und wurde durch die Annexion Bosnien-Herzegowinas zunichte gemacht. Nach Ende des *Ersten Weltkrieges* war zunächst noch eine Donauföderation im Gespräch.¹¹⁴ Doch der österreichfeindlichen Schule wurde mit der Zerschlagung der Donaumonarchie zum Durchbruch verholfen. Clemenceaus vielzitiert Ausspruch „*Österreich ist das, was übrig bleibt!*“ verdeutlicht den Anteil Frankreichs am Zerfall des Habsburgerreiches.¹¹⁵

Nach dem *Ersten Weltkrieg* wurde Frankreich vom Anschlussstrauma verfolgt. Ziel Frankreichs war die französische Hegemonie in Europa. Deswegen wurde die Donaumonarchie zerschlagen und Österreich als eigenständiger Staat in die Republik

¹¹¹ Vgl. Béhar, P.: S. 32f.

¹¹² Vgl. Béhar, P.: S. 33f.

¹¹³ Vgl. Béhar, P.: S. 35.

¹¹⁴ Vgl. Kreissler, F.: S. 21.

¹¹⁵ Vgl. Pfersmann, O.: S. 261.

entlassen, um Deutschland nicht zu neuer Stärke heranwachsen zu lassen. Diese Teilung Mitteleuropas erfolgte nach dem deutschen Nationsbegriff, also der linguistischen Konzeption von Nation.¹¹⁶ Diese Eigenständigkeit Österreichs steht aber im Widerspruch zu dieser Konzeption, da Österreich als deutschsprachigem Staat der Anschluss an Deutschland verboten wurde. Die Existenz Österreichs wurde daher über die kulturelle Differenz von Deutschland begründet.¹¹⁷ Österreich sollte eine tragende Rolle in Mittel- und Osteuropa spielen. Eine geplante deutsch-österreichische Zollunion, die letztendlich verhindert werden konnte, stellte eine schwere Belastung für die Beziehungen der beiden Länder dar.¹¹⁸ In der Folge stand die französische Sicherheitspolitik jedoch oft vor vollendeten Tatsachen und war nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland 1938 endgültig gescheitert.

Nach 1945 ging es um die Wiederherstellung der Ordnung in Mitteleuropa und die Erhaltung der Eigenständigkeit Österreichs. Dabei sollten die vor dem Krieg begangenen Fehler nicht wiederholt werden.¹¹⁹ Deshalb bemühte sich Frankreich als schwächstes Mitglied der *Alliierten* um psychologische Unterstützung für Österreich. Diese erfolgte nach Angerer auf drei Ebenen. Erstens traten die französischen Besatzungstruppen bewusst nicht als Eroberer sondern als Befreier auf. Zweitens gab es intensiven Einfluss auf kultureller Ebene mit den französischen Kulturinstituten und drittens, da die Österreichfrage zunächst ungeklärt blieb, bemühte sich Frankreich um volles und gleichberechtigtes Mitspracherecht mit den anderen drei Siegermächten.¹²⁰ Frankreich versuchte in den darauffolgenden langwierigen Staatsvertragsverhandlungen die Einheit Österreichs zu bewahren und eine Teilung Österreichs nach dem Vorbild Deutschlands zu verhindern. Nach Abschluss des Staatsvertrages ist eine Vernachlässigung der gegenseitigen Beziehungen zu bemerken, zumal für Frankreich die Aussöhnung mit Deutschland im Vordergrund stand. Gegensätze wurden im Zuge der EWG- und EFTA-Gründung deutlich. 1967 trug Frankreich wesentlich dazu bei, dass Österreichs Alleingang nach Brüssel scheiterte.¹²¹

Mit der Waldheim-Affäre sei Österreich von einem hohen Podest gestürzt worden. Gerald Stieg spricht in diesem Zusammenhang von der Wahrnehmung Wiens als Geburtsort der Moderne und einer politisch sehr erfolgreichen Zeit unter Bruno Kreisky.¹²² Höhepunkt war die Ausstellung „*Vienne, 1880-1938 L'apocalypse joyeuse*“ 1986 im *Centre*

¹¹⁶ Vgl. Béhar, P.: S. 36.

¹¹⁷ Vgl. Béhar, P.: S. 39.

¹¹⁸ Vgl. Kreissler, F.: S. 24.

¹¹⁹ Vgl. Angerer, T. (1994): S. 85.

¹²⁰ Vgl. Angerer, T. (1994): S. 88ff.

¹²¹ Vgl. Angerer, T. (1994): S. 101.

¹²² Vgl. Stieg, G: S. 221.

Pompidou.¹²³ Die guten Beziehungen fanden jedoch mit Beginn der Waldheim-Affäre ein jähes Ende. Es kommt zu einer Verschränkung zwischen Kunst und politischer Wahrnehmung. Österreich, das sich gerne als erstes Opfer Nazideutschlands hinstellt(e), war plötzlich mit der eigenen Vergangenheit und deren bisherigen weitestgehenden Verdrängung konfrontiert, was eine gewisse Enttäuschung bei Frankreich zurücklässt. Möglicherweise erkannte man in den Problemen mit der Vergangenheitsbewältigung in Österreich die eigenen wieder! In der Folge wird die Wahrnehmung der Politik auf Waldheim reduziert, ab 1986 „[...] wird es geradezu unvorstellbar, dass ein österreichischer Autor ohne Bezug auf Kurt Waldheim und/oder die verdrängte Vergangenheit besprochen wird [...].“¹²⁴ Dies gilt insbesondere für jene Autoren, die sich mit Geschichte, Verdrängung und Opportunismus beschäftigen, also Peter Handke, Thomas Bernhard, der in Frankreich gefeiert wird, und immer mehr auch für Elfriede Jelinek. Schon während der Waldheim-Affäre stellt Stieg fest, dass vor allem die linke und linksliberale Presse Wortführer in der radikalen Berichterstattung ist.¹²⁵ Die Waldheimaffäre habe ein „[...] latentes österreichisches und europäisches Unbehagen an den Tag gebracht.“¹²⁶ An dieser Stelle soll auf Parallelen zum Sanktionsjahr 2000 hingewiesen werden. Erst der Vollbeitritt zur EU führte zu einer Wiederaufwertung der Beziehungen.

Seit der Waldheim-Affäre, die die Sensibilität im Hinblick auf die österreichische Vergangenheit international wesentlich erhöht hat, hat sich das Österreichbild, verbunden mit dem Aufstieg des Populisten Jörg Haider, der sich immer wieder verbale Ausrutscher mit nationalsozialistischem Gedankengut erlaubt, nicht merklich verbessert. Dabei kann man durchaus Parallelen zwischen Österreich und Frankreich ziehen, beide haben/hatten immer schon Probleme im Umgang mit der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit. Dennoch ist das Österreichbild in Frankreich basierend auf einer vom französischen Meinungsforschungsinstitut SOFRES im November 1998 durchgeführten Umfrage grundsätzlich positiv, aber auf einige wenige kulturelle und historische Punkte beschränkt.¹²⁷ Demnach sei das Interesse an Österreich eher gering, daher gebe es auch kein klares Österreichbild. Stereotypen wie die mangelnde Vergangenheitsbewältigung herrschen vor. Österreich wird überwiegend als Kultur- und Tourismusland wahrgenommen, so verbinden viele Franzosen Mozart, die *Salzburger Festspiele*, die Habsburgermonarchie, Sissi, Natur und das Skifahren mit Österreich. Andererseits wird das Land auch als jenes von Freud,

¹²³ Vgl. Le Rider, J. (2003): S. 39.

¹²⁴ Stieg, G.: S. 222.

¹²⁵ Vgl. Stieg, G.: S. 229.

¹²⁶ Stieg, G.: S. 236.

¹²⁷ Vgl. Haslinger, I.: S. 38 sowie S. 54f.

Musil, Kraus, Zweig, Schnitzler, Roth und Canetti wahrgenommen.¹²⁸ Das Österreichbild in Frankreich sei vom Selbstbild der Österreicher, von einer gewissen Zerrissenheit, ergänzt durch Stereotypen und Vorurteile geprägt, so Le Rider.¹²⁹ Die negative Vorstellung von 1986 lebt dann 1999/2000 wieder auf. Hauptsächlich beschäftigt man sich in Frankreich mit der österreichischen Kultur und Literatur, weniger mit Landeskunde bzw. Geschichte, deshalb ist die Wahl 1999 und auch die Regierungsbildung 2000 selbst für Experten erstaunlich, da wesentliche Daten der neueren Politikgeschichte vernachlässigt wurden.¹³⁰ Bei der Debatte um Österreich spielen stets auch die internen Diskussionen der Franzosen über die eigene politische Kultur eine Rolle.¹³¹

Abschließend ist noch eine Konstante in den Beziehungen der beiden Länder festzuhalten. Pfersmann, Angerer, Stieg und Le Rider kommen zu der Ansicht, dass Österreich in Frankreich nie getrennt von den Diskussionen über Deutschland und das europäische Gleichgewicht behandelt werden könne.¹³² Otto Pfersmann geht sogar so weit festzustellen, „[...] dass es eigentlich niemals strikt österreichisch-französische Beziehungen gegeben hat. Es war stets ein Dreiecksverhältnis, bei dem es auf beiden Seiten immer zuerst um die Beziehungen zu Deutschland ging.“¹³³

Geschichte der FPÖ bis 2000:

Das Wahlergebnis von 1999 löste nicht nur ein Rauschen im internationalen Blätterwald aus, sondern auch einen Aufruhr auf politischer Ebene. Wie konnte es einer Partei gelingen mit einem ausländerfeindlichen, EU-kritischen Wahlkampf so viele Wählerstimmen auf sich zu vereinen? Ein wesentlicher Bestandteil dieses Erfolges liegt sicher in der Person des populären Parteichefs Jörg Haider, der schon zuvor selbst international kein unbeschriebenes Blatt mehr war. An dieser Stelle sei nur an seine rassistischen oder den Nationalsozialismus verharmlosenden Äußerungen erinnert. Um nun den großen Erfolg der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) bei den Nationalratswahlen vom 3. Oktober 1999 und die anschließende Regierungsbeteiligung besser verstehen zu können, soll zunächst einmal auf die Entstehung der FPÖ eingegangen werden. Davor soll allerdings darauf hingewiesen werden, dass zwar umfangreiche Literatur zum Thema FPÖ vorhanden ist, eine

¹²⁸ Vgl. Stieg, G.: S. 225 sowie. Kreissler, F.: S. 26.

¹²⁹ Vgl. Le Rider, J. (2003): S. 27.

¹³⁰ Vgl. Angerer, T. (2003): S. 55.

¹³¹ Vgl. Le Rider, J. (2003): S. 41.

¹³² Vgl. Pfersmann, O.: S. 262, Angerer, T. (1994): S. 101, Stieg, G.: S. 244, Le Rider, J. (2003): S. 40.

¹³³ Pfersmann, O.: S. 266.

objektive Sichtweise der Dinge jedoch eher die Ausnahme darstellt. Die FPÖ polarisiert auch in der Wissenschaft, so gibt es sowohl sehr FPÖ freundliche Abhandlungen (etwa: Andexinger, Reimann, Feldner) als auch überaus kritische Literatur zum Thema (Bailer-Galanda/Neugebauer, Scharsach).

Die Entstehung des dritten Lagers nach 1945:

Das dritte Lager in Österreich hat seine Wurzeln im deutschnationalen bzw. später nationalsozialistischen und zum Teil auch im liberalen Lager der Zwischenkriegszeit.¹³⁴ Der Auffassung des Deutschnationalismus in Österreich nach, gehören die deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie geistig wie kulturell zu Deutschland, aufgrund ihrer Sprache sehen sich viele österreichische Deutschnationale als Deutsche. Nach Ende des *Zweiten Weltkriegs* waren in Österreich von den Alliierten nur drei Parteien zugelassen worden: die *Sozialistische Partei Österreichs* (SPÖ), die *Österreichische Volkspartei* (ÖVP) und die *Kommunistische Partei Österreichs* (KPÖ), alle anderen bundesweiten Gruppierungen waren von den Nationalratswahlen 1945 ausgeschlossen. Aufgrund der *Nationalsozialistengesetze* war jedoch allen ehemaligen Mitgliedern von NSDAP, SA oder SS die Wahlberechtigung entzogen worden, wodurch etwa ein Viertel der Wahlberechtigten nicht zur Wahl zugelassen wurde.¹³⁵ Diese Gesetze trugen damit wesentlich zur Entstehung einer außerparlamentarischen Opposition bei. Doch nicht nur ehemalige Nationalsozialisten waren mit der neuen Ordnung im Staat unzufrieden, auch viele Heimkehrer, Frontkämpfer und Volksdeutsche¹³⁶, aber auch Teile des (national-) liberalen Bürgertums fanden in den etablierten Parteien keine politische Heimat. Vor allem erstere und zweitere konnten nicht verstehen, dass sie nach jahrelangem Kampf für die Heimat nun für ihren Einsatz nicht gewürdigt wurden. Die etablierten Parteien wollten das Potenzial dieser Wählergruppe nicht ungenutzt lassen, deshalb wurden sogenannte „*Minderbelastete*“ bei den Nationalratswahlen 1948 wieder zur Wahl zugelassen.¹³⁷

Doch bereits ein Jahr zuvor gab es Bestrebungen diese außerparlamentarische Opposition in einer Partei zu organisieren. Vor allem Herbert Alois Kraus, Herausgeber der *Berichte und Informationen*¹³⁸ und Viktor Reimann, Journalist bei den *Salzburger Nachrichten*, denen keine Nähe zum Nationalsozialismus nachgesagt werden kann, engagierten sich für eine Aufhebung der *Nationalsozialistengesetze*. Sie wollten durch eine

¹³⁴ Vgl. Bailer, B./ Neugebauer, W./ Schiedel, H.: S. 105.

¹³⁵ Vgl. Stäuber, R.: S. 62.

¹³⁶ Deutschsprachige, die aus den ehemals zur Donaumonarchie gehörenden Ländern geflohen sind.

¹³⁷ Vgl. Stäuber, R.: S. 64.

¹³⁸ Vgl. Müller-Klingspor, W.: S. 146ff.

vierte Partei eine Belebung der Politik erreichen, da sie die Gefahr eines *Zweiparteienstaates* fürchteten. Beide vertraten liberal-freiheitliche mit sozialen Reformen verbundene Ansichten.

Aus diversen regionalen, meist von ehemaligen Nationalsozialisten gegründeten Gruppierungen, entstand am 26. März 1949 eine vierte Partei, der *Verband der Unabhängigen* (VdU), geleitet von Herbert Kraus. Als Sitz der Partei wurde die Stadt Salzburg auserkoren, erstens um nicht in der russisch besetzten Zone unter erschwerten Bedingungen arbeiten zu müssen, zweitens weil Salzburg ein Zentrum innerösterreichischer Opposition war. Zwar war die Parteiführung liberal, doch konnte das nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Parteibasis auch viele ehemalige Nationalsozialisten angehörten, die weiter mit deren Ideen sympathisierten. Das Parteiprogramm vom Juli 1949 stand unter dem Motto „*Recht, Sauberkeit und Leistung*“. Die Forderung nach Gleichberechtigung eines jeden Bürgers im Staat nahm vor allem im Hinblick auf ehemalige Nationalsozialisten einen wichtigen Platz ein, was die Partei allerdings ständig dem Vorwurf des Neonazismus aussetzte. Unter Punkt 10 bekannte sich die Partei zwar zur Eigenstaatlichkeit Österreichs gleichzeitig aber zum „*deutschen Volkstum*“. In Punkt 11 und 12 wird „*die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa auf der Grundlage der Gleichberechtigung*“ gefordert.¹³⁹

Vor allem die ÖVP versuchte vor den Wahlen 1949, eine Zulassung des VdU zu den Wahlen zu verhindern, der Alliierte Rat gab aber kurz darauf bekannt, dass die wahlwerbenden Gruppen frei an den Wahlen teilnehmen dürften.¹⁴⁰ Die SPÖ, vor allem Innenminister Helmer, erhoffte sich eine Spaltung des bürgerlichen Lagers und unterstützte somit den Gründungsprozess des VdU.¹⁴¹ Damit war der Weg frei und der VdU erreichte als *Wahlpartei der Unabhängigen* (WdU) auf Anhieb 11,7% der Stimmen.¹⁴²

Der Zusammenhalt der Partei war durch den Kampf für die Rehabilitierung *Ehemaliger* und die radikale Oppositionsrolle noch gegeben, doch schon bald sollten erste Spannungen sichtbar werden. Die Fronten zwischen dem nationalen und dem liberalen Lager verhärteten sich immer mehr, das nationale Lager drängte weiter nach rechts, die liberale Führung wollte das verhindern. Der Wahlkampf 1953 stand kaum noch im Zeichen der NS-Frage, viel mehr unter dem Motto „*Einigung, Erneuerung, Europa*“, der VdU erreichte 10,9%.¹⁴³ Aufgrund in aller Öffentlichkeit ausgetragener Richtungsstreitigkeiten zwischen nationalem und liberalem Lager kam es zu einer Schwächung des VdU. Mit dem *Ausseer*

¹³⁹ Vgl. Politische Programme und Statuten des VdU und der FPÖ– Auszüge, in: Hummer W./ Pelinka A.: S. 512.

¹⁴⁰ Vgl. Stäuber, R.: S. 83.

¹⁴¹ Vgl. Pelinka, A. (2000): S. 49f.

¹⁴² Vgl. Nationalratswahlergebnisse und Regierungszusammensetzungen in der II. Republik seit 1945, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 168.

¹⁴³ Vgl. Stäuber, R.: S. 120.

Programm von 1954 versuchte die Parteispitze durch eine stärkere Betonung des nationalen Elements, die Partei noch einmal zusammenzuhalten. Die Suche nach einer neuen Führungspersönlichkeit und einem neuen Namen begann, da niemand mehr an die Zukunft des zerstrittenen VdU glaubte.

Die FPÖ von der Gründung bis 1986:

Am 7. April 1956 wurde schließlich in Wien die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) gegründet, zum Parteiobmann wurde Anton Reinthaller gewählt. Der Zeitpunkt der Gründung einer eindeutig national orientierten Partei war gut gewählt, denn nur ein Jahr zuvor waren die Alliierten endgültig abgezogen, die Nationalen konnten ihre Meinung nun sehr viel freier äußern. Reinthaller hatte schon früh der österreichischen NSDAP angehört, wollte diese aber von der deutschen abgrenzen. Er war Landwirtschaftsminister unter dem nationalsozialistischen Kabinett Seyß-Inquart, später Unterstaatssekretär für Angelegenheiten der Bergbauern im Reichsernährungsministerium. Er bekleidete ehrenhalber den Rang eines SS-Obergruppenführers.¹⁴⁴ Nach dem Krieg wurde er von den Alliierten zwei Jahre im Internierungslager Glaserbach interniert, danach saß er sieben Jahre in Untersuchungshaft. Er wurde schließlich wegen Hochverrats verurteilt, anschließend aber begnadigt. Ausgelöst durch die Wahl Reinthallers zum Obmann traten Kraus und Reimann aus der Partei aus. Das bedeutet vorläufig das Ende für alle liberalen Bestrebungen innerhalb der FPÖ.

Bei den Wahlen 1956 folgte der Absturz auf 6,6% der Stimmen¹⁴⁵, einerseits bedingt durch die Richtungsstreitigkeiten, andererseits weil sich SPÖ und ÖVP aufgrund des gerade abgeschlossenen Staatsvertrages großer Popularität erfreuten. In den *Richtlinien freiheitlicher Politik* von 1957 wird ein betont nationaler Kurs eingeschlagen. Nach dem Tod Reinthallers 1958 wird Friedrich Peter Parteiobmann. Er war Obersturmführer der Waffen-SS gewesen und setzte den nationalen Kurs seines Vorgängers fort. Die FPÖ konnte kleine Zugewinne verzeichnen. Außenminister Kreisky (SPÖ) trug wesentlich zur Annäherung von SPÖ und FPÖ bei. 1962 wurde die Hoffnung auf eine von der ÖVP in Aussicht gestellten Regierungsbeteiligung enttäuscht.¹⁴⁶ In der Habsburg-Frage konnte die FPÖ erstmals eine politische Schlüsselrolle spielen, gemeinsam mit der SPÖ verabschiedete die FPÖ einen Antrag, dass Otto Habsburg in Österreich nicht erwünscht sei.¹⁴⁷ Um sich auch für nicht nationale Wählerschichten zu öffnen wurde 1964 das sogenannte *Salzburger Bekenntnis*

¹⁴⁴ Vgl. Bailer, B./ Neugebauer, W./ Schiedel, H.: S. 106.

¹⁴⁵ Vgl. Nationalratswahlergebnisse und Regierungszusammensetzungen in der II. Republik seit 1945, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 168.

¹⁴⁶ Vgl. Stäuber, R.: S. 159.

¹⁴⁷ Vgl. Arnold, S.: S. 76.

beschlossen, das vermehrt liberale Gedanken aufwies.¹⁴⁸ Geschwächt durch die erneuten Richtungsstreitigkeiten und einen Parteienfinanzierungsskandal, angeblich hatte Franz Olah (SPÖ) an Peter eine Million Schilling zur Finanzierung des Wahlkampfs gezahlt, erreichte die FPÖ 1966 nur 5,4%.¹⁴⁹ Im *Bad Ischler Programm* von 1968 bekennen sich die Freiheitlichen zu einem „*europäischen Bundesstaat unter Wahrung der Eigenart seiner Völker*“, dieses Programm stellt aber erneut einen Kompromiss dar.¹⁵⁰ Diese Profillosigkeit blieb bis Ende der 80er-Jahre ein massives Problem der Partei.

Die Wahlen von 1970 brachten eine SPÖ-Mehrheit im Parlament, die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP scheiterten allerdings. Aufgrund der Ankündigung im Wahlkampf der FPÖ keinen roten Bundeskanzler zu unterstützen, bildete Bruno Kreisky eine Minderheitsregierung, wurde in einigen Bereichen dabei aber tatkräftig von den Freiheitlichen unterstützt. Im Gegenzug erhielten diese eine für sie günstige Wahlrechtsreform und die Anzahl der Abgeordneten wird von 165 auf 183 erhöht.¹⁵¹ Kreisky trug also wesentlich zur Aufwertung der FPÖ bei. Bei den Wahlen 1971 erreichte die SPÖ die absolute Mehrheit. Die FPÖ begann sich nun wieder verstärkt auf ihre Oppositionsrolle zurückzuziehen. Ein Antrag des Bundesjugendführers des *Ringes Freiheitlicher Jugend*, Jörg Haider, zielte auf die Ablöse Peters als Obmann.¹⁵² Am Villacher Parteitag 1972 wurde Peter mit großer Mehrheit wiedergewählt und das *Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik* beschlossen. Die Wahlen 1975 änderten nichts an der politischen Lage, die SPÖ konnte weiter allein regieren. Kurz nach der Wahl beschuldigte Simon Wiesenthal Friedrich Peter der 1. SS-Infanterie-Brigade angehört zu haben, die im hinteren Frontgebiet tausende unschuldige Menschen (vor allem Juden) ermordet hatte. Es konnte ihm jedoch nie offiziell etwas nachgewiesen werden. Die Presse stürzte sich auf dieses Thema, Bundeskanzler Kreisky, selbst Jude, verteidigte Peter jedoch offensiv gegen diese Vorwürfe.¹⁵³

Nach dem großen Wahlsieg 1978 von Alexander Götz in Graz übernahm dieser auf Drängen der Jungen den Parteivorsitz. Mit Götz als Parteivorsitzendem näherte sich die FPÖ mehr der ÖVP an.¹⁵⁴ Sie strebte eine antisozialistische Orientierung, einen grundlegenden Wandel des politischen Systems an, in der Wirtschaftspolitik konzentrierte man sich auf kleine und mittlere Betriebe. 1979 wurde die FPÖ auch Mitglied der *Liberalen*

¹⁴⁸ Vgl. Stäuber, R.: S. 169.

¹⁴⁹ Vgl. Nationalratswahlergebnisse und Regierungszusammensetzungen in der II. Republik seit 1945, in: Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 168.

¹⁵⁰ Vgl. Stäuber, R.: S. 173ff.

¹⁵¹ Vgl. Hummer W./ Pelinka A.: S. 505.

¹⁵² Vgl. Arnold, S.: S. 84.

¹⁵³ Vgl. Pelinka, A. (1993): S. 24f.

¹⁵⁴ Vgl. Pelinka, A. (1993): S. 16.

Internationalen (damals *Liberale Weltunion*).¹⁵⁵ Bei der Nationalratswahl 1979 erreichte man keine guten Ergebnisse, Götz musste viel Kritik von Seiten der Jungen einstecken und trat im Dezember zurück. Favorit für seine Nachfolge war Norbert Steger, der sich bei einer Kampfabstimmung gegen den nationaleren Ofner durchsetzen konnte.

Steger versuchte mit einem liberaleren Kurs nach Vorbild der deutschen FDP und mit mehr Engagement für Europa, Wähler der politischen Mitte anzusprechen und näherte die Partei wieder der SPÖ an. Doch ein harter Kern der Partei akzeptierte den von der Führung ausgegebenen liberalen Kurs nicht wirklich. Die FPÖ wurde als Kontrollpartei positioniert und war gegen den Bau des Atomkraftwerks Zwentendorf. Trotz vieler konstruktiver Vorschläge seitens der FPÖ, die Regierungsverantwortung anstrebte, gewann bei den Nationalratswahlen 1983 die ÖVP, die FPÖ verlor, erreichte aber in den darauf folgenden Koalitionsverhandlungen erstmals eine Regierungsbeteiligung als Juniorpartner der SPÖ unter Bundeskanzler Fred Sinowatz, dem Nachfolger Kreiskys. Letzterer trat deutlich für ein Bündnis mit der FPÖ ein. Für die SPÖ stellte nach 13 Jahren Alleinregierung die kleine Koalition mit der FPÖ wohl das geringere Übel dar.¹⁵⁶ Die FPÖ stellte drei Minister, drei Staatssekretäre und den Vizekanzler. Das Regierungsprogramm trug wenig freiheitliche Handschrift, da die FPÖ im Vergleich zur SPÖ der wesentlich kleinere Partner war. In diesem Kabinett erregte der Verteidigungsminister Frischenschlager (FPÖ) Aufsehen, als er den SS-Kriegsverbrecher Walter Reder bei seiner Rückkehr aus italienischer Haft in Österreich mit Handschlag begrüßte.¹⁵⁷ Frischenschlager, obwohl dem liberalen Flügel der Partei zuzurechnen, erntete Applaus von rechts stehenden FPÖ-Funktionären, unter anderem Haider, der Reder als „[...] letzten österreichischen Kriegsgefangenen“ bezeichnete.¹⁵⁸ Teile der SPÖ verlangten die sofortige Aufkündigung der Koalition, mit einer öffentlichen Entschuldigung Frischenschlagers wurde der Bruch gerade noch abgewehrt. Doch die innerparteilichen Konflikte nahmen zu, Haider kritisierte zunehmend den Obmann, den Regierungskurs und die SPÖ, weswegen er 1985 nur knapp einem Parteiausschluss entging, den Steger allerdings abwehrte und damit eine mögliche Parteispaltung verhinderte.¹⁵⁹ Doch eines wurde deutlich, obwohl Steger viele Liberale in wichtige Positionen bringen konnte, konnte er keinen entscheidenden ideologischen Durchbruch bei der Parteibasis erreichen.

Im selben Jahr wurde das sogenannte *Salzburger Programm* verfasst, es gilt trotz Zugeständnissen an das nationale Lager – so wurde nach wie vor das Bekenntnis zur

¹⁵⁵ Vgl. Bailer/ Neugebauer/ Schiedel.: S. 111.

¹⁵⁶ Vgl. Pelinka, A. (1993): S. 13.

¹⁵⁷ Vgl. Pelinka, A. (1993): S. 46f.

¹⁵⁸ Czernin, H: S. 15.

¹⁵⁹ Vgl. Pelinka, A. (1993): S. 56f.

deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft beibehalten – als liberalstes Parteiprogramm in der Geschichte der FPÖ. Nach Artikel 19 liegt die Zukunft Europas in einem engen Miteinander aller seiner Länder und Völker, ein Beitritt Österreichs zur EG wird in Artikel 109 für möglich und notwendig gehalten.¹⁶⁰ Die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten führte zu einer Polarisierung in Österreich zum Thema Kriegsvergangenheit, Vranitzky wurde neuer Bundeskanzler. Die innerparteilichen Konflikte der FPÖ nahmen zu und auf dem Parteitag am 13. September 1986 in Innsbruck kam es zu einer Kampfabstimmung um den Parteivorsitz zwischen dem amtierenden Parteichef Norbert Steger und dem Landesparteiobmann von Kärnten Jörg Haider. Letzterer konnte sich mit 57,7%¹⁶¹ der Stimmen durchsetzen.

Die FPÖ unter Jörg Haider:

Der Aufstieg Jörg Haiders, der 1950 in ein nationalsozialistisch geprägtes familiäres Milieu geboren wurde – der Vater Robert Haider trat bereits 1929 im Alter von 15 Jahren der NSDAP bei¹⁶² – begann jedoch bereits im Jahre 1966, in dem Haider, damals Mitglied der deutschnationalen Burschenschaft *Albia*, anlässlich des Jahrestreffens des *österreichischen Turnerbundes* den Rednerpreis des Jahres für einen Beitrag über „*Sind wir Österreicher Deutsche?*“ erhielt.¹⁶³ Nach Beendigung seines Studiums der Rechtswissenschaften in Wien übernahm Jörg Haider mehrere parteiinterne und parlamentarische Ämter in Kärnten, wo das deutschnationale Lager traditionell sehr stark war. Seit der Übernahme politischer Ämter in Kärnten konzentrierte er seine politischen Bemühungen auf dieses Bundesland bis er 1986 schließlich den Bundesparteivorsitz übernehmen konnte.

Mit diesem Führungswechsel war auch ein Schwenk nach rechts verbunden, woraufhin der amtierende Bundeskanzler Franz Vranitzky die Koalition mit der FPÖ aufkündigte. Erneut errang der nationale Flügel die Oberhand. Durch die Umdeutung des Deutschnationalismus in Liberalismus sei ein liberales Lager künstlich zum Leben erweckt worden, doch so Pelinka: „*Den Liberalismus, [...], den gab es eben einfach gar nicht.*“¹⁶⁴ Bei den darauffolgenden Neuwahlen gelang es Haider seine Partei als Oppositionspartei zu verkaufen und schaffte damit eine Verdoppelung des Stimmenanteils der FPÖ auf 9,7%,

¹⁶⁰ Vgl. Politische Programme und Statuten des VdU und der FPÖ– Auszüge, in: Hummer W./ Pelinka A.: S. 517.

¹⁶¹ Vgl. Pelinka, A. (1993): S. 116.

¹⁶² Vgl. Riedl, J.: S. 149.

¹⁶³ Vgl. Riedl, J.: S. 155.

¹⁶⁴ Pelinka, A. (1993): S. 81.

obwohl die Partei noch im Sommer in Umfragen wesentlich schlechter gelegen hatte.¹⁶⁵ Das sollte nur der Beginn des Aufstiegs der FPÖ von einer Kleinpartei zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz für SPÖ und ÖVP und deren Abstieg zu Mittelparteien sein.

SPÖ und ÖVP bildeten wieder eine große Koalition, da die Zusammenarbeit mit der Haider-FPÖ abgelehnt wurde. Diese entdeckte nun das Volksbegehren als Mittel zur Mobilisierung von Wählern und der öffentlichen Meinung für sich und setzte unter Haider auf einen totalen Oppositionskurs. Die FPÖ entwickelte sich zu einer *Aufdeckerpartei*, der Kampf gegen rot-schwarze Machtkartelle, Privilegien und *Freunderlwirtschaft* wurden zum Markenzeichen der Partei. Bei der Kärntner Landtagswahl 1989 erreichte die FPÖ 11 von 36 Mandaten¹⁶⁶ und bildete mit der ÖVP eine Koalition. Haider wurde Landeshauptmann. Durch seine unbestreitbaren Wahlerfolge gelang es Haider sowohl nationale als auch liberale Kreise hinter sich zu vereinen. Spätestens seit dem Wahlkampf 1990 wird das Ausländerthema immer wichtiger, durch den Umbruch im Osten gelingt es der FPÖ Ängste der Bevölkerung vor einer Einwanderungswelle zu schüren. Ausländer werden als kriminell und arbeitsscheu hingestellt, sie seien Drogendealer und Sozialschmarotzer. Außerdem wird zwischen eingebürgerten und alteingesessenen Österreichern unterschieden.

Bei der Nationalratswahl 1990 konnte die FPÖ vor allem konservative Wählerschichten ansprechen und erreichte 16,6%.¹⁶⁷ Haider wurde zum Medienstar, von den Medien wurde er oft ins extrem rechte Eck gestellt, nichts desto trotz erhielt er immer größeren Rückhalt in der Bevölkerung. Er ging bewusst das Risiko der Tabuverletzung ein, wohl auch um größere Medienpräsenz zu erreichen. Als Kärntner Landeshauptmann musste er 1991 aufgrund seiner Aussage „[...] im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, [...]“¹⁶⁸ zurücktreten. Ein Verfahren wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung drohte, darum mobilisierte der Landeshauptmann Anhänger um auf der Straße gegen die Justiz anzutreten.¹⁶⁹ Haider relativierte seine Aussage später und bedauerte sie – eine für ihn typische Reaktion. Trotzdem erfolgte daraufhin der Ausschluss aus der *Liberalen Internationalen*, dem die FPÖ durch einen selbst eingebrachten Antrag zuvorkam.¹⁷⁰ Die Partei wurde immer stärker auf Haider zugeschnitten, darin sehen Bailer, Neugebauer und Schiedel immer mehr die Entwicklung zu einer autoritären

¹⁶⁵ Vgl. Nationalratswahlergebnisse und Regierungszusammensetzungen in der II. Republik seit 1945, in Hummer, W./Pelinka, A.: S. 168.

¹⁶⁶ Vgl. Landtagswahlergebnisse seit 1945, in Hummer, W./Pelinka, A.: S. 169f.

¹⁶⁷ Vgl. Nationalratswahlergebnisse und Regierungszusammensetzungen in der II. Republik seit 1945, in Hummer, W./Pelinka, A.: S. 168.

¹⁶⁸ Czernin, H.: S. 31.

¹⁶⁹ Vgl. Scharsach, H. (2002): S. 38f.

¹⁷⁰ Vgl. Arnold, S.: S. 107.

Führerpartei.¹⁷¹ Kritiker wurden aus Ämtern und Partei gedrängt bzw. traten von selbst aus, die freigewordenen Posten wurden mit von Haider direkt vorgeschlagene Kandidaten besetzt, dadurch konnte er ein immer größeres Dankbarkeits- bzw. Abhängigkeitsverhältnis aufbauen.¹⁷² Um die mangelnde Programmsubstanz zu kaschieren, konzentrierte sich die FPÖ stark auf ihre Kernthemen und versuchte mit Schwarzweißmalerei, extremer Vereinfachung und einer Aufteilung in „Wir“ und „die Anderen“ bei der Wählerschaft zu punkten.

Das Ausländerthema spielt in den Wahlkämpfen der FPÖ eine immer größere Rolle. Mit dem Volksbegehren „*Österreich zuerst*“ (1993) wird versucht große Wählerschichten anzusprechen, Österreich wird nicht als Einwanderungsland definiert und es werden strengere Regelungen für bereits in Österreich lebende Ausländer gefordert.¹⁷³ Darüber kam es zum Konflikt mit seiner Stellvertreterin Heide Schmidt. Sie und vier weitere Abgeordnete (darunter auch Frischenschlager) traten am 4. Februar 1993 aus der FPÖ aus und gründeten das *Liberale Forum* (LIF). Ausschlaggebend waren unterschiedliche Auffassungen in der Ausländer- und Europafrage, der Rechtsruck der Partei sowie der aggressive politische Stil Haider. Durch diese Spaltung kam es allerdings zu keinen erheblichen Verlusten für die FPÖ.

Der EU-Beitritt Österreichs stand kurz bevor, da eine Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt der EU noch ablehnend gegenüberstand, wurde die FPÖ aufgrund eines dadurch erhofften Stimmenzuwachses zum Gegner der EU. Bisher war die FPÖ stets eine starke Europabefürworterin gewesen, was auch aus den Parteiprogrammen ersichtlich ist, diese neue Linie stellt also einen Bruch mit der bisherigen dar! Bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt stimmten 66,6%¹⁷⁴ für den EU-Beitritt, neben der FPÖ waren auch die Grünen dagegen gewesen. Trotz dieser Enttäuschung für die FPÖ, stellte sich die Partei geschlossen hinter Haider. Die SPÖ lehnte weiterhin jede Regierungsbeteiligung der FPÖ ab, in der ÖVP gab es zwar ein paar wohlwollende Stimmen, aber die Haltung der ÖVP war ebenfalls grundsätzlich ablehnend.

Bei den Wahlen 1994 erreicht die Partei 22,5%, das LIF 5,9%¹⁷⁵ und zieht damit erstmals in den Nationalrat ein, die große Koalition verliert ihre Zwei-Drittel-Mehrheit. Durch ihre vehemente Kritik am EU-Beitritt verlor die FPÖ bei der Neuwahl 1995 erstmals seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Haider leicht. Zuvor war im Wahlkampf immer wieder

¹⁷¹ Vgl. Bailer, B./ Neugebauer, W./ Schiedel, H.: S. 120.

¹⁷² Vgl. Minich, O.: S. 25.

¹⁷³ Vgl. Minich, O.: S. 38.

¹⁷⁴ Vgl. http://www.parlament.gv.at/PB/VOLKABST/LISTE/ErgebnisseVolksabstimmungen_Portal.shtml.

¹⁷⁵ Vgl. Nationalratswahlergebnisse und Regierungszusammensetzungen in der II. Republik seit 1945, in Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 168.

vor schwarz-blau gewarnt worden. Vorher sorgte ein Sager Haider beim Treffen der *Kameradschaft IV* in Krumpendorf für Aufregung, bei der er die Waffen-SS als einen Teil der Wehrmacht verharmloste und SS-Veteranen als anständige Leute mit Charakter bezeichnete.¹⁷⁶

Bei der ersten Europawahl 1996 erreichten SPÖ, ÖVP und FPÖ in dieser Reihenfolge etwa gleich gute Ergebnisse.¹⁷⁷ Ein neues Parteiprogramm wurde am 30. Oktober 1997 im Linzer Design Center beschlossen, erstmals bekennt man sich zum Christentum als Fundament Europas,¹⁷⁸ was im Hinblick auf die bisher immer ablehnende Haltung der FPÖ gegenüber der Kirche ein Novum darstellt. Erstmals gibt es kein klares Bekenntnis zur Deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft mehr, die FPÖ bekennt sich zur Eigenstaatlichkeit Österreichs.¹⁷⁹ Weiters wird in diesem *Linzer Parteiprogramm* festgestellt, dass Österreich auf Grund seiner Topografie, seiner Bevölkerungsdichte und seiner beschränkten Ressourcen kein Einwanderungsland und die künftige Bestimmung Europas in enger Zusammenarbeit seiner Völker bei Wahrung der Eigenständigkeit der Staaten zu gestalten sei.¹⁸⁰ Minich stellt zum Parteiprogramm der FPÖ fest, dass „[...] bei der Freiheitlichen Partei Ideologie problemlos hinter Stimmenmaximierung zurücktritt [...]“. ¹⁸¹

Im Wahlkampf 1999 positionierte sich die FPÖ als Partei des kleinen Mannes, gleichzeitig aber auch als liberale Wirtschaftspartei, die für die freie Marktwirtschaft plädiert. Weitere wichtige Themen sind die Freiheit des Individuums, Heimat, Tradition, Familie und Sicherheit. Sie stellte einen Erneuerungsanspruch und setzte erneut auf einen Anti-Ausländer-, Anti-EU- und Anti-Osterweiterungs-Kurs. Der Wahlkampf der FPÖ war geprägt durch Slogans wie „*Stopp der Überfremdung*“ oder „*Stopp dem Asylmissbrauch*“, Spitzenkandidat war Thomas Prinzhorn. Aus dieser Wahl ging die Partei als zweitstärkste Kraft, knapp vor der ÖVP hervor und bildete in der Folge trotz heftiger internationaler Warnungen eine Koalition mit der ÖVP, die mit Wolfgang Schüssel den Bundeskanzler stellte. Die 14 weiteren EU Staaten sowie andere Länder beschlossen bilaterale Maßnahmen gegen Österreich, um gegen den Regierungseintritt einer rechtspopulistischen Partei zu protestieren. Jörg Haider gab den Parteivorsitz, wohl auch aufgrund der internationalen Reaktionen, am 28. Februar an Susanne Riess-Passer, zu diesem Zeitpunkt Vizekanzlerin, ab. Auf die Ereignisse nach der Wahl soll im Kapitel *Überblick über die Ereignisse* genauer eingegangen werden.

¹⁷⁶ Vgl. Czernin, H.: S. 46f.

¹⁷⁷ Vgl. <http://www.bmi.gv.at/wahlen/>, Europawahl 1996.

¹⁷⁸ Vgl. Minich, O.: S. 54.

¹⁷⁹ Vgl. Minich, O.: S. 52.

¹⁸⁰ Vgl. Politische Programme und Statuten des VdU und der FPÖ– Auszüge, in: Hummer W./ Pelinka A.: S. 520.

¹⁸¹ Minich, O.: S. 58.

Mögliche Gründe für den Erfolg der FPÖ:

Der Erfolg der FPÖ ist eng mit der Person Jörg Haider verknüpft, der durch scharfe Rhetorik, totalen Oppositionskurs und unterstützt durch moderne politische Werbung mit provokanten Slogans seine Partei von Wahlerfolg zu Wahlerfolg führte. Dabei verkaufte er seine Person ohne notwendigerweise auch politische Inhalte zu verkaufen.¹⁸² Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak beobachtete bei Jörg Haider das häufige Einsetzen folgender sprachlicher Mittel: Wir-Diskurs, Generalisierungen, Behauptungen und Schwarzweißmalerei sowie Leugnung und Verharmlosung im Zusammenhang mit NS-Verbrechen, dazu zählen auch Verzerrung, Umdefinition, Aufrechnung und die Schaffung neuer Mythen.¹⁸³ Einige häufig verwendete Begriffe des FPÖ-Vokabulars stammen aus der NS-Zeit, zum Beispiel „*Altparteien*“ oder so ist der im Wahlkampf 1999 oft plakatierte Begriff „*Überfremdung*“ von Goebbels geprägt worden.¹⁸⁴ Sprache wird als Kampfmittel eingesetzt, politische Gegner werden herabgewürdigt, verleumdet und kriminalisiert. Durch sein Auftreten, seine Polemik, die bildhaften Vergleiche und seine aggressiven wie schockierenden Pointen rückte Haider oft in den Brennpunkt medialer Berichterstattung. Hier kommt die *Neue Kronen Zeitung* ins Spiel, Österreichs Tageszeitung mit der größten Reichweite, die gegenüber Haider immer eine wohlwollende Haltung eingenommen hat. Sie kann als Sprachrohr der Bevölkerung des „*Wir*“ angesehen werden.

Die FPÖ profitierte aber auch von der erstaunlichen Wandlungsfähigkeit ihres Chefs. Dabei ist aber anzumerken, dass sich nicht alle FPÖ-Wähler mit den gelegentlichen nationalsozialistischen Äußerungen Jörg Haiders identifizieren konnten. Die NS-Anspielungen oder die provokanten Wahlslogans liefern keine ausreichende Erklärung für den Erfolg der Partei in den 90er-Jahren. Wesentlich profitieren konnte die FPÖ auch von der Politik der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP.

Der Aufschwung der FPÖ seit den 80er-Jahren wird durch die politische Konstellation in Österreich, in der lange Zeit nur zwei Parteien an der Macht waren, erleichtert. Die österreichspezifische, konsensorientierte politische Kultur führte zu einer Stabilisierung des politischen Systems, allerdings auch zu Proporz und Stillstand. *„Die enge Verflechtung zwischen Wirtschaftsverbänden und politischem System, das vor allem im „Verbändestaat“, im Kammersystem und in der Sozialpartnerschaft zum Ausdruck kommt, demonstriert die Unmöglichkeit einer klaren Grenzziehung zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Staat*

¹⁸² Vgl. Minich, O.: S. 64.

¹⁸³ Vgl. Wodak, R.: S. 180 sowie S. 183f.

¹⁸⁴ Vgl. Wodak, R.: S. 182.

und Gesellschaft.“¹⁸⁵ Diese Verflechtung aller Lebensbereiche mit der Politik, insbesondere den Parteien SPÖ und ÖVP, macht das System auch so angreifbar und legt damit einen Grundstein für den Aufstieg der FPÖ. Für den Politikwissenschaftler Pelinka steht die Koalition zwischen FPÖ und ÖVP unter diesen Gesichtspunkten daher „unter dem Zeichen der Normalisierung und Verwestlichung“¹⁸⁶ der österreichischen Demokratie, deren beginnende Verwestlichung er schon in der kleinen Koalition 1983-1986 sieht.¹⁸⁷ Pelinka konstatiert seit damals eine Entfesselung des Wählerverhaltens und eine Abkehr von der dauerhaften Bindung an eine Partei. Nicht zuletzt, so Pelinka und Rosenberger, sei aber auch der EU-Beitritt Österreichs ein Grund für den Niedergang der Regierung aus SPÖ und ÖVP, da einige Agenden zur EU wanderten¹⁸⁸ und damit subjektiv das Gefühl eines Einflussverlustes in Teilen der Bevölkerung entstand. Weiters profitierte die FPÖ auch von der zunehmenden Verwischung des *rechts-links* Gegensatzes der Großparteien, die die Identifikation mit diesen Parteien erschwert.¹⁸⁹

Das österreichische politische System entwickle sich immer mehr weg von der traditionellen Konsens- hin zur Konkurrenzdemokratie. Die mobiler werdenden Wählerschichten erfordern neue Wahlkampfstrategien und das führt zu schärferer Konkurrenz zwischen den Parteien. Die *Amerikanisierung* des Wahlkampfs und die damit verbundene Personalisierung, sowie das vermehrte Führen von Angriffswahlkämpfen womit verstärkte Medienpräsenz einhergeht, haben das ihre zum Erfolg der FPÖ und ihres Spitzenkandidaten beigetragen. Fritz Plasser und Peter Ulram sehen parallel zur sinkenden Parteienbindung eine generelle Unzufriedenheit mit der Politik. Kritik an den herrschenden Zuständen wird laut, im Gleichklang mit der Boulevardpresse.¹⁹⁰ Diese Umstände brachten der FPÖ eine große Zahl an Proteststimmen ein. Es gelang ihr aber auch in Stammwählerschichten einzubrechen, mit dem Bekenntnis zum Christentum und zum Wirtschaftsliberalismus sprach sie vermehrt auch konservative Wähler und Wirtschaftstreibende an, mit ihren populistischen Aussagen zum Thema Ausländer die Ängste und Sorgen der Arbeiter.

¹⁸⁵ Pelinka, A./ Rosenberger, S.: S. 181.

¹⁸⁶ Pelinka, A. (2002): S. 23.

¹⁸⁷ Vgl. Pelinka, A. (1993): S. 10.

¹⁸⁸ Vgl. Pelinka, A./ Rosenberger, S.: S. 92f.

¹⁸⁹ Vgl. Hellmuth, T.: S. 28.

¹⁹⁰ Vgl. Plasser, F./ Ulram, P.: S. 129.

Die FPÖ – eine rechtsextreme, radikale und/ oder populistische Partei?

Ist die FPÖ eine rechtsextreme Partei? Laut Meinung vieler französischsprachiger Medien ja, es ist aber zwischen Jörg Haider und einem Teil seiner Anhängerschaft einerseits, die sehr wohl teils rechtsextreme Ansichten vertreten, und der breiten Wählerschaft der FPÖ andererseits zu unterscheiden, die keineswegs mehrheitlich diese Ansichten vertritt. Der Aufstieg Jörg Haiders verhilft auf alle Fälle dem (deutsch-) nationalen Lager zum Durchbruch. Festzuhalten ist, dass Populismus grundsätzlich nicht mit Extremismus gleichzusetzen ist,¹⁹¹ obwohl im landläufigen Sprachgebrauch nicht so streng unterschieden wird, wie es angebracht wäre. Da es mehrere Definitionen von Extremismus, Populismus und Radikalismus gibt, und diese zum Teil verschwimmen, ist eine Einstufung der FPÖ schwierig. Dennoch soll im Folgenden ein Überblick über unterschiedliche Positionen zu diesem Thema versucht werden.

Viele Beobachter meinen, es handle sich bei der FPÖ um eine rechtspopulistische Partei oder auch Protestpartei. Dass die FPÖ ihr Wählerpotenzial zu einem guten Teil aus Proteststimmen schöpft, ist unbestritten. Viele Wähler wählen diese Partei nicht wegen sondern trotz ihres Programms und der „braunen“ Sprüche. Typische Merkmale für eine populistische Protestpartei sind ihr volksnaher Stil, das Auftreten gegen das etablierte politische System, unhaltbare Versprechungen, die häufige Dramatisierung der Lage, die gezielt an die Ängste und Vorurteile der Betroffenen anknüpft und die Zurückführung von komplexen Sachverhalten auf vereinfachte Darstellungen. Populismus ist also zunächst weder links noch rechts, sondern nur eine bestimmte Sichtweise von Demokratie.¹⁹² Von Rechtspopulismus spricht man im Allgemeinen dann, wenn noch eine autoritär organisierte Parteienstruktur, Verleumdung politischer Gegner und eine tendenziell xenophobe Haltung dazukommen, was unleugbar auf die FPÖ zutrifft. Nach Pelinka, für den der Begriff rechtspopulistisch für die FPÖ unzureichend ist, komme bei der FPÖ noch ein weiteres Element hinzu: die Tradition. Zu dieser Tradition zähle auch jene der NSDAP und des deutschnationalen Lagers, das für die FPÖ die wesentliche Rekrutierungsbasis darstelle, was ihn zur Einschätzung führt, die FPÖ sei zumindest partiell rechtsextremistisch.¹⁹³ Plasser und Ulram stellen bei den FPÖ-Wählern in weiterer Folge auch kaum ideologische Begründungen für die Wahlentscheidung für die FPÖ fest,¹⁹⁴ was die These, die FPÖ sei eine Protestpartei,

¹⁹¹ Vgl. Hellmuth, T.: S. 9.

¹⁹² Vgl. Pelinka, A. (3/2002): S. 283.

¹⁹³ Vgl. Pelinka, A. (3/2002): S. 282 sowie S. 285.

¹⁹⁴ Vgl. Plasser, F./ Ulram, P.: S. 134.

unterstützt. Sie attestieren der FPÖ außerdem eine weitgehende Ideologielosigkeit, was einen raschen Positionswechsel in politischen Fragen nach sich zieht.¹⁹⁵

Andere wiederum kommen zur Einschätzung, die FPÖ sei rechtsextrem. Nach Holzer, dessen Definition sehr weit gefasst ist und dadurch schwammig wird, seien folgende Merkmale für die Einstufung als rechtsextrem relevant: Volksgemeinschaft vor Individuum, Eintreten für einen starken Staat, Geschichtsrevision, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Nationalismus, die Suche nach Sündenböcken, das Aufstellen von Verschwörungstheorien, Gewaltlatenz bzw. -akzeptanz.¹⁹⁶ Demnach stufen Bailer, Neugebauer und Schiedel Haider als autoritären Populisten ein und sehen weiters in der FPÖ, die seit 1986 rechtsextreme Elemente in die Partei integriert habe, eine nach dieser Definition rechtsextreme Partei.¹⁹⁷ Für Hans-Henning Scharsach sind die Führer wieder da, mit alten Inhalten aber in neuem Outfit, für ihn ist ihr Populismus nur eine Mogelpackung für die Rückwende in eine autoritäre Vergangenheit. Auch er bezeichnet Haider nach der Definition von Holzer als Rechtsextremist.¹⁹⁸

Nach Wohnout hingegen gibt es zwischen Radikalismus und Extremismus einen Unterschied. Extremismus versuche das bestehende politische System außerhalb der Verfassung zu beseitigen, wohingegen Radikalismus einen methodischen Umbau der Gesellschaft an den Grenzen der Verfassung zum Ziel hat.¹⁹⁹ Rechtsradikalismus tritt meist in Zusammenhang mit Modernisierungsschüben auf und ist eng mit einem Kampf gegen das traditionelle politische *Establishment* verbunden. Angstmacherei, Stigmatisierung von Ausländern als Sündenböcke und Ausgrenzung spielen eine wichtige Rolle im Wahlkampf. Aufgrund dieser Definition tendiert Minich in seiner Einschätzung der FPÖ zu einer radikalen, rechtspopulistischen Partei.²⁰⁰

Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass ältere Parteiprogramme, der Unterhalt der Partei oder zumindest einiger Mitglieder von Kontakten zur rechtsextremen Szene sowie deren verbale Entgleisungen für eine Klassifizierung als rechtsextrem reichen würden. Trotz seiner revisionistischen und verharmlosenden Äußerungen kann Haider aber nicht als Nationalsozialist im klassischen Sinn angesehen werden, er war jedoch stark geprägt von nationalsozialistischem Gedankengut.²⁰¹

¹⁹⁵ Vgl. Plasser, F./Ullrich, P.: S. 142.

¹⁹⁶ Vgl. Scharsach, H. (2002): S. 10.

¹⁹⁷ Vgl. Bailer, B./Neugebauer, W./Schiedel, H.: S. 118 sowie S. 123.

¹⁹⁸ Vgl. Scharsach, H. (2002): S.7 sowie S. 10.

¹⁹⁹ Vgl. Minich, O.: S. 84.

²⁰⁰ Vgl. Minich, O.: S. 84.

²⁰¹ Vgl. Rauscher, H.: S. 32.

Abschließend ist festzuhalten: „*Die Freiheitliche Partei Österreichs ist in mehrfacher Hinsicht eine auffallende Partei. Sie ist die – zumindest relativ – erfolgreichste und größte Partei innerhalb der EU, die keiner europäischen Parteienfamilie und keiner Fraktion im Europäischen Parlament angehört.*“²⁰² Für Pelinka liegen die Wurzeln dieser Isolation darin, dass die FPÖ nicht nur eine rechtspopulistische Partei sei, sondern eben auch eine mit extremistischer Ausdrucksweise wie das auch der Weisenbericht in Absatz 92 festgestellt hat. Extremistische Äußerungen werden von ihr auch geduldet. Das Besondere an der FPÖ ist nun aber eben nicht ihr Rechtspopulismus, den gibt es bei anderen Parteien Europas auch, allerdings ist die FPÖ die einzige, die 2000 auch Regierungsverantwortung innehatte. „*Extremismus ist eine Qualifizierung, die nur aus der Geschichte der FPÖ verständlich ist – aus ihrer historischen Eigenschaft als postnazistische Partei.*“²⁰³ Die historische Verflechtung der FPÖ mit dem Nationalsozialismus, in Verbindung mit einer den Nationalsozialismus immer wieder relativierenden Rhetorik sei einzigartig, denn sie ist nach Pelinka die einzige europäische Partei, die es für zulässig hält in ihrer Geschichte anzugeben, dass sie von Nationalsozialisten gegründet worden ist.²⁰⁴ Die FPÖ grenzte sich beispielsweise im Gegensatz zur deutschen FDP nie demonstrativ von der Vergangenheit ab. Außerdem ist die FPÖ im Vergleich zu vielen anderen europäischen rechtspopulistischen Gruppierungen eine alte Partei.²⁰⁵

Mit ihrem Erfolg steht die FPÖ aber nicht allein in Europa, rechtsradikale Parteien konnten auch in anderen Ländern große Erfolge feiern. In diesem Zusammenhang sei auf die *Front National* Jean-Marie Le Pens in Frankreich, die *Lega Nord* Umberto Bossis und die *Alleanza Nazionale* Gianfranco Finis in Italien, Filip Dewinters *Vlaams Blok* (seit 2004 *Vlaams Belang*, seit 2008 unter dem neuen Vorsitzenden Bruno Valkeniers) in Belgien, etc. hingewiesen. Interessant in dieser Hinsicht ist, dass die rechtsradikalen Parteien Deutschlands DVU und NPD nicht in diesem Ausmaß vom allgemeinen Aufwärtstrend der äußerst Rechten profitieren konnten, was möglicherweise im besseren Vergangenheitsbewusstsein und der aufgrund der Geschichte größeren Sensibilität Deutschlands gegenüber Rechtsaußen begründet liegt.

²⁰² Pelinka, A. (2002): S. 32.

²⁰³ Pelinka, A. (2002): S. 33.

²⁰⁴ Vgl. Pelinka, A. (3/2002): S. 286f.

²⁰⁵ Vgl. Pelinka, A. (3/2002): S. 286f.

Empirischer Teil:

Französische Reaktionen auf die Regierungsbildung:

Zwischen Österreich und Frankreich können durchaus Parallelen gezogen werden, beide haben (hatten) Probleme mit der eigenen Vergangenheitsbewältigung, auch in Frankreich ist Nationalismus ein Problem und der Erweiterung der EU stehen die Franzosen nicht so positiv gegenüber, wie die Politik es zum Teil gerne hätte. Auch wenn Danny Leder zur mangelnden Vergangenheitsbewältigung in Frankreich meint, dass diese wesentlich weiter gediehen sei, als österreichische Beobachter, „[...] *die noch immer von "nicht aufgearbeiteter französischer Vergangenheit" faseln* [...]“²⁰⁶ eingestehen wollen. Beide Länder erleben seit den 80er-Jahren den Aufstieg von Parteien, die am rechten Rand des politischen Spektrums anzusiedeln sind. Dennoch gibt es gravierende Unterschiede, das politische System bietet gänzlich andere Voraussetzungen für deren Aufschwung. Das französische System erleichtert die Bildung von Regierungsmehrheiten und verhindert den Erfolg isolierter Parteien, Wahlbündnisse sind der Schlüssel zum Erfolg. In Frankreich hat die konsequente Ausgrenzungsstrategie zu einer Spaltung der extremen Rechten geführt. In Österreich wurde die FPÖ nie so konsequent ausgegrenzt wie in Frankreich. Durch das Verhältniswahlrecht in Österreich ist die Ausgrenzung einer Partei außerdem nur bis zu einem gewissen Grad möglich. Auf Landesebene war die FPÖ schon längst stark eingebunden, auch das war für das zentralistische Frankreich durchaus eine Überraschung. Die *Front National* hatte außer von 1986-88 nie Abgeordnete im Parlament, die FPÖ war seit ihrem Bestehen immer schon im Parlament vertreten. Im Gegensatz zur *Front National* waren die französischen Kommunisten trotz teils geringerer Zustimmungsraten bei den Wahlen stets im Parlament vertreten. Auch das Machtkartell rot-schwarz ist in dieser Form in Frankreich unbekannt, durch die dort wechselnden Mehrheiten hat man in Frankreich besonders wenig Verständnis für die schwarz-blaue Regierungsbildung. Für Frankreich stellt diese Regierungsbildung einen gefährlichen Tabubruch dar. Die Taten der österreichischen Regierung wollte man aus folgendem Kalkül nicht abwarten: bewahrheiteten sich die Befürchtungen behielt man Recht, falls nicht wäre es umso schlimmer, da von dem gelungenen Versuch eine mögliche Vorbildwirkung ausgehen könnte und sich so zum Problem für Erweiterung bzw. Vertiefung der *Europäischen Union* aufschwingen könnte.

²⁰⁶ Leder, D.: S. 215.

Außerdem hatte man Ende 1999, Anfang 2000 bereits die französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 im Hinterkopf, deshalb durfte aus Sicht des konservativen Lagers, die politische Reaktion nicht ausschließlich der Linken überlassen werden. Welche Rolle haben nun Frankreichs Politiker bei der Verhängung der Sanktionen und in der Folge gespielt? Worauf legen sie Wert? Wer kommentiert besonders häufig? Anhand des durchgesehenen Materials soll hier nun sowohl auf die Reaktionen von Politikern und Parteien als auch auf die von Künstlern, Intellektuellen und Wissenschaftlern eingegangen werden. Sind sich die Parteien einig? Gibt es eine Solidarität zwischen den Rechtsparteien? Wie reagiert die Kunstszene? Vollständig ist diese Darstellung keineswegs, vor allem was Privatinitiativen betrifft, doch liefern die in den Medien transportierten französischen Reaktionen einen guten Überblick über die damaligen Reaktionen.

Die Haltung von Politikern und Parteien:

Wie bereits in der Chronologie der Ereignisse erwähnt, nahm der französische Staatspräsident Jacques Chirac, der dem bürgerlich-konservativen Lager angehört, eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung der gegen die Beteiligung der FPÖ an der österreichischen Bundesregierung getroffenen Maßnahmen ein. Chirac erachtet Bündnisse mit populistischen Parteien als gefährlich, da sie dadurch öffentliche Legitimation erlangen würden. Er ist daher um scharfe Ausgrenzung und Isolation bemüht.²⁰⁷ Durch das selbst auferlegte Koalitionsverbot der klassischen mit der extremen Rechten ist das Entsetzen über die ÖVP bei Chirac umso größer. Auch kann man Parallelen zwischen der extremen Rechten in Österreich und jener Frankreichs ziehen, beide haben eine konfliktreiche Beziehung zu ihrem kollektiven Gedächtnis, in Frankreich betrifft das vor allem das Vichy-Régime und den Kolonialismus, in Österreich den Nationalsozialismus und den Holocaust.²⁰⁸ Auf beiden Seiten gibt es die bleibende Verpflichtung sich an Vergangenes zu erinnern, der Historiker Henry Rousso gibt das im Titel eines seiner Bücher treffend so wieder: „[...] *un passé qui ne passe pas*“.

Bereits im Vorfeld der Sanktionen wird Österreich vor einer schwarz-blauen Koalition gewarnt. Chirac hatte ja bereits im November seiner Sorge Ausdruck verliehen und wiederholt dies am 28. Jänner in einem Telefonat mit Bundespräsident Klestil.²⁰⁹ Auf der Holocaustkonferenz in Stockholm sagt der damalige Regierungschef Jospin: „*Ce projet politique est pour le gouvernement français [...] une préoccupation très grande.*“

²⁰⁷ Vgl. Scharsach, H. (2002): S. 73.

²⁰⁸ Vgl. Le Rider, J. (2003): S. 42.

²⁰⁹ Vgl. Lepeltier, Françoise: *Vienne dénonce toute ingérence*, in: *Le Figaro*, 28.1.2000, S. 4.

Außenminister Hubert Vedrine (PS) warnt: „*L’Autriche se placerait dans une situation déplorable.*“²¹⁰ Damit meldet auch die französische Linke erstmals lautstark ihre Bedenken gegen das Koalitionsvorhaben von ÖVP und FPÖ an. Schon früh meldet sich auch die Präsidentin des *Europäischen Parlaments* Nicole Fontaine (PS) zu Wort. „*Le parti de Joerg Haider véhicule une idéologie aux antipodes des valeurs humanistes qui fondent toute société démocratique.*“²¹¹ Weiters hält sie es für untolerierbar, dass eine Partei, die die Menschenrechte leugnet, an die Macht komme. In einem Interview erwägt Fontaine sogar den Ausschluss Österreichs aus der EU, eine Aussage, die sie kurz darauf widerruft.²¹² Nur Jean-Marie Le Pen zeigt sich, wenig überraschend, verärgert über die „*campagne sans précédent*“²¹³ gegen einen großen Teil der österreichischen Bevölkerung und nennt die Sanktionsandrohung ein „*ultimatum totalitaire des Européens*“.²¹⁴ Europaminister Pierre Moscovici (PS), der sich in der Folge zum fleißigsten und möglicherweise auch kritischsten Kommentator der Lage in Österreich entwickeln sollte, lenkt die Aufmerksamkeit auf einen wichtigen Punkt: „*Il ne s’agit pas de condamner mais de faire prendre conscience aux Autrichiens de leur responsabilité, de leur montrer que leur choix – loin d’être anodin – est néfaste et aura des conséquences.*“²¹⁵ Damit spricht er die unterschiedliche Wahrnehmung Österreichs und Frankreichs an, die das Verständnis füreinander erschwert. In Österreich ist man sich der Tragweite und Symbolkraft der Regierungsbeteiligung der FPÖ gar nicht richtig bewusst und versteht die Aufregung nicht. Der konservative Europaabgeordnete Jean-Louis Bourlange übt Druck auf Schüssel aus, um diesen möglicherweise noch zum Umdenken zu bewegen. Er appelliert offen an Schüssel, sein Gewissen über seine Machtansprüche zu stellen. „*Le comportement de W. Schüssel et de ses amis doit être considéré comme méprisable, pour un fauteuil de chancelier ils font la courte échelle à un parti qui représente ce qu’il y a de pire dans l’extrême droite européenne.*“²¹⁶ Für Jospin ist das Ziel ähnlich wie für Moscovici „*une prise de conscience en Autriche et que le projet [de former un gouvernement ÖVP-FPÖ] soit interrompu*“.²¹⁷ Damit nennt er auch eines der Motive für die Sanktionen: primäres Ziel war es ja zunächst die Regierungsbildung zu verhindern, wofür offenbar in Frankreich noch Hoffnung bestand, und nicht Österreich zu isolieren. Im gleichen Artikel veröffentlicht *Ouest-France* eine von CSA/ *Le Monde* durchgeführte Umfrage.

²¹⁰ *L’Autriche inquiète l’Europe*, in: *Le Figaro*, 27.1.2000, S. 1.

²¹¹ *La peur de l’Autriche agite l’Europe*, in: *Ouest-France*, 28.1.2000, S. 2.

²¹² Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 132.

²¹³ Lepeltier, Françoise: *Complexe de persécution à Vienne*, in: *Le Figaro*, 31.1.2000, S. 6.

²¹⁴ *Jospin prêt à isoler l’Autriche*, in: *Le Figaro*, 2.2.2000, S. 4.

²¹⁵ Limagne, Joseph: *L’Europe menace d’isoler l’Autriche*, in: *Ouest-France*, 1.2.2000, S. 2.

²¹⁶ Vgl. Bollaert, Baudouin: *L’Europe se prémunit contre le virus*, in: *Le Figaro*, 1.2.2000, S. 5.

²¹⁷ *Autriche: la droite défi l’Europe*, in: *Ouest-France*, 2.2.2000, S. 2.

Demnach seien 55% der Franzosen beunruhigt über die Sanktionen in Österreich, 38% nicht, was zu diesem frühen Zeitpunkt und der noch kaum angelaufenen Medienberichterstattung durchaus erstaunlich ist. Verteidigungsminister Alain Richard (PS) spricht von einer „*devoir de fidélité vis-à-vis des premiers pères de l'Europe*“.²¹⁸ Er erinnert damit an die Gründungsintention der EU, nie mehr faschistoide Kräfte an die Macht kommen zu lassen. Schon bald werden auch Rufe laut (u.a. Marielle de Sarnez (UDF)), die ÖVP-Abgeordneten des Europaparlaments sollten aus der *Europäischen Volkspartei* EVP ausgeschlossen werden. Doch auch mahnende Stimmen werden schon bald laut, so meint etwa Renaud Donnedieu de Vabres (UDF), man solle Österreich nicht isolieren, weil das nur Haider stärken würde. Haider selbst müsse aber sehr wohl isoliert werden. Auch die ÖVP solle deutlich gewarnt werden: „*Un pacte avec Haider est contraire à la tradition de notre famille de pensée*“.²¹⁹ Gemeint ist hiermit wohl die in der EVP zusammengeschlossene klassische Rechte Europas. Marie-Noëlle Lienemann (PS) beschuldigt die EU-Kommission der „*fragilité et mollesse*“, weil sie die Sanktionen nicht mittragen wolle.²²⁰

Am Tag der Angelobung der Regierung setzt Frankreich die angekündigten Maßnahmen in Kraft, falls notwendig könnten auch noch zusätzliche getroffen werden. Der französische Vorschlag ging sogar noch über die tatsächlichen Maßnahmen hinaus und sah weiters die Abberufung sämtlicher Botschafter aus Österreich vor. Dafür fand sich innerhalb der EU-14 jedoch keine Mehrheit. Pierre Moscovici legt gleich noch nach und gibt damit einen kleinen Vorgeschmack darauf, was österreichische Politiker in Zukunft erwarten werde: „*Les ministres du futur gouvernement ÖVP-FPÖ ne seront pas considérés exactement comme les autres par leurs collègues, même dans les réunions à Bruxelles.*“²²¹ Der Europaabgeordnete und General Philippe Morillon (UDF) meint sogar bei Haider Ansätze von Milošević wieder erkennen zu können. Chirac verspricht nach Verhängung der Maßnahmen erhöhte Wachsamkeit gegenüber Österreich und der Einhaltung der gemeinsamen europäischen Werte.²²² Wer in Österreich also auf einen Rückzieher gehofft hatte, wird enttäuscht. In einem Kommentar für *Ouest-France* nennt Laurent Fabius (PS) die Entscheidung Maßnahmen zu treffen mutig. Er hofft gleichzeitig, dass es zu keiner Banalisierung nach einigen Wochen sondern zu einer echten Sensibilisierung vor allem der

²¹⁸ Vgl. *Autriche: Washington s'en mêle*, in: *Le Figaro*, 2.2.2000, S. 1.

²¹⁹ Donnedieu de Vabres, Renaud: „*Taurig*“, *ce beau mot allemand*, in: *Le Figaro*, 7.2.2000, S. 15.

²²⁰ Vgl. Bocev, Pierre: *Surenchère politiquement correcte des députés européens*, in: *Le Figaro*, 3.2.2000, S. 4.

²²¹ *La France applique les sanctions communautaires*, in: *Le Figaro*, 4.2.2000, S. 4.

²²² Vgl. *Autriche: Chirac promet la vigilance*, in: *Le Figaro*, 10.2.2000, S. 4.

österreichischen Bevölkerung komme. Europa sei eben nicht nur ein großer Markt, sondern auch eng mit dem Respekt der demokratischen Werte verbunden.²²³

Das Sozialministertreffen der EU in Lissabon wirft seine Schatten voraus, schon im Vorfeld kündigen Martine Aubry (PS) und ihre belgische Amtskollegin Laurette Onkelinx an, Elisabeth Sickl (FPÖ) beim kommenden Treffen ignorieren zu wollen, außerdem werde es kein Familienfoto geben.²²⁴ Zuvor boykottieren Frankreich und Belgien bereits gemeinsam eine Rede von Benita Ferrero-Waldner (ÖVP) vor der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE),²²⁵ in der Österreich 2000 ja den Vorsitz führt. Als Sickl beim Sozialministertreffen das Wort ergreift, bleiben tatsächlich zwei Sessel leer, Aubry und Onkelinx verlassen die Sitzung.²²⁶ Die anderen Amtskollegen bleiben sitzen, sprechen jedoch kein Wort mit Sickl. Dieser symbolische Akt ist eine der ersten deutlich sichtbaren Auswirkungen der Sanktionen.

In einem von *Le Figaro* und *Ouest-France* am 14. Februar veröffentlichten Interview mit Michel Barnier (UDF), Kommissar für die institutionelle Reform der *Europäischen Union*, kann sich dieser nicht vorstellen, dass Österreich das Risiko eingehen werde, die EU zu blockieren, weil das zu vollständiger Isolation führen würde. Er befürwortet eine Änderung des entsprechenden Artikels der EU-Verfassung, um die gemeinsamen europäischen Werte besser verteidigen zu können. Das deckt sich auch mit der österreichischen Position. Denn damit hätten die Sanktionen auch einen juristisch gedeckten Hintergrund, der von Österreich immer in Abrede gestellt wird. Der Dialog mit Österreich dürfe dennoch nicht abreißen, weil das Schweigen nur den Demagogen zum Vorteil gereichen würde.²²⁷ Beim Außenministertreffen der EU Mitte Februar, verlässt niemand den Saal als Ferrero-Waldner spricht, im Unterschied zum wenige Tage zuvor stattfindenden Sozialministergipfel. Allerdings genießt Ferrero-Waldner höheres Ansehen als Sickl, ist weithin als Europabefürworterin bekannt und gehört nicht der FPÖ an. Dennoch schüttelt auch ihr niemand die Hand. Alle Amtskollegen kommen einfach ein bisschen zu spät, um einen noch offensichtlicheren Affront zu vermeiden. Moscovici spricht von der „*lourde responsabilité d'avoir ouvert la porte au parti de Haider*“.²²⁸

²²³ Vgl. Fabius, Laurent: *L'Europe a besoin de courage et de vision*, in: *Ouest-France*, 10.2.2000, S. 2.

²²⁴ Vgl. *Portugal: pas de photo pour la ministre autrichienne*, in: *Ouest-France*, 9.2.2000, S. 2.

²²⁵ Vgl. *Paris et Bruxelles boudent*, in: *Le Figaro*, 11.2.2000, S. 4.

²²⁶ Vgl. *Aubry refuse d'écouter l'Autriche*, in: *Le Figaro*, 12./ 13.2.2000, S. 1, bzw. *Autriche: 12 000 dans la rue*, in: *Ouest-France*, 14.2.2000, S. 2.

²²⁷ Vgl. Bocev, Pierre: *Une question de volonté politique*, in: *Le Figaro*, 14.2.2000, S. 4, bzw. Boulic, Jean-Yves: *Barnier: Vers une Europe à deux vitesses*, in: *Ouest-France*, 14.2.2000, S. 2.

²²⁸ Vgl. Bocev, Pierre: *La France retrouve l'Autriche*, in: *Le Figaro*, 15.2.2000, S. 1.

Auch Premierminister Lionel Jospin freut sich über die führende Rolle seines Landes bei der Ergreifung von Maßnahmen. Er begrüßt die auch von den konservativen Parteien mitgetragene Linie gegenüber dem Rechtsextremismus.²²⁹ Des Weiteren erarbeitet er einen Verhaltenskodex für französische Minister für den Umgang mit österreichischen Amtskollegen. Demnach sollen österreichische Amtskollegen nicht angesprochen, sowie Empfänge der Botschaft boykottiert werden, die Möglichkeit, allgemeine politische Statements abzugeben, soll diesen Kollegen verwehrt und jede „kumpanenhafte“ Beziehung zum jeweiligen österreichischen Vertreter vermieden werden.²³⁰ Damit versucht er der Regierung zu einem einheitlichen Auftreten zu verhelfen, denn innerhalb der Regierung ist die Meinung keineswegs so einheitlich. Zwar ist die *Gauche plurielle*²³¹, die die Regierung stellt, zu den Befürwortern der Maßnahmen zu rechnen, dennoch gibt es Minister, die den Sanktionen kritisch gegenüber stehen. Der Souveränist Jean-Pierre Chevènement (MDC) kritisiert die Maßnahmen freilich nicht öffentlich, schweigt aber zu den Maßnahmen. Außerdem ist seine Partei dafür bekannt, am Prinzip der Souveränität der Nationalstaaten zu hängen.²³² Europaminister Moscovici nimmt sich hingegen kein Blatt vor den Mund und äußert sich häufig sehr positiv zu den Sanktionen. Verteidigungsminister Alain Richard (PS) zeigt sich zutiefst beunruhigt. Wirtschaftsminister Christian Sautter (PS) trägt bei einem Treffen in Brüssel einen Aufkleber mit durchgestrichener schwarz-blauer Fliege.²³³ Außenminister Hubert Védrine spricht davon, dass sich Frankreich zusätzliche Maßnahmen gegen Österreich vorbehalte.²³⁴ Außerdem dürfe die Wachsamkeit nicht nachlassen, obwohl auch er wisse, dass 70% der Wählerschaft nicht für die FPÖ gestimmt hätte. Er will nun der österreichischen Opposition betont die Hand reichen.²³⁵ Eine Meinung, die nach den Massenprotesten gegen schwarz-blau am 19. Februar, weitere Verbreitung finden wird.

Das rechte politische Lager, das sich in Frankreich in der Opposition befindet, bestehend aus *Rassemblement pour la République* (RPR), *Union pour la démocratie française* (UDF) sowie *Démocratie libérale* (DL) spricht sich vehement gegen die ÖVP-FPÖ Regierung aus. RPR und UDF fordern sogar den Ausschluss der ÖVP aus den Reihen der *Europäischen Volkspartei* (EVP), die DL hingegen spricht sich nicht für eine Suspendierung der ÖVP-

²²⁹ Vgl. Jospin *prêt à isoler l'Autriche*, in: *Le Figaro*, 2.2.2000, S. 4.

²³⁰ Vgl. Hummer, W./ Pelinka, A.: S. 132.

²³¹ bestehend aus *Parti Socialiste* (PS), *Parti Communiste* (PC), *Verts, Mouvement des citoyens* (MDC) und *Parti radical de gauche*.

²³² Vgl. Trégomain, P.: S. 216.

²³³ Vgl. Bocev, Pierre: *Autriche, l'ostracisme perdure*, in: *Le Figaro*, 29.2.2000, S. 4.

²³⁴ Vgl. Trégomain, P.: S. 213.

²³⁵ Vgl. Trégomain, P.: S. 211.

Abgeordneten aus.²³⁶ Vor allem der Europaparlamentarier François Bayrou (UDF) stellt sich in der Folge vehement gegen die vereinten Bemühungen von CDU-CSU und ÖVP, die Wiener Koalition zu verharmlosen. Er erinnert daran, dass vor einigen Jahren noch die ÖVP wollte, dass Verhandlungen mit rechtsextremen Parteien verboten werden.²³⁷ Die Kluft in der EVP geht sogar so weit, dass Chirac die EVP-Abgeordneten nicht, wie ursprünglich vorgesehen, im Elysée empfängt, da sich auch ÖVP Mitglieder darunter befinden.²³⁸ Der Präsident der österreichisch-französischen Freundschaftsgruppe im Parlament, Arthur Paecht (DL), ein ehemaliger Österreicher, dessen Eltern von den Nazis umgebracht worden waren, hält die Maßnahmen für kontraproduktiv, da sie den Nationalismus in Österreich sogar noch mehr fördern würden. „*Je comprends la réaction de l'Union européenne, qui est justifiée. Mais cette condamnation globale de l'Autriche est regrettable [...] elle renforce la position de Haider. Les Autrichiens réagissent de façon épidermique à cette ingérence de l'Europe [...]*“²³⁹ Weiters kritisiert er die von offizieller österreichischer Seite vertretene Opferthese: „*[...] il n'y a pas eu de dénazification ni de mea culpa.*“ Ein Argument, das in der Debatte noch oft wiederkehren wird. Das sei jedoch nicht nur ein österreichisches Problem, er sieht eine „*danger de contagion*“. Gerade diese „Ansteckungsgefahr“ soll ja durch die Ächtung eingedämmt werden und ein Nebeneffekt der Sanktionen sein. In der allgemeinen Debatte über die Sanktionen gegen Österreich wird auch das Verhalten der bürgerlich-konservativen Parteien gegenüber der extremen Rechten thematisiert. 1998 wurden ja fünf Konservative mit den Stimmen der *Front National* (FN), trotz des von Chirac ausgegebenen Verbots der Zusammenarbeit, zu Vorsitzenden von Regionalräten gewählt.²⁴⁰ Dabei wird aber auch darauf hingewiesen, dass in Frankreich die deutliche Abgrenzung der Konservativen von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen entscheidend zu deren Spaltung und zu deren Bedeutungsverlust beigetragen hätte.²⁴¹ In Österreich wurde die FPÖ durch die konsequente Ausgrenzung durch Vranitzky jedoch immer stärker, dieses Faktum wird in Frankreich fast gar nicht wahrgenommen.

Es gibt aber auch Gegner der Maßnahmen, wie die *Rassemblement pour la France* (RPF) und die beiden rechtsextremen Parteien *Front National* (FN) und *Mouvement national républicain* (MNR). RPF-Chef Charles Pasqua spricht von einer Souveränitätsverletzung der EU gegenüber Österreich und von Verstößen gegen das Selbstbestimmungsrecht der

²³⁶ Vgl. Bocev, Pierre: *Surenchère politiquement correcte des députés européens*, in: *Le Figaro*, 3.2.2000, S. 4.

²³⁷ Vgl. Bollaert, Baudouin: *Les atermoiements du PPE*, in: *Le Figaro*, 11.2.2000, S. 4.

²³⁸ *Chirac refuse de recevoir la droite autrichienne*, in: *Ouest-France*, 18.2.2000, S. 2.

²³⁹ Saint-Paul, Patrick: *Des effets pervers* [Interview mit Arthur Paecht], in: *Le Figaro*, 4.2.2000, S. 12.

²⁴⁰ Vgl. Trégomain, P.: S. 216f.

²⁴¹ Vgl. Trégomain, P.: S. 216f.

Völker.²⁴² Ins gleiche Horn stoßen Jean-Marie Le Pen (FN) und Bruno Mégret (MNR), sie versuchen sogar einander in ihren Unterstützungserklärungen für Haider zu übertrumpfen. Mégret ruft selbst zu einer „*manifestation de soutien*“ für Österreich auf.²⁴³ Sie begrüßen den Wahlerfolg Jörg Haiders und erhoffen sich insgeheim damit breitere Akzeptanz in der Öffentlichkeit und in weiterer Folge mehr Wählerstimmen für ihre eigenen Parteien. Sie werten den Erfolg der FPÖ offenbar als Zeichen, dass die Strömung, die sie vertreten, europaweit im Aufwind ist. Scharsach spricht von einem Sturm der Begeisterung unter Europas Rechten über die Regierungsbeteiligung der FPÖ.²⁴⁴ Weiters sieht Le Pen in der Regierungsbeteiligung der FPÖ den Beweis dafür, dass die Nationalen regierungsfähig seien und prangert an, dass die EU den Willen des österreichischen Volkes und das Unabhängigkeitsrecht der Nationen nicht in Betracht ziehe. Le Pen ist aber auch kritisch gegenüber Haider, er wirft ihm seine Kompromisse vor, die er geschlossen habe, um an die Macht zu kommen. Mégret vergleicht sich sogar mit Haider und behauptet, er vertrete jene Linie in Frankreich, für die Haider in Österreich stehe. „*Ce qu’Haider a fait en Autriche, nous allons le faire en France!*“²⁴⁵ Weiters kritisiert er die Maßnahmen der EU, weil diese „[...] offen die muslimische Türkei dem nationalen Österreich vorzieht.“²⁴⁶ Die französische Rechtsextreme sieht also in der FPÖ offenbar ein Vorbild und das obwohl sich Haider stets vor allem von Le Pen, der einmal Auschwitz als Detail der Geschichte bezeichnet hatte, distanzierte.²⁴⁷ Allgemein kann eine größere Vorsicht Haiders als Le Pens gegenüber antisemitischen Äußerungen festgestellt werden.

In Paris kommt es am 19. Februar 2000 parallel zu den Demonstrationen in Österreich zu einer Kundgebung, die sich mit den „*démocrates autrichiens*“ solidarisch zeigt. Jospin hat die Minister, allen voran Kulturministerin Catherine Trautmann (PS), dazu angehalten nicht an der Demonstration teilzunehmen. Diese halten sich auch daran, doch andere Politiker wie Jack Lang (PS), François Hollande (premier secrétaire du PS) und Robert Hue (PC) nehmen teil.²⁴⁸ Demonstrationen finden neben Paris unter anderem auch in Grenoble, Lyon, Strasbourg, Brest, Nantes, Rennes, Angers und Oradour-sur-Glane. statt. Damit stellt die französische Bevölkerung ihre Solidarität mit der österreichischen Opposition unter Beweis. Nach dieser großen Protestkundgebung flaut das Interesse an Österreich aber zusehends ab, weil sich die Sanktionen auch zunehmend als Belastung für die EU herausstellen. Im Umfeld

²⁴² Vgl. Trégomain, P.: S. 216.

²⁴³ Vgl. *Autriche: l’extrême droite française applaudit*, in: *Ouest-France*, 5./ 6.2.2000, S. 2.

²⁴⁴ Vgl. Scharsach, H. (2002): S. 49.

²⁴⁵ Vgl. Pognon, Olivier: *Mégret se rêve en Haider*, in: *Le Figaro*, 6.3.2000, S. 7.

²⁴⁶ Hellmuth, T.: S. 23.

²⁴⁷ Vgl. Hellmuth, T.: S. 13.

²⁴⁸ Vgl. *Le front Anti-Haider descend dans la rue*, in: *Ouest-France*, 19./ 20.2.2000, S. 6.

der großen EU-Gipfel melden sich die Politiker zwar immer wieder zum Thema Österreich zu Wort, natürlich auch zu Beginn der französischen EU-Ratspräsidentschaft, doch wird nicht mehr so ausführlich über deren Stellungnahmen berichtet. Ende Februar sieht Sautter im angekündigten Rücktritt Haider einen ersten Erfolg für die „Strategie des Verdachts“ der EU.²⁴⁹ Chirac ruft Schüssel im Vorfeld des Gipfels in Lissabon erneut auf, keine Beziehung zu „*forces extrémistes et xénophobes*“ zu unterhalten.²⁵⁰ Fontaine tritt wiederholt gegen die Banalisierung der extremen Rechten ein und „[...] *souhaite que l’Autriche redevienne un partenaire à part entière, ce qu’elle n’a jamais cessé d’être juridiquement mais qu’elle le soit aussi dans nos esprits et dans nos cœurs.*“²⁵¹ Valéry Giscard d’Estaing (UDF) ruft auf einer Konferenz in Wien in Erinnerung, dass 70% nicht für Haider gestimmt hätten, also dürften sich die Sanktionen nicht gegen die Bevölkerung richten.²⁵² Was von französischen Politikern auch streng so eingehalten wird, allein in Österreich haben viele Menschen das Gefühl, dass die Maßnahmen auch den Einzelnen betreffen würden. Seit Ende April ist eine langsame Entspannung der Lage in Sicht, so lässt Außenminister Védrine das Familienfoto wiederholen, das er aufgrund einer Verspätung versäumt hatte.²⁵³ Während der Präsentation der neuen Europadevise beteuert Fontaine, dass man nicht das österreichische Volk boykottieren wolle, vor allem nicht die jungen Menschen. Man habe nur starke Vorbehalte gegenüber der Regierung, nicht aber gegenüber der Bevölkerung.²⁵⁴

Auf die von Österreich geschwungene Veto-Keule und die Forderung Klestil vor dem Europaparlament nach einem Ausstiegsszenario reagiert Moscovici wie folgt: „*Nous accepterons aucun chantage, aucun veto.*“²⁵⁵ Österreich müsse Beweise erbringen, nicht die EU. Zum Thema Italien meint Moscovici, auch dort gebe es nationalistische und ausländerfeindliche Parteien, die in den Umfragen gut liegen. Die *Lega Nord* verstecke zudem ihre Sympathie für Haider nicht! Er hält auch Sanktionen gegen Italien für möglich.²⁵⁶

Mit der Androhung einer Volksbefragung zum Thema Sanktionen übt Österreich Druck auf die EU-14 aus, die Maßnahmen zu beenden. Doch die Geschlossenheit in der EU bröckelt langsam auch so. Immer mehr Länder treten, wenn nicht für eine Aufhebung, zumindest für eine Änderung der Haltung gegenüber Österreich ein. In einer im Juni in *Ouest-France* veröffentlichten Umfrage würden 72% der Deutschen für eine Aufhebung der

²⁴⁹ Vgl. Trégomain, P.: S. 218.

²⁵⁰ Vgl. *Autriche: Chirac contre Haider*, in: *Le Figaro*, 18./ 19.3.2000, S. 2.

²⁵¹ Vgl. Bocev, Pierre: *Passe d’armes entre la France et l’Autriche*, in: *Le Figaro*, 13.4.2000, S. 5.

²⁵² Vgl. *Giscard récuse le boycott de l’Autriche*, in: *Le Figaro*, 12.4.2000, S. 6.

²⁵³ Vgl. *Les Quinze avancent vers la réforme*, in: *Ouest-France*, 8.5.2000, S. 2.

²⁵⁴ Vgl. *Ne pas écarter la jeune Autriche*, in: *Ouest-France*, 5.5.2000, S. 3.

²⁵⁵ Goybet, Catherine: *Klestil met l’Autriche face à sa mémoire*, in: *Ouest-France*, 13.4.2000, S. 2.

²⁵⁶ Vgl. Lepeltier, Françoise: *Avertissement à la droite italienne*, in: *Le Figaro*, 24.4.2000, S. 3.

Sanktionen eintreten, in Frankreich seien nur 35% für eine Beibehaltung.²⁵⁷ Damit wird deutlich, dass je länger die Maßnahmen in Kraft sind, desto unpopulärer werden diese selbst in Frankreich. Doch vorerst bestätigt Moscovici in einem Interview Ende Juni noch die harte Linie Frankreichs und meint, dass sich unter der französischen Präsidentschaft sicher nichts an den Sanktionen ändern werde.²⁵⁸ Die gerade noch von der portugiesischen Ratspräsidentschaft eingefädelt Mission der „drei Weisen“ scheint erstmals den Weg frei für einen Ausweg zu machen. Zu Beginn der EU-Präsidentschaft Frankreichs bekräftigen sowohl Chirac, der hervorhebt, dass es keinen Zeitrahmen für die Fertigstellung des Bericht der „drei Weisen“ gebe,²⁵⁹ als auch Moscovici: „*La France se tiendra aux sanctions sans retrancher ni rajouter!*“²⁶⁰, obwohl die Österreichaffäre die Zusammenarbeit in der EU schwer belastet, eine Gefahr für die kommende Osterweiterung darstellt und einige Mitglieder für eine Aufhebung der Sanktionen eintreten. Zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli dürfen, anders als ursprünglich vorgesehen, keine österreichischen Soldaten an der Parade auf den Champs-Élysées teilnehmen.²⁶¹

Im September, nach Überreichung des Berichts durch die „drei Weisen“ an Chirac, meint Moscovici: „*Je souhaite qu'on trouve une solution qui permette de ne pas banaliser ce qui continue à être un mal*“²⁶², und selbst er muss ankündigen: „*La levée est une question d'heures ou de jours.*“²⁶³ Weiters beharrt er auf der Feststellung, dass die Sanktionen hilfreich gewesen seien, zu Haiders Äußerungen, dass es sich dabei um ein „Waterloo“ für Chirac handle, meint er, es handle sich um nicht angebrachte Äußerungen. „*L'essentiel pour la France est de trouver un habillage permettant de sauver la face.*“²⁶⁴ Die Sanktionen hätten mehr Lärm gemacht als tatsächlichen Schaden verursacht, so hätten sie keine wirtschaftlichen Konsequenzen gehabt. Am 12. September bestätigt ein Communiqué des Elysée schließlich die Aufhebung der Sanktionen, die natürlich keine Reinwaschung, insbesondere der FPÖ, bedeuten würden, dergegenüber weiterhin größte Wachsamkeit angebracht sei. Auch hier wird wieder Wert auf die Feststellung gelegt, dass die Sanktionen sehr nützlich waren.²⁶⁵ Nach der offiziellen Aufhebung legt Moscovici noch einmal nach: „*Si c'était à refaire, nous le referions!*“²⁶⁶ François Léotard (UDF) begrüßt das Ende der Sanktionen, Daniel Cicera

²⁵⁷ *L'Autriche reste sous surveillance*, in: *Ouest-France*, 10./ 11.6.2000, S. 2.

²⁵⁸ Vgl. Bollaert, Baudouin: *Moscovici: La réussite sera difficile*, in: *Le Figaro*, 23.6.2000, S. 13.

²⁵⁹ Vgl. *Haider relance la polémique sur l'Autriche*, in: *Le Figaro*, 4.7.2000, S. 4.

²⁶⁰ Bocev, Pierre: *L'automne chaud de la présidence française*, in: *Le Figaro*, 6.7.2000, S. 4.

²⁶¹ Vgl. Lepeltier, Françoise: *Un pays pas plus xénophobes que les autres*, in: *Le Figaro*, 15./ 16.7.2000, S. 3.

²⁶² *La France consulte*, in: *Le Figaro*, 11.9.2000, S. 4.

²⁶³ Limagne, Joseph: *L'Union européenne va absoudre Vienne*, in: *Ouest-France*, 12.9.2000, S. 3.

²⁶⁴ Barochez, Luc de: *L'Autriche en voie de réhabilitation*, in: *Le Figaro*, 12.9.2000, S. 3.

²⁶⁵ Vgl. Limagne, Joseph: *Les sanctions contre l'Autriche sont levées*, in: *Ouest-France*, 13.9.2000, S. 2.

²⁶⁶ *L'avant et l'après Haider*, in: *Le Figaro*, 15.9.2000, S. 14.

(PC) und François Hollande (PS) bedauern es, obwohl Hollande kritisch anmerkt, dass man vielleicht doch etwas zu weit gegangen sei.²⁶⁷ Giscard d'Estaing stellt fest, dass er Österreich nie von oben herab behandeln wollte.²⁶⁸ Angesichts der Fülle an Wortmeldungen zu Beginn der Sanktionen, nehmen sich nunmehr jene zu deren Ende sehr bescheiden aus.

Die Haltung von Künstlern, Intellektuellen und Wissenschaftern:

Für die Rekonstruktion der Reaktionen von Künstlern, Intellektuellen und Wissenschaftern habe ich neben den Zeitungsberichten auch die Tagebücher von Paul Pasteur und Jacques Le Rider herangezogen. Jenes von Le Rider beginnt am 3. Februar und endet am 11. Dezember 2000. Darin beschreibt er sehr ausführlich seine persönliche, sehr pessimistische Einschätzung der Lage in Österreich. Alles spiele in die Hände Jörg Haiders, der von den Sanktionen und der Regierungsbeteiligung seiner Partei nur profitieren könne. Le Rider schreibt wiederholt Artikel für *Le Monde*, in denen er sich äußerst kritisch zur Lage in Österreich äußert. Die Berichte dieser Zeitung sind auch die Hauptquelle für seine Einschätzungen. Selten werden auch Artikel von *Libération* oder *Le Figaro* eingebaut. Oft hingegen zitiert er Einschätzungen der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Zeit*, der *Welt* und der *Süddeutschen Zeitung*. Aber auch Berichte des *Kurier*, der *Presse*, des *Standards* oder *Profils* werden miteinbezogen. Wie erklärt sich Le Rider den Wandel Österreichs vom dynamischen EU-Mitglied zum Bremsklotz in Europafragen? Für ihn sind die folgenden drei Ereignisse ausschlaggebend: „*la réunification allemande, l'émancipation des républiques du centre de l'Europe, les déceptions rapides causées par l'adhésion à l'Union européenne.*“²⁶⁹ Persönlich unterstützt er Boykottinitiativen für das offizielle Österreich. Offizielle Einladungen der Republik Österreich sollten von Künstlern und Intellektuellen nicht angenommen werden, von bekannten Privatpersonen oder französischen Kulturinitiativen nach Österreich hingegen schon.²⁷⁰ Er selbst lehnt etwa eine Einladung zum *Forum Alpbach* ab, auch den Kongress der *Internationalen Vereinigung für Germanistik* IVG im September in Wien boykottiert er aufgrund der politischen Lage in Österreich und regt einen alternativen Kongress an.²⁷¹ Ein solcher wird von Christoph König organisiert und findet ebenfalls im September in Wien statt, an diesem nimmt Le Rider teil.²⁷² All jenen, die meinen, Europa solle sich lieber um gravierendere Probleme kümmern als Österreich, oft werden in diesem

²⁶⁷ Vgl. Trégomain, P.: S. 219.

²⁶⁸ Vgl. *VGE aime l'Autriche*, in: *Le Figaro*, 2.10.2000, S. 8.

²⁶⁹ Le Rider, J. (2001): S. 12.

²⁷⁰ Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 62.

²⁷¹ Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 29.

²⁷² Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 252.

Zusammenhang auch in einigen Leserbriefen des *Figaro* die Menschenrechtsverletzungen in Russland unter Putin angeführt, hält Le Rider entgegen: „*En fait, il n’y a pas de rapport entre les sujets de réprobation. En Russie, ce sont des guerres postcommunistes et postcoloniales. En Autriche, il s’agit d’une agression, commise au cœur même de l’Europe, contre l’un des principes fondateurs de la culture politique européenne depuis 1945: le travail de mémoire sur le III^e Reich et la Shoah.*“²⁷³ Damit liegt er ganz auf der politischen Argumentationslinie für die Begründung der Sanktionen. Dass man dem ungleich größeren Russland schwerer auf die Finger klopfen könne als dem „kleinen“ Österreich, verschweigt er. Die Besonderheit liege im Falle Österreichs im Unterschied zu diktatorischen Regimen darin, dass „[...] *pour la première fois depuis 1945, dans un pays ayant fait partie du III^e Reich et participé activement au crimes nazis, un gouvernement est constitué avec des ministres qui respectent l’autorité d’un chef dont le point de vue révisionniste n’est un mystère pour personne.*“²⁷⁴ Und gerade darin kann einer der Gründe für die unterschiedliche Beurteilung der Sanktionen in Frankreich und Österreich gesehen werden, denn vor allem die schwarz-blaue Regierung zieht sich ja immer wieder gerne auf die „Opferthese“ zurück.

Paul Pasteurs Tagebuch beginnt zwei Wochen früher, am 19. Jänner, und endet viel später, am 1. Juni 2001, ist aber viel knapper gehalten als Le Riders. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit der Berichterstattung von *Le Monde* und *Libération*. Im Unterschied zu Le Rider, der sehr viele persönliche Erlebnisse einbaut, beschränkt sich Pasteur fast ausschließlich auf die Berichterstattung der Zeitungen, sowie einige wenige persönliche Anmerkungen. Bei Pasteur melden sich viele französischsprachige Medien, einige wenige Journalisten wollen unbedingt verstehen, was wirklich in Österreich vorgeht, darunter ein Journalist von *Ouest-France*, der ihn einen Nachmittag lang interviewt. Im Zuge der Österreichkrise gibt Pasteur unzählige Hintergrundinformationen und Interviews.²⁷⁵ Er ist jedoch von der einseitigen Wahrnehmung Österreichs in der Presse enttäuscht. Pasteur berichtet aus einer seiner Vorlesungen: „*Viele verstehen nicht, dass ich behaupten kann, dass die FPÖ keine NSDAP ist. Sie meinen, wie viele Kollegen, Freunde oder Freundinnen, dass in Österreich Militär-Banden wie SA oder SS durch die Strassen gehen und die Leute bedrohen.*“²⁷⁶ Das hängt sicherlich mit der sehr emotionalen französischen Medienberichterstattung zusammen, der sich weder *Le Figaro* noch *Ouest-France* angeschlossen haben. Dennoch ist auch in diesen beiden Zeitungen der Blickwinkel reduziert

²⁷³ Le Rider, J. (2001): S. 15.

²⁷⁴ Le Rider, J. (2001): S. 40.

²⁷⁵ Vgl. Pasteur, P.: S. 7.

²⁷⁶ Pasteur, P.: S. 24.

und die Person Jörg Haider nimmt einen überproportionalen Anteil an der Berichterstattung ein. Pasteur ist wiederholt entsetzt mit welchen Vorurteilen und Stereotypen er konfrontiert wird. Österreich sei immer schon ein Nazi-Land gewesen und werde es auch immer bleiben, etc. Bei den sogenannten Intellektuellen sei es seiner Meinung nach sogar noch schlimmer!²⁷⁷ Allgemein hält Pasteur fest, dass oft schlecht recherchierte Artikel mit Fehlern, einerseits Tippfehlern vor allem Parteien oder Namen betreffend, aber auch Fehlern historischer Natur in den Zeitungen erscheinen.²⁷⁸ Da bilden *Le Figaro* und *Ouest-France* keine Ausnahme.

Der Historiker Dominique Venner, der in seiner Jugend dem ultrarechten Lager nahe stand und auch heute noch sehr konservative Ansichten vertritt, spricht im Zusammenhang mit der FPÖ-Regierungsbeteiligung von Hysterie. Haider als Nationalsozialist zu bezeichnen, könne nicht ernst gemeint sein. Die wahre Bedrohung für Europa, das seine Wurzeln in der griechischen Antike und im Christentum habe, sei der expandierende Islam.²⁷⁹

Zu Stellungnahmen französischer Intellektueller in den französischen Medien meint Thomas Angerer, dass diese nicht mit Fachleuten im Allgemeinen gleichzusetzen seien. Intellektuelle würden ihr wissenschaftliches Ansehen nutzen um in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen, seien dabei aber nicht unbedingt Experten.²⁸⁰ In der französischen Beschäftigung mit Österreich sei man vor allem an Kultur und Literatur interessiert, weniger an Landeskunde oder Geschichte. Deshalb seien im Jahr 2000 selbst für Experten wesentliche Daten der neueren österreichischen Politikgeschichte erstaunlich gewesen.²⁸¹ In Österreich gebe es sogar noch weniger Fachleute für das moderne Frankreich!²⁸² Zum einen liege das daran, dass bis in die 50er-Jahre die gesamte Romania im Mittelpunkt stand und man sich nicht auf einen Teilbereich fixierte. Andererseits lägen die Schwerpunkte eher in der Literatur- und Sprachwissenschaft, die Landeswissenschaft bleibe weitgehend marginalisiert.²⁸³ Paul Pasteur wird von Thomas Angerer dabei als der beste Experte für österreichische Zeitgeschichte in Frankreich eingeschätzt, größeres Echo in den Medien erhält 2000 aber Le Rider, da dieser rasch zu Urteilen gekommen sei und über einen hohen Grad an Intellektualität verfüge. Er neige aber tendenziell zu Übertreibungen und zur Überschätzung der Ernsthaftigkeit der Lage.²⁸⁴

²⁷⁷ Vgl. Pasteur, P.: S. 36.

²⁷⁸ Vgl. Pasteur, P.: S. 13.

²⁷⁹ Vgl. Venner, Dominique: *Quand Vienne était le bouclier de l'occident*, in: *Le Figaro*, 14.2.2000, S. 14.

²⁸⁰ Vgl. Angerer, T. (2003): S. 53.

²⁸¹ Vgl. Angerer, T. (2003): S. 55.

²⁸² Vgl. Loewe, S.: S. 241f.

²⁸³ Vgl. Loewe, S.: S. 247.

²⁸⁴ Vgl. Angerer, T. (2003): S. 56.

Die Zeitungen *Le Figaro* und *Ouest-France* berichten quantitativ recht unterschiedlich zum Thema Künstler/ Intellektuelle/ Wissenschaftler und die Sanktionen. In *Ouest-France* erschienen insgesamt nur vier Artikel, die sich damit beschäftigen, hauptsächlich wird Gérard Mortiers Haltung erwähnt. Auch die Debatte innerhalb der Kunstszene, ob man nun nach Österreich fahren solle oder nicht, wird völlig ausgeblendet. *Le Figaro* berichtet zwar insgesamt vierzehnmal, angesichts der Tatsache, dass im Beobachtungszeitraum alles in allem rund dreimal so viele Artikel wie in *Ouest-France* erschienen sind, relativiert sich der zahlenmäßige Unterschied aber wieder. Auch hier wird nur kurz auf die Debatte unter Künstlern und Intellektuellen eingegangen, auch hier wird mehrfach über Mortier berichtet. Bei beiden Zeitungen dominieren Kurzmeldungen über die Absage der Teilnahme an Veranstaltungen in Österreich. Eine tiefergehende Beschäftigung mit den Beweggründen und dem Dilemma in dem sich Künstler, Intellektuelle und Wissenschaftler befinden, fällt somit fast völlig aus. Dadurch wird auch verschwiegen, dass die Wiener Regierung Subventionen für Kulturprojekte einschränkt, vor allem für regierungskritische.

Den Beginn macht eine Meldung, dass Gérard Mortier und Luc Bondy, sollte die FPÖ an die Macht kommen, Österreich verlassen wollen.²⁸⁵ Mortier, der seit 1992 künstlerischer Leiter der *Salzburger Festspiele* ist, tritt dann am 8. Februar aus Protest gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ zurück.²⁸⁶ Unter Künstlern und Intellektuellen wird über Österreich, das sich im Ausland gerne als Kulturland präsentiert, eine heftige Debatte geführt.²⁸⁷ Sie beginnt mit dem am 4. Februar in der Zeitung *Libération* veröffentlichten Aufruf des Arte- Vorsitzenden Jérôme Clément und 42 weiterer Unterzeichner (unter anderem Catherine Clément (Schriftstellerin), Laure Adler (*France Culture*), ...), der Künstler auffordert, von jeglicher Teilnahme an künstlerischen oder intellektuellen Veranstaltungen, die eine Verbindung mit der österreichischen Regierung aufweisen, Abstand zu nehmen. Ebenfalls Anfang Februar verfasst – unter der Leitung von Paul Pasteur und Christine Lecerf – das *Centre d'Etudes et de Recherches Autrichiennes* (CERA) der Universität Rouen eine Erklärung „*Ensemble se souvenir, dire non*“. Darin erklären Pasteur und weitere Österreichexperten, dass die Situation nicht über Nacht entstanden sei, die Verantwortung auch in der Politik von SPÖ und ÖVP zu suchen sei und sie erklären sich solidarisch mit all jenen, die Widerstand gegen die schwarz-blaue Koalitionsregierung leisten.²⁸⁸ Sie legen Wert auf die Feststellung, dass nicht Österreich abgelehnt werde, sondern nur die Regierung und

²⁸⁵ Vgl. *Le procès de l'Autriche est ouvert...*, in: *Ouest-France*, 27.1.2000, S. 3.

²⁸⁶ Vgl. *Salzbourg: Mortier démissionne*, in: *Le Figaro*, 8.2.2000, S. 26.

²⁸⁷ Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 15ff sowie S. 24ff.

²⁸⁸ Vgl. Pasteur, P.: S. 3f.

deren Unterstützer. Unterzeichnet wird die Erklärung unter anderem von Pierre Bourdieu (Soziologe, Collège de France), Jacques Bouveresse (Philosoph, Collège de France), Félix Kreissler (Gründer des CERA), Peter Stephan Jungk (Schriftsteller) und Heinz Schwarzing (Veranstalter der *Woche des österreichischen Theaters* in Paris).

Schwierigkeiten gibt es auch mit Partnerstädten, die Zusammenarbeit wird zum Teil ausgesetzt, Clichy fordert beispielsweise von ihrer Partnerstadt St. Pölten eine Erklärung zur Haltung gegenüber der Regierung ein.²⁸⁹ Sowohl in *Le Figaro* als auch in *Ouest-France* (zwei Tage später) wird eine *Déclaration* veröffentlicht, in der die inakzeptable Haltung Frankreichs kritisiert wird und von Einmischung in das Souveränitätsprinzip die Rede ist.²⁹⁰ Unterzeichnet wurde das Schreiben unter anderem von Albert Chambon (ehemaliger Botschafter), Lucien Israel, General Arnaud de Foïard, Pierre Lefranc (konservativer Politiker), Pierre Maillard (Diplomat), Phillippe de Saint-Robert (Schriftsteller), Gabriel Robin (ehemaliger Botschafter) und Jean Foyer (Jurist und ehemaliger Minister). Dass gerade diese Erklärung und keine der oben angeführten österreichkritischen veröffentlicht wurde, spricht für die These, dass beide Zeitungen weit weniger kritisch über Österreich berichten als etwa *Le Monde* oder *Libération*. Im Zuge der Berichterstattung über die Großdemonstration vom 19. Februar, ist erstmals vom „anderen Österreich“ die Rede. Michel Piccoli (Schauspieler), Bernard-Henri Lévy (Philosoph), Harlem Désir (PS) und Beate Klarsfeld (Journalistin, Aufdeckerin von NS-Verbrechern) nehmen an der Großdemonstration in Wien teil. Sie tragen Aufkleber mit einer schwarz-blau durchgestrichenen Fliege. Lévy gibt den Österreichern mit auf den Weg: „*Nous voulons dire aux Autrichiens qu'ils ne sont pas seuls.*“²⁹¹ In Paris treffen sich an diesem Tag bei Ministerin Trautmann im Kulturministerium Künstler und Intellektuelle, um über die Lage in Österreich und ein künstlerisches Boykott zu debattieren. Ariane Mnouchkine (Regisseurin) wird, so lange die schwarz-blaue Regierung im Amt ist, nicht mehr nach Österreich fahren. Heinz Schwarzing lehnt die Subventionen der österreichischen Regierung für sein österreichisches Theaterfestival in Frankreich ab.²⁹² Auch das CERA und die Zeitschrift *Austriaca* lehnen die Subventionen des österreichischen Staates aufgrund der politischen Lage ab.²⁹³ Gleichzeitig wird der Richtungsstreit zwischen Künstlern und Intellektuellen immer stärker. Soll man nach Österreich fahren oder nicht? Das kulturelle Lager ist gespalten. Constantin Costa-Gavras (Regisseur) schlägt die Gründung einer

²⁸⁹ Vgl. *L'effet Haider*, in: *Le Figaro*, 14.2.2000, S. 6.

²⁹⁰ Vgl. *L'Europe et l'Autriche*, in: *Le Figaro*, 17.2.2000, S. 12, bzw. *Des personnalités contre l'ingérence*, in: *Ouest-France*, 19./ 20.2.2000, S. 6.

²⁹¹ Lepeltier, Françoise: „*Ce gouvernement ne tiendra pas*“, in: *Le Figaro*, 21.2.2000, S. 5.

²⁹² Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 24f.

²⁹³ Vgl. Pasteur, P.: S. 38.

österreichisch-französischen Arbeitsgruppe vor, die das kulturelle Leben in Österreich beobachten solle.²⁹⁴ Nach der großen Februardemonstration zeigt sich Mortier beeindruckt, macht einen Rückzieher und will nun doch in Österreich bleiben und von hier aus den Widerstand gegen die FPÖ vorantreiben.²⁹⁵ Diese Meldung erscheint am selben Tag in beiden Zeitungen. Ende Februar wird berichtet, dass ein Ärztekongress der von 5. bis 8. März in Innsbruck stattfinden soll, von französischen Ärzten boykottiert wird.²⁹⁶

Ende März wird über die von *Arte* ausgestrahlte Dokumentation über Österreich berichtet, in der mehrere Persönlichkeiten der französischen und österreichischen Kulturszene zu Wort kommen. Dabei wird in *Le Figaro* das Dilemma der Künstler, soll man Schweigen oder aktiv Widerstand leisten, thematisiert. Der kulturelle Widerstand beginnt langsam aber spät anzulaufen, bleibt aber zögerlich. Luc Bondy, der doch Direktor der *Wiener Festwochen* bleibt, will keine „*fatwa contre l’Autriche*“. Michel Piccoli und Bernard-Henri Lévy haben nicht gezögert nach Österreich zu fahren, um die Zivilgesellschaft nicht zu isolieren. „Kollateralschäden“ wie die Absage eines geplanten Austausches des Gymnasiums Rainerstraße sollten auf jeden Fall vermieden werden.²⁹⁷ Der neue *Guide du Routard Autriche* erscheint im Mai mit einem schwarz-weißen Umschlag (Trauerfarben) und einer Widmung an alle jene Österreicher, die Haider nicht gewählt haben. In einem Kommentar der Herausgeber heißt es weiter, dass ein Teil der Leserschaft, die auf Menschenrechte Wert lege, jetzt sowieso nicht nach Österreich fahren werde, daher habe man die Auflage von 20 000 auf 15 000 Exemplare gekürzt.²⁹⁸

Patrice Chéreau (Regisseur/ Schauspieler) sagt seine Teilnahme an den *Salzburger Festspielen* ab, um gegen schwarz-blau zu protestieren.²⁹⁹ Pierre Bourdieu spricht sich gegen einen Boykott Österreichs aus, der österreichische „Widerstand“ müsse unterstützt und dürfe nicht isoliert werden.³⁰⁰ Im Juni wird Mortier in einem langen Interview noch einmal Gelegenheit geboten, zu erklären, warum er doch in Österreich geblieben sei. Er sei von Freunden, unter anderem Pierre Boulez, umgestimmt worden. Außerdem seien die Festspiele ein demokratisches Fest und würden eine Plattform bieten, medienwirksam Widerstand gegen die schwarz-blaue Regierung zu leisten.³⁰¹ Insgesamt ist schon eine gewisse Gewissenskrise bei den Intellektuellen festzustellen. Sylvain Cambreling (Dirigent) etwa ist vorsichtig, will

²⁹⁴ Vgl. *Autriche: L’épine*, in: *Le Figaro*, 21.2.2000, S. 31.

²⁹⁵ Vgl. *Salzburg: Mortier reste jusqu’en 2001*, in: *Le Figaro*, 23.2.2000, S. 27, bzw. *Salzburg: Gérard Mortier fait de la résistance*, in: *Ouest-France*, 23.2.2000, S. 3.

²⁹⁶ Vgl. *Autriche: un congrès boycotté par des médecins français*, in: *Le Figaro*, 26./ 27.2.2000, S. 5.

²⁹⁷ Vgl. Baret, Guy: *La Culture s’interroge*, in: *Le Figaro*, 28.3.2000, S. 34.

²⁹⁸ Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 132.

²⁹⁹ Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 160.

³⁰⁰ Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 293.

³⁰¹ Vgl. Doucelin, Jacques: *Les Français à l’assaut du Festival*, in: *Le Figaro*, 5.6.2000, S. 32.

aber nach wie vor in Österreich dirigieren. Andere wiederum haben ihren Auftritt einfach abgesagt, beispielsweise Patrice Chéreau. Pierre Boulez wird weiterhin bei den *Salzburger Festspielen* dirigieren. Auch Luc Bondy macht doch weiter, droht aber Österreich zu verlassen, sollte die FPÖ bei den Wiener Gemeinderatswahlen 2001 noch besser abschneiden.³⁰² In mehreren Städten wurden am 17. Juni *Nuits autrichiennes* in den Theatern (u.a.: La Cartoucherie) organisiert. Bei der Auswahl der Texte sei ein reduziertes Bild von Österreich geboten worden, auch um die eigene Vergangenheit vergessen zu können, so die Einschätzung Pasteurs.³⁰³

Im Zuge der *Salzburger Festspiele* kritisiert Jean Kahn, président du consistoire des communautés juives en France, dass das Festival wie jedes Jahr, als sei nichts passiert, abgehalten werde. Weiters kritisiert er die Arte-Übertragungen der Oper *Les Troyens* von Berlioz aus Salzburg. Die Oper selbst bezeichnet er als fragwürdiges Epos. Max Clos vom *Figaro* kommt daher ironisch in seinem *bloc-notes* zu folgendem Schluss: „*Berlioz est un nazi et l’opéra fait de la propagande pour Haider = le nouvel Hitler.*“³⁰⁴ Hier zeigt sich ganz deutlich die doch sehr kritische Einstellung des *Figaro* gegenüber den Sanktionen und deren Auswirkungen. Auch wenn es sich dabei um die deutlich markierte Einzelmeinung von Max Clos (ehemaliger Chefredakteur des *Figaro* 1975-1990) handelt, kann kein Zweifel darüber bestehen, dass sie häufig mit der Blattlinie übereinstimmt, schreibt er doch eine wöchentliche Kolumne und kümmert sich um die Auswahl der Leserbriefe und die Redaktion der Seiten *Débats et opinions*. Ein weiterer Nebeneffekt der Verstimmung zwischen Frankreich und Österreich ist, dass das *österreichische Kulturinstitut* in Paris kaum noch besucht wird. Seit Februar 2000 verweigern alle Verlage Übersetzungen österreichischer Autoren dort vorzustellen. Nach Pasteur sei der aktuelle Direktor (ein „Schwarzer“) Schuld an der Misere und das Institut habe schon vor den Sanktionen seinen Ruf verloren, durch die Sanktionen sei der Niedergang nur noch beschleunigt worden.³⁰⁵ Die Aufhebung der politischen Maßnahmen hat für Künstler, Intellektuelle und Wissenschaftler insofern nur wenige Auswirkungen, als die schwarz-blaue Regierung, gegen die sich ihr Widerstand ja richtet, nach wie vor im Amt ist. Ein schleichender Gewöhnungseffekt ist aber auch hier festzustellen.

³⁰² Vgl. *Y aller ou pas*, in: *Le Figaro*, 5.6.2000, S. 32.

³⁰³ Vgl. Pasteur, P.: S. 43f.

³⁰⁴ Clos, Max: *Le bloc-notes de Max Clos*, in: *Le Figaro*, 23.6.2000, S. 12.

³⁰⁵ Vgl. Pasteur, P.: S. 62f.

Schlussfolgerung:

Es kann also tatsächlich von besonders starken französischen Reaktionen auf die schwarz-blaue Regierungsbildung gesprochen werden. „[...] *la France se sent particulièrement concernée* [...]“³⁰⁶ Auffallend ist dabei, dass sowohl das linke Lager, als auch das bürgerlich-konservative rechte Lager die Maßnahmen fast einhellig befürworten, zum Teil sogar für noch härtere Maßnahmen eintreten. Sie sind der Meinung, dass gegen einen Grundkonsens Westeuropas, die endgültige Ablehnung von Faschismus und Nazismus, verstoßen wurde. Diese Führungsrolle Frankreichs muss auch vor dem Hintergrund einer breiten Unterstützung durch die Bevölkerung verstanden werden.³⁰⁷ Die fast einhellige Befürwortung kann als Verdienst Chiracs gewertet werden, denn er reagiert als erster auf die drohende Regierungsbeteiligung der FPÖ und übt so Druck auf die Linke, insbesondere Jospin als direktem Widersacher bei der nächsten Präsidentenwahl, aus. Der Linksregierung bleibt quasi keine andere Wahl, als auch zu reagieren, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Gründe für Chiracs Vorreiterrolle sind seine klare Ablehnung gegenüber rechtsextremen Kräften, sein Geschichtsbild, das auch für Frankreich Verantwortung am Holocaust vorsieht und ein Gefühl der Enttäuschung über den Schwenk in der Haltung der ÖVP, die ja zuvor stets versichert hatte, keine Koalition mit der FPÖ ins Auge zu fassen. So heterogen wie sich das Bild der kollektiven Ablehnung vielleicht abzeichnete, war die Haltung der Regierung aber gar nicht. Pierre Moscovici (er stammt übrigens aus einer jüdischen Familie und ist daher möglicherweise besonders sensibel gegenüber der fragwürdigen Tradition der FPÖ) wird durch seine zahlreichen Wortmeldungen als Hardliner wahrgenommen. Doch standen ihm andere Minister in ihrer Ablehnung der Wiener Regierung um nichts nach, setzten teils sogar deutlichere Schritte, etwa Sozialministerin Aubry oder Kulturministerin Trautmann. Innenminister Chevènement ist wohl innerhalb der Regierung der deutlichste Sanktionsgegner, was nicht erstaunlich angesichts seiner Nähe zu den Souveränisten ist. Wirtschafts- und Finanzminister Fabius (stammt ebenfalls aus einer jüdischen Familie) dagegen trat für eine schnelle Beendigung der Sanktionen ein. Nur die Souveränisten und die Rechtsextremen verteidigen Haider, alle anderen Parteien unterstützen die Sanktionen. Das muss vor allem im Hinblick auf die französische Politik der 80er-Jahre betrachtet werden, wo bei den Wahlen 1984 und 1986 die *Front National* ihren politischen Durchbruch geschafft hatte. Zunächst versuchten die konservativen Parteien die Themen der FN mitzubesetzen, was aber scheiterte. Seit dem Scheitern bei den Präsidentenwahlen 1988, grenzte man sich deutlich von den rechtsextremen Parteien ab und diese konsequent aus. Dadurch ist es zu

³⁰⁶ Le Rider, J. (2001): S. 14.

³⁰⁷ Vgl. Trégomain, P.: S. 220.

einem Bedeutungsverlust für das rechtsextreme Lager gekommen, der eben dieser kompromisslosen Haltung der anderen Parteien zu verdanken sei. Auch der parallele Aufstieg Jörg Haiders und Le Pens, der langjährige Einfluss der FN auf die politische Bühne und die Angst vor einer möglicherweise ähnlichen Situation in Frankreich, wo die rechtsextremen Gruppierungen auch bedrohliche Zugewinne bei den Wahlen verzeichnen konnten, war mit ein Grund für die scharfen Reaktionen. Das trifft sicherlich auch auf Belgien zu, das mit dem *Vlaams-Blok* mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hat, und ebenfalls eine Vorreiterrolle bei den Sanktionen gegen Österreich gespielt hat. Legendär ist in diesem Zusammenhang der Ausspruch des belgischen Außenministers Louis Michel, der meinte es sei „[...] *immoral d'aller skier dans l'Autriche de Haider*.“³⁰⁸

Max Clos geht in einem Kommentar in *Le Figaro* sogar noch weiter, das Hauptaugenmerk liege ja gar nicht in Österreich sondern in Frankreich selbst. Unübersehbar zeigt sich auch die konservative Ausrichtung des Blattes in dem folgenden Zitat: „*Certains observateurs estiment que, dans cette affaire, la gauche française, relayée par des intellectuels, fait une crise d'ethnocentrisme. Ils font mine de s'occuper des affaires autrichiennes, mais c'est à la France qu'ils s'intéressent. Ils font semblant de crier haro sur le FPÖ, mais c'est à l'extrême droite française [...] qu'ils lancent leurs vagues d'assaut [...]*“.³⁰⁹ Dass die FPÖ eine EU-kritische Haltung und gegen eine Erweiterung der EU sowie gegen die Vertiefung der politischen Zusammenarbeit in Europa aufgetreten ist, ist ein weiterer Grund für Chirac und Jospin, denen das Projekt Vereintes Europa so sehr am Herzen liegt, die FPÖ zu diskreditieren. Durch das große Engagement Frankreichs in der Frühphase der Sanktionen wurde die Protestbewegung in Österreich unterstützt, außerdem der Handlungsspielraum Haiders eingeschränkt. Doch obwohl in Frankreich immer wieder von offizieller Seite der bilaterale, auf offizielle Kontakte beschränkte Charakter der Maßnahmen beschworen wurde, entstand in Österreich das Gefühl, man werde als Ganzes abgelehnt. Die schwarz-blaue Regierung hielt entgegen dem französischen Kalkül dem Druck stand und konnte die immer größer werdende Verärgerung über die Sanktionen in Patriotismus umwandeln, was die Protestbewegung langsam einschlafen ließ.

Das intellektuelle Lager ist in der Österreichfrage gespalten, einerseits gibt es Leute, die jede Teilnahme an Veranstaltungen in Österreich ausschließen, andererseits tragen andere wesentlich zum Kulturleben bei, um, wie sie sagen, den „Widerstand“ in Österreich zu unterstützen. Viele sind enttäuscht. Erklärungen pro und contra Sanktionen werden veröffentlicht, die Mehrheit unterstützt aber die Maßnahmen. Subventionen aus Österreich

³⁰⁸ Bocev, Pierre: *Surenchère politiquement correcte des députés européens*, in: *Le Figaro*, 3.2.2000, S. 4.

³⁰⁹ Clos, Max: *Le Bloc-Notes de Max Clos: Pour qui suis-je autorisé à voter?*, in: *Le Figaro*, 4.2.2000, S. 12.

werden ohne Rücksicht auf die Zeit nach schwarz-blau abgelehnt. Zu Beginn der Sanktionen herrscht die Meinung vor, dass die breite Mehrheit der Österreicher die neue Koalition billigt. Doch spätestens ab dem 19. Februar (Tag der Massendemonstrationen) rückt auch jenes Österreich in den Blickpunkt der Medien, das gegen die schwarz-blaue Regierung protestiert. Danach vollziehen manche eine Kehrtwende in ihrer Einstellung.

Die Wahrnehmung der Politik und der Intellektuellen ist reduziert, Dreh- und Angelpunkt der Argumentation sind die Person Jörg Haider und die mangelnde Vergangenheitsbewältigung. Das rechtstaatliche Prinzip spielt in Frankreich den ganzen Zeitraum über kaum eine Rolle, im Gegensatz zu Österreich, das keine rechtlichen Grundlagen für die Vorgehensweise der EU-14 sieht. Frankreich, das sich gerne als Geburtsstätte von moderner Demokratie und Menschenrechten inszeniert und als eines der Gründungsmitglieder der EU einer der vehementesten Vertreter für ein geeintes Europa ist, nimmt eine bevormundende Haltung gegenüber Österreich ein, was dort nicht gut ankommt. Es fehle in Frankreich einfach an Verständnis dafür, dass sich kleine Länder von Großen schnell überfahren fühlen, Frankreich stehe in Österreich prinzipiell unter Verdacht der Geltungssucht und des Größenwahn.³¹⁰ Dies zeigt sich in dem hierzulande häufig für Frankreich synonym gebrauchten, herabwürdigenden Begriff *Grande Nation*, den es so in Frankreich gar nicht gibt.³¹¹ Laut Le Rider kommt es zu einer tief greifenden Verschlechterung des Österreichbildes in Frankreich, dabei sei Rechtspopulismus kein rein österreichisches Phänomen, sondern ein weit verbreitetes europäisches Problem.³¹²

Verlauf der Berichterstattung:

In diesem Kapitel soll festgestellt werden, welchen Stellenwert die Österreichberichterstattung hat, also wie viele Artikel zum Thema Österreich überhaupt im Beobachtungszeitraum erschienen sind und wie sich dieses Interesse auf die einzelnen Monate verteilt. Auch der Einsatz von Karikaturen und Fotos, sowie der Tenor der Leserbriefe soll thematisiert werden. Weiters soll kurz auf die Themenschwerpunkte der Berichterstattung der Zeitungen eingegangen werden, auch darauf, welche Bezüge hergestellt bzw. welche Vorurteile transportiert werden. Es soll auch festgestellt werden, wie die Zeitungen die Sanktionen und die FPÖ beurteilen. Besonderes Augenmerk soll auch auf das Ende der

³¹⁰ Vgl. Angerer, T. (2003): S. 70f.

³¹¹ Vgl. Leder, Danny: S. 210f.

³¹² Vgl. Le Rider, J. (2003): S. 44.

Berichterstattung gelegt werden. Sofern es Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen oder weitere Besonderheiten gibt, werden diese aufgezeigt.

Zu- und Abnahme des Medieninteresses:

Allgemein ist das Interesse an Österreich in den französischen Medien nur gering, das durch die Medien transportierte Bild oft verschwommen und das Wissen über das Land wenig ausgeprägt. Üblicherweise berichtet *Le Figaro* noch am häufigsten über das Land.³¹³ Seit der Wahl vom 3. Oktober 1999 und spätestens ab der bevorstehenden schwarz-blauen Regierungsbildung herrscht jedoch großes Interesse an Österreich. Zunächst gleich dazu, wie viele Artikel zum Thema Österreich überhaupt im Beobachtungszeitraum erschienen sind. Aus nebenstehender Grafik ist leicht ersichtlich, dass in *Le Figaro* circa dreimal so viele Artikel (353) erschienen sind wie in *Ouest-France* (118), was auch aufgrund der unterschiedlichen Positionierung der Zeitungen (überregionales versus

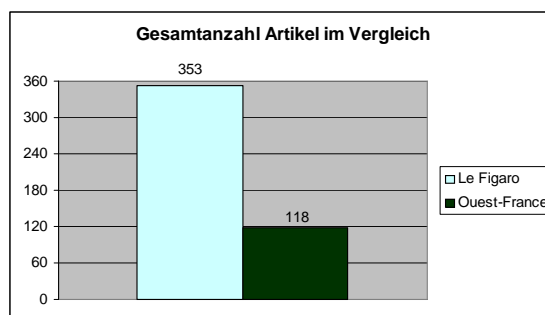


Abb. 3: Anzahl der Artikel insgesamt im Beobachtungszeitraum

regionales Blatt) zu erwarten war. Im Schnitt sind also im Beobachtungszeitraum pro Monat 39,2 bzw. 13,1 Artikel erschienen. Jänner und Oktober zählen dabei nur halb, da diese Monate nicht vollständig erhoben wurden. *Ouest-France* erschien am Samstag den 12. Februar nicht, da ein Druckerstreik die Auslieferung unmöglich machte. Das große Interesse an Österreich wird dann deutlich, wenn man die Anzahl mit jener Deimbachers aus dem Jahr 1994 vergleicht, er zählte damals 102 Artikel mit Österreichbezug in *Le Figaro*³¹⁴, was einem Schnitt von 8,5 Artikeln pro Monat entspricht. Damit wäre das Interesse im Jahr 2000 etwa 4,6-mal so hoch wie im Jahre 1994, in dem der EU-Beitritt Österreichs kurz bevorstand. Aus diesem Grund kann auch diese Anzahl als höher als üblich angenommen werden. Baumgardinger zählte in *Le Monde* allein im Februar 194 relevante Artikel, in dieser Zeitung ist das Interesse an der Lage in Österreich offensichtlich noch einmal größer als in *Le Figaro*.³¹⁵

In der Verteilung der Artikel gibt es aber große Unterschiede zwischen den einzelnen Monaten. Schon in der letzten Jännerwoche ist ein starker Anstieg in der Berichterstattung erkennbar, der Wert für Jänner gibt quasi die Artikel dieser letzten Woche wieder. Das

³¹³ Vgl. Haslinger, I.: S. 104f.

³¹⁴ Vgl. Deimbacher, D.: S. 100.

³¹⁵ Vgl. Baumgardinger, E.: S. 93.

Maximum liegt aber naturgemäß eindeutig im Februar, als das Thema brandaktuell war und die Wogen hoch gingen. Danach ist ein langsames Abflauen des Interesses an Österreich feststellbar. Erst im Juni und Juli wird im Zuge der französischen EU-Ratspräsidentschaft und der Boykottandrohungen Österreichs wieder vermehrt berichtet. Das Ende der Sanktionen wird, verglichen mit deren Beginn, nur wenig beachtet, dennoch kann auch hier wieder ein leichter Anstieg festgestellt werden. Die Berichterstattung verläuft dabei in den Zeitungen relativ parallel, einzige Ausreißer sind die Monate Jänner und April. Im Jänner berichtet *Ouest-France* im Verhältnis zu *Le Figaro* (relativ) schon intensiver, auch wenn letztere Zeitung einen Tag früher (25. Jänner) mit der Meldung einer möglichen „*alliance conservateurs-extrême droite*“ berichtet. Im April dauert in *Le Figaro* das Interesse an Österreich noch an, während in *Ouest-France* das Thema aber offensichtlich schon in der Versenkung verschwindet. Die zunehmende Kritik Österreichs an den Sanktionen ist der Regionalzeitung offensichtlich keinen Bericht wert.

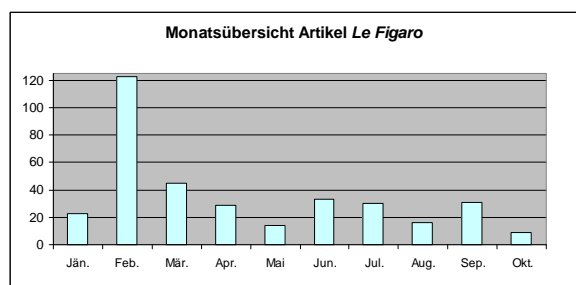


Abb. 4: Artikel/ Monat *Le Figaro*

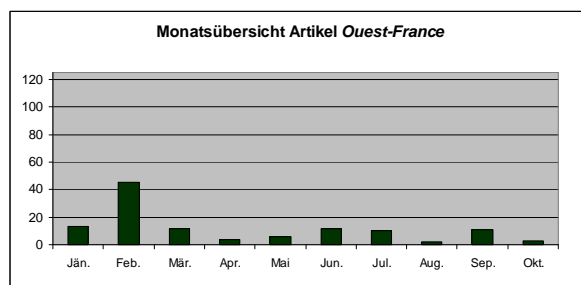


Abb. 5: Artikel/ Monat *Ouest-France*

Das Interesse an Österreich wird auch dadurch deutlich, dass Mitte Jänner die Artikel der Korrespondentin des *Figaro* nur mit Françoise Lepeltier – die 1988 den *Joseph-Roth-Journalistenpreis* erhielt, weil sie zum besseren Verständnis zwischen Österreich und Frankreich beigetragen habe³¹⁶ – unterschrieben sind, doch schon ab 26. Jänner wird noch der Zusatz „*Vienne: de notre envoyée spéciale*“ hinzugefügt, was gleich viel mehr Eindruck macht und dem Leser vermittelt, er bekomme hier Informationen aus erster Hand. Überhaupt gibt es in *Le Figaro* viel mehr Korrespondentenberichte als in *Ouest-France*. Anfang Februar schickt *Le Figaro* sogar einen Korrespondenten nach Klagenfurt, „*un village loin de Vienne*“, um über „*le fief de Haider*“ zu berichten.³¹⁷ Darin wird das Fehlen einer Europafahne in Haiders Büro thematisiert, ansonsten finde man aber keine verdächtigen Spuren in seinem Büro. In einem weiteren Artikel vom „*bout du monde de l'Europe*“ wird die Abrisierung des Bärenbals und der anschließende Ankauf desselben durch Haiders Onkel angesprochen. Als

³¹⁶ Vgl. Gielesberger, I.: S. 65.

³¹⁷ Vgl. Luizet, François: *A Klagenfurt, dans le fief de Haider*, in: *Le Figaro*, 5./6.2.2000, S. 1 bzw. S. 4.

typische FPÖ-Wähler werden junge Menschen, alte Nazis und Frauen, die Haider attraktiv finden, genannt.³¹⁸ *Ouest-France* hat offenbar keinen eigenen Korrespondenten in Österreich, zumindest ist meist nicht ersichtlich, wer den Artikel verfasst hat. Wenn einmal ein Artikel mit dem Namen des Verfassers versehen ist, so meist mit Joseph Limagne, Redakteur und Leiter des Pariser Büros von *Ouest-France*, oder dem der Brüssel-Korrespondentin Catherine Goybet.

Ein weiteres Indiz für das enorme Interesse am Thema ist, wie oft eine Österreich-Schlagzeile auf Seite eins gebracht wird, 25-mal (7,1%) ist das in *Le Figaro* und 17-mal (14,4%) in *Ouest-France* der Fall, somit relativ gesehen doppelt so häufig wie in *Le Figaro*. Rund die Hälfte der Österreich-Schlagzeilen auf Seite eins erscheint im Februar, einige auch im September. Der Vergleich zeigt, dass wenn *Ouest-France* über Österreich berichtet, dann öfter als *Le Figaro* an vorderster Stelle. Dadurch, dass der Auslandsteil von *Ouest-France* viel kleiner ist als bei *Le Figaro*, wird auf größere Artikel offenbar schon auf Seite eins hingewiesen.

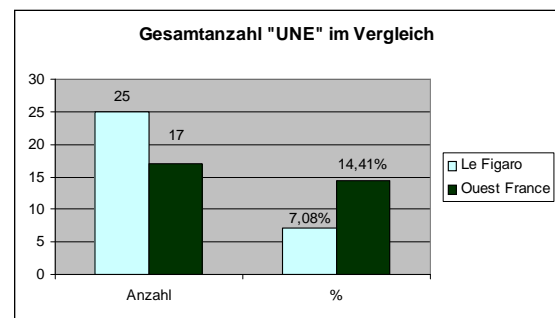


Abb. 6: Gesamtanzahl der auf Seite 1 erschienenen Schlagzeilen im Vergleich

Karikaturen, Fotos und Leserbriefe:

Mit der Veröffentlichung von Karikaturen halten sich beide Zeitungen im Vergleich zu *Le Monde* (allein im Februar 13 Karikaturen³¹⁹) oder *Libération*, die beide überaus kritische Karikaturen veröffentlichen, sehr zurück. *Ouest-France* verwendet gar keine, in *Le Figaro* erscheint zwar in jeder Ausgabe eine von Jacques Faizant (rechtskonservativer Karikaturist des *Figaro* von 1960 bis 2005), diese beschäftigen sich aber fast ausschließlich mit innenpolitischen Themen, nur dreimal steht das Österreichthema an der Tagesordnung. Im Vergleich zu anderen französischen Medien sind diese sehr „brav“. Es steht mehr der Inhalt der Sprechblasen im Vordergrund als die Zeichnung selbst, anders als in *Le Monde* oder *Libération*, wo schon in der Darstellung einige Stereotypen verwendet werden (Steirerhut, Lederhose, Dirndl...). Im Anhang die vielleicht „böseste“ aus *Le Figaro*, in der ein Kreuzworträtsel lösender Mann seine Frau fragt: „*Autrichien dont on n’a pas fini de parler en 6 lettres. La première est un H, et les deux dernières: ER.*“ Seine Frau antwortet: „*Tu es sûr de ces trois lettres là ?*“ Worauf der Mann erwidert: „*Absolument ! C’est sur les trois lettres*

³¹⁸ Vgl. Luizet, François: *Jours tranquilles en Carinthie*, in: *Le Figaro*, 7.2.2000, S. 3.

³¹⁹ Vgl. Baumgardinger, E.: S. 114.

*du milieu que je bute !*³²⁰ Damit wird implizit auf die ständig wiederkehrenden Vergleiche zwischen Haider und Hitler angespielt.

Sowohl *Ouest-France* als auch *Le Figaro* setzen vermehrt auf den gezielten Einsatz von Bildern, beispielsweise um Haider zu dämonisieren. Auch *Libération* setzt neben zahlreichen Karikaturen stark auf Bilder.³²¹ Am 28. Februar bringt *Ouest-France* auf der ersten Seite ein Foto auf dem sich Haider und Schüssel erkennbar erfreut die Hand schütteln. Daneben ein Foto eines ernst dreinblickenden Klestil.³²² Am 1. Februar wird in *Le Figaro* eine Großaufnahme von Haiders Gesicht³²³ gebracht, das dadurch äußerst furchteinflößend wirkt. Ein Foto vom 1. März zeigt Haider mit ausgestrecktem Arm (zwar dem linken, und mit ausgestrecktem Zeigefinger) in einer an den Hitlergruß erinnernden Pose.³²⁴ Insgesamt erscheinen jedoch erwartungsgemäß prozentuell gesehen viel mehr Bilder, oft auch in Farbe, in *Ouest-France* (39,8%) als in *Le Figaro* (14,7%). Die Artikel ersterer Zeitung sind im Allgemeinen auch kürzer gehalten. Viele der Fotos zeigen Haider bei diversen öffentlichen

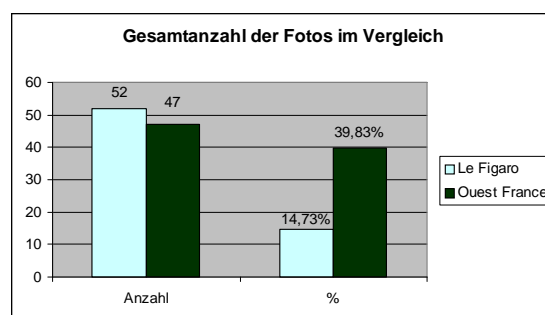


Abb. 7: Gesamtanzahl der erschienenen Fotos im Vergleich

Auftritten. Durch diese massive Präsenz der Fotos von Haider in den Medien, gepaart mit der häufigen Nennung seines Namens in Zusammenhang mit den Sanktionen, ist vermutlich in der französischen Öffentlichkeit das Bild entstanden, Haider und nicht Schüssel sei Bundeskanzler oder übe zumindest eine wichtige Funktion in der Regierung aus, deshalb sieht sich Schüssel im Interview mit *Le Figaro* auch veranlasst festzuhalten: „*C'est moi le chancelier, pas Haider*“.³²⁵

Ein gutes Bild der Stimmung innerhalb der Bevölkerung geben die Leserbriefe ab. Allerdings wurden nur in *Le Figaro* welche veröffentlicht, nicht aber in *Ouest-France*. Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass dadurch nur ein Teil der in der Bevölkerung vorherrschenden Meinung widerspiegelt wird, da aufgrund der bekannt konservativen Ausrichtung des *Figaro* auch hauptsächlich diese Leserkreise angesprochen werden und daher auch nur diese Gruppe Leserbriefe schreiben wird. Im gesamten Beobachtungszeitraum wurden 50 Leserbriefe in der Rubrik *Débats et opinions* unter *courrier des lecteurs*

³²⁰ Vgl. *L'humeur de Jacques Faizant*, in: *Le Figaro*, 5./6.2.2000, S. 15.

³²¹ Vgl. Lobner, M.: S. 80.

³²² Vgl. *Autriche: La coalition qui inquiète l'Europe*, in: *Ouest-France*, 28.1.2000, S. 1.

³²³ Vgl. Bollaert, Baudouin: *L'Europe se prémunit contre le virus*, in: *Le Figaro*, 1.2.2000, S. 5.

³²⁴ Vgl. Bollaert, Baudouin: *Le faux départ de Jörg Haider*, in: *Le Figaro*, 1.3.2000, S. 5.

³²⁵ Vgl. Lambroschini, Charles: „*C'est moi le chancelier, pas Haider*“ [Interview mit Wolfgang Schüssel], in: *Le Figaro*, 21.2.2000, S. 5.

veröffentlicht, davon 41 im Februar. Laut Max Clos, ehemaliger Chefredakteur des *Figaro* 1975-1990 und auch für die Auswahl der abgedruckten Leserbriefe verantwortlich, wurden aber wesentlich mehr Leserbriefe geschrieben, die aus Platzmangel aber natürlich nicht alle publiziert werden konnten, allein von 31. Jänner bis 11. Februar rund 300, von denen der Großteil gegen die Sanktionen Stellung bezieht.³²⁶ In *Le Monde* erschienen vergleichsweise im Monat Februar nur acht Leserbriefe zum Thema Österreich.³²⁷

Vielfach wird in den Lesermeinungen die These vertreten, dass „linke“ Ideologien, insbesondere der Kommunismus, viel weniger „streng“ beurteilt würden als „rechte“, die sofort als Faschisten oder Neonazis hingestellt würden. Mit kommunistischen Regierungspartnern habe die EU bzw. die europäische Politik allgemein keine Probleme, handle es sich aber um nationalistische, rechtspopulistische Parteien, würde sogleich eine Gefahr für die Demokratie gesehen. Polemisch ist sogar von „*intolérance intello-caviar*“ die Rede. Die Sanktionen seien Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Der FPÖ wird eine rechtspopulistische Tendenz dennoch meist nicht abgesprochen, aber ein demokratisch zustande gekommenes Wahlergebnis müsse eben akzeptiert werden, auch wenn es nicht nach Wunsch ausgefallen ist. In der Politik werde mit zweierlei Maß gemessen, denn die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien seien viel schlimmer als die Regierungsbeteiligung der FPÖ und niemand sanktioniere Russland. Auch Kritik wird laut, dass alle Österreich verurteilen würden, niemand aber versuche die Ursachen für den Erfolg der FPÖ zu analysieren. Ein Leser schreibt, man könne Österreich nicht einfach gewähren lassen, man solle kein neues München zulassen³²⁸ (in Anlehnung an das *Münchener Abkommen* 1938). Dass Martine Aubry beim Sozialministertreffen im Februar den Saal verlässt, als Elisabeth Sickl das Wort ergreift, ist Thema mehrerer Briefe, die bis auf einen das Verhalten der Ministerin kritisieren. Die bereits erwähnte (die Maßnahmen kritisierende) Erklärung von Chambon und anderen wird ebenfalls bei den Leserbriefen veröffentlicht.³²⁹ Nach der Aufhebung der Sanktionen versteigt sich ein Leser sogar dazu, Sanktionen gegen die Niederlande zu verlangen, weil dort die Homosexuellen-Ehe erlaubt wurde, und das seiner Meinung nach auch gegen die gemeinsamen europäischen Werte verstoße.³³⁰

Viermal werden Leserbriefe von Österreichern abgedruckt, unter anderem vom Präsidenten der *österreichisch-französischen Vereinigung* (gegründet 2001) und früheren Handelsdelegierten in Paris Hans Kourimsky (Jurist), der die Maßnahmen als juristisch nicht

³²⁶ Vgl. Clos, Max: *Le bloc-notes de Max Clos*, in: *Le Figaro*, 11.2.2000, S. 12.

³²⁷ Vgl. Baumgardinger, E.: S. 99.

³²⁸ Vgl. Pappalardo, Joseph: *Autriche*, in: *Le Figaro*, 9.2.2000, S. 13.

³²⁹ Vgl. *L'Europe et l'Autriche*, in: *Le Figaro*, 17.2.2000, S. 12.

³³⁰ Vgl. Tenaille, Gérard: *Les „valeurs de l'Europe“*, in: *Le Figaro*, 19.9.2000, S. 15.

gedeckt, politisch unvernünftig und inkonsequent bezeichnet.³³¹ Außerdem darf die 7B-Klasse des Bundesgymnasiums Rainergasse Stellung zur Absage ihres geplanten Schüleraustausches durch ein französisches Partnergymnasium beziehen. Die Schüler argumentieren, dass sie, da noch nicht volljährig, auch keinen Einfluss auf die Wahlen und ohnehin 73% der Österreicher nicht die FPÖ gewählt hätten. Weiters könne und solle man nicht von Haider auf alle Österreicher schließen.³³² Mehrere Leser zeigen sich in der Folge solidarisch mit der Schulklasse und verurteilen die Absage des geplanten Austausches. Auch Kurt Jungwirth, ehemaliger Professor für Romanistik in Graz und später ÖVP-Politiker, versichert seinen französischen Freunden, dass in Österreich kein neuer Faschismus herrsche. Das Wahlergebnis sei Ausdruck der Unzufriedenheit mit der jahrelangen SPÖ-ÖVP Regierung gewesen. Weiters greift er eine Grundsatzproblematik der EU auf, ob diese sich genug um die Sorgen ihrer Bevölkerung kümmern würde.³³³

Das Interesse an der Österreichberichterstattung ist offenbar groß und schlägt sich auch in vielen Leserbriefen nieder. In diesen wird großteils scharfe Kritik an den Sanktionen, der französischen Regierung und der Berichterstattung der (anderen) Medien geübt. Befürworter der Maßnahmen gibt es unter den Lesern offenbar kaum, nur sechs der abgedruckten Meinungen verteidigen die Maßnahmen! Die Vorgehensweise der EU wird für überzogen gehalten. Häufig werden gewagte Ansichten in den Leserbriefen vertreten, die so nicht in der Berichterstattung der Zeitung vertretbar wären, über die Hintertür der Lesermeinungen aber zum Ausdruck kommen. Daneben ist auch Platz für einige Stellungnahmen aus Österreich.

Le Figaro veröffentlicht in der Rubrik *L'avis de la presse étrangère* gleich neben den Leserbriefen täglich drei Artikel in denen Standpunkte ausländischer Zeitungen zu wichtigen Themen zusammengefasst werden, häufig werden zum Österreichthema Artikel aus dem *Standard*, der *Welt* oder dem *Independent* behandelt. Die ausgewählten Artikel qualifizieren die Maßnahmen als undemokratisch bzw. kritisieren die große Aufmerksamkeit, die Haider zu teil wird, da er dadurch nur noch an Popularität zulege und unterstreichen damit im Wesentlichen die Linie der Zeitung. Eine solche Presseschau gibt es in *Ouest-France* überhaupt nicht, dafür wird zweimal in Artikeln über die Berichterstattung ausländischer Zeitungen informiert. Die Presse sei gespalten, der Großteil der deutschen und belgischen

³³¹ Vgl. Kourimsky, Hans G.: *Un point de vue autrichien*, in: *Le Figaro*, 5./6.2.2000, S. 15.

³³² Vgl. La première 7B du Bundesgymnasium Rainergasse: *Autriche*, in: *Le Figaro*, 23.2.2000, S. 12.

³³³ Jungwirth, Kurt: *Autriche*, in: *Le Figaro*, 17.4.2000, S. 16.

Zeitungen begrüße die Sanktionen jedoch, vor allem in Großbritannien kritisiere man die Maßnahmen aber deutlich.³³⁴

Ende der Berichterstattung und andere Besonderheiten in der Berichterstattung:

Allgemein ist festzuhalten, dass die Zeitungen Schwierigkeiten mit der Bezeichnung FPÖ haben. Man kann sich offenbar auf keine Parteienbezeichnung auf Französisch festlegen, gebräuchlich sind unter anderem „*le parti d’extrême droite FPÖ, les populistes, droite nationaliste, parti des libertés, parti de la liberté, parti libéral autrichien*“. Selbst nach dem Weisenbericht, obwohl dort als populistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise titulierte, wird die FPÖ immer noch als „*extrême droite*“ bezeichnet, wenn auch eingeräumt wird, dass die Kampagne der Presse und der Politik in Frankreich die FPÖ stets mit dem Etikett „*extrême droite*“ versehen hatte.³³⁵ Diese Schwierigkeiten scheinen verständlich, wenn man bedenkt, dass sich auch Experten aufgrund der unterschiedlichen Definitionen nicht auf eine Bezeichnung festlegen können. (siehe dazu das Kapitel *Die FPÖ – eine rechtsextreme, radikale und/ oder populistische Partei?*) Dennoch ist hier wohl zumindest die Bezeichnung „*parti libéral autrichien*“ eindeutig fehl am Platz. Die durchwegs verwendete Qualifizierung „*extrême droite*“ ist aufgrund der ausländerfeindlichen Politik, der historischen Verflechtung der FPÖ mit dem Nationalsozialismus, in Verbindung mit einer den Nationalsozialismus immer wieder relativierenden Rhetorik zu verstehen.

Weiters werden Namen von Politikern (Gussenbauer) und Parteien oder Aussprüche auf Deutsch oft falsch geschrieben, was vor allem bei einer Qualitätszeitung wie *Le Figaro* überraschend ist. Die FPÖ wird oft als FPö, FPOe, FPÔ, FPO oder Fpoe geschrieben. Der Ausspruch „Jetzt erst recht!“ in *Le Figaro* wie folgt: „*Jetz es rechts!*“.³³⁶ Manchmal gibt es aber auch inhaltliche Fehler, so werden etwa Foto und Bildunterschrift vertauscht, am 5./6. Februar zieht Schlüssel angeblich Strasser Schlögl (!?) vor³³⁷, oder am 29. Juni wo die Rede von der SPÖ-FPÖ Regierung ist.³³⁸ Das ist umso erstaunlicher, da die Artikel ja von der Österreichkorrespondentin des *Figaro* Françoise Lepeltier stammen und zumindest letzterer Lapsus nicht passieren dürfte. In *Ouest-France* wird – möglicherweise aufgrund seiner Haltung gegenüber der Regierung – Bundespräsident Klestil der SPÖ zugerechnet.³³⁹ Solche

³³⁴ Vgl. *Les critiques pleuvent sur Jörg Haider*, in: *Ouest-France*, 28.1.2000, S. 2, bzw. *A la une des journaux européens*, in: *Ouest-France*, 5./6.2.2000, S. 3.

³³⁵ Vgl. Bocev, Pierre: *Le rapport qui blanchit Vienne*, in: *Le Figaro*, 9./10.9.2000, S. 4.

³³⁶ Lepeltier, Françoise: *Complexe de persécution à Vienne*, in: *Le Figaro*, 31.1.2000, S. 6.

³³⁷ Vgl. Lepeltier, Françoise: *Pénibles débuts pour la nouvelle coalition*, in: *Le Figaro*, 5./6.2.2000, S. 4.

³³⁸ Vgl. Lepeltier, Françoise: *Vienne ne digère pas sa punition*, in: *Le Figaro*, 29.6.2000, S. 4.

³³⁹ Vgl. Limagne, Joseph: *L’Union européenne va absoudre Vienne*, in: *Ouest-France*, 12.9.2000, S. 3.

Fehler lassen auf teils schlampig recherchierte Artikel schließen, kommen trotz der oben angeführten Beispiele in beiden Zeitungen aber selten vor.

Die Medien sprechen oft massiv von Haider um dann auf Österreich zu schließen. Er ist die mit Abstand am häufigsten genannte Person, obwohl er weder in der Regierung noch Parteichef der FPÖ ist, wenn auch einflussreiches „einfaches Parteimitglied“. Teile seiner Biografie und sein Aufstieg in der FPÖ, sowie die Gründe dafür (siehe dazu die Kapitel *Die FPÖ unter Jörg Haider* und *Mögliche Gründe für den Erfolg der FPÖ*) werden immer wieder breitgetreten. Anstelle von Haider ist oft auch von einem „*effet-Haider*“, einem „*virus Haider*“ oder von „*Haiderisme*“ die Rede. Manchmal werden sogar die Sanktionen als „*affaire Haider*“ bezeichnet. Österreich wird zur Referenz für andere Beiträge, andere rechtspopulistische Politiker oft mit Haider verglichen. So zum Beispiel in der Artikelserie „*L'extrême droite en Europe*“, in der aus Anlass der Regierungsbildung in Österreich ab 8. Februar in *Le Figaro* beinahe täglich bis 24. Februar ein Artikel über die rechtsextremen Gruppierungen und Parteien in anderen Ländern Europas (mit Ausnahme Frankreichs!) erscheint. Interessant ist die Feststellung, dass es sich dabei offenbar um einen „Wohlstandsnationalismus“ handelt, denn der rechte Rand habe vor allem in ruhigen, wohlhabenden Ländern mit relativ wenigen Arbeitslosen Erfolg. Befürchtet wird dadurch eine Spaltung der EU.

Aber auch aus anderen Überschriften wird deutlich, dass der Name Haider oder das Beispiel Österreich auf andere Situationen umgelegt wird. So in den folgenden Schlagzeilen des *Figaro* „*Le Sud-Tyrol en danger d'être "haiderisé"*“³⁴⁰ oder „*Shintaro Ishihara, apprenti Haider*“³⁴¹ und in den folgenden aus *Ouest-France* „*Extrême droite: la Belgique n'est pas l'Autriche*“³⁴² oder „*La Flandre a son Jörg Haider*“³⁴³. Haider wird dabei als Überbegriff für jede Form von Rechtsextremismus verwendet. Weiters wird in *Le Figaro* die in Frankreich beliebte These eines „*fascisme alpin*“ aufgestellt, wonach es in den Alpen ein „Dreieck“ (Norditalien, Österreich, Schweiz, Bayern) gebe, wo vermehrt faschistische bzw. rechtspopulistische Triebe existieren würden.³⁴⁴ Diese These vermag aber weder den Erfolg Le Pens in Frankreich noch den relativen Misserfolg von rechtspopulistischen Parteien in Slowenien und Liechtenstein zu erklären. Die Idee eines vereinten Mitteleuropa gegen das

³⁴⁰ Heuzé, Richard: *Le Sud-Tyrol en danger d'être "haiderisé"*, in: *Le Figaro*, 10.2.2000, S. 4.

³⁴¹ Jurgenson, Caroline: *Shintaro Ishihara, apprenti Haider*, in: *Le Figaro*, 14.4.2000, S. 2.

³⁴² *Extrême droite : la Belgique n'est pas l'Autriche*, in: *Ouest-France*, 10.10.2000, S. 2.

³⁴³ *La Flandre a son Jörg Haider*, in: *Ouest-France*, 11.10.2000, S. 3.

³⁴⁴ Vgl. Pasteur, P.: S. 18. bzw. Bollaert, Baudouin: *Du populisme alpin aux nostalgiques du III^e Reich*, in: *Le Figaro*, 8.2.2000, S. 4.

Europa der Gründungsmitglieder stellt eine Gefahr für die Einheit der EU dar und ist deshalb mit allen Mitteln zu verhindern.

Im Gegensatz zu *Ouest-France* berichtet *Le Figaro* auch im Wirtschaftsteil über Österreich und liefert dort Hintergrundberichte über die Lage im Land. Das ist nicht überraschend, nimmt der (internationale) Wirtschaftsteil in der Pariser Zeitung doch einen großen Stellenwert ein. Nach Jaritz ist sie damit aber die einzige große französische Tageszeitung, die auch wirtschaftliche Hintergrundinformationen liefert.³⁴⁵ Nichts deutete vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen auf eine Radikalisierung der Politik hin, es seien keine Anzeichen einer Krise wie in den 30er-Jahren zu erkennen.³⁴⁶ Auch die möglichen Auswirkungen dieser europäischen Krise auf die gemeinsame Währung Euro werden thematisiert.³⁴⁷ Die österreichische Politik, insbesondere jene des Finanzministers und die Entwicklung des Budgetdefizites, werden im Wirtschaftsteil genau verfolgt und ihre Auswirkungen analysiert. Die Sanktionen hatten zumindest nach Berichten des *Figaro* keine Effekte für den Tourismus, denn es seien um rund 5% mehr Touristen als noch vor zwei Jahren nach Österreich gekommen. Nur Belgier und Franzosen kämen tatsächlich weniger, andere Nationen sogar mehr.³⁴⁸ Als weitere Auswirkung wird angeführt, dass dafür nun weniger Österreicher im Ausland Urlaub machen,³⁴⁹ die Österreicher sich also abkapseln würden. Im September kommt *Le Figaro* sogar zu der Auffassung, dass die Sanktionen gar keine wirtschaftlichen Auswirkungen gehabt hätten,³⁵⁰ was ja auch gar nicht in der Absicht der EU-14 stand.

Als bekannt wird, dass in Österreich möglicherweise eine Koalition der ÖVP mit der FPÖ zustande kommen werde, wird auch in *Le Figaro* vor einer solchen Zusammenarbeit gewarnt. Doch als Ende Jänner angekündigt wird, dass die EU bilaterale Maßnahmen gegen Österreich beschließen werde, sollte die FPÖ an der neuen Regierung beteiligt sein, wird *Le Figaro* zum kritischen Maßnahmegegner, in erster Linie dadurch begründet, weil es sich um eine Einmischung in innere Angelegenheiten handle, weil die Regierung demokratisch legitimiert worden sei und weil mit Hinweis auf den Kosovo oder Tschetschenien gegen andere Länder nicht mit gleicher Konsequenz vorgegangen werde. *Le Figaro* hebt weitgehend die Rolle der gesamten EU bei der Verhängung der Maßnahmen hervor und nicht die Vorreiterrolle Frankreichs. Außerdem will man nicht an der Kampagne anderer Zeitungen

³⁴⁵ Vgl. Jaritz, B.: S. 108.

³⁴⁶ Vgl. Mathieu de Heaulme, Bérengère: *L'énigme économique de la radicalisation autrichienne*, in: *Le Figaro économie*, 3.2.2000, S. XI.

³⁴⁷ Vgl. Oulalou, Lamia: *L'Euro n'avait pas besoin de Jörg Haider*, in: *Le Figaro économie*, 3.2.2000, S. XI.

³⁴⁸ Vgl. *Tourisme: effet Haider limité*, in: *Le Figaro*, 8.3.2000, S. 6.

³⁴⁹ Vgl. *Autriche: les sanctions ont épargné la saison d'hiver*, in: *Le Figaro économie*, 1.6.2000, S.II.

³⁵⁰ Vgl. Barochez, Luc de: *L'Autriche en voie de réhabilitation*, in: *Le Figaro*, 12.9.2000, S. 3.

teilnehmen, die aus allen Populisten einen Nazi machen würden, so Jean-Paul Mulet, seit 1998 Redakteur des *Figaro*, in einem Editorial.³⁵¹ Damit vertritt die Zeitung in einer ersten Phase die Linie der Souveränisten Charles Pasqua und Philippe de Villiers. Vielmehr wird in *Le Figaro* versucht sachlicher, zum Teil auch ironisch mit der Österreich-Krise umzugehen, auch wenn selbst dort Haider als „Führer“ bezeichnet und immer wieder die österreichische Vergangenheit beschworen wird. Das entspricht aber der literarischen Tradition des französischen Journalismus, Fakten und Meinungen zu vermischen. Es wird dazu aufgerufen die Ursachen für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien zu verstehen und keine „*leçons de démocratie*“³⁵² zu geben, sondern vielmehr auch im eigenen Land die Gefahr von rechts außen zu bekämpfen. Die Maßnahmen werden als kontraproduktiv angesehen. Dennoch ist auch Platz für den einen oder anderen Befürworter der Sanktionen, es kann daher auch vorkommen, dass sich unterschiedliche Meinungen in einem Bericht und in einem späteren Kommentar gegenüberstehen. Insgesamt bezieht der konservative *Figaro* jedoch eine von der Haltung Chiracs und der großen Rechtsparteien überraschend deutlich abweichende Position. Es wird vielmehr Verständnis für Österreich und die ÖVP aufgebracht. Das Interesse an den Protesten in Österreich gegen die Regierung bleibt gering. Zum Ende der Sanktionen bleiben hämische Anspielungen auf die fast schon hysterische Berichterstattung anderer Medien zu Beginn der Sanktionen weitgehend aus.

Ouest-France versucht von Anfang an sehr sachlich über die Sanktionen zu berichten. Es wird hauptsächlich über die Fakten berichtet, meist werden auch sehr gründlich recherchierte Hintergrundberichte veröffentlicht. Schon sehr früh, bereits ab 3. Februar und damit mehr als zwei Wochen früher als andere Zeitungen, wird auch auf den Widerstand in Österreich gegen die neue Regierung hingewiesen.³⁵³ Bald wird auch schon darauf hingewiesen, dass es nun wichtig sei die „*démocrates autrichiens*“ zu unterstützen.³⁵⁴ Europa tue gut daran, seine Ablehnung klar deutlich zu machen. Möglicherweise sei das der Beginn einer echten europäischen Außenpolitik. Damit wird die Blattlinie der Zeitung als Befürworterin eines vereinten, demokratischen Europas bestätigt. Den Österreichern dürfe nun nicht das Gefühl gegeben werden, sie würden alle abgelehnt, das würde sie nur in Scharen in die Arme Haiders treiben. Dass die Zeitung dem Österreichthema aufgrund ihrer Ausrichtung gezwungenermaßen viel weniger Platz einräumen kann, könnte auch eine Rolle spielen, dass die Maßnahmen viel sachlicher beurteilt werden. Wie auch *Le Figaro* versucht

³⁵¹ Vgl. Mulet, Jean-Paul: *Europe: davantage de politique*, in: *Le Figaro*, 4.2.2000, S. 12.

³⁵² Vgl. Rousselin, Pierre: *Un mal européen*, in: *Le Figaro*, 9.2.2000, S. 13.

³⁵³ Vgl. *Autriche: Les opposants à l'extrême droite dans la rue*, in: *Ouest-France*, 3.2.2000, S. 1.

³⁵⁴ Vgl. Hutin, François Régis: *Soutenons les démocrates autrichiens*, in: *Ouest-France*, 5./6.2.2000, S. 1.

Ouest-France Objektivität durch häufige Zitate und dadurch auch eine gewisse Nähe zum Geschehen zu erreichen. Zusätzlich zu den Anführungszeichen werden die Zitate noch fett vom Rest des Textes abgehoben. Überraschendes, zumindest nicht unbedingt erwartbares Ergebnis der Untersuchung ist die für eine Regionalzeitung ausgezeichnete Berichterstattung von *Ouest-France*, die wirklich bemüht ist, auf dem wenigen an Raum, der für internationale Themen zur Verfügung steht, sachliche Berichte abzuliefern.

Immer wiederkehrende Themenbereiche in den Zeitungen sind die NS-Zeit, die mangelnde Vergangenheitsbewältigung („Opferrolle“), die Affäre Waldheim und die lange Regierungszeit von SPÖ und ÖVP. Diese werden immer wieder auch als Erklärungsmuster für den Erfolg der FPÖ herangezogen. Weiteres dominantes Thema ist die Person Jörg Haider, dem demagogische Anziehungskraft nachgesagt, Faschismus und seine skandalösen Aussagen vorgeworfen werden. Scheinbar besteht die Illusion, dass die Probleme, die (fast) alle europäischen Staaten mit Rechtspopulisten haben, sich auf die Person Haider reduzieren ließen. Weitere Themen sind das Recht auf Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten und der Aufschwung rechtsextremer Bewegungen in ganz Europa. Aber auch die Gefahr, die von dieser Krise für die EU und deren Erweiterung ausgeht, wird oft angesprochen.

An dieser Stelle soll nun mit der Berichterstattung anderer bereits untersuchter Zeitungen verglichen werden. In der Berichterstattung von *Le Monde* herrscht vor allem in der ersten Woche nach der Regierungsbildung Beunruhigung vor, es wird ein düsteres Österreichbild gezeichnet.³⁵⁵ *Le Monde* betont euphorisch die „lobenswerte Vorreiterrolle Frankreichs“, erst ab dem 19. Februar werde die Berichterstattung etwas differenzierter.³⁵⁶ Allgemein dominiert in *Le Monde* ein negatives Österreichbild, thematisiert wird vor allem die kontroversielle Vergangenheit Österreichs.³⁵⁷ *Libération* übt sich nach Lobner überhaupt in Kampfmetaphorik, berichtet noch dramatischer als *Le Monde* und schürt die Angst vor einer Rache Österreichs.³⁵⁸ In der Regionalzeitung *Midi Libre* dominieren zwei Namen das Österreichbild: auf der sportlichen Seite die Erfolge Hermann Maiers und auf der politischen die Person Haider und in diesem Zusammenhang die mangelnde Vergangenheitsbewältigung der Österreicher.³⁵⁹ *Le Parisien* schenkt den Sanktionen zunächst weniger Beachtung als die übrigen Zeitungen, großes Interesse wird an der Demonstration vom 19. Februar gezeigt. Die Sanktionen werden einer kritischen Betrachtung unterzogen, was für Jaritz in Hinblick auf die

³⁵⁵ Vgl. Gielesberger, I.: S. 161.

³⁵⁶ Vgl. Lobner, M.: S. 80.

³⁵⁷ Vgl. Baumgardinger, E.: S. 106.

³⁵⁸ Vgl. Lobner, M.: S. 80.

³⁵⁹ Vgl. Haslinger, I.: S. 96.

Blattlinie erstaunlich ist.³⁶⁰ Auch *L'Humanité* gehört wenig überraschend zu den Befürwortern der Maßnahmen, die FPÖ Regierungsbeteiligung wird scharf kritisiert, der Debatte über ein kulturelles Boykott viel Platz eingeräumt. Auf Österreichs Vergangenheit wird sehr oft Bezug genommen, die FPÖ allgemein als „fasciste“ oder „néonazi“ bezeichnet.³⁶¹

Die französischsprachigen Wochenzeitschriften lassen sich nach Schmidt in EU-freundliche („linke“) und EU-kritische („rechte“) einteilen, Uneinigkeit herrsche vor allem was Sinnhaftigkeit und Effizienz der Maßnahmen betrifft.³⁶² Am intensivsten berichtet *Le Nouvel Observateur*, am wenigsten *Le Canard enchaîné*. Nur die rechtsextreme *Minute* ist Österreich gegenüber positiv eingestellt, sie sieht die FN Le Pens als Opfer politischer Ausgrenzung.³⁶³ In der Schweiz wird weit weniger intensiv über die Sanktionen berichtet als in Belgien oder Frankreich,³⁶⁴ was vermutlich mit der Vorreiterrolle beider Länder bei der Verhängung der Maßnahmen zusammenhängt. In Belgien sei, so Lobner, die Berichterstattung über Österreich sogar noch kritischer als in Frankreich, allerdings spiele dort die mangelnde Vergangenheitsbewältigung eine weniger große Rolle.³⁶⁵ In den französischsprachigen Medien der Schweiz wird der EU-Kurs sogar kritisiert,³⁶⁶ was aus der traditionell EU-kritischen Schweiz nicht verwunderlich erscheint. Doch die Maßnahmen werden nicht nur kritisiert, Schüssel wird auch sofort offiziell in die Schweiz eingeladen und damit ein Zeichen der Unterstützung für die ÖVP-FPÖ Regierung gesetzt. Damit zeigt die Schweiz deutlich ihre „[...] *indifférence à une certaine vision de l'Europe* [...]“.³⁶⁷

Joëlle Stolz, Journalistin für *Le Monde*, betont Ende 2000: „Die Leute haben die Situation ohne Nuance interpretiert. Weil die Leute natürlich das Land überhaupt nicht kennen, weder Geschichte, noch die Tradition. [...] Die Chefredaktion [von *Le Monde*] war der Meinung, man kann eine FPÖ-Regierungsbeteiligung nicht zulassen.“³⁶⁸ Deshalb wurden in der Berichterstattung dieser Zeitung die Sanktionen auch nicht in Frage gestellt. Die Österreichkorrespondentin Françoise Lepeltier meint Anfang 2001, dass die französische Politik 2000 vor allem durch die „*cohabitation*“ (konservativer Präsident, sozialistische Regierung) geprägt gewesen sei, niemand habe dem Anderen die alleinige Führungsrolle bei den Sanktionen überlassen wollen. Die Parteien hätten sich gegenseitig überwacht, außerdem

³⁶⁰ Vgl. Jaritz, B.: S. 107.

³⁶¹ Vgl. Jaritz, B.: S. 108.

³⁶² Vgl. Schmidt, N.: S. 123.

³⁶³ Vgl. Schmidt, N.: S. 69ff.

³⁶⁴ Vgl. Lobner, M.: S. 47.

³⁶⁵ Vgl. Lobner, M.: S. 110 bzw. S. 116.

³⁶⁶ Vgl. Lobner, M.: S. 81.

³⁶⁷ Jost, H.: S. 103.

³⁶⁸ Vgl. Baumgardinger, E.: Anhang, S. 1f.

habe die Präsidentschaftswahl 2002 bereits eine Rolle gespielt und die Kandidaten hätten sich profilieren wollen. Durch mangelnde Kenntnisse über Österreich sei es in manchen Medien zu vorschnellen Urteilen und bissigen Kommentaren gekommen. Zur Verteidigung von Journalistenkollegen betont sie aber, dass manche durch die Blattlinie zu einer bewusst einseitigen Darstellung gezwungen worden seien.³⁶⁹ Die obigen Aussagen erklären die zum Teil fehlerhaften Artikel und auch warum manche Zeitungen sehr einseitig über Österreich berichtet haben. Als einzige Gemeinsamkeit der Berichterstattung lässt sich deren Virulenz festhalten, deshalb gehen die Meinungen zwischen Anklage und Verteidigung Österreichs auseinander.³⁷⁰ Nach Durchsicht der Forschungsergebnisse anderer Arbeiten kann behauptet werden, dass die Mehrheit der französischen Medien die Maßnahmen unterstützen, wenn vielleicht zum Teil auch nur, wie in den Aussagen der Journalistinnen angedeutet, weil die Blattlinie es verlangte oder Verschweigen noch schlimmer gewesen wäre. Ein Überdenken der Blattlinie setzt zum Teil nach der großen Demonstration vom 19. Februar ein.

Das Ende der Berichterstattung bahnt sich nach einem „Sommerloch“ im August, wo sehr wenig über Österreich berichtet wird, an. Wegen der bevorstehenden Präsentation des Weisenberichts rücken die Sanktionen wieder mehr ins Rampenlicht. Ab 5. September wird in *Le Figaro* über eine möglicherweise kurz bevorstehende Übergabe des Weisenberichts an den EU-Ratspräsidenten Chirac spekuliert und auch darüber, dass er positiv für Österreich ausfallen werde. Noch am 7. September erhöht Österreich laut *Figaro* den Druck und droht einen EU-Beitritt Tschechiens aufgrund des Atomkraftwerks Temelin zu blockieren. Erst am 8. September berichtet *Ouest-France* kurz über die Abgabe des Berichts. Am 9. September wird dann in beiden Zeitungen groß über den Inhalt des Berichts berichtet der „guère flatteur“ für die Sanktionen ausfällt.³⁷¹ Selbst Brüssel und Paris könnten sich jetzt kaum noch um eine Aufhebung der Sanktionen drücken. Wichtig sei die Aufhebung auch im Hinblick auf das bevorstehende Euro-Referendum in Dänemark. Außerdem ist man überzeugt, dass beim bevorstehenden Wahlsieg von Berlusconi und Fini in Italien, das Land vermutlich besser behandelt werde als Österreich. Danach folgen in *Le Figaro* mehrere Meldungen über Appelle an die französische Ratspräsidentschaft, die Sanktionen so rasch wie möglich zu beenden, diese wiederum will sich nicht auf einen Zeitplan festlegen lassen. Viel Aufmerksamkeit wird in *Le Figaro* der Reaktion Haiders auf den Bericht geschenkt und auch dessen Bemerkung,

³⁶⁹ Vgl. Haslinger, I.: S. 111f.

³⁷⁰ Vgl. Trégomain, P.: S. 221.

³⁷¹ Vgl. *Le rapport qui absout l'Autriche*, in: *Le Figaro*, 9./10.9.2000, S. 1. bzw. Bocev, Pierre: *Le rapport qui blanchit Vienne*, in: *Le Figaro*, 9./10.9.2000, S. 4 bzw. *Autriche: la levée des sanctions „préconisée“*, in: *Ouest-France*, 9./10.9.2000, S. 1 bzw. *Le rapport qui absout l'Autriche*, in: *Ouest-France*, 9./10.9.2000, S. 5.

wonach jeder Napoleon (gemeint ist Chirac) in Waterloo enden würde.³⁷² Danach wird Moscovici zitiert, der durchblicken lässt, dass eine Aufhebung der Sanktionen unmittelbar bevorstehe.³⁷³ Einen Tag vor Aufhebung der Sanktionen berichtet auch *Ouest-France* über die bevorstehende Beendigung.³⁷⁴ Der symbolische Charakter wird betont, aber auch hinterfragt wie die FPÖ in Zukunft überwacht werden könnte. Haiders und Moscovicis Wortmeldungen werden ebenfalls zitiert. Danach folgt bereits einen Tag vor der Aufhebung der Maßnahmen eine Chronologie der Ereignisse seit der Nationalratswahl 1999.

Am 13. September wird schließlich über das Ende der Sanktionen berichtet. Dabei sei es nach Einschätzung Luc de Barochez', der im September mehrere Artikel für *Le Figaro* über Österreich an Stelle von Lepeltier schreibt, vor allem für Frankreich darum gegangen, das Gesicht zu wahren.³⁷⁵ Außerdem müsse man darüber nachdenken, wie in ähnlichen Fällen zu verfahren sei, da dafür kein Verfahren im EU-Recht vorgesehen sei. Außerdem wird dem Leser eine Chronologie der Ereignisse geboten, die im Gegensatz zu jener von *Ouest-France* erst mit der Verhängung der Maßnahmen am 4. Februar beginnt. Im Editorial beurteilt Pierre Rousselin, Chefredakteur des Auslandsteils des *Figaro*, die Maßnahmen im Rückblick und kommt zu der Einschätzung, dass sich die EU damit nur selbst blockiert und nicht die gewünschten Effekte erzielt habe.³⁷⁶ Sie seien aber zumindest für den Bewusstwerdungsprozess der gemeinsamen europäischen Werte wichtig gewesen. *Ouest-France* zitiert in der Berichterstattung über die Aufhebung den Inhalt des Kommuniqués und schätzt es als eine Art Kapitulation von Paris ein. Außerdem so Limagne, sei noch nicht ganz sicher, ob „*la page soit tout à fait tournée dans cette affaire*“, aber wenigstens werde die französische EU-Ratspräsidentschaft nicht mehr durch die Österreichaffäre vergiftet.³⁷⁷ In allen Berichten klingt auch die Freude und Erleichterung der österreichischen Regierung über die Aufhebung sowie deren Zufriedenheit mit dem Bericht durch.

In einer Analyse für *Le Figaro* einen Tag nach Aufhebung der Sanktionen konstatiert Lepeltier dennoch Beeinträchtigungen in den österreichisch-französischen Beziehungen, „*rien ne sera tout à fait comme avant*“.³⁷⁸ Die Aufhebung sei ein Triumph für Haider und eine Niederlage für Chirac. Was bleibe sei der schale Nachgeschmack, dass nicht alle EU-

³⁷² Vgl. *Europe: Haider règle ses comptes avec Chirac*, in: *Le Figaro*, 11.9.2000, S. 1. bzw. Bocev, Pierre: *Jörg Haider s'en prend à Chirac*, in: *Le Figaro*, 11.9.2000, S. 4.

³⁷³ Vgl. Barochez, Luc de: *L'Autriche en voie de réhabilitation*, in: *Le Figaro*, 12.9.2000, S. 1 bzw. S. 3.

³⁷⁴ Vgl. *Autriche: levée des sanctions imminente*, in: *Ouest-France*, 12.9.2000, S. 1 bzw. Limagne, Joseph: *L'Union européenne va absoudre Vienne*, in: *Ouest-France*, 12.9.2000, S. 3.

³⁷⁵ Vgl. Barochez, Luc de: *L'Autriche sort de sa quarantaine*, in: *Le Figaro*, 13.9.2000, S. 5.

³⁷⁶ Vgl. Rousselin, Pierre: *Autriche: sortir d'un mauvais pas*, in: *Le Figaro*, 13.9.2000, S. 1 bzw. S. 16.

³⁷⁷ Vgl. *L'Union européenne lève les sanctions contre l'Autriche*, in: *Ouest-France*, 13.9.2000, S. 1 bzw. Limagne, Joseph: *Les sanctions contre l'Autriche sont levées*, in: *Ouest-France*, 13.9.2000, S. 2.

³⁷⁸ Lepeltier, Françoise: *Zone d'ombre entre Vienne et Paris*, in: *Le Figaro*, 14.9.2000, S. 4.

Mitglieder gleich behandelt würden. Max Clos in seinem *Bloc-notes* bezeichnet die Sanktionen als „*dérive fascinante*“ und fragt sich, ob bei kommunistischen Ministern genauso reagiert worden wäre.³⁷⁹ Für *L'Humanité* handle es sich um „*un jour de honte*“. Clos' Fazit: die Sanktionen seien unnötig gewesen, Politik sei mit Moral und einem Schuss Idealismus vermischt worden. Dabei drängt sich die Frage auf, was für eine Vorstellung Clos von Politik hat! Den Schlusspunkt der Berichterstattung in *Ouest-France* setzt eine Bilanz des Politikwissenschaftlers Jean Baudouin.³⁸⁰ Die Sanktionen seien hilfreich, aber mehr symbolischer Natur gewesen, um die Rechtsextreme nicht zu banalisieren, sie hätten aber die FPÖ von Jörg Haider gestärkt. Am 5. Oktober folgt in *Le Figaro* noch ein kurzer Artikel darüber, welche Lehren aus der Krise zu ziehen seien. Hauptsächlich geht es um die bevorstehende Änderung des Artikels 7 EUV, doch es wäre naiv zu glauben, dass „*un mécanisme juridique peut prévenir une situation politique*.“³⁸¹ Das Ende der Berichterstattung fällt somit verglichen mit deren Beginn relativ knapp aus, Meldungen dominieren, es gibt nur einige wenige Bewertungen und noch weniger tiefergehende Analysen. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass das Ende der Sanktionen für deren großen Befürworter Frankreich eine politische Niederlage bedeutet und sich die Politiker daher nur ungern äußern. In der Berichterstattung tritt nun genau das ein, was die Sanktionen eigentlich verhindern wollten, eine Banalisierung der Regierungsbeteiligung der FPÖ, denn ab dem Ende der Sanktionen wird so gut wie nicht mehr über Österreich berichtet.

Gastkommentare und Interviewpartner:

Die Auswahl der Interviewpartner und der Autoren von Gastkommentaren lässt Rückschlüsse auf Ausrichtung und Blattlinie der Zeitungen zu. In erster Linie soll in diesem Kapitel festgestellt werden, wie viele Gastkommentare (Artikel von Redaktionsmitgliedern zählen hier nicht dazu, was manchmal allerdings nicht sofort erkennbar war) bzw. Interviews zum Thema Österreich es überhaupt gibt und wer Stellungnahmen abgeben darf. Dabei soll außerdem darauf eingegangen werden, ob auch Österreichern eine Plattform geboten wird und wenn ja, wem. In weiterer Folge sollen Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten in der Auswahl der Gesprächspartner herausgearbeitet werden.

Zunächst zu den absoluten Zahlen: In *Le Figaro* sind 12 Gastkommentare (entspricht 3,4% aller Artikel) und 18 Interviews (5,1%) erschienen. In *Ouest-France* waren dies 7

³⁷⁹ Vgl. Clos, Max: *Le bloc-notes de Max Clos*, in: *Le Figaro*, 15.9.2000, S. 14.

³⁸⁰ Vgl. Baudouin, Jean: *Autriche: écoutons les „Sages“*, in: *Ouest-France*, 28.9.2000, S. 2.

³⁸¹ Vgl. Bocev, Pierre: *Les leçons de la crise autrichienne*, in: *Le Figaro*, 5.10.2000, S. 5.

Gastkommentare (5,9%) und 4 Interviews (3,4%). Der deutliche quantitative Unterschied resultiert aus der Gesamtzahl der Artikel, in *Le Figaro* erschienen insgesamt rund dreimal so viele Artikel zum Thema Österreich wie in *Ouest-France*. Aus den prozentuellen Anteilen kann man jedoch schließen, dass *Ouest-France* zwar weniger Wert auf Interviews legt, die für eine kleinere Redaktion mit wenigen festen Auslandskorrespondenten auch schwieriger durchzuführen sind, als jemanden um einen

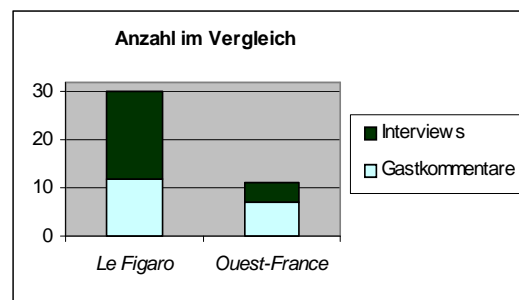


Abb. 8: Anzahl der Gastkommentare und, Interviews im Beobachtungszeitraum

Gastkommentar zu bitten, dafür die Gastkommentare einen wichtigeren Stellenwert einnehmen. In *Le Figaro* erscheinen die Gastkommentare immer in der Rubrik *Débats et opinions*, die Interviews meist im Teil *International/ Europe*, jene mit Kulturschaffenden unter *Culture*. In *Ouest-France* erscheinen erstere im allgemeinen Auslandsteil *Étranger*, sind aber als *Point de vue* gekennzeichnet, zweitere stehen unter *Étranger, Europe* oder *Politique*. Interviews mit Künstlern fehlen ebenso wie eine eigene Rubrik für Kommentare von außen oder Leserbriefe. Vergleichsweise dazu erscheinen in *Le Monde* im Monat Februar 24 Gastkommentare, das entspricht 13% aller Artikel.³⁸² Das sind wesentlich mehr als in *Le Figaro* (5,7%) oder *Ouest-France* (8,9%) im Monat Februar erscheinen.

Nun zur Verteilung nach Monaten: das eindeutige Maximum liegt naturgemäß bei beiden Zeitungen im Februar 2000, zu Beginn der Sanktionen, als die Berichterstattung besonders intensiv war und die Emotionen hochgingen. *Le Figaro* bringt außer im Juli zumindest ein Interview bzw. einen Gastkommentar zur/über die Lage in Österreich. Die

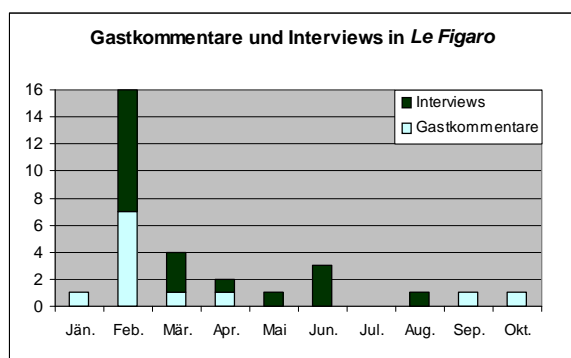


Abb. 9: Gastkommentare, Interviews/Monat *Le Figaro*

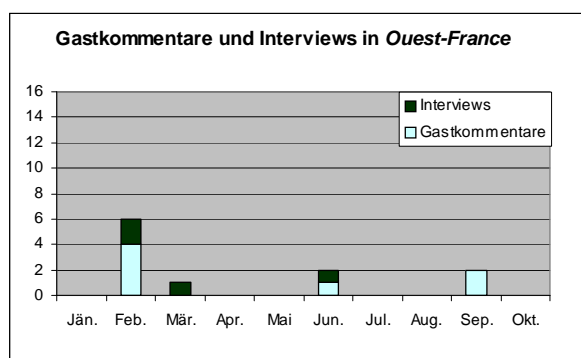


Abb. 10: Gastkommentare, Interviews/Monat *Ouest-France*

Monate März und Juni heben sich noch von den anderen ab, der März weil das Interesse an

³⁸² Vgl. Baumgardinger, E.: S. 99.

Österreich noch groß ist und der Juni weil kurz vor Beginn der französischen EU-Präsidentschaft das Interesse wieder steigt. Die Beachtung, die dem Ende der Sanktionen zuteil wird, ist sehr gering, so erscheint in den Monaten September und Oktober jeweils nur ein Gastkommentar. Bei *Ouest-France* erscheinen überhaupt nur im Februar, März, Juni und September Gastkommentare bzw. Interviews. Verhältnismäßig mehr Beachtung findet das Ende der Sanktionen in der Regionalzeitung, da dort im September zwei Gastkommentare erscheinen.

Bereits im *Figaro* vom 22./23. Jänner darf Wolfgang Schüssel eine Stellungnahme in seiner Funktion als Außenminister zur österreichischen OSZE-Präsidentschaft abgeben.³⁸³ Darin stellt er die Leitlinien der österreichischen Vorhaben für den Vorsitz, vor allem was den Kosovo und Tschetschenien betrifft, dar. Die Regierungsbildung in Österreich ist, obwohl die Regierungsgespräche mit der SPÖ bereits gescheitert sind, in seinem Beitrag noch kein Thema. Kommentare/Interviews zur Lage in Österreich bzw. den Maßnahmen der EU erscheinen erst ab 3. Februar. An diesem Tag darf der Historiker René Rémond, vorgestellt als Mitglied der *Académie Française*, in einem Interview Stellung zur Regierungsbildung in Österreich beziehen.³⁸⁴ Für ihn ist die EU mehr als eine Interessensgemeinschaft: „[...] *l'entrée signifie l'acceptation des règles et valeurs communes*“. Die Vorgehensweise der EU begrüßt er im Grunde, dennoch würde er die neue Regierung lieber nach ihren Taten beurteilen. Rémond warnt vor weit hergeholten Vergleichen und schlägt die Bildung einer „[...] *instance judiciaire indépendante pour juger les gouvernements*“ vor. Damit nimmt er sehr früh eine Stoßrichtung vorweg, die am Ende alle Staaten befürworten werden und die auch tatsächlich zu einer Änderung des EUV führen wird.

Am 3. Februar ist die gesamte Seite 13 der Rubrik *Débats et opinions* dem Österreichthema gewidmet. So erscheint dort auch ein Interview mit Otto Habsburg, der als ehemaliger Europaabgeordneter und Präsident der *Union paneuropéenne*, einer rechtskonservativen europäischen Einigungsbewegung, vorgestellt wird.³⁸⁵ Darin zeigt Habsburg sich überhaupt nicht besorgt über die innenpolitische Lage in Österreich. Vielmehr sei er über die internationalen Reaktionen beunruhigt. Er sieht in den Maßnahmen eine „*basse politique*“, eine Verschwörung der *Sozialistischen Internationale*, deren Präsident just EU-Ratsvorsitzender António Guterres ist. Diesem unterstellt er indirekt seine Position zugunsten der Sanktionen ausgenutzt zu haben. Die Reaktion Chiracs bedauert er und glaubt, dieser sei

³⁸³ Vgl. Schüssel, Wolfgang: *OSCE: L'Autriche présidente de l'année 2000*, in: *Le Figaro*, 22./23.1.2000, S. 15.

³⁸⁴ Vgl. Bollaert, Baudouin: *Pourquoi les souverainistes ont tort* [Interview mit René Rémond], in: *Le Figaro*, 3.2.2000, S. 13.

³⁸⁵ Vgl. Guilbert, Paul: *Un démagogue, pas un nazi* [Interview mit Otto Habsburg], in: *Le Figaro*, 3.2.2000, S. 13.

falsch informiert worden. Haider, so seine Überzeugung, sei zwar ein Demagoge, keinesfalls aber ein Nazi oder Faschist und „*Xénophobe? Je dirais: pas même cela.*“, denn Haider attackiere Ausländer ja nicht aufgrund ihrer Rasse. Auch als Antisemit könne er ihn nicht bezeichnen, denn zwei seiner Europaabgeordneten seien jüdischer Herkunft. Den einzigen Vorwurf, den man Haider machen könne, sei das Lob der Beschäftigungspolitik des *Dritten Reiches*. Habsburg verteidigt Haider also öffentlich gegen Anschuldigungen aus den Medien, allerdings mit teils fragwürdigen Argumenten und nahe der Grenze zur Verharmlosung. Auch Habsburg plädiert für eine abwartende Haltung und dafür, dass man die Regierung nach ihren Taten beurteilen solle. Er zweifelt die juristische Grundlage der Maßnahmen an und warnt davor, dass die Reaktionen den Stolz der Österreicher verletzen würden. Patrick Gaubert, liberal-konservativer Politiker und Präsident der *Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme* (LICRA), ruft in seinem Artikel zuerst die Herkunft Haiders und die Ursprünge der FPÖ in Erinnerung.³⁸⁶ Er vergleicht ihn mit Le Pen und erinnert an Haiders verbale Ausrutscher (Beschäftigungspolitik, Krumpendorf, Straflager). Haider wird als „Führer“ bezeichnet, da „[...] *il incarne bien, n'en doutons pas un seul instant, une extrême droite autoritaire, une forme moderne du fascisme.*“ Im Gegensatz zu Habsburg bezeichnet er Haider also sehr wohl als Rechtsextremisten bzw. Faschisten. Er begrüßt die Maßnahmen der EU. Auf einer Seite stehen hier also drei recht unterschiedliche Positionen nebeneinander. Rémond, der die Maßnahmen zwar nicht begrüßt, aber dennoch von einer Werteverletzung seitens Österreichs spricht, Habsburg, der Haider verharmlost und als vehementer Gegner der Sanktionen auftritt und schließlich Gaubert, der deutlich vor Haider warnt. Zu Beginn der Berichterstattung ist also Platz für Kontroversen, dem Leser werden unterschiedliche Positionen angeboten.

Bereits am 4. Februar wird Jörg Haider in einem Exklusivinterview für *Le Figaro* die Möglichkeit gegeben Stellung zu den Vorwürfen zu nehmen.³⁸⁷ Darin spricht auch er wie Habsburg von einer Verschwörung der *Sozialistischen Internationale*, aber er erwartet, dass sich die Lage rasch beruhigen und man feststellen werde, dass die Vorwürfe alle unbegründet seien. Chirac kenne die innenpolitische Situation in Österreich nicht, die liberale (!) FPÖ sei nicht mit irgendwelchen Parteien in Frankreich vergleichbar. Hier wird deutlich, dass die Gründe für die Maßnahmen wohl auch in der französischen Innenpolitik zu suchen sind, da Haider Parallelen zu französischen Parteien dementiert und so versucht die eigene Partei zu entlasten. Er sieht Analogien zwischen Frankreich und Österreich, eine der Ähnlichkeiten sei ein ausgeprägter Patriotismus (Nationalismus), eine Eigenschaft, die den Franzosen in

³⁸⁶ Vgl. Gaubert, Patrick: *L'irrésistible ascension du Führer Jörg Haider*, in: *Le Figaro*, 3.2.2000, S. 13.

³⁸⁷ Vgl. Lepeltier, Françoise: *Haider: „Les idées de De Gaulle et d'Adenauer“*, in: *Le Figaro*, 4.2.2000, S. 5.

Österreich oft negativ angelastet wird, hier von Haider aber positiv umgedeutet wird. Er schließt nicht aus, eines Tages Kanzler werden zu wollen, doch zunächst wolle er Landeshauptmann von Kärnten bleiben. Damit versucht er die Wogen zu glätten, die eine mögliche Übernahme eines Regierungsamtes durch Haider zuvor ausgelöst hatte.

Arthur Paecht, damals konservativer Abgeordneter des Var und Präsident der österreichisch-französischen Freundschaftsgruppe im Parlament, ein ehemaliger Österreicher, dessen Eltern von den Nazis umgebracht worden waren, hält die Maßnahmen für kontraproduktiv, da sie den Nationalismus in Österreich sogar noch mehr fördern würden.³⁸⁸ „*Je comprends la réaction de l'Union européenne, qui est justifiée. Mais cette condamnation globale de l'Autriche est regrettable [...] elle renforce la position de Haider. Les Autrichiens réagissent de façon épidermique à cette ingérence de l'Europe [...]*“ Weiters kritisiert er die von offizieller österreichischer Seite vertretene Opferthese: „*[...] il n'y a pas eu de dénazification ni de mea culpa.*“ Das sei jedoch nicht nur ein österreichisches Problem. Er sieht eine „*danger de contagion*“ durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ. Gerade diese „Ansteckungsgefahr“, hier hält er Bayern für besonders gefährdet, soll ja durch die Ächtung eingedämmt werden und ein Nebeneffekt der Sanktionen sein.

Shimon Samuels, *directeur des relations internationales* des *Centre Wiesenthal*, spricht in einem Interview für *Le Figaro* über die „*affaire Haider*“.³⁸⁹ Haider selbst könne man keinen Antisemitismus nachsagen, sehr wohl aber Personen aus seinem Umfeld. Samuels sei stolz Europäer zu sein, da Europa in aller Deutlichkeit die Regierungsbeteiligung der FPÖ ablehne. Er zieht Parallelen zu den 30er-Jahren und erinnert daran, dass auch Hitler damals mit rund 30% an die Macht gekommen sei. Möglicherweise hätten mit einer ähnlichen Solidaritätswelle damals der *Zweite Weltkrieg* und der Holocaust verhindert werden können. Er vergleicht Haider also mit Hitler, eine Assoziation, die häufig in den französischen Medien anzutreffen ist. Nun sollten jene 70% unterstützt werden, die nicht für Haider gestimmt hätten. Samuels nimmt damit vorweg, was nach der Großdemonstration vom 19. Februar immer wichtiger wird, die Unterstützung für das „andere Österreich“.

Renaud Donnedieu de Vabres, damals konservativer Abgeordneter des Indre-et-Loire und später Kulturminister, meint, man solle nicht ganz Österreich isolieren, weil das nur Haider stärken würde.³⁹⁰ Haider selbst müsse aber sehr wohl isoliert werden, denn er erinnere an eine dunkle Vergangenheit. Auch die ÖVP solle deutlich gewarnt werden: „*Un pacte avec*

³⁸⁸ Saint-Paul, Patrick: *Des effets pervers* [Interview mit Arthur Paecht], in: *Le Figaro*, 4.2.2000, S. 12.

³⁸⁹ Vezins, Véziane de: *Entre Mussolini et Franco* [Interview mit Shimon Samuels], in: *Le Figaro*, 4.2.2000, S. 12.

³⁹⁰ Vgl. Donnedieu de Vabres, Renaud: „*Traurig*“, *ce beau mot allemand*, in: *Le Figaro*, 7.2.2000, S. 15.

Haider est contraire à la tradition de notre famille de pensée“. Gemeint ist hiermit wohl die in der EVP zusammengeschlossene klassische Rechte Europas. Er schließt sich damit der Meinung von Präsident Chirac an.

Arthur Paecht wird vier Tage später, am 8. Februar, auch in *Ouest-France* eine Plattform geboten, er verurteilt die Maßnahmen als exzessiv.³⁹¹ Dabei handelt es sich um den ersten in dieser Zeitung erschienenen Gastkommentar – der erste in *Le Figaro* erschien bereits rund eine Woche früher. Man müsse jetzt einmal einige Monate abwarten und dann das Regierungsprogramm beurteilen. Österreich sei ein „*pays parfaitement démocratique*“, Haider dennoch mit Vorsicht zu beobachten und Russland ein viel schwerwiegenderer Fall als Österreich. In dieser Stellungnahme verurteilt er die Maßnahmen viel stärker als noch einige Tage zuvor in *Le Figaro*.

Am 9. Februar veröffentlicht *Le Figaro* ein Interview mit dem damaligen EU-Kommissar Franz Fischler.³⁹² Darin wirft dieser den EU-14 vor, die Maßnahmen zu vorschnell verabschiedet zu haben, wohl aus Angst, andere rechtspopulistische Parteien könnten durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ Aufwind erhalten. Er stellt den Vorwurf des „*ostracisme*“ (griechisches Scherbengericht) in den Raum, der in der Debatte öfter zu hören ist. Die FPÖ habe zu 80% Protestwählerstimmen erhalten, „*l'extrême droite à de rares exceptions près n'existe pas en Autriche*“. Er leugnet also die Existenz einer rechtsextremen Szene in Österreich. Haider sei ein Rechtspopulist, darüber hinaus ein Opportunist. Fischler sehe keinen Grund für Suspendierung der ÖVP-Mitgliedschaft in der EVP und plädiert dafür, der neuen Regierung eine Chance zu geben. Er versucht also seine Partei zu verteidigen, bleibt aber ansonsten der Linie der EU-Kommission treu.

Thierry de Montbrial, der Leiter des *Institut français des relations internationales* IFRI, schätzt die Maßnahmen „[...] *à la fois saines et excessives*“ ein.³⁹³ Ganz Österreich als rechtsextrem hinzustellen hält er für falsch und gefährlich, nichts desto trotz habe Österreich seine „*travail de mémoire*“ nicht bewältigt, dennoch solle man die Regierung nicht vorverurteilen. Er zitiert die Historiker Pierre Chaunu und Alain Besançon: „*Il n'en est pas moins vrai que le communisme de type bolchévique et le national-socialisme furent des „jumeaux hétérozygotes“ (Chaunu) et que „la mémoire historique les traite inégalement, au point d'oublier le communisme“ (Besançon).*“ Er spricht damit offenbar vielen Lesern des *Figaro* aus der Seele, denn sehr viele Leserbriefe äußern sich ebenfalls dazu, dass

³⁹¹ Vgl. Paecht, Arthur: *Autriche: ne pas attiser le feu*, in: *Ouest-France*, 8.2.2000, S. 2.

³⁹² Vgl. Bocev, Pierre: *Le parti de Haider devra changer de langage* [Interview mit Franz Fischler], in: *Le Figaro*, 9.2.2000, S. 4.

³⁹³ Vgl. Montbrial, Thierry de: *Il faut redonner vie au débat politique*, in: *Le Figaro*, 10.2.2000, S. 13.

Kommunismus im heutigen Europa „salonfähiger“ als Nationalsozialismus sei und deshalb die österreichische Regierung unfair behandelt werde. Weiters sei das Risiko einer Rückkehr zum Bolschewismus praktisch gleich null, die nationalistische Gefahr aber reell, deswegen müsse die politische Debatte diese Themen wieder aufgreifen, damit die Demokratie und ihre Werte gestärkt werden können.

Eine Woche nach Inkrafttreten der Sanktionen veröffentlicht *Ouest-France* nun eine Reihe von Interviews und Gastkommentaren. Den Anfang macht ein Kommentar des damaligen Wirtschafts- und Finanzministers Laurent Fabius, in dem er die Entscheidung, Maßnahmen zu treffen, begrüßt.³⁹⁴ Er hofft, dass es zu keiner Banalisierung nach einigen Wochen sondern zu einer echten Sensibilisierung, vor allem der österreichischen Bevölkerung, komme. Die Sanktionen seien auch für die zukünftige Struktur Europas wichtig, weil hiermit klargestellt werde, dass Europa nicht nur ein großer Markt, sondern auch eine Wertegemeinschaft sei. Diese Aussage ist im Hinblick auf die bevorstehende Osterweiterung zu sehen. Auch der deutsch-französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser meint, die Sanktionen seien als Signal an die Beitrittskandidaten zu verstehen.³⁹⁵ Angesichts der Massaker, Zerstörungen und Plünderungen in Tschetschenien würde die EU nur vorsichtig reagieren, dies stehe im Widerspruch zur Härte der Maßnahmen gegen Österreich. Er wirft der EU also vor, mit zweierlei Maß zu messen.

Paul Pasteur, Professor an der Universität Rouen und laut Thomas Angerer der beste Österreich-Experte Frankreichs³⁹⁶, versucht in einem Interview die Hintergründe des Erfolges der FPÖ zu beleuchten³⁹⁷, was ihm gut gelingt. Haider ist für ihn „*une sorte de mélange de Le Pen et de Tapie*“. Den Einfluss der katholischen Kirche in Österreich scheint er aber zu überschätzen, denn er behauptet: „[...] *la coalition n'aurait pas pu voir le jour si l'Église catholique s'y était opposée.*“ Die Österreicher beschreibt er als nicht besonders offen, aber sehr solidarisch im Falle von Naturkatastrophen. Seine Analyse zeugt von großer Fachkenntnis. In einem von *Le Figaro*³⁹⁸ und *Ouest-France*³⁹⁹ am 14. Februar veröffentlichten Interview mit Michel Barnier (UDF), Kommissar für die institutionelle Reform der EU, kann sich dieser nicht vorstellen, dass Österreich das Risiko eingehen werde, die EU zu blockieren, weil das zu vollständiger Isolation führen würde. Er befürwortet eine

³⁹⁴ Vgl. Fabius, Laurent: *L'Europe a besoin de courage et de vision*, in: *Ouest-France*, 10.2.2000, S. 2.

³⁹⁵ Vgl. Grosser, Alfred: *La communauté européenne face à Haider*, in: *Ouest-France*, 11.2.2000, S. 1.

³⁹⁶ Vgl. Angerer, T. (2003): S. 56.

³⁹⁷ Vgl. Rouil, Jacques: *Comment Jörg Haider a construit son pouvoir* [Interview mit Paul Pasteur], in: *Ouest-France*, 11.2.2000, S. 3.

³⁹⁸ Vgl. Bocev, Pierre: *Une question de volonté politique* [Interview mit Michel Barnier], in: *Le Figaro*, 14.2.2000, S. 4.

³⁹⁹ Vgl. Boulic, Jean-Yves: *Barnier: vers une Europe à deux vitesses* [Interview mit Michel Barnier], in: *Ouest-France*, 14.2.2000, S. 2.

Änderung des entsprechenden Artikels der EU-Verfassung, um die gemeinsamen europäischen Werte besser verteidigen zu können, was auch Österreich fordert. Denn damit hätten die Sanktionen auch einen juristisch gedeckten Hintergrund, der von Österreich immer in Abrede gestellt wird. Der Dialog mit Österreich dürfe dennoch nicht abreißen, weil das Schweigen nur den Demagogen zum Vorteil gereichen würde. Damit plädiert er für verstärkten Dialog und kritisiert indirekt die Maßnahmen.

Der Historiker Dominique Venner, der in seiner Jugend dem ultrarechten Lager nahe stand und auch heute noch sehr konservative Ansichten vertritt, spricht im Zusammenhang mit der FPÖ-Regierungsbeteiligung von Hysterie.⁴⁰⁰ Den Lesern wird er als Historiker und Gründer der Zeitschrift *Enquête sur l'Histoire* präsentiert. Haider als Nationalsozialist zu bezeichnen, könne nicht ernst gemeint sein. Die wahre Bedrohung für Europa, das seine Wurzeln in der griechischen Antike und im Christentum habe, sei der expandierende Islam und nicht der wiederaufkeimende Nationalismus. In der Serie *L'extrême droite en Europe*, in der nach der Regierungsbildung in Österreich beinahe täglich die rechtsextremen Parteien eines anderen europäischen Landes vorgestellt werden, spricht Umberto Bossi in einem Interview davon, dass seine Partei *Lega Nord* zu den Europabefürwortern zähle, daher nicht mit der FPÖ Haiders vergleichbar sei.⁴⁰¹ Dennoch würden die Maßnahmen der EU die Grenze des Akzeptablen überschreiten.

Roland Dumas, ehemaliger sozialistischer Außenminister, spricht im *Figaro* davon, dass die Erinnerung an ein anderes Österreich nach wie vor in vielen Köpfen herumgeistere.⁴⁰² Damit spricht er einen Teil jener Stereotypen an, die von Franzosen mit Österreich in Verbindung gebracht werden. Doch man müsse bedenken, dass in den 30er-Jahren viele Franzosen Hitler Léon Blum vorgezogen hätten, deswegen seien die Maßnahmen wichtig und es müssten nun jene 70% der Österreicher unterstützt werden, die Haider nicht gewählt hätten. Er spricht von „*double vigilance*“, denn nicht nur Österreich müsse Aufmerksamkeit geschenkt werden, überall in Europa sollten extremistische Phänomene genau beobachtet werden. François de Rose, ehemaliger französischer Botschafter, meint, die Sanktionen könnten der Beginn einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik sein.⁴⁰³ Eine Gefahr sieht er im Einstimmigkeitsprinzip, da Österreich seine Stimme nun teuer verkaufen

⁴⁰⁰ Vgl. Venner, Dominique: *Quand Vienne était le bouclier de l'occident*, in: *Le Figaro*, 14.2.2000, S. 14.

⁴⁰¹ Vgl. Heuzé, Richard: „*La mondialisation, c'est du fascisme*“ [Interview mit Umberto Bossi], in: *Le Figaro*, 15.2.2000, S. 5.

⁴⁰² Vgl. Dumas, Roland: *Hitler hante les esprits, mais il faut garder la tête froide*, in: *Le Figaro*, 15.2.2000, S. 14.

⁴⁰³ Vgl. Rose, François de: *Juger sur les actes*, in: *Le Figaro*, 15.2.2000, S. 14.

oder gar die Entscheidungen der EU blockieren könnte, sollten die Sanktionen lange andauern.

Joseph Rován, Historiker deutsch-jüdischer Herkunft und Leiter der Zeitschrift des *Bureau International de Liaison et de Documentation* BILD, stuft Haider in *Ouest-France* als Rechtsextremisten ein.⁴⁰⁴ In Frankreich könne Le Pen derzeit auch mit rund 20% der Stimmen rechnen, das dürfe aber kein Grund für die Maßnahmen sein. Mit seiner Einschätzung des Stimmenpotenzials Le Pens liegt er im Hinblick auf die zwei Jahre später stattfindenden Präsidentschaftswahlen somit goldrichtig. Rován würde sogar noch einen Schritt weitergehen und Österreich außerdem von informellen Ministertreffen ausschließen. Durch die Sanktionen würde sich nur die Popularität Haiders vergrößern. *Le Figaro* veröffentlicht am 21. Februar ein Interview mit Bundeskanzler Wolfgang Schäussel.⁴⁰⁵ Darin betont dieser, dass seine Regierung von einer Mehrheit der Bevölkerung gewählt worden sei und natürlich die demokratischen Werte hochhalten werde. Die neue Regierung sei eine Chance für überfällige Reformen, er werde sicher nicht dem Druck der Straße weichen. Schäussel behauptet, nicht von europäischer Seite vorgewarnt worden zu sein, was nicht den Tatsachen entspricht. Auch er glaubt, dass Chirac schlecht über die Lage in Österreich informiert sei. Man stehe auch weiterhin zur Osterweiterung der EU und werde keine wichtigen Entscheidungen der EU blockieren. Außerdem glaubt er, habe sich Haider geändert, dieser sei vernünftiger geworden. Die Linie Schäussels im Interview ist auf Beruhigung der europäischen Partner ausgelegt, er versucht Österreich als weiterhin verlässlichen Partner zu positionieren und die Gefährlichkeit der FPÖ herunterzuspielen.

Georges Charpak, französischer Nobelpreisträger für Physik polnischer Herkunft und Überlebender des Konzentrationslagers Dachau, findet es befremdlich, dass KZ-Überlebende und Widerstandskämpfer eine Petition für Österreich unterzeichnen könnten.⁴⁰⁶ Damit ist die Erklärung von Chambon und anderen gemeint, die im Kapitel „*Französische Reaktionen auf die Regierungsbildung*“ behandelt wurde. Charpak erinnert an die überproportionale Beteiligung von Österreichern an den Verbrechen der Nationalsozialisten, deshalb begrüßt er nun umso mehr die Reaktion der Bevölkerung, insbesondere der Jungen, die gegen die Regierung auftreten.

Franz Ceska, damals österreichischer Botschafter in Paris, meldet sich anlässlich des Rücktritts Haiders von der FPÖ-Spitze in *Ouest-France* zu Wort und sieht die

⁴⁰⁴ Vgl. Rován, Joseph: *L'Europe au secours de Haider*, in: *Ouest-France*, 18.2.2000, S. 2.

⁴⁰⁵ Vgl. Lambroschini, Charles: „*C'est moi le chancelier, pas Haider*“ [Interview mit Wolfgang Schäussel], in: *Le Figaro*, 21.2.2000, S. 5.

⁴⁰⁶ Vgl. Charpak, Georges: *Non à Jörg Haider*, in: *Le Figaro*, 29.2.2000, S. 11.

Überlebenschancen der Regierung nun wesentlich gestiegen.⁴⁰⁷ Weiters ruft er in Erinnerung, dass ja bereits zwischen 1983 und 1986 die FPÖ an der Regierung beteiligt gewesen sei. Die österreichische Regierung werde keinen Grund liefern, die die Sanktionen rechtfertigen würden, und auch keine Reformen blockieren. Er würde sich aber mehr Dialog wünschen und verurteilt Schikanen wie die Absage von Schüleraustauschprogrammen. Die österreichischen Politiker versuchen also nach wie vor zu beruhigen, auch wenn die Kritik an den Sanktionen langsam heftiger wird.

Guterres spricht in einem Interview im *Figaro* rund eine Woche vor dem EU-Gipfel in Lissabon davon, dass Schüssel zwar von einem ersten Schritt Richtung Normalisierung der Beziehungen spreche, von dieser sei man aber noch weit entfernt.⁴⁰⁸ Das Problem sei die „*nature du FPÖ*“, solange sich diese nicht ändere und die FPÖ in der Regierung bleibe, würden die Sanktionen aufrecht bleiben. Damit nennt er auch den Hauptgrund für die Maßnahmen, der in Österreich nicht wirklich verstanden worden ist. Dem Wunsch Österreichs nach einer Normalisierung der Beziehung wird also eine klare Absage erteilt. Während des Gipfels erscheinen an zwei aufeinander folgenden Tagen Interviews mit dem luxemburgischen Premier Jean-Claude Juncker in *Le Figaro*. Im ersten spricht Juncker davon, wie wichtig die Sanktionen seien.⁴⁰⁹ „*Je suis fier d'appartenir à une Union européenne qui n'accepte pas n'importe quelle idéologie d'extrême droite.*“ Nun sei Österreich am Zug guten Willen zu zeigen. Aber er räumt auch ein, dass möglicherweise nicht alle ausreichend über die Lage in Österreich informiert seien. Im zweiten Interview geht es nur am Rande um die Maßnahmen, doch Juncker gesteht ein, dass dem Österreichthema beim EU-Gipfel ausgewichen worden sei.⁴¹⁰ Österreich ist es also noch nicht gelungen, eine breite Debatte unter den Mitgliedsstaaten über die Sanktionen loszutreten.

Der Schriftsteller Claude-Michel Cluny hält die Maßnahmen gegen Österreich für unausgereift.⁴¹¹ Sie würden die Ursachen nicht miteinbeziehen. Er kritisiert, dass die extreme Linke akzeptiert werde, wohingegen die extreme Rechte abgelehnt werde. Österreich solle seine Erfahrung in der Osteuropapolitik bei der Erweiterung einbringen. Dass mit Erhard Busek ein überzeugter Europäer für die Erweiterung zuständig sei, sei ein positives Signal. Außenministerin Benita Ferrero-Waldner will in ihrem Kommentar für *Le Figaro* das

⁴⁰⁷ Vgl. Limagne, Joseph: *Cette démission modifie la donne* [Interview mit Franz Ceska], in: *Ouest-France*, 1.3.2000, S. 3.

⁴⁰⁸ Vgl. Bocev, Pierre: *Schüssel recalé* [Interview mit António Guterres], in: *Le Figaro*, 14.3.2000, S. 4.

⁴⁰⁹ Vgl. Bocev, Pierre/ Bollaert, Baudouin: *Nous ne sommes pas en guerre contre Vienne* [Interview mit Jean-Claude Juncker], in: *Le Figaro*, 24.3.2000, S. 5.

⁴¹⁰ Vgl. Bocev, Pierre/ Bollaert, Baudouin: *Les Quinze mettent le cap sur le plein emploi* [Interview mit Jean-Claude Juncker], in: *Le Figaro*, 25./26.3.2000, S. 3.

⁴¹¹ Vgl. Cluny, Claude-Michel: *Pour une fédération danubienne*, in: *Le Figaro*, 30.3.2000, S. 15.

„deformierte und einseitige Österreichbild“ zurechtrücken.⁴¹² Berechtigte und ehrliche Kritik sei willkommen, nicht aber vorgefertigte Urteile. In den letzten 50 Jahren sei Österreich immer ein verlässlicher Partner gewesen. Die FPÖ sei schon lange in den regionalen Parlamenten vertreten gewesen und habe dort auch Regierungsverantwortung übernommen. Haider sei 1999 noch in die *Commission des régions* gewählt worden. Damals habe sich offensichtlich noch niemand an seiner Person Anstoß genommen. Am Ende des Kommentars entschuldigt sie sich noch persönlich für möglicherweise verletzende Aussagen von Österreichern, wohl insbesondere für jene Haiders. Immer wieder wird also die jüngere Vergangenheit in Erinnerung gerufen und argumentiert, dass die FPÖ ja schon lange Teil der politischen Landschaft sei. Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der als rechtsextremer Minister tituiert wird, droht in einem Interview mit dem *Figaro*, dass Österreich die französische EU-Präsidentschaft zu einem Misserfolg lassen werden könne.⁴¹³ Derartige Drohungen stellen einen Teil der immer offensiveren österreichischen Bemühungen um die Aufhebung der Sanktionen dar.

Im Kulturteil des *Figaro* wird ein Interview mit Michael Haneke veröffentlicht.⁴¹⁴ Er schätzt Wien im Hinblick auf Immigration im Vergleich zu Paris als ruhige Stadt ein. Die Subventionen für die Filmszene seien gekürzt worden, sonst spüre er noch keine Auswirkungen, aber man müsse wachsam gegenüber der neuen Regierung bleiben. Im Juni wird Mortier in einem langen Interview Gelegenheit geboten, zu erklären, warum er doch in Österreich geblieben sei.⁴¹⁵ Er sei von Freunden, unter anderem Pierre Boulez, umgestimmt worden. Außerdem seien die Festspiele ein demokratisches Fest und würden eine Plattform bieten, medienwirksam Widerstand gegen die schwarz-blaue Regierung zu leisten. Diese beiden Interviews stellen die einzigen direkten Wortmeldungen von Künstlern im gesamten Beobachtungszeitraum dar.

Die Ungeduld Österreichs wird in einem Anfang Juni veröffentlichten Interview mit Ferrero-Waldner deutlich.⁴¹⁶ Die österreichische Regierung hätte gerne noch eine Aufhebung der Sanktionen vor Beginn der französischen Präsidentschaft erreicht, denn, so befürchtet man, danach würde es noch schwieriger werden, die Aufhebung durchzusetzen. Frankreich und Belgien wirft sie vor, eigentlich innenpolitische Gründe für die Sanktionen gehabt zu

⁴¹² Vgl. Ferrero-Waldner, Benita: *L'Autriche mérite mieux de l'Europe*, in: *Le Figaro*, 4.4.2000, S. 14.

⁴¹³ Vgl. Calle, Marie-France: *Vienne menace de faire échouer la présidence française* [Interview mit Karl-Heinz Grasser], in: *Le Figaro économie*, 29./30.4.2000, S. II.

⁴¹⁴ Vgl. Wachthaus, Jean-Luc: *Michael Haneke, le parti pris humain* [Interview mit Michael Haneke], in: *Le Figaro*, 19.5.2000, S. 29.

⁴¹⁵ Vgl. Doucelin, Jacques: *Les Français à l'assaut du festival* [Interview mit Gérard Mortier], in: *Le Figaro*, 5.6.2000, S. 32.

⁴¹⁶ Vgl. Lambroschini, Charles: *„L'Autriche est un bouc émissaire“* [Interview mit Benita Ferrero-Waldner], in: *Le Figaro*, 7.6.2000, S. 4.

haben. Haider hätte versucht sich für seine Sager zu entschuldigen, nur hätte ihm dann niemand mehr zuhören wollen. Dass er sich aber immer erst nach heftiger Kritik „meinetwegen“ entschuldigte, was Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Entschuldigung aufkommen lässt, wird verschwiegen. Die FPÖ sei populistisch, aber nicht faschistisch wie beispielsweise die FN. Ferrero-Waldner versucht also den Regierungspartner zu verteidigen und gleichzeitig in die Offensive zu gehen. Mittlerweile sind sechs Länder für eine Aufhebung der Sanktionen, die Front gegen Österreich bröckelt demnach langsam. Österreich, so Ferrero-Waldner, würde außerdem benutzt, denn einige Länder würden sich hinter Österreich verstecken um die Osterweiterung zu verzögern, die auch in Frankreich nicht ganz unumstritten ist. Sie schlägt eine Reform des Artikels 7 des EUV vor, dem beschuldigten Land solle die Möglichkeit gegeben werden, seine Sicht der Dinge darzustellen, bevor Sanktionen verhängt werden. Nur zwei Tage nach *Le Figaro* veröffentlicht *Ouest-France* ein Interview mit Ferrero-Waldner.⁴¹⁷ Auch darin fordert sie eine rasche Aufhebung der Sanktionen. Österreich fühle sich ungerecht behandelt. Als Ausweg schlägt sie einen Bericht vor, der zeigen solle, dass Österreich die demokratischen Grundwerte nicht verletzt habe. Eine Beobachtermission lehnt sie ab.

Moscovici bestätigt in einem Interview Ende Juni noch die harte Linie Frankreichs und meint, dass sich unter der französischen Präsidentschaft sicher nichts an den Sanktionen ändern werde.⁴¹⁸ Portugal bereite aber eine Evaluierung der Sanktionen vor. In *Ouest-France* zieht der stellvertretende Leiter des IFRI Dominique Moïsi eine erste Bilanz über die Sanktionen.⁴¹⁹ Darin hebt er die positive Seite der Maßnahmen hervor, nämlich, dass in Österreich nun intensiv über Politik diskutiert werde. Aber die Regierung sitze nach wie vor fest im Sattel. Die Österreicher „[...] se sentent, dans leur ensemble, plus comme des victimes que comme des coupables.“ Damit spricht er an, dass sich viele Österreicher insgesamt abgelehnt fühlen, obwohl die Maßnahmen nur die Regierung betreffen sollten, und eigentlich kein Nachdenkprozess über die Beweggründe für die Besorgnis der anderen EU-Mitglieder eingesetzt hat. An einen Ausweg unter der französischen Präsidentschaft glaubt er nicht. Als mögliches Ausstiegsszenario schlägt er die feierliche Unterzeichnung einer Grundrechtecharta von allen Mitgliedsstaaten vor.

Ende August nimmt Kommissionspräsident Prodi in einem Interview Stellung zu den Vorwürfen, er habe direkt bei den drei Weisen interveniert, dass der Bericht positiv für

⁴¹⁷ Vgl. Limagne, Joseph: *L'Autriche plaide sa cause à Paris* [Interview mit Benita Ferrero-Waldner], in: *Ouest-France*, 9.6.2000, S. 2.

⁴¹⁸ Vgl. Bollaert, Baudouin: *Moscovici: La réussite sera difficile* [Interview mit Pierre Moscovici], in: *Le Figaro*, 23.6.2000, S. 13.

⁴¹⁹ Vgl. Moïsi, Dominique: *Europe-Autriche: premier bilan*, in: *Ouest-France*, 30.6.2000, S. 1.

Österreich ausfallen solle, was er dementiert.⁴²⁰ Prodi glaubt, dass eine Aufrechterhaltung der Sanktionen das Euro-Referendum in Dänemark gefährden könnte. Dänemark fürchtet wie viele andere kleine Länder ein Europa der großen gegen die kleinen Staaten, deswegen werden der Widerstand gegen die Sanktionen und damit der Druck auf Frankreich immer größer.

Eine Woche nach Ende der Sanktionen bedankt sich Franz Ceska in *Le Figaro* in einem Gastkommentar bei den Unterstützern Österreichs.⁴²¹ Hochzufrieden stellt er fest, dass es keinen Rechtsextremismus in Österreich gebe, wie das in den Medien dargestellt worden sei. Weiters habe er 850 Briefe, davon 72% Unterstützungserklärungen erhalten. Europa solle seine Lehren aus dieser Krise ziehen. Auch in *Ouest-France* kann Ceska am 15. September Stellung zum Ende der Sanktionen nehmen.⁴²² Niemandem habe diese Affäre genutzt, die Beunruhigung sei verständlich gewesen, nicht jedoch die Maßnahmen. In einigen Ländern gebe es eine gewalttätige rechtsextreme Szene auf den Straßen, doch das passiere anderswo, nicht aber in Österreich. In Österreich wird der Weisenbericht also als Reinwaschung von allen Vorwürfen verstanden, obwohl dort deutlich Kritik an der FPÖ geübt wird.

Jean Baudouin, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Rennes, zieht für *Ouest-France* Bilanz.⁴²³ Die Sanktionen wären hilfreich gewesen, ohnehin seien sie mehr symbolischer Natur gewesen, um die Rechtsextreme nicht zu banalisieren. Die drei Weisen hätten die FPÖ als xenophob eingestuft, deswegen sei es auch gerechtfertigt, eine Verbindung zum Faschismus in der Zwischenkriegszeit herzustellen. Die FPÖ sei populistisch und nicht rechtsextrem, weil sie das demokratische System nicht zerstören wolle, Vorsicht sei aber dennoch angebracht. Die Sanktionen hätten aber die FPÖ von Jörg Haider gestärkt. Ein letztes Mal erhält schließlich Ferrero-Waldner im Oktober im *Figaro* noch Gelegenheit zu den Sanktionen Stellung zu nehmen.⁴²⁴ Man müsse ein gewisses Gleichgewicht zwischen den großen und den kleinen Ländern in der EU schaffen. Sie wiederholt ihre Forderung nach einer Reform des Artikels 7 EUV.

Überraschend ist, dass die Autoren der Gastkommentare bzw. die Interviewpartner durchwegs Männer sind. Als einzige Frau gibt Benita Ferrero-Waldner in ihrer Eigenschaft als Außenministerin dreimal in *Le Figaro* und einmal in *Ouest-France* eine Stellungnahme ab. Weiteres Charakteristikum ist der hohe Altersdurchschnitt dieser Personen. In *Le Figaro*

⁴²⁰ Vgl. Gelie, Philippe: *Romano Prodi accusé d'ingérence* [Interview mit Romano Prodi], in: *Le Figaro*, 29.8.2000, S. 4.

⁴²¹ Vgl. Ceska, Franz: *Merci les amis!*, in: *Le Figaro*, 12.9.2000, S. 15.

⁴²² Vgl. Ceska, Franz: *L'Europe après l'affaire autrichienne*, in: *Ouest-France*, 15.9.2000, S. 3.

⁴²³ Vgl. Baudouin, Jean: *Autriche: écoutons les „Sages“*, in: *Ouest-France*, 28.9.2000, S. 2.

⁴²⁴ Vgl. Ferrero-Waldner, Benita: *Une question d'équilibre*, in: *Le Figaro*, 12.10.2000, S. 17.

beträgt das Durchschnittsalter rund 58,8 Jahre (im Jahr 2000) (Ältester François de Rose, Jahrgang 1910), in *Ouest-France* gar rund 61,1 Jahre (Ältester Joseph Rovin, Jahrgang 1918). Dazu ist anzumerken, dass nur die Interviews mit damals noch aktiven Politikern den Durchschnitt drücken, denn ansonsten wäre der Schnitt noch wesentlich höher. Dieses hohe Durchschnittsalter ist vielleicht damit zu erklären, dass sich einige KZ-Überlebende bzw. Widerstandskämpfer unter den Autoren/Interviewpartnern befinden und diese natürlich besonders betroffen auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ reagieren.

In beiden Zeitungen sind etwa ein Drittel der Kommentare bzw. Interviews von bzw. mit Österreichern, in *Le Figaro* elf (davon dreimal Ferrero-Waldner und zweimal Schüssel), in *Ouest-France* drei (davon zweimal Ceska). Mit Haider, Grassler, Schüssel, Ceska und Ferrero-Waldner kommen dabei fast ausschließlich Regierungsmitglieder oder ihr nahe stehende Personen zu Wort. Einzige echte Ausnahme ist das Interview mit Haneke, denn auch Habsburg und Fischler sind in ihren Kommentaren eindeutig dem Lager der Regierungsbefürworter zuzuordnen. Sehr früh erscheint dafür ein Interview mit dem „Dämonen“ Haider, was sicher zu einer Auflagensteigerung führte, da bereits im Vorfeld heftige Kritik an ihm geübt wurde und er quasi omnipräsent in den Medien war. Kritischen Stimmen aus Österreich wird nicht die Möglichkeit geboten sich zu Wort zu melden. In *Le Monde* sind im Februar von 24 Kommentaren sieben von Österreichern.⁴²⁵ Im weiteren Verlauf der Berichterstattung gibt es in *Le Monde* immer öfter Beiträge von oder Interviews mit einem österreichischen Experten (Anton Pelinka).⁴²⁶ *Le Monde* bietet also auch unabhängigen Österreichern die Möglichkeit Kommentare abzugeben. Weiters kommen vor allem Künstler und Schriftsteller zu Wort⁴²⁷, in *Le Figaro* hingegen hauptsächlich Politiker.

Kommentare, die weder von Franzosen noch von Österreichern stammen gibt es nur in *Le Figaro*, dort fallen sie mit sieben sogar relativ zahlreich aus, in *Ouest-France* fehlen solche völlig. Doch auch hier wird fast ausnahmslos (Samuels, Mortier) Politikern eine Plattform geboten. Die politische Ausrichtung vieler Kommentatoren in *Le Figaro* ist eindeutig konservativ, viele sind oder waren politisch aktiv oder stehen dem christlich-konservativen Lager nahe. Viermal kommen sozialistische Politiker (Dumas, Moscovici, Guterres, Prodi) zu Wort, zweimal Künstler (Mortier, Haneke). Hätten diese Politiker nicht wichtige Funktionen inne, wäre wohl auch kein Platz für ihre Stellungnahmen. Damit wird die bürgerlich-konservative Blattlinie bestätigt. Auffallend ist auch wie oft zwar Kritik an den Maßnahmen geübt wird, bestätigt wird, dass etwas getan werden müsse, aber keine Alternativvorschläge

⁴²⁵ Vgl. Baumgardinger, E.: S. 99.

⁴²⁶ Vgl. Pasteur, P.: S. 22.

⁴²⁷ Vgl. Gielesberger, I.: S. 66.

gebracht werden. *Ouest-France* versucht in der Auswahl der Kommentatoren objektiver zu sein und zitiert mit Pasteur auch einen anerkannten Österreichexperten, aber auch andere Politikwissenschaftler, die eher Analysen versuchen also politisch gefärbte Stellungnahmen abzugeben. Insgesamt bleiben die Kommentare von *Ouest-France* sachlicher, bei *Le Figaro* sind oft kaum übersehbare Sympathien für die konservative ÖVP vorhanden.

Schluss:

Weil die Maßnahmen eben nicht nur – wie intendiert – auf den bilateralen Bereich beschränkt blieben, entstand bei vielen Österreichern der Eindruck einer pauschalen Verurteilung, obwohl offizielle Stellen immer wieder betont hatten, dass sich die Kritik ausschließlich an die schwarz-blaue Regierung richte. Die Sanktionen wurden als überzogen und ungerecht empfunden, was die folgende nationalistische Reaktion vieler Österreicher begünstigte. Zu dieser Entwicklung hat sicher auch zu einem nicht unwesentlichen Teil die dramatisierende Berichterstattung in den französischen Medien geführt. Aber auch die österreichische Presse trug mit reißerischen Schlagzeilen dazu bei, den Eindruck, Österreich würde zur Gänze abgelehnt, zu verstärken. Der damalige österreichische EU-Kommissar Franz Fischler bringt das Problem vieler Österreicher mit den Sanktionen auf den Punkt: [Übers. des Verf.] „*Die Österreicher wissen nicht, welches Tabu sie gebrochen haben, und sie verstehen es auch nicht.*“⁴²⁸ Die falsche Ansicht einer Pauschalverurteilung war schließlich auch einer der Gründe für die „*drei Weisen*“ die Aufhebung der Sanktionen zu empfehlen.

Trotz der großen Aufmerksamkeit die Österreich zuteil wurde, war das Thema nur eines von vielen. Um einige weitere wichtige Inhalte der Berichterstattung von *Le Figaro* und *Ouest-France* zu nennen, sei an dieser Stelle auf die *marée noire d'Erika*, die umstrittene Nahostreise Jospins, die Reform des *Quinquenats*, die Neuordnung der EU und deren bevorstehende Erweiterung, die Fußball-Europameisterschaft, den Concorde Absturz oder den Frächterstreik wegen des Benzinpreises hingewiesen. Trotzdem sollen noch einmal die Ergebnisse der Untersuchung der Berichterstattung von *Le Figaro* und *Ouest-France* über die Maßnahmen der EU gegen die schwarz-blaue Regierung nachgezeichnet werden.

Das offizielle Frankreich, aber auch viele Künstler und Intellektuelle nehmen eine ablehnende Haltung gegenüber Österreich ein, was auch in der Berichterstattung deutlich wird. Es lässt sich in diesem Zusammenhang sogar von einer führenden Rolle Frankreichs als Wegbereiter für die Maßnahmen gegen Österreich sprechen. Die Gründe dafür liegen sowohl in der französischen Innen- als auch Außenpolitik. Auffallend ist dabei, dass sowohl das linke, als auch das bürgerlich-konservative rechte Lager die Maßnahmen fast einhellig befürworten, zum Teil sogar für noch härtere Maßnahmen eintreten. Sie sind der Meinung, dass gegen einen Grundkonsens Westeuropas, die endgültige Ablehnung von Faschismus und

⁴²⁸ Vgl. Bocev, Pierre: *Le parti de Haider devra changer de langage* [Interview mit Franz Fischler], in: *Le Figaro*, 9.2.2000, S. 4.

Nazismus, verstoßen wurde. Besonders stark für die Verhängung der Maßnahmen eingetreten ist von Anfang an Präsident Chirac, später fällt auch Moscovici als vehementer Befürworter auf. Naturgemäße Gegner der Sanktionen sind die Rechtsextremen um Le Pen und Mégret, aber auch die Souveränisten um Pasqua und de Villiers. Das intellektuelle Lager ist in der Österreichfrage gespalten, einerseits gibt es Leute, die jede Teilnahme an Veranstaltungen in Österreich ausschließen, andererseits tragen andere wesentlich zum Kulturleben bei, um, wie sie sagen, den „Widerstand“ in Österreich zu unterstützen. Sowohl *Le Figaro* als auch *Ouest-France* schenken den Reaktionen von Intellektuellen und Künstlern wenig Beachtung. Die Wahrnehmung von Politik und Intellektuellen ist reduziert, Dreh- und Angelpunkt der Argumentation sind die Person Jörg Haider und die mangelnde Vergangenheitsbewältigung Österreichs.

Das Interesse der Medien an Österreich ist deutlich höher als üblich und schlägt sich auch in vielen Leserbriefen in *Le Figaro* nieder. In diesen wird großteils scharfe Kritik an den Sanktionen, der französischen Regierung und der Berichterstattung der (anderen) Medien geübt. Das Prinzip der gründlichen Recherche über Österreich scheint aufgehoben, in einigen Zeitungen wird ein Österreichbild aus Stereotypen und Vorurteilen konstruiert, was auf die hauptsächliche Beschäftigung in Frankreich mit der österreichischen Kultur und Literatur, weniger mit Landeskunde bzw. Geschichte zurückzuführen ist, weshalb wesentliche Daten der neueren Politikgeschichte vernachlässigt wurden oder sogar eine Überraschung darstellten.⁴²⁹ Diese teils mangelnden Kenntnisse über Österreich haben zu vorschnellen Urteilen geführt. Namen von Politikern und Parteien (vor allem FPÖ und deren Übersetzung ins Französische) oder Aussprüche auf Deutsch werden oft falsch geschrieben. *Le Figaro* und auch *Ouest-France* versuchen verglichen etwa mit *Le Monde* oder *Libération* meist sehr sachlich über die Ereignisse in Österreich zu berichten, auch wenn Haider oft dämonisiert wird. Die Einschätzung Le Riders, der in seinem Tagebuch am 17. Februar feststellt: „Jusqu’ici on a pu éviter que les réactions se polarisent en „réactions de gauche“ et en „réactions de droite“, même si *Le Figaro* a nettement dit qu’il ne fallait pas s’immiscer dans les affaires intérieures de la démocratie autrichienne et laisser le gouvernement Schüssel „faire des preuves“ avant de porter un jugement.“⁴³⁰ ist meiner Meinung nach bereits zu diesem Zeitpunkt falsch, denn die Sanktionen werden vor allem im *Figaro* oft verurteilt und ausdrücklich abgelehnt. Im Gegensatz dazu kritisiert vor allem die linke Presse die schwarz-blaue Regierungsbildung scharf! In *Le Figaro* ist aber auch Platz für Befürworter der Sanktionen. Das Interesse an den Protesten in Österreich gegen die Regierung bleibt gering.

⁴²⁹ Vgl. Angerer, T. (2003): S. 55.

⁴³⁰ Le Rider, J. (2001): S. 21.

Insgesamt bezieht der konservative *Figaro* jedoch eine von der Haltung Chiracs und der großen Rechtsparteien überraschend deutlich abweichende Position. Der Blattlinie entsprechend bringt die Zeitung viel mehr Korrespondentenberichte aber auch Analysen im Wirtschaftsteil als *Ouest-France*. Diese wiederum versucht von Anfang an sehr sachlich über die Sanktionen zu berichten. Schon sehr früh wird dort auch auf den Widerstand in Österreich gegen die neue Regierung hingewiesen. Im Gegensatz zu anderen Zeitungen verwenden *Le Figaro* und *Ouest-France* kaum Karikaturen, sie setzen eher auf den Einsatz von Fotos. Durch die massive Präsenz von Fotos von Haider in den Medien, gepaart mit der häufigen Nennung seines Namens in Zusammenhang mit den Sanktionen, entstand in der französischen Öffentlichkeit der Eindruck, Haider sei Bundeskanzler oder übe zumindest eine wichtige Funktion in der Regierung aus.

Österreich wird zur Referenz für andere Beiträge, andere rechtspopulistische Politiker werden oft mit Haider verglichen. Immer wiederkehrende Themenbereiche in den Zeitungen sind die NS-Zeit, die mangelnde Vergangenheitsbewältigung („Opferrolle“), die Affäre Waldheim und die lange Regierungszeit von SPÖ und ÖVP. Das Ende der Berichterstattung fällt verglichen mit deren Beginn relativ knapp aus. Es wird erst spät berichtet und dann nur kurz, Meldungen dominieren, es gibt nur einige wenige Bewertungen und noch weniger tiefer gehende Analysen. Gastkommentare bzw. Interviews erscheinen in beiden Zeitungen. *Ouest-France* legt dabei relativ gesehen mehr Wert auf Gastkommentare. Etwa ein Drittel der Kommentare bzw. Interviews stammt von Österreichern, darunter in *Le Figaro* Interviews mit Haider und Schüssel. Kritischen Stimmen aus Österreich wird nicht die Möglichkeit geboten, sich zu Wort zu melden. Auffallend ist, dass die Autoren der Gastkommentare bzw. die Interviewpartner durchwegs ältere Männer sind, und dass *Ouest-France* bei der Auswahl der Autoren objektiver vorgeht, bei Kommentaren in *Le Figaro* hingegen oft kaum übersehbare Sympathien für die konservative ÖVP vorhanden sind. Überraschendes, zumindest nicht unbedingt erwartbares Ergebnis der Untersuchung ist die für eine Regionalzeitung ausgezeichnete Berichterstattung von *Ouest-France*, die wirklich bemüht ist, auf dem wenigen an Raum, der für internationale Themen zur Verfügung steht, sachliche Berichte abzuliefern. Weiters kann festgehalten werden, dass *Le Figaro* und *Ouest-France* vorurteilsfreier als andere Zeitungen über Österreich berichtet haben.

An dieser Stelle sei noch auf eine Gemeinsamkeit der Waldheim-Affäre und der Sanktionen gegen die österreichische Regierung im Jahr 2000 hingewiesen: die gesamte Berichterstattung baut sich vor allem um eine Person (Waldheim bzw. Haider) auf. Im Unterschied zu Waldheim, dessen Umgang mit der Vergangenheit problematisch war, war es

bei Haider allerdings dessen damals aktuelle Politik! Damals (Waldheim) wie heute (Sanktionen) hat Österreich zu spät reagiert, das Ansehen Österreichs wurde stark beschädigt. Eine Image-Korrektur ist nur schwer möglich.⁴³¹

Schließlich soll auch noch auf die Frage eingegangen werden, warum gerade gegen Österreich Sanktionen verhängt wurden, wohingegen andere Staaten in ähnlich gelagerten Fällen ebenso aber Russland, dem damals im Tschetschenienkrieg schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurden, ungeschoren davon kamen. Rechtspopulismus ist ja kein rein österreichisches Phänomen, sondern ein weit verbreitetes europäisches Problem.⁴³² Die möglicherweise entscheidenden Unterschiede liegen einerseits in der Stärke der FPÖ zum Zeitpunkt der Regierungsbeteiligung und sind andererseits innerhalb der Partei zu suchen, die aufgrund ihrer Vergangenheit (siehe *Geschichte der FPÖ bis 2000*) möglicherweise anders bewertet werden muss als andere rechtspopulistische Gruppierungen. Weiters, so Puntser Riekman, falle die Regierungsbildung in Österreich mit dem Fortschreiten der extremen Rechten in Europa zusammen, weshalb von den EU-14 auch so scharf reagiert worden sei.⁴³³ Nicht zuletzt wurde vielleicht auch deshalb so heftig reagiert, weil damit erstmals eine rechtspopulistische Partei in einem Land mit nationalsozialistischer Vergangenheit an die Macht kam, ein Signal, das so nicht einfach stehen gelassen werden konnte.

Eine Reihe von rassistisch und antisemitisch motivierten Übergriffen in Deutschland um die Jahrtausendwende bewirkten keinen Vertrauensverlust in die hohe demokratische Kultur Deutschlands, in Österreich hingegen wird 2000 das politische System in seinen Grundlagen angezweifelt, weil dessen Legitimität auf dem Trugbild historische Unschuld aufbaue.⁴³⁴ Dennoch entstand der Eindruck, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wurde, denn vor den Wahlen in Italien vom 13. Mai 2001 kündigte der belgische Außenminister Louis Michel noch an, gegen Italiens Neofaschisten genauso wie gegen Österreichs FPÖ verfahren zu wollen, sollten diese in die Regierung kommen. Nach Protesten Berlusconis zog Michel seine Aussagen zurück und meinte, man könne die italienischen Verhältnisse nicht mit jenen in der österreichischen Koalition vergleichen.⁴³⁵ Auch der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder kündigte vor den Wahlen noch an, dass auch Italien mit Sanktionen rechnen müsse, sollte Gianfranco Finis *Alleanza Nazionale* in die Regierung kommen.⁴³⁶

⁴³¹ Vgl. Haslinger, I.: S. 38.

⁴³² Vgl. Le Rider, J. (2003): S. 44.

⁴³³ Vgl. Puntser Riekman, S.: S. 135.

⁴³⁴ Vgl. Le Rider, J. (2003): S. 29.

⁴³⁵ Vgl. Hummer, W.: S. 51f.

⁴³⁶ Vgl. Martin, H.: S. 18.

Doch nicht einmal das Wahlergebnis wurde seitens der EU kritisch kommentiert. Im Falle Italiens könnte man noch annehmen, dass gegen einen so großen Staat, noch dazu Gründungsmitglied der EU, schwerer vorzugehen wäre als gegen das „kleine“ Österreich. Doch auch gegen Dänemark, wo im Wahlkampf im November 2001 durchaus fremdenfeindliche Rhetorik verwendet wurde, folgte keine Rüge, geschweige denn Maßnahmen. Weder der Einzug von Le Pen in die zweite Runde der französischen Präsidentschaftswahl noch der Erfolg der islamfeindlichen *Liste Pim Fortuyn* in den Niederlanden 2002 und deren anschließende Regierungsbeteiligung stießen auf Widerspruch. Zu guter Letzt sei noch darauf verwiesen, dass Haider 2002 für vier Jahre in den *Ausschuss der Regionen* wiederbestellt wurde,⁴³⁷ und die ÖVP-FPÖ Regierung nach den vorgezogenen Neuwahlen ohne große internationale Proteste fortgesetzt wurde, wenn auch mit einer deutlich geschwächten FPÖ. All diese Beispiele stellen die Sanktionen im Rückblick noch mehr in Frage. Le Rider interpretiert die österreichische Nationalratswahl 1999 sogar als Auftakt zu einem Rechtsruck in Europa, viele sozialdemokratische Mehrheiten in Europa seien seither verloren gegangen.⁴³⁸

Nach dem internationalen Aufschrei ist es nach Beendigung der Sanktionen wieder relativ ruhig um Österreich geworden. Auffallend ist, dass auch Österreich darum bemüht war, möglichst schnell wieder in den Kreis der EU aufgenommen zu werden und auf rechtliche Schritte, zu deren Möglichkeit es unterschiedliche Expertenmeinungen gibt,⁴³⁹ verzichtete. Die Regierung schien bemüht, möglichst rasch wieder zum normalen Tagesgeschäft zurückzukehren und lieber den Mantel des Schweigens über die Vorfälle zu breiten. Was Effizienz und Sinnhaftigkeit der Maßnahmen betrifft, herrscht auch heute noch keine Einigkeit unter Experten. Auch darüber, ob Österreich durch die Sanktionen ein schwerer Schaden entstanden sei, sind die Meinungen geteilt. Das primäre Ziel, nämlich die Verhinderung einer FPÖ-Regierungsbeteiligung wurde definitiv nicht erreicht. Doch auch die späteren vorrangigen Ziele – Sturz der Regierung und unbefristete Aufrechterhaltung der Sanktionen – wurden nicht erreicht. Ob die damit verbundene Warnung an andere rechtspopulistische Parteien und deren potenzielle Koalitionspartner auch angekommen ist, darf bezweifelt werden. Andererseits schränkten die Maßnahmen vorerst Haiders Führungsambitionen ein und verhalfen Schüssel zu einer stärkeren Position in der Regierungspartnerschaft mit der FPÖ. Was bleibt, ist ein schaler Beigeschmack und eine tiefgehende EU-Skepsis der Österreicher sowie eine Beschädigung des Ansehens Österreichs

⁴³⁷ Vgl. Levrat, N.: S. 200.

⁴³⁸ Vgl. Le Rider, J. (2003): S. 50.

⁴³⁹ Vgl. Hummer, W. bzw. Levrat, N..

im Ausland. Bewirkt haben die Sanktionen auf alle Fälle die Abänderung von Artikel 7 des EU-Vertrages, der nun um einen Maßnahmenkatalog erweitert wurde. Dennoch sollte es das Ziel sein, sich immer wieder verstärkt um Dialog zu bemühen und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Auf alle Fälle waren die Sanktionen ein Lernprozess für die EU und haben aufgezeigt, wie schwach das europäische Gemeinschaftsbewusstsein noch ist und wie stark nationale Interessen weiterhin dominieren. Die Maßnahmen machten auch den Konflikt um die zukünftige Gestaltung der EU deutlich. Es ging nebenbei um die unterschiedlichen Vorstellungen eines zukünftigen Europas: auf der einen Seite die Anhänger einer gemeinsamen Europapolitik und die Zurückdrängung der nationalen Entscheidungsmöglichkeiten, für die das gemeinsame Vorgehen im Falle Österreichs einen ersten Schritt darstellen könnte, und auf der anderen Seite jene, die die Eigenständigkeit der Nationalstaaten in einem lose zusammengehaltenen Europa verwirklicht sehen wollten, weshalb sie die Sanktionen als Einmischung in innere Angelegenheiten verurteilten. Ein – wenn auch nur zu einem kleinen Teil durch die Sanktionen bedingter – Erfolg stellte sich doch noch im Jahr 2000 ein, wenn auch erst nach Aufhebung der Maßnahmen: die Verluste der FPÖ bei den Wahlen. An diesem Niedergang bei den Wahlen war wohl aber eher die Politik der FPÖ in der Regierung schuld als die Sanktionen. Am Ende wird im Weisenbericht keine Forderung gestellt, was nur dem kurzfristigen Interesse der EU, dem Ende der Blockadesituation, dient, nicht aber der österreichischen Demokratie und deren Umgang mit ihrer Geschichte.⁴⁴⁰ Das Fehlen einer kulturellen und politischen Einheit Europas und des gegenseitigen Verständnisses wurde deutlich gemacht. *„Du côté français, on s’imagine en avoir fait énormément (en réalité, on en a trop fait, pour se faire plaisir, sans connaissance ni désir de connaissance du terrain autrichien); du côté autrichien, on s’est senti plus incompris que jamais.“*⁴⁴¹ Im Oktober 2000 schließlich kam selbst Le Rider, vormals Befürworter der Maßnahmen, zu der Einschätzung, dass die Sanktionen ein Fiasko für ganz Europa waren und dass vor allem die französische Politik versagt habe.⁴⁴² Weiters haben die Maßnahmen die Kluft zwischen den kleineren und den großen Mitgliedsstaaten deutlich zu Tage treten lassen, aber auch die Beitrittskandidaten beunruhigt. Der Ruf nach einer Grundrechtecharta wurde durch die Sanktionen verstärkt, auch eine gemeinsame europäische Verfassung stand und steht seither verstärkt zur Debatte.

⁴⁴⁰ Vgl. Pasteur, P.: S. 49.

⁴⁴¹ Le Rider, J. (2001): S. 260.

⁴⁴² Vgl. Le Rider, J. (2001): S. 273.

Résumé en français:

La réaction commune des quatorze pays de l'*Union européenne* contre l'Autriche lors de la formation du gouvernement ÖVP-FPÖ en 2000 est la plus sombre phase de l'Histoire de l'Autriche depuis sa participation à l'UE. Ce travail essaie de comparer la couverture médiatique des deux journaux français, *Le Figaro* et *Ouest-France* entre le 17 janvier et le 15 octobre 2000, recouvre donc toute la période des sanctions, même un peu au-delà. Il tente en même temps d'analyser le rôle de la France dans cette affaire, particulièrement les réactions des hommes politiques, intellectuels et artistes. Les articles du *Figaro*, j'ai pu les consulter à la bibliothèque nationale de Vienne, ceux de *Ouest-France* nulle part en Autriche. Pour cette raison, je les ai consultés sur microfilm à la *Bibliothèque de recherche* de la BnF à Paris. Ce travail de recherche et de lecture était très dur et a exigé beaucoup de travail.

Pourquoi choisir alors un tel sujet? Comment l'Autriche est vue à l'étranger, intéresse probablement tous les Autrichiens, mais j'attache également des raisons personnelles à ce thème. Pendant les six mois que j'ai passés à l'école à Paris en 2002, donc peu de temps après la fin des sanctions, il fallait souvent que j'explique ce qui s'est passé en Autriche. L'image des nombreux Français de l'Autriche était diffuse. Tout le monde avait entendu par les médias que l'extrême droite était au pouvoir en Autriche, mais personne ne savait ce qui se passait réellement et j'étais souvent confronté aux stéréotypes de la pire sorte. Ce sont justement les médias qui contribuent à l'image de l'Autriche en France, et comme la France était un des plus fervents opposants de ce gouvernement ÖVP-FPÖ, l'écho dans les journaux était énorme. Cependant, l'année 2002 était celle des fameuses élections présidentielles. Le Pen était arrivé au deuxième tour ce qui était impensable en 2000 lors des sanctions. Cela représentait un choc pour la plupart des Français. Pour moi, la question pourquoi l'UE a justement réagi contre l'Autriche et ne pas contre un autre pays, ni avant ni après, était une raison de plus pour choisir ce sujet puisque des partis d'extrême droite ou populiste ne sont pas uniquement un phénomène autrichien.

Dans l'introduction, ce travail donne un aperçu sur les caractéristiques de la presse française, le développement historique et l'orientation éditoriale du *Figaro* et de *Ouest-France*. Les plus grands journaux en France sont des quotidiens régionaux qui sont bien implantés dans une région et qui consacrent une grande partie de leurs pages à des informations locales et sportives. Ces journaux sont très importants pour l'opinion publique en France, mais pratiquement inconnus à l'étranger. Les quotidiens nationaux ou bien parisiens par contre sont bien connus à l'étranger et se sont spécialisés dans la politique

internationale, l'économie et la culture. La diffusion totale des journaux en France est inférieure comparée à d'autres pays européens. Un tabloïd, comme la *Bildzeitung* en Allemagne ou la *Kronen Zeitung* en Autriche, n'existe pas. La plupart des quotidiens font partie d'un groupe qui possède souvent plusieurs journaux à la fois. Le journalisme français a une longue tradition littéraire, pour cela il attache plus d'importance aux commentaires et aux pages d'opinion qu'aux analyses. La comparaison entre le plus ancien journal de Paris (*Le Figaro*) et le plus grand journal français (*Ouest-France*) promet d'être intéressante.

Le Figaro est un quotidien pour la bourgeoisie, conservateur, intellectuel et critique. Il occupe d'après les statistiques de vente la troisième place en France. *Ouest-France* est depuis longtemps le plus grand quotidien français et paraît à Rennes dans 42 éditions locales différentes. Seulement ses huit premières pages sont consacrées aux thèmes internationaux. *Ouest-France* est également un quotidien conservateur, pourtant catholique et pro-européen. J'essaie de mieux motiver le choix des journaux pour mes recherches à l'aide des travaux qui ont déjà été réalisés sur le sujet. *Ouest-France* n'était jusqu'à présent pas du tout analysé, *Le Figaro* moins que d'autres quotidiens français connus. Ce mémoire est le premier à analyser les articles parus tout au long des sanctions, la plupart des travaux n'abordent que leur début. La comparaison des mes résultats avec ceux d'autres publications qui se sont penchées sur des médias différents fait également partie de ce travail.

La partie générale situe les sanctions en premier dans leur contexte politique. Tout d'abord, le résultat des élections est brièvement mentionné. Le président Klestil charge ensuite le chef du SPÖ M. Klima de former un gouvernement, cette tentative échoue en janvier. Peu après, le ÖVP et le FPÖ annoncent leur projet de vouloir former un gouvernement. M. Schüssel est mis en garde contre ce projet par le président Chirac et d'autres hommes politiques européens. L'idée des sanctions naît et celles-ci entrent en vigueur lors de l'investiture du gouvernement le 4 février 2000. Les mesures se veulent strictement bilatérales et ne visent que le gouvernement autrichien. Elles prévoient les trois mesures suivantes: refus de tout contact officiel, contacts techniques avec les ambassadeurs seulement, gel des grandes nominations internationales. La France a joué un rôle principal lors de l'instauration de ces sanctions. Autour des mesures, un profond sentiment d'incompréhension s'est développé, l'Autriche ne comprenait pas quelle était sa faute, la France ne pouvait pas accepter l'accès au pouvoir du FPÖ.

Le front contre l'Autriche au début unanime commence à disparaître peu à peu et les quatorze se trouvent devant le dilemme comment sortir de la crise. Un comité de trois sages est nommé en juillet qui est chargé d'évaluer la situation en Autriche et la nature du FPÖ.

Beaucoup d'Autrichiens avaient très vite le sentiment que les mesures ne s'arrêtaient pas au bilatéral et il y avait effectivement des entreprises, organisations et universités qui ont néanmoins revu leurs relations avec leurs partenaires autrichiens. La couverture médiatique intensive en France a sans doute contribué à l'impression chez beaucoup d'Autrichiens que l'Autriche serait rejetée en bloc. Les trois sages remettent finalement leur rapport le 8 septembre à la présidence française de l'UE et suggèrent une levée immédiate des sanctions, bien qu'ils critiquent le FPÖ. Les sanctions sont levées le 12 septembre contre la volonté de la France qui estime que les mesures ont été utiles.

Suit un chapitre sur les relations franco-autrichiennes surtout au 20^e siècle. En France, il y avait depuis longtemps deux traditions politiques opposées, une favorable à l'Autriche, l'autre défavorable. Après la *Première Guerre mondiale*, l'*Anschluss* de l'Autriche à l'Allemagne est interdit. La France opte pour l'autonomie de l'Autriche, mais reste passive vis-à-vis des revendications de plus en plus exigeantes de l'Allemagne. Après la *Seconde Guerre mondiale*, la France tente de ne pas refaire les mêmes fautes d'avant la guerre et essaie de soutenir l'Autriche psychologiquement et culturellement. Après le *Traité d'Etat*, les relations entre la France et l'Autriche ne sont plus de premier ordre, la France privilégie le rapprochement avec l'Allemagne. Dans les relations franco-autrichiennes, il y a toujours l'Allemagne comme troisième partenaire invisible. Vienne est perçue dans l'hexagone comme la ville de la modernité viennoise, le chemin autrichien du partenariat social et la politique de Kreisky sont vus comme modèles à suivre. Le choc de la présidence de Waldheim est donc d'autant plus grand, le passé de l'Autriche remonte. Culture et Histoire ne peuvent pas être discutées séparément, la réception de la culture autrichienne se concentre sur Thomas Bernhard, Peter Handke et Elfriede Jelinek. L'entrée de l'Autriche dans l'*Union européenne* mène à une réévaluation des relations. Mais l'image de l'Autriche en France reste diffuse, les connaissances très limitées. Quelques stéréotypes dominent. L'image négative revient avec le résultat des élections de 1999 et l'annonce de ÖVP et FPÖ de vouloir former un gouvernement. L'ascension du FPÖ de Haider est pour beaucoup un développement surprenant et soudain, parce qu'en France on s'occupe plus de littérature et de culture, pas trop de l'Histoire (contemporaine) de l'Autriche.

Pour pouvoir mieux comprendre les réactions en Europe et en France en particulier, il est indispensable de retracer l'Histoire du FPÖ. La naissance du VdU en 1949 regroupe beaucoup d'anciens nazis et marque le renouvellement du mouvement de tendance nationale pro-allemande quoi que les leaders du début aient des visions relativement libérales. Après un premier succès électoral, des querelles internes entre libéraux et nationaux mènent à la

dissolution du VdU et le FPÖ est fondé en 1956. Premier chef de parti devient un ancien officier SS. Très vite, le FPÖ est courtisé par les deux grands partis autrichiens, socialistes et conservateurs, qui veulent faire pression sur leur partenaire en utilisant le FPÖ. Après un intermezzo libéral dans les années 80 et une première participation au gouvernement avec le SPÖ, Jörg Haider prend la tête du parti et le FPÖ revient sur son parcours nationaliste. Haider modernise le mouvement, positionne le parti comme parti de contrôle face au SPÖ et ÖVP et mène une politique d'opposition radicale avec de violentes attaques contre les étrangers. Il s'oppose à l'entrée à l'*Union européenne* et plus tard à l'élargissement de celle-ci. La longue dominance des socialistes et conservateurs est un facteur non négligeable dans l'ascension du FPÖ. Les experts ne sont pas d'accord sur le classement politique du parti de Haider. Selon les définitions différentes, le parti est soit d'extrême droite, soit de droite populiste ou extrémiste. Tout au long de l'Histoire du FPÖ, on peut trouver des éléments nazis, un fait que le parti essaie toujours de nier ou d'en minimiser la gravité.

La partie principale est consacrée d'abord aux réactions du président Chirac, du gouvernement, des partis, mais également des intellectuels et artistes français. Les deux pays, la France et l'Autriche, sont confrontés à une montée des partis d'extrême droite. Mais l'organisation du système politique est tout à fait différente, le scrutin majoritaire en France complique les choses pour l'extrême droite, le vote proportionnel en Autriche facilite le succès du FPÖ. En France, le *Front National* de Le Pen est isolé, ce qui n'est pas le cas du FPÖ en Autriche. Les élections présidentielles de 2002 jouent déjà un rôle au moment des sanctions. Un des plus fervents opposants du FPÖ était le président Chirac qui réagit très tôt et force ainsi la gauche à réagir également. L'UDF et le RPR veulent même exclure le ÖVP du *Parti populaire européen*. Du côté de la gauche, M. Moscovici est un des plus stricts opposants au gouvernement autrichien. Au début, la France espère pouvoir empêcher la formation du gouvernement, plus tard elle veut sensibiliser les Autrichiens. Elle a peur d'un „*danger de contagion*“ un peu partout en Europe. Martine Aubry quitte même une réunion des ministres des affaires sociales quand sa collègue autrichienne commence à parler.

Ce qui est frappant, c'est que la droite conservatrice et la gauche soutiennent les mesures. Parfois, ils exigent même des réactions plus dures, par exemple le rappel des ambassadeurs. Ils sont d'avis que l'Autriche aurait avec la participation du FPÖ au gouvernement transgressé le consensus de l'Europe de l'Ouest de ne plus jamais revenir au fascisme ou national-socialisme. L'extrême droite autour de Le Pen et Mégret est naturellement contre les mesures, de même les souverainistes autour de Pasqua et de Villiers qui sont d'avis que les mesures sont outrancières et parlent d'ingérence dans les affaires

intérieures d'un Etat souverain. L'extrême droite française compte sur plus d'acceptation dans la société française et par la suite sur plus de voix électorales pour leurs partis. Après la grande manifestation contre le gouvernement le 19 février à Vienne, la politique française appelle à soutenir les Autrichiens qui n'ont pas voté pour Haider. Fin juin, Moscovici dit que la France n'accepterait pas la levée des sanctions sous sa présidence de l'UE dans la deuxième moitié de l'année 2000. Lors de la fin des sanctions en septembre, tous les hommes politiques français soulignent que les mesures ont été utiles. Certains observateurs estiment que la politique française faisait seulement semblant de s'occuper des affaires autrichiennes, mais qu'en réalité c'était à la France et à l'extrême droite française qu'ils s'intéressaient.

Les intellectuels et artistes sont divisés en deux camps opposés. Il y a ceux qui refusent de participer à tous les événements officiels en Autriche, mais aussi ceux qui continuent à travailler en Autriche pour soutenir la résistance en Autriche. Les deux journaux intimes de Le Rider et de Pasteur m'ont aidé à retracer les débats entre les intellectuels s'il faut aller en Autriche ou pas, parce que ni *Le Figaro* ni *Ouest-France* informent beaucoup sur ces controverses. Quelques intellectuels publient des déclarations dans lesquelles ils dénoncent la participation du FPÖ au gouvernement, d'autres dénoncent les mesures. Après la manifestation du 19 février, certains des intellectuels ou artistes reconsidèrent leur choix. La perception de la politique et des intellectuels est réduite, l'argumentation tourne autour de la personne de Haider et de ses déclarations.

Le nombre des articles parus sur l'affaire autrichienne montre que les journaux sont très intéressés à ce qui se passe en Autriche. Le nombre des gros titres sur la première page souligne cet intérêt qui se manifeste surtout au début lorsque paraît à peu près un tiers des articles. *Le Figaro* informe avec 353 articles beaucoup plus sur la situation en Autriche que *Ouest-France* avec 118. Malgré la grande attention à l'égard de l'Autriche, le sujet reste un sujet parmi d'autres, comme par exemple la marée noire d'Erika, la réforme du Quinquennat et de l'UE, le championnat d'Europe de football et la catastrophe aérienne du Concorde.

Le Figaro envoie un envoyé spécial à Klagenfurt, le „fief de Haider“ pour en relater. Le quotidien commence une série d'analyses de l'extrême droite un peu partout en Europe et fait une comparaison avec l'Autriche. Bien que d'autres journaux (entre autres *Le Monde*, *Libération*) emploient beaucoup de caricatures, *Le Figaro* et *Ouest-France* n'en utilisent pratiquement pas. Les deux publient un peu plus de photos qui montrent souvent Haider. A cause de cette présence massive des photos de Haider et de son nom quasi omniprésent dans les articles sur l'affaire autrichienne, on pourrait croire en France que Haider est chancelier en Autriche ou occupe au moins un poste important au gouvernement. Les sanctions sont parfois

même intitulées „*affaire Haider*“. Cette construction des articles autour d’une seule personne est une parallèle avec l’affaire Waldheim qui a également abîmée l’image de l’Autriche dans le monde. Une différence importante est cependant que Waldheim a essayé d’escamoter son passé problématique et dans le cas de Haider, c’était sa politique à l’époque actuelle qui était discutable.

Au début, les articles du *Figaro* critiquent le projet de formation d’un gouvernement entre droite classique et droite populiste, mais très vite les mesures sont rejetées par une grande partie des articles du *Figaro* parce qu’il s’agirait d’une ingérence dans les affaires intérieures de l’Autriche et en plus les élections auraient été parfaitement démocratiques. Néanmoins, il y a aussi de la place pour d’autres opinions mais aussi pour des interviews avec Haider et Schüssel. La rubrique *Débats et opinions* est pleine des commentaires sur la situation en Autriche. *Le Figaro* est d’avis que les sanctions ont été contre-productives, les articles montrent de la sympathie pour le ÖVP qui aurait sorti l’Autriche de la passivité. En tout, *Le Figaro* prend une position très éloignée des partis conservateurs et du président Chirac. Le rôle de toute l’UE est mis en valeur, pas particulièrement celui de la France. Dans les courriers des lecteurs, parus uniquement dans *Le Figaro*, les mesures sont sévèrement critiquées, de même le gouvernement français et les medias. Les lecteurs défendent souvent des points de vue audacieux. Contrairement à *Ouest-France*, il y a beaucoup d’analyses dans *Le Figaro Économie* qui essaient d’expliquer les raisons pour le succès du FPÖ aux élections. Le journal parisien dispose en plus de correspondants ce qui n’est pas le cas du journal régional.

Ouest-France essaie dès le début d’informer de manière très impartiale sur la situation en Autriche. Le journal thématise très tôt la résistance en Autriche contre le gouvernement et appelle à la soutenir. Ce qui est surprenant, c’est que le quotidien régional donne des informations excellentes sur l’Autriche dans le peu d’espace dont il dispose pour les thèmes internationaux. En général, *Le Figaro* et *Ouest-France* informent beaucoup plus objectivement sur la situation en Autriche que la plupart des autres medias même s’ils diabolisent Haider. Surtout *Le Monde* et *Libération* critiquent très sévèrement le gouvernement autrichien et l’Autriche en général, qui serait depuis toujours un pays néonazi. Ils consacrent plus d’espace aux informations sur les débats entre les intellectuels sur la situation en Autriche.

L’Autriche devient une référence pour d’autres pays, d’autres hommes politiques de droite populiste sont souvent comparés à Haider. Les stéréotypes qui reviennent sans cesse sont entre autre le passé national-socialiste de l’Autriche, le travail de mémoire insuffisant

(l'Autriche aurait été la première victime de Hitler), l'affaire Waldheim et la longue dominance des deux partis (SPÖ et ÖVP). Les connaissances quelquefois très faibles sur l'Autriche sont frappantes et ont mené à des jugements hâtifs. La traduction de „FPÖ“ est un problème pour les journalistes, qui utilisent souvent des termes un peu différents, qui vont de parti d'extrême droite jusqu'à parti libéral. Dans la transcription des noms des politiciens ou partis, les journaux font souvent des fautes, mais aussi en ce qui concerne le contenu, ce qui est étonnant surtout pour *Le Figaro* qui dispose d'une correspondante à Vienne.

La fin de la couverture médiatique sur les sanctions est très faible comparée à son début, elle commence tard et ne contient guère des analyses. Pendant l'été, les informations sur l'Autriche dans les journaux se font rares. Des premières spéculations sur le contenu du rapport des trois sages paraissent début septembre. Les journaux estiment qu'avec les propositions et estimations du rapport même les purs et durs, la France et la Belgique, ne peuvent plus qu'essayer de sauver la face et mettre un terme aux sanctions. Le caractère symbolique des mesures est une fois de plus mis en avant. Les journaux sont d'avis que la fin des sanctions est une capitulation de la France et que les mesures ont bloqué l'UE et la présidence française. Après la levée, on peut constater une banalisation de la participation du FPÖ au gouvernement dans les médias, parce que ceux-ci ne disent presque plus rien sur l'Autriche, un effet qui n'était explicitement pas souhaité par la politique dès le début.

Commentaires et interviews paraissent dans les deux journaux. Ce qui saute aux yeux c'est que les auteurs des commentaires ou partenaires pour les interviews ne sont quasiment que des hommes d'un certain âge. A peu près un tiers des commentaires et interviews est réalisé par ou avec des Autrichiens, mais non pas avec des critiques du gouvernement. A des artistes, les journaux ne donnent guère la possibilité de prendre position. *Ouest-France* publie (relativement) plus de commentaires que d'interviews, dans *Le Figaro* c'est l'inverse. Le maximum se trouve également au mois de février. Dans *Le Figaro*, ce sont souvent des hommes politiques conservateurs qui peuvent prendre position. Ils sont souvent favorables au ÖVP. *Ouest-France* est plus objectif dans le choix des partenaires pour un commentaire ou une interview, il publie par exemple même une longue interview avec Paul Pasteur, un excellent expert de l'Autriche.

Les conséquences historiques, sociales et celles pour l'*Union européenne* sont brièvement analysées dans la conclusion. Après la fin des sanctions, l'émotion internationale s'affaiblissait très vite et l'Autriche est redevenue un membre fréquentable de la communauté internationale. Le gouvernement a tenté de faire oublier les sanctions le plus vite possible et a renoncé à prendre des mesures juridiques. Le but des sanctions, d'empêcher la formation du

gouvernement ÖVP-FPÖ n'a définitivement pas été atteint, de même que la chute du gouvernement autrichien et le maintien des sanctions tout au long du gouvernement. Les mesures ont au contraire provoqué un réflexe nationaliste des Autrichiens et consolidé le gouvernement de Schüssel. En revanche, les mesures ont freiné les ambitions à la chancellerie de Haider et ont renforcé la position de Schüssel au sein du gouvernement. Les pertes du FPÖ aux élections régionales ont finalement été une petite confirmation pour les sanctions, bien que ces pertes aient eu aussi des raisons de politique intérieure. De plus, le changement de l'article 7 du traité d'Amsterdam reste une conséquence directe des mesures.

L'*Union européenne* a réagi contre l'Autriche et non pas contre un autre pays, ni avant ni après, parce que nulle part en Europe un mouvement comme le FPÖ a obtenu tant de voix qu'en Autriche. En outre, le FPÖ doit être évalué autrement que d'autres mouvements d'extrême droite à cause de son arrière-plan historique qui s'inscrit dans la tradition national-socialiste. La réaction face à la participation du FPÖ au gouvernement n'aurait peut-être pas été si forte, si cette participation n'avait pas coïncidé avec le succès électoral de l'extrême droite dans de nombreux pays européens. De plus, il s'agit quant à l'Autriche d'un pays avec un passé nazi. Mais il semble que l'UE ait fait des différences entre l'Autriche et par exemple l'Italie, le Danemark, le Pays-Bas etc. qui n'ont pas été sanctionnés. En fin de compte, le gouvernement ÖVP-FPÖ a été reconduit sans protestation internationale après les élections anticipées de 2002 et Haider réélu dans le *Comité des régions*. Ces exemples mettent les sanctions encore plus en cause.

Au bout des quelques mois, les sanctions sont même devenues un véritable obstacle pour le travail dans l'UE. Dans la hâte dans laquelle elles ont été conçues, aucune stratégie de sortie n'était prévue ce qui explique le dilemme de l'UE avant la levée des sanctions. L'affaire autrichienne a montré qu'une véritable culture politique européenne n'existe pas et que la politique de l'UE est encore largement dominée par les intérêts nationaux des Etats membres. De plus, le conflit entre les petits Etats membres et les grands a été rallumé, les candidats à l'adhésion ont été préoccupés de perdre à nouveau une bonne partie de leur souveraineté. L'appel à une charte des valeurs communes a été renforcé, le débat autour d'une constitution européenne commune a été relancé et est depuis un sujet de première importance dans les débats autour de l'avenir de l'UE. Si l'avertissement aux partis populistes de droite a été bien entendu en Europe, il peut être contesté. Ce qui reste des sanctions c'est un scepticisme profond des Autrichiens envers l'*Union européenne* et une dégradation profonde de l'image de l'Autriche dans le monde.

Bibliographie:

Ahtisaari, Martti/ Frowein, Jochen/ Oreja, Marcelino: *Der Weisen-Bericht*, s. Kopeinig/ Kotanko, S. 35-88.

Albert, Pierre: *La presse française*, Paris: La documentation française 2008.

Andexinger, Manfred: *Die Freiheitliche Opposition im Nationalrat. Aufstieg und Wandel der FPÖ in den Jahren 1986 bis 1999*, Diss. Univ. Wien 2004.

Angerer, Thomas: *Besetzung, Entfernung ... Integration? Grundlagen der politischen Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich seit 1938/45*, s. Koja/ Pfersmann, S. 82-102.

Angerer, Thomas/ Le Rider, Jacques [Hrsg.]: *Ein Frühling, dem kein Sommer folgte? Französisch-österreichische Kulturtransfers seit 1945*, Wien-Köln-Weimar: Böhlau 1999.

Angerer, Thomas: *Kommentar [1: Wer hat Angst vor Jacques Le Rider? 2: Verwandte Probleme, verschiedene politische Kulturen? Vichy-Syndrom, Le Pen und Europaskepsis: französische Hintergründe der Reaktionen auf Schwarz-Blau]*, s. Rathkolb, S. 51-75.

Arnold, Cornelia Sabine: *Die Entwicklung von nationalliberalen und liberalen Parteien in Deutschland und Österreich nach 1945 - Eine vergleichende Entstehungsgeschichte von FDP, FPÖ und Liberalem Forum*, Dipl.-Arb. Univ. Wien 1999.

Bailer, Brigitte/ Neugebauer, Wolfgang/ Schiedel, Heribert: *Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei. Zur Erfolgsgeschichte einer rechtsextremen Partei*, s. Scharsach 2000, S. 105-127.

Baumgardinger, Eva: *Der Februar 2000. Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Auseinandersetzung mit Österreich in der französischen Tageszeitung "Le Monde" anlässlich der Regierungsbeteiligung der FPÖ*, Dipl.-Arb. Univ. Wien 2001.

Béhar, Pierre: *Das Österreichbild in der französischen Geschichtswissenschaft seit 1918*, s. Koja/ Pfersmann, S. 32-43.

Blandin, Claire: *Le Figaro. Deux siècles d'histoire*, Paris: Armand Colin 2007.

Czernin, Hubertus [Hrsg.]: *Wofür ich mich meinetwegen entschuldige. Haider, beim Wort genommen*, Wien: Czernin-Verlag 2000.

Deimbacher, Dietmar: *Das Image Österreichs in Frankreich. Eine inhaltsanalytische Untersuchung einiger ausgewählter Tages- und Wochenzeitungen des Jahres 1994 mit besonderer Berücksichtigung des Referendums über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union*, Dipl.-Arb. Univ. Wien 1998.

Delorme, Guy: *Ouest-France. Histoire du premier quotidien français*, Rennes: Éditions Apogée 2004.

Feldner, Josef: *Freispruch für Österreich! Die Chronologie einer kalten Demonstration von Macht*, Graz: Leopold Stocker Verlag 2000.

Gielesberger, Ingrid: *Österreich-Bilder in der außenpolitischen Berichterstattung der französischen Tageszeitungen Le Monde und Le Figaro. Eine kontrastive Analyse der Österreich-Berichterstattung und Wahrnehmung Österreichs in der französischen Presse als*

direkte Reaktion auf die Androhung und Verhängung der bilateralen Sanktionen der EU-14 gegen die österreichische Bundesregierung, Dipl.-Arb. Univ. Salzburg 2002.

Grosse, Ernst Ulrich/ Seibold, Ernst [Hrsg.]: *Panorama de la presse parisienne*, Frankfurt a. M.: Peter Lang 1996.

Haslinger, Ingrid: *La fin du mythe autrichien. Österreich in der französischen Presse 1999/2000*, Dipl.-Arb. Univ. Salzburg 2001.

Hauch, Gabriella/ Hellmuth, Thomas/ Pasteur, Paul [Hrsg.]: *Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich*, Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 12, Innsbruck: Studien Verlag 2002.

Hellmuth, Thomas: „Patchwork“ der Identitäten. Ideologische Grundlagen und politische Praxis des Populismus in Frankreich und Österreich, in: Hauch/ Hellmuth / Pasteur [Hrsg.], a.a.O., S. 9-43.

Hummer, Waldemar/ Pelinka, Anton: *Österreich unter „EU-Quarantäne“. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht, Chronologie, Kommentar, Dokumentation*, Wien: Linde Verlag 2002.

Hummer, Waldemar: *Die „Maßnahmen“ der 14 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegen die österreichische Bundesregierung. Die „EU-Sanktionen“ aus juristischer Sicht*, in: Hummer/ Pelinka, a.a.O., S. 49-112.

Jaritz, Bernd: *Vom „neuen“ zum „anderen“ Österreich? Eine diskursanalytische Studie zur Darstellung der „Österreichkrise“ in der französischen Tagespresse*, Dipl.-Arb. Univ. Wien 2002.

Jost, Hans Ulrich: *Aux origines des droites extrêmes en Suisse et en Autriche. Brève histoire parallèle*, s. Le Rider/ Levrat, S. 87-104.

Koja, Friedrich/ Pfersmann, Otto [Hrsg.]: *Frankreich – Österreich. Wechselseitige Wahrnehmung und wechselseitiger Einfluß seit 1918*, Studien zu Politik und Verwaltung 58, Wien-Köln-Graz: Böhlau 1994.

Kopeinig, Magaretha/ Kotanko, Christoph: *Eine europäische Affäre. Der Weisenbericht und die Sanktionen gegen Österreich*, Wien: Czernin Verlag 2000.

Kreissler, Felix: *Frankreich und Österreich im 20. Jahrhundert. Ein historischer Rückblick*, in: Koja/ Pfersmann, a.a.O., S. 9-31.

Leder, Danny: *Dank an Chirac. Zwischen Paris und Wien während der Sanktionen der EU-14*, in: *Das Jüdische Echo*, 50/2001, S. 207-220.

Le Rider, Jacques: *Das Österreichbild im intellektuellen Diskurs Frankreichs des 20. Jahrhunderts*, s. Rathkolb, S. 27-50.

Le Rider, Jacques/ Levrat, Nicolas [Hrsg.]: *La crise autrichienne de la culture politique européenne*, Bruxelles: Peter Lang 2004.

Le Rider, Jacques: *L'Autriche de M. Haider. Un journal de l'année 2000*, Paris: PUF 2001.

Levrat, Nicolas: *Valeurs démocratiques contre procédures démocratiques?*, in: Le Rider/ Levrat, a.a.O., S. 151-201.

Lobner, Michaela: *Das Image Österreichs im französischsprachigen Ausland nach der Regierungsbildung zu Beginn des Jahres 2000. Eine Analyse ausgewählter französischsprachiger Printmedien*, Dipl.-Arb. Univ. Wien 2001.

Loewe, Siegfried: *Ein ungeliebtes Fach? Die österreichische Französisistik*, in: Angerer/ Le Rider, a.a.O., S. 237-248.

Luger, Karin: *„Dieses Land, das wir so liebend gerne hassen.“ Das Österreichbild in der französischen Presse 1986-1992*, Neue Aspekte in Kultur- und Kommunikationswissenschaft 16, Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag 2000.

Macho, Thomas: *Politische Avatare. Jörg Haider und die Mediendemokratie*, in: Hauch/ Hellmuth/ Pasteur, a.a.O., S. 165-170.

Martin, Hans-Peter: *Die Schockwelle in Europa*, s. Scharsach 2000, S. 13-21.

Minich, Oliver: *Die Freiheitliche Partei Österreichs als Oppositionspartei in der Ära Haider – Strategie, Programmatik, innere Struktur*, Blieskastel: Gollenstein Verlag 2003.

Müller-Klingspor, Werner: *Die Neubegründung des freiheitlich-nationalen Lagers in Österreich von 1945-1949*, Diss. Univ. Wien 1972.

Pasteur, Paul: *L'affaire autrichienne*, 2001, online veröffentlicht unter http://intra.fdr.at/fdr/fdr01/Affaire_autrichienne.html.

Pelinka, Anton: *Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 3/2002, S. 281-290.

Pelinka, Anton: *Die kleine Koalition: SPÖ – FPÖ, 1983-1986*, Studien zu Politik und Verwaltung 48, Wien-Köln-Graz: Böhlau 1993.

Pelinka, Anton: *Die rechte Versuchung. SPÖ, ÖVP und die Folgen eines falschen Tabus*, s. Scharsach 2000, S. 46-66.

Pelinka, Anton: *Österreich und Europa. Wie „westlich“ ist die österreichische Demokratie? Die „EU-Sanktionen“ aus politikwissenschaftlicher Sicht*, in: Hummer/ Pelinka, a.a.O., S. 23-48.

Pelinka, Anton/ Rosenberger, Sieglinde: *Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen - Trends*, Wien: WUV-Universitätsverlag 2000.

Pelinka, Peter: *Ein Hasardeur als Dompteur. Wolfgang Schüssel: Politik im Schatten Jörg Haiders?*, s. Scharsach 2000, S. 86-104.

Pfersmann, Otto: *Nachwort und Tagungsbericht*, in: Koja/ Pfersmann, a.a.O., S. 261-272.

Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A.: *Protest ohne Parteibindung. Die Wählerschaft der FPÖ*, s. Scharsach 2000, S. 128-143.

Puntscher Riekmann, Sonja: *La dimension européenne du „phénomène Haider“*, in: Le Rider/ Levrat, a.a.O., S. 135-150.

Rathkolb, Oliver [Hrsg.]: *Außenansichten. Europäische (Be)Wertungen zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*, Innsbruck: Studien Verlag 2003.

Rauscher, Hans: *Eine geschlossene Verdrängungskette. Warum Österreichs Konservative der Haider-Partei zur Regierungsmacht verhelfen*, s. Scharsach 2000, S. 22-45.

- Reimann, Viktor: *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien: Verlag Fritz Molden 1980.
- Riedl, Joachim: *Der Dominator von Bad Goisern. Über die Versuchungen des jungen H.*, s. Scharsach 2000, S. 144-168.
- Scharsach, Hans-Henning [Hrsg.]: *Haider. Österreich und die rechte Versuchung*, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 2000.
- Scharsach, Hans-Henning: *Gewalt von rechts. Österreichs gefährlichste Neonazis kamen aus der FPÖ*, in: Scharsach 2000, a.a.O., S. 209-226.
- Scharsach, Hans-Henning: *Rückwärts nach rechts. Europas Populisten*, Wien: Ueberreuter 2002.
- Schmidt, Bernhard/ Doll, Jürgen/ Fekl, Walther/ Loewe, Siegfried/ Taubert, Fritz: *Frankreich-Lexikon. Schlüsselbegriffe zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Geschichte, Kultur, Presse- und Bildungswesen*, Berlin: E. Schmidt 2006.
- Schmidt, Nina: *Die österreichische Nationalratswahl 1999 und die Maßnahmen der EU-14 gegen die österreichische Bundesregierung im Spiegel französischer Wochenmagazine*, Dipl.-Arb. Univ. Wien 2004.
- Stäuber, Roland: *Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖe). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945*, St. Gallen: Organisation Kolb 1974.
- Stieg, Gerald: *Im Namen Bernhards und Waldheims. Das Österreichbild der französischen Kulturjournalistik von 1986-1992*, in: Koja/ Pfersmann, a.a.O., S. 221-245.
- Trégomain, Pierre de: *Eine Strategie des Verdachts. Die Reaktionen der französischen Öffentlichkeit auf die politische „Wende“ in Österreich von Februar bis September 2000*, in: *Zeitgeschichte*, 29/2002, S. 211-238.
- Villepin, Dominique de: *Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich*, in: *Wiener Blätter zur Friedensforschung*, 117/2003, S. 1-13.
- Weber, Thomas/ Woltersdorff, Stefan [Hrsg.]: *Wegweiser durch die französische Medienlandschaft*, Marburg: Schüren Presseverlag 2001.
- Wodak, Ruth: *„Echt, anständig und ordentlich“ Wie Jörg Haider und die FPÖ Österreichs Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft beurteilen*, in: Scharsach 2000, a.a.O., S. 180-187.
- Woltersdorff, Stefan: *Die französische Presse zwischen Globalisierungsdruck und Selbstbehauptung*, in: Weber/ Woltersdorff, a.a.O., S. 31-66.

Internetadressen:

Diffusion des quotidiens nationaux:

http://www.ojd.com/engine/adhchif/adhe_list.php?mode=chif&cat=1771&subcat=353,
21.11.2008.

Diffusion des quotidiens régionaux:

http://www.ojd.com/engine/adhchif/adhe_list.php?mode=chif&cat=1771&subcat=354,
21.11.2008.

Ergebnis der Nationalratswahl 1999:

<http://www.bmi.gv.at>, 22.11.2008.

Ergebnisse der Volksabstimmungen:

http://www.parlament.gv.at/PB/VOLKABST/LISTE/ErgebnisseVolksabstimmungen_Portal.shtml, 21.12.2008.

Wahlergebnisse:

<http://www.bmi.gv.at/wahlen/>, 21.01.2009.

Zeitungsartikel:

Alle in *Le Figaro* und *Ouest-France* erschienenen Österreich-relevanten Artikel im Zeitraum von 17. 1. 2000 bis 15. 10. 2000.

Anhang:

Zeitungsartikel:

CREER SON MAGASIN DE BRICOLAGE,
C'EST SE CONSTRUIRE UN AVENIR SOLIDE.

Pour gagner sur un marché porteur, contactez
notre service Expansion.

44 rue de la Gare, 72235 ARNAGE.
Téléphone : 02 43 39 49 18.
Apport minimum 400 000 F.

CATENA

ouest france

Justice et Liber

Conservateurs et extrême droite aux portes du pouvoir

Autriche : la coalition qui inquiète l'Europe

Les tractations se sont poursuivies, hier, à Vienne, entre les conservateurs et l'extrême droite pour former un gouvernement (ici les leaders populiste, Joerg Haider, et conservateur, Wolfgang Schüssel se serrent la main). Thomas Klestil, le président autrichien (à gauche), attendait l'issue de ces tractations « avant de choisir les prochaines étapes en vue de la formation d'un gouvernement ». Reste que l'Union européenne, hier encore, a manifesté son inquiétude.

(Page 2)



Reuters

F
E
p

A
U
fc

Auj
(5.É
plu
des
pag
une

Ouest-France, 28.1.2000, S. 2.

Joerg Haider: un diable très bien de sa personne...

Il a tout du leader d'extrême droite, sauf le style. Il est svelte, sportif, toujours bronzé, le visage souvent éclairé du beau sourire d'un homme sûr de son charisme. A 49 ans, Joerg Haider est un homme (presque) comblé. Alors que tous ces « collègues » européens (Jean-Marie Le Pen, Silvio Berlusconi, etc.) traversent une phase critique, lui ne cesse de voler de victoire en victoire. Les législatives d'octobre ont fait de son parti la deuxième formation politique du pays, devant les chrétiens-démocrates.

Tout le succès de l'homme vient de son style. Un style qui tranche

brutalement avec tout ce que le pays connaît d'hommes politiques, sans convictions réelles et tout aussi incapables de se défaire de leur costume trois pièces que de leur langue de bois.



Joerg Haider.

Lui, lorsqu'il parle, les gens le

trouve « simple », « honnête », « proche ». Ce n'est d'ailleurs pas là ce qui fascine le moins dans le personnage. Alors qu'il roule en Porsche et possède son propre hélicoptère pour ses déplacements politiques, il est considéré comme une sorte de Robin des bois de l'ouvrier, comme l'avocat des petites gens qui dénonce haut et fort les abus de « ceux d'en haut ». Populiste à outrance, il promet, la tête haute, de faire baisser aussi bien le prix des loyers que celui de l'électricité lorsqu'il sera au pouvoir...

Ses discours ont une constante: les étrangers sont coupables, à ses yeux, du classique chapelet mal-

faisant: chômage, insécurité, drogue...

Que l'Autriche ait le taux de chômage le plus faible d'Europe (4,5%), que tous les rapports du ministère de l'Intérieur prouvent un taux de criminalité plus fort parmi les Autrichiens que chez les étrangers, ou que les grands trafiquants de drogue arrêtés soient Italiens (et non pas Africains ou Turcs), rien n'y fait: le poison de la haine est inoculé. Il a déjà largement infecté l'ensemble du corps social et la popularité de Joerg Haider ne fait que croître, jusqu'à le conduire, on peut le craindre, au gouvernement...

Une sorte de fatalisme

Dans le ciel de l'une des capitales culturelles de l'Europe, la menace de l'arrivée au pouvoir d'un parti ouvertement d'extrême droite est un coup de tonnerre. Le directeur artistique du Festival de Salzbourg, le Belge Gérard Mortier, a menacé de démissionner et de quitter l'Autriche si le FPO participe au gouvernement. « Pour moi, c'est un parti non démocratique », a-t-il affirmé. La réplique n'a pas tardé: le secrétaire général du FPO dans la province, Andreas Schoepl, n'a pas lésiné: « Plus vite Gérard Mortier quittera le festival, meilleur cela sera pour Salzbourg ».

Le propos pourrait n'être que polémique. Mais les écrivains juifs viennois Robert Schindel et Doron Rabinovici ont d'autres rai-

sons d'être inquiets envers un homme qui qualifiait les camps de nazis de simples « camps de redressement », il y a moins de deux ans encore. Plus récemment il a condamné nettement l'holocauste et la politique nazie. Mais quand faut-il le croire? « Pas de coalition avec le racisme » dénonce Rabinovici. « La conception de la culture de Joerg Haider correspond à celle des années 30 où tout ce qui était subversif devait être écarté », accuse Schindel.

Mais le petit peuple de Vienne adopte un autre ton. Un chauffeur de taxi se réjouit: « Enfin mon petit Joerg est de retour. Il faut qu'il obtienne le ministère de l'Intérieur. C'est là qu'est le pouvoir. Ces sales étrangers vont enfin quitter le pays ».

Tous les Autrichiens ne sont pas aussi radicaux. Une secrétaire assure que « le gouvernement sera correct avec les étrangers ». Une étudiante turque estime que de toute façon « l'Autriche aurait du mal à faire partir les étrangers. Mais je ne me sens pas tranquille. Haider dit que nous coûtons trop au pays. Pourtant nous travaillons beaucoup ». L'Autriche compte 9 % d'étrangers, l'un des plus forts taux d'Europe, après la Belgique. Mais moins de 5 % de chômeurs.

Un serveur de café égyptien, qui vit depuis 20 ans en Autriche, n'a pas peur. « Le FPO est devenu plus mûr et le pays a besoin de changement. Les sociaux-démocrates se sont éloignés du peuple. » C'est sans doute pourquoi très

peu de voix se sont élevées contre la coalition noire-bleue qui prend forme. Le sentiment dominant est plutôt l'énervement. Énervement de voir que les choses traînent, et qu'après trois mois et demi de discussions interminables, aucun gouvernement n'est encore en état de s'occuper des affaires du pays. Pire: parmi de nombreuses personnalités qui s'étaient jusqu'à présent fermement opposées à toute coalition avec Haider, on constate une sorte de fatalisme du type: « Peut-être que la présence du FPO au gouvernement peut provoquer un choc salvateur pour le pays... Et nous débarrasser enfin de la coalition sociaux-démocrates/conservateurs qui nous étouffe depuis cinquante ans... »

Les trois interlocuteurs du FPO...

Ils sont trois, en Autriche, à devoir affronter le « diable » Joerg Haider, de près ou de loin, trois qui devront de toute façon répondre, à des titres divers, des conséquences politiques de l'arrivée de l'extrême droite au gouvernement autrichien: Thomas Klestil, le président lui-même; Viktor Klima, le chancelier, leader du Parti social-démocrate; Wolfgang Schüssel, le leader du Parti populaire autrichien, l'OeVP.

Thomas Klestil, particulièrement soucieux de l'image de son pays à l'étranger, est placé dans la situation la plus inconfortable qui soit. En temps normal, le Président garde ses distances. C'est d'autant plus vrai pour cet homme d'origine modeste qui a fait carrière dans la diplomatie: ambassadeur à l'Onu, ambassadeur aux États-Unis... C'est la première fois depuis trente ans que la situation va le contraindre à mettre en jeu le poids politique que lui confère la Constitution.

Viktor Klima fait figure de victime. Ancien dirigeant de société pétrolière, il a été propulsé à la chancellerie en janvier 1997 par la démission surprise de son prédécesseur qui avait dirigé le gouvernement pendant 10 ans. Les premières législatives que son clan ait eu à affronter sous sa houlette, en octobre, ont été un désastre. Si les sociaux-démocrates restent le premier parti d'Autriche, ils ont été incapables de reconstituer la coalition sortante avec les conservateurs et leur refus de s'allier à l'extrême droite les conduit à l'échec.

Wolfgang Schüssel, c'est le mouton noir: le ministre des Affaires étrangères se fait oublier derrière le leader des conservateurs pour négocier l'entrée de l'extrême droite au gouvernement. C'est à lui, avant tout, si les négociations qu'il a lancées aboutissent, que l'Europe demandera des comptes...



Th. Klestil.



V. Klima.



W. Schüssel.

Religions

Islam: la démarche de Chevènement approuvée

La consultation préliminaire sur l'organisation du culte musulman en France arrive à son terme. Le texte proposé par le ministre de l'Intérieur a été accepté par la quasi-totalité des fédérations musulmanes, grandes mosquées ou personnalités qualifiées consultées. Jean-Pierre Chevènement reçoit ce 28 janvier l'ensemble de ces groupes ou personnes adhérant à « l'intégration officielle du culte musulman dans le cadre de la laïcité républicaine, aux côtés des autres cultes et en pleine égalité avec eux ». Ensuite, la consultation proprement dite pourra commencer.

Des intellectuels demandent un nouveau concile

Seize intellectuels catholiques, réunis dans le groupe *Paroles*, se prononcent pour « la préparation d'un nouveau concile ». Ils demandent aussi aux responsables de l'Église catholique « un changement de discours dans le domaine de la bioéthique et de la morale familiale, conjugale et sexuelle ». Parmi les signataires, on relève notamment les noms de René Rémond, Jean Delumeau (historiens) et Guy Aurenche (avocat).

Béatification: un miracle attribué à Jean XXIII

La congrégation vaticane pour la cause des saints a confirmé, jeudi, l'authenticité d'un miracle attribué au pape Jean XXIII (1881-1963): la guérison, soudaine et scientifiquement inexplicable, d'une religieuse italienne condamnée par la médecine après l'ablation d'une tumeur maligne à l'estomac. Sœur Caterina Capitani, qui travaille aujourd'hui comme infirmière dans un hôpital de Sicile, avait, dans sa prière, sollicité l'intercession d'Angelo Roncalli. Le « bon pape Jean », qui convoqua le concile Vatican II (1962-1965), sera béatifié le 3 septembre.

N3G02

Ouest-France, 28.1.2000, S. 2.

AUTRICHE En annonçant un embargo politique au cas où l'extrême droite arriverait au pouvoir à Vienne

L'Europe se prémunit contre le virus Haider

Les parlementaires européens de l'Autriche ont décidé hier un embargo politique quasi complet contre l'Autriche. Ils se refusent à tout contact officiel au niveau politique avec un gouvernement qui à Vienne, inclurait le parti d'extrême droite FPÖ de Jörg Haider. C'est ce qu'a annoncé hier, un communiqué de la présidence portugaise de l'Union européenne salué aussitôt par Jacques Chirac comme un signe de « *cohérence* ».

Les Quatorze, en outre, n'appuieront pas les candidatures de l'Autriche à des postes internationaux et les ambassadeurs autrichiens dans les capitales de l'Union ne seront plus reçus que pour des réunions techniques.

Les plus hautes autorités de Vienne ont été informées par le Portugal de ces mesures conditionnelles. Les critiques se multiplient contre la probable arrivée au pouvoir, au côté du parti conservateur ÖVP de Wolfgang Schäussel, du FPÖ de Jörg Haider. Celui-ci, hier, a « *regreté* » certaines de ses réactions. Mais son repentir n'a eu aucun effet...

pour ne pas cautionner ce qui se passe sur les bords du Danube... « *Le comportement de Wolfgang Schäussel et de ses amis peut et doit être considéré comme méprisable* », dit-il au Figaro.

Certes, constate-t-il, les « *clauses de protection des droits de l'homme inscrites dans les articles 6 et 7 du Traité d'Amsterdam étaient largement ignorées* » dans le cas présent. Mais qu'imagine-t-elle en lançant une véritable mise en demeure à l'Autriche, inventant une sorte de droit d'ingérence préventive ?

Fallait-il aller jusque-là ? Ou plus loin ? Député européen depuis plus de dix ans, membre du Parti populaire européen (PPE) qui rassemble les

Jean-Louis Bourlanges porte une appréciation très sévère sur le comportement des conservateurs autrichiens qui, dit-il, « *pour un fauteur de chaos, cetier font la courte échelle* ».

à un parti qui représente ce qu'il y a de pire dans l'extrême droite européenne ». Il rappelle que l'Autriche a été « *le berceau du national-socialisme* », qu'elle a échappé « *au prix d'un véritable tour de passe-passe à la dénazification en 1945* » et qu'elle est « *le seul pays européen à avoir porté*

« Le comportement de Wolfgang Schäussel et de ses amis peut et doit être considéré comme méprisable »

partis de droite modérés et forme le groupe le plus important à Strasbourg. Jean-Louis Bourlanges a des idées bien arrêtées sur la question.

Il se « *repout* » de la « *fermé* » affichée hier par les partenaires de l'Autriche et de l'ouverture d'une « *crise politique* », seule vote possible

nel démocrate-chrétien et un courant conservateur de plus en plus travaillé par l'identitarisme national.

« *L'alliance Schäussel-Haider représente pour notre groupe l'heure de vérité*, dit-il. Si notre président, Hans-Gert Pötinger, continue de nous gratifier de communiqués naïfs sur la nécessité de juger le gouvernement autrichien sur son programme, et non sur les forces qui le soutiennent, il y aura certainement rupture et éclatement du groupe. Il ne faut pas tout de même pas confondre le PPE avec le fameux club imaginé par Basile de Koch : « *Nazisme et dia-*

Wiesenthal pour un nouveau scrutin

Le célèbre « *chasseur de nazis* » Simon Wiesenthal s'oppose à la tenue de nouvelles élections en Autriche plutôt que de voir l'extrême droite entrer dans un gouvernement de coalition. Dans un entretien publié hier par l'hebdomadaire Profil, Wiesenthal, qui vit à Vienne, rappelle sans cesse le fait que l'Autriche se soit considérée comme la première victime du nazisme. « *Après la participation de l'Autriche à l'élimination des Juifs durant l'époque nazie, l'antisémitisme est quelque chose qu'un Autrichien ne peut pas expliquer publiquement. C'est pourquoi on s'en prend aux étrangers* », plutôt qu'auvernement aux Juifs. Mais, ajoute-t-il, il y a en Autriche « *suffisamment de gens pour qui les Juifs sont aussi des étrangers* ». (AFP.)



La décision prise hier pour contrer la montée du parti de Jörg Haider signe une première dans l'histoire de l'Union européenne. (Photo Gamma.)

sement qui ne comportait pas, à ses yeux, de garanties institutionnelles suffisantes. Il constate que ceux qui avaient accepté alors l'adhésion de l'Autriche pouvaient mesurer « *les conséquences de leur décision* ».

Un élargissement à douze nouveaux pays est maintenant prévu, précède d'une réforme des institutions. Or, pour Bourlanges, l'arrivée du FPÖ au

« *ne fait que confirmer l'erreur d'ignorer qu'il ne faut pas juger Haider sur ce qu'il a dit auparavant, mais sur les raisons tactiques, expliquent-t-il, mais sur le basculement stratégique au profit de l'extrême droite que représente son arrivée au pouvoir* ».

Si la coalition ÖVP-FPÖ se réalise, le fonctionnement de l'Union européenne en sera-t-il aussi affecté que certains le redoutent ? « *Les thuriféraires du vote à l'unanimité ont com-*

AUTRICHE Un entretien exclusif avec le leader d'extrême droite, à la veille de l'entrée du FPÖ au gouvernement

Haider : « Les idées de De Gaulle et d'Adenauer »

Après avoir signé une déclaration solennelle reconnaissant « la responsabilité » de l'Autriche face aux crimes du régime nazi, le chef du parti d'extrême droite FPÖ, Jörg Haider, a reçu l'envoyée spéciale du Figaro.

Propos recueillis à Vienne par Françoise Lepellier

LE FIGARO. - Vous attendez-vous à une telle réaction européenne ? Que pensez-vous que les autres pays européens vont faire désormais et croyez-vous qu'il y a eu un aplomb pour éviter que votre parti arrive au gouvernement ?

Jörg Haider. - Je pense que ce n'est pas venu de façon inattendue. Il n'est pas surprenant qu'au bout de trente ans de gouvernement socialiste, lorsqu'on entend de faire une équipe avec les conservateurs et le parti libéral, les socialistes par tentent de devoir quitter le pouvoir mobilisent leurs amis dans l'Europe entière. Le but étant de faire de la résistance avec l'espoir d'empêcher la formation d'un tel gouvernement... Je suis par conséquent convaincu que, l'excitation, une fois le gouvernement formé, s'apaisera, parce que nos ministres prouveront qu'ils travaillent dans un cabinet de réforme, sur la base des valeurs communes de l'Europe et que la liberté des habitants de l'Autriche y gagnera.

Est-ce que vous pensez que le préambule que vous venez de signer est de nature à rassurer vos partenaires européens ?

Je ne m'attends pas à un changement d'opinion du jour au lendemain. Parce qu'en poli-

tique, ce sont des êtres humains qui gouvernent et qu'ils n'aiment pas admettre s'être trompés. Pour ce qui est du jugement que l'on porte sur le FPÖ, je peux dire avec conviction que tous les reproches que l'on nous fait sont absolument infondés et injustifiés. Il faut distinguer des erreurs qui peuvent être commises sur plusieurs années. Je pense ainsi que les hommes politiques français qui nous jugent savent bien que, durant les campagnes électorales, ils sont amenés à faire des déclarations qui ne sont pas toujours acceptables. « Que celui qui n'a jamais péché jette la première pierre... »

Vous avez dit que Jacques Chirac n'avait pas compris ce qui se passait en Autriche. Que n'est-il pas compris ?

Je crois qu'il n'a pas bien vu que notre mouvement libéral n'est pas comparable aux groupuscules de l'extrême frange de la droite en Europe. On ne peut nous comprendre que si l'on comprend le système politique autrichien. Après la fin de la deuxième guerre mondiale, le pouvoir a été réparti entre deux formations. Cette répartition avait ses ramifications jusque dans la sphère privée. C'était le « proporz », un système de distribution en vertu duquel toute personne qui voulait faire carrière dans la fonction publique était forcée d'être membre de l'un des deux partis (SPÖ socialiste ou ÖVP conservateur, NDLR), même chose pour les aides économiques ou pour obtenir un logement social puisque ces deux partis étaient propriétaires des immeubles coopératives. Le parti libéral a toujours lutté contre ce système de mise sous tutelle des citoyens. Si le président Chirac avait pris en compte cet arrière-plan, il aurait jugé différemment notre tenta-



Jörg Haider, avec son attachée de presse (au centre), répond aux questions de notre envoyée spéciale (à gauche), accompagnée d'une traductrice. (Photo J. Pelleross/Agence pour Le Figaro)

dans un espace européen. N'est-ce pas contradictoire ?

Pas nationalisme mais patriotisme. Cela fait une grosse différence. C'est quelque chose que les Français connaissent très bien. C'est-à-dire que dans une Europe devenue plus grande, on apporte une contribution à la diversité en renforçant sa propre identité en matière de culture et de création.

Dans votre conférence de presse suivant l'accord avec l'ÖVP, vous avez parlé de renouveau du nationalisme autrichien et en même temps de la nécessité pour vos concitoyens de s'habituer à vivre au gouvernement ?

Nous ne manquons donc pas d'expérience. On peut donc apprendre de nous que nous pratiquons une politique avisée et consciente de nos responsabilités en Europe.

Dans votre conférence de presse suivant l'accord avec l'ÖVP, vous avez parlé de renouveau du nationalisme autrichien et en même temps de la nécessité pour vos concitoyens de s'habituer à vivre au gouvernement ?

Nous voyez donc que

rope. À propos de l'élargissement à l'Est, nous avons toujours été de ceux qui pensaient que c'est un développement nécessaire, mais qui comporte aussi des risques. Ces risques, il faut les connaître, les mesurer de façon claire, afin qu'on puisse protéger son propre pays contre ces inconvénients. C'est, par exemple, l'ouverture du marché de l'emploi. Nous attachons beaucoup d'importance à ce que l'élargissement soit possible à la condition que les différences de revenus entre nouveaux et anciens membres de l'Union soient atténuées. Autrement, lorsque les libéraux sont à la tête d'un gouvernement, ils peuvent accomplir un excellent travail.

« Vous avons une spécificité autrichienne et nous ne sommes pas un article d'exportation »

En ce qui me concerne, j'arrive à un âge, 50 ans, où j'ai envie de jouer un peu de ma vie privée. J'ai beaucoup de centres d'intérêt, auxquels je n'ai pas eu le temps de me consacrer au cours des vingt dernières années. Je ressens plutôt le besoin de faire de l'escalade en montagne que de passer des heures autour d'une table de négociations. Mon ambition a ses limites. Ma place dans la démocratie autrichienne est déjà assurée. Et ma contribution ne peut plus être escamotée. Donc il n'est pas nécessaire que j'appartienne à un gouvernement au niveau fédéral.

Mais vous avez toujours envie d'être chancelier un jour ?

Ca dépend des conditions. Vous voudriez être porté à ce poste par la rue ou par la loi ?

Je crois que nous avons intérêt pour l'instant à ce que les ministres FPÖ fassent un bon travail et, si c'est le cas, ils seront non pas seulement comme élément de soutien à un grand parti, j'y suis arrivé, j'ai donc

nous avons des points communs tout à fait positifs avec la France. En passant un accord avec les conservateurs, vous avez accepté l'engagement européen dans ses différents aspects, y compris l'élargissement de l'UE aux pays de l'Est. Est-ce que votre position a évolué, en particulier sur la notion d'élargissement ?

Nous avons toujours été un parti européen. Mais, contrairement à d'autres, nous défendons les idées de De Gaulle et d'Adenauer, d'une Europe des patries, nous pensons que c'est la meilleure façon pour que les citoyens soient impliqués dans le processus de décision en Eu-

nous avons des points communs tout à fait positifs avec la France. En passant un accord avec les conservateurs, vous avez accepté l'engagement européen dans ses différents aspects, y compris l'élargissement de l'UE aux pays de l'Est. Est-ce que votre position a évolué, en particulier sur la notion d'élargissement ?

Nous voyez donc que

La aussi, il faut que vous compreniez que depuis de longues années nous sommes représentés dans presque tous les gouvernements régionaux. Je suis moi-même chef de gouvernement en Carinthie.

Nous ne manquons donc pas d'expérience. On peut donc apprendre de nous que nous pratiquons une politique avisée et consciente de nos responsabilités en Europe.

Nous voyez donc que

Dans un sondage paru dans Der Standard, 70 % des Autrichiens trouvent que vous êtes allés trop loin dans vos répliques à la vague d'indignation européenne. Est-ce que cela va changer votre attitude maintenant que votre parti est au gouvernement ?

Nous voyez donc que

La aussi, il faut que vous compreniez que depuis de longues années nous sommes représentés dans presque tous les gouvernements régionaux. Je suis moi-même chef de gouvernement en Carinthie.

Nous ne manquons donc pas d'expérience. On peut donc apprendre de nous que nous pratiquons une politique avisée et consciente de nos responsabilités en Europe.

Nous voyez donc que

Dans un sondage paru dans Der Standard, 70 % des Autrichiens trouvent que vous êtes allés trop loin dans vos répliques à la vague d'indignation européenne. Est-ce que cela va changer votre attitude maintenant que votre parti est au gouvernement ?

Nous voyez donc que

Le président Klestil: «Jugez-les aux actes»

Autriche : un ministre sur deux est d'extrême droite

(Page 3)

Éditorial

par François Régis Hutin

Soutenons les démocrates autrichiens

La crise en Autriche aurait pu être évitée au prix de quelques concessions auxquelles les syndicats autrichiens se sont refusés. Pourtant cela eût mieux valu que de jouer ainsi avec le feu, ce qui ne peut que favoriser les tendances ultranationalistes en ce pays.

Le problème pourtant se serait sans doute posé de toute façon un peu plus tard. Mieux vaut donc l'affronter clairement aujourd'hui. C'est pourquoi l'Europe a raison de marquer fortement sa désapprobation, son désaccord avec les thèses de Monsieur Haider et de mettre en garde les dirigeants autrichiens. Est-ce le début d'une Europe politique comme on le proclame ici et là? C'en est, en tout cas, une facette, mais il serait sans doute bien utile, et ce serait un vrai pas en avant, de profiter de ce moment pour préciser les positions européennes dans le domaine de l'éthique politique. On a souhaité l'élaboration d'une Constitution européenne, voilà l'occasion d'en écrire le préambule. Ce serait bien utile aussi face aux nombreuses demandes d'entrée dans l'Union et permettrait de juger plus précisément de la capacité et de l'adhésion des pays demandeurs à l'idéal européen. On en juge actuellement par rapport à la Déclaration européenne des droits de l'homme, mais il serait bon que l'Europe affiche clairement l'ensemble des principes sur lesquels elle s'appuie pour condamner les idées du leader autrichien. Il serait utile aussi, comme le demande l'historien Von Tadden, que soient

précisés au nouveau gouvernement autrichien les points sur lesquels les instances européennes n'entendent tolérer aucun écart.

De toute manière, l'Europe a bien raison de réagir à l'encontre de Monsieur Haider. Cependant, il ne faut pas que les Autrichiens se sentent condamnés et rejetés globalement. N'isolons pas les nombreux démocrates autrichiens, ne les laissons pas seuls face à ce nationalisme-populiste que, pas plus que nous, ils n'approuvent. Ne prenons pas le risque de favoriser les entreprises du leader contesté et contestable en en faisant une sorte de figure emblématique autour de laquelle se regrouperait plus fortement encore une partie de l'opinion publique autrichienne blessée par ce qui lui apparaîtrait comme un rejet et comme du mépris.

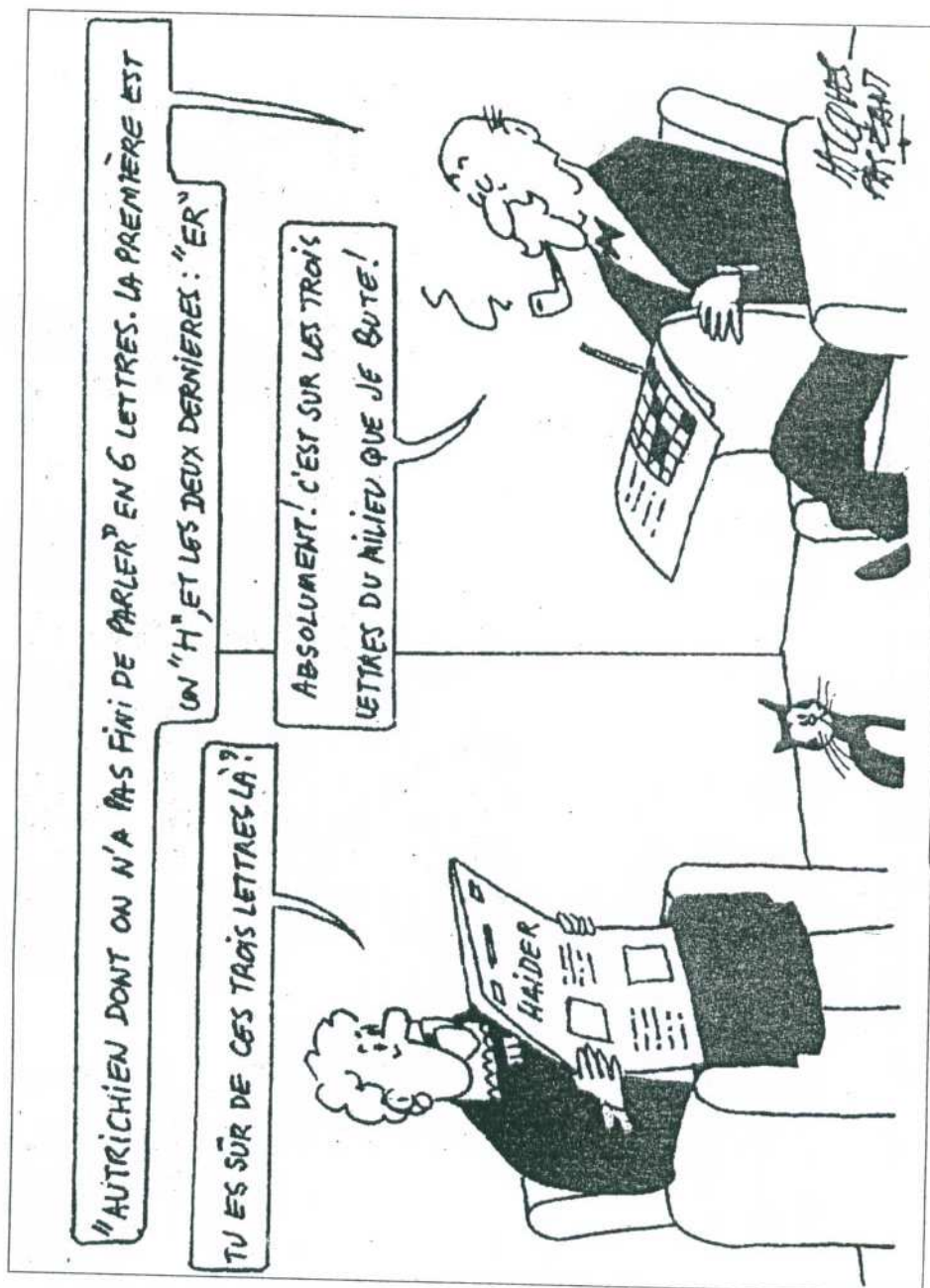
Pour faire face : organiser l'Europe

Si Monsieur Haider sentait que de telles réactions entraînaient un mouvement porteur, gageons qu'il en profiterait pour aller plus loin. Il s'efforcerait d'accroître les difficultés jusqu'à obtenir une dissolution entraînant des élections nouvelles qui lui seraient plus favorables encore que les précédentes, ce qui pourrait même peut-être provoquer la démission du président de la République autrichienne. Alors, serait créé un vide qu'il tenterait bien entendu de combler, ce qui serait évidemment plus dangereux encore pour la démocratie et pour l'Europe.

Enfin, les voisins allemands, peut-être les Suisses et peut-être les Italiens pourraient bien subir le contrecoup d'une telle évolution. Ce pourrait être le cas particulièrement en Allemagne avec la déconfiture actuelle de la CDU mais aussi un peu partout, là où monte une réprobation, d'ailleurs justifiée, de l'opinion publique envers les graves erreurs et parfois les corruptions des dirigeants. C'est, en effet, dans ces cas-là que l'idéologie de la pureté absolue et le réflexe du «**coup de balai envers les "tous pourris"**» reviennent en force. S'y ajoute, dans les opinions publiques de nombreux pays européens, une sorte de repli identitaire face à une mondialisation qui effraie, car elle semble diluer les cohésions nationales. Tout cela peut créer la tentation de recourir à des hommes d'autorité, simplificateurs, ambitieux et démagogues ressemblant à celui que nous voulons combattre aujourd'hui.

On le voit, la situation est sérieuse et difficile. Il y faut le courage et la netteté que l'Europe est en train de démontrer, mais il y faut aussi beaucoup d'attention et d'égards pour les démocrates autrichiens. Il faut aussi éviter de favoriser l'amalgame autour de ce M. Haider, ce qui pourrait donner des idées, ailleurs, à certains leaders aussi douteux que lui. Reste que l'Union européenne va devoir s'organiser pour affronter ces questions et résoudre ces problèmes politiques qui lui sont désormais posés sous un nouveau jour.

Ouest-France, 5/6.2.2000, S. 1.



Le Figaro, 5./6.2.2000, S. 15.

Un entretien avec l'historien Paul Pasteur, observateur de l'Autriche

Comment Jörg Haider a construit son pouvoir

L'alliance des chrétiens sociaux avec le parti d'extrême droite de Jörg Haider en Autriche continue de choquer l'Europe. Jacques Chirac a estimé, mercredi, qu'il y avait rupture du «contrat» de la part de l'Autriche. L'historien Paul Pasteur, de l'université de Rouen, explique l'évolution d'un pays singulier.

Interview

Quelles sont les origines du parti de Jörg Haider, le FPÖ ?

En 1949, naît «L'union des indépendants» qui regroupe majoritairement les anciens nazis. Il aura très peu de voix aux élections. Par regroupements successifs de différentes organisations politiques, le FPÖ naît en 1956. On y trouve les héritiers du nationalisme pro-allemand alors que, depuis 1945, les chrétiens sociaux et les sociaux démocrates ont reconnu l'existence d'une nation autrichienne, résultat, notamment, de l'Anschluss (1), de la brutalité nazie.

Qu'entendez-vous par nationalisme pro-allemand ?

Après la formation du Reich (1871), la question nationale allemande n'était pas réglée pour autant. Il y avait toujours des Allemands en dehors du Reich, en Autriche, en Bohême, etc. Les Autrichiens qui



L'historien Paul Pasteur.

aspiraient à se retrouver sous le même toit que les Allemands du Reich ont développé un nationalisme pro-allemand. Après 1918, pratiquement toute la classe politique autrichienne a exprimé la volonté d'être rattachée à l'Allemagne. Les alliés l'ont interdit, tout comme la dénomination de «République d'Autriche allemande».

Le FPÖ est donc l'héritier de cette nostalgie pro-allemande ?

Il y a, dans le FPÖ, des relents de pangermanisme. Sauf que Haider s'est aperçu, depuis 1993, que l'idée d'une grande nation allemande ne marche plus auprès des Autrichiens. Il s'est donc reconverti et prône un patriotisme autrichien.

Haider est donc, selon vous, un opportuniste ?

Haider a mis la main sur le FPÖ en 1986, où il impose l'idée nationale allemande. On a vu son revirement sur le sujet. Il est jeune, il a du charisme et il est très éloquent. C'est très impressionnant de le voir changer en une minute de niveau de langue selon le public auquel il s'adresse. Il a imposé un style qui correspond à la société contemporaine. Il a été le premier à tomber la cravate et il peut porter la veste traditionnelle autrichienne avec le jean. Le FPÖ a un électoralat très hétéroclite, mais la grande avancée de Haider a été d'attirer les ouvriers et les jeunes. Les hommes s'identifient plus à lui que les femmes à cause de son discours politique sur la femme à la maison. C'est une sorte de mélange de Le Pen et de Tapie.

Le FPÖ est-il raciste ?

Le programme du FPÖ a été écopé de tout ce qui pouvait ressembler à des relents nationaux-socialistes. Le parti se reconnaît maintenant dans le «un christianisme qui défend ses valeurs». Toutefois, aux municipales de Vienne, le FPÖ a fait placarder dans les immeubles communaux des listes de gens – des immigrés – qui n'auraient pas dû, selon lui, s'y trouver. Il y a au FPÖ des gens qui ne dérapent pas mais ils sont très minoritaires.

Y a-t-il responsabilité des partis



Jörg Haider, gouverneur de Carinthie et politicien d'extrême droite. Il a réussi à attirer sur son nom un électoralat jeune et ouvrier.

traditionnels dans la montée de l'extrême droite ?

Oui. A partir des années 50, les chrétiens démocrates et les sociaux démocrates ont mis en place un partenariat social qui exprime la volonté de tout négocier entre soi. Les citoyens ne sont jamais allés à passer à l'action. Les deux partis se répartissent les postes de responsabilité dans l'État. Sans carte des partis il est pratiquement impossible d'avoir un emploi dans l'enseignement. Socialistes et chrétiens démocrates ont reconnu tardivement cette pratique et promis d'y mettre fin. Haider a fait recette en dénonçant ce système.

Et l'Église catholique ?

Ma conviction est que la coalition n'aurait pas pu voir le jour si l'Église catholique s'y était opposée. Il faut dire que la déchristianisation est très importante (40000 sorties de l'Église par an) et qu'elle profite au FPÖ. Les chrétiens sociaux, d'autre part, n'ont tiré aucune leçon de l'affaire Waldheim, ce président de la République rattrapé par son passé nazi.



Que peut-il se passer maintenant ?

Les Autrichiens découvrent aujourd'hui la différence entre gauche et droite, que la rue existe et qu'elle a du pouvoir. Lorsque les militants de base des sociaux démocrates ont compris que leur parti n'aurait pas au gouvernement, ils ont exulté. Enfin, on va pouvoir relâcher de la politique.

Quelles conséquences pour l'Europe ?

L'Autriche a vraiment une grosse responsabilité s'agissant de l'élargissement. Que peut-on exiger de démocraties de l'Est encore fragiles, alors que l'Autriche se laisse aller à de telles dérives ? D'autant plus dommage qu'elle est le seul pays, du fait de son histoire, qui perçoit bien ce qui se passe à l'Est.

L'Autriche est-elle, historiquement, un cas particulier en Europe ?

L'empire des Habsbourg voulait faire vivre des peuples différents sous le même toit. On refuse souvent de voir les querelles, les haines, le refus de la société multiculturelle et l'antisémitisme virulent qui ont traversé quotidiennement cette société avant 1914. En 1932, le chancelier Dollfus a voulu créer un État chrétien et autoritaire en faisant – déjà – alliance avec la droite extrême. Il y a eu dénazification mais le travail de mémoire n'a pas pénétré la société. Toutefois, l'écroulement du bloc de l'Est a servi Haider. On a assisté à un déferlement de Hongrois, de Tchèques, etc. qui revenaient dans la capitale d'autrefois. Curieusement, les Autrichiens d'aujourd'hui ne sont pas très ouverts, mais je m'étonne de voir à quel point ils sont solidaires des causes humanitaires. Récemment encore, ils ont accueilli 70 000 réfugiés de l'ex-Yougoslavie.

Recueilli par Jacques ROUIL.

(1) Rattachement en 1938 de l'Autriche à l'Allemagne imposé par Hitler.

Chirac : l'Autriche en «rupture de contrat»

Accueillant mercredi soir à l'Élysée le Premier ministre espagnol José María Aznar, le président Jacques Chirac a utilisé une formule choc pour stigmatiser une nouvelle fois la coalition au pouvoir à Vienne : «L'Autriche, a-t-il dit, s'est en quelque sorte mise en situation de rupture de contrat» à l'égard de l'Union européenne. «Notre condamnation, a-t-il ajouté, n'est pas une ingérence, c'est un rappel.»

La France s'est d'ailleurs jointe à la Belgique, jeudi, au conseil permanent de l'OSCE (Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe), à Vienne : les deux délégations ont quitté la séance lors du discours de la nouvelle présidente en exercice de l'organisation, l'Autrichienne Benita Ferrero-Waldner (ministre des Affaires étrangères, conservatrice). Une question de «cohérence», a expliqué un délégué français.

A Bruxelles, le bureau politique du

PPE, le Parti populaire européen, a été officiellement saisi d'une demande d'exclusion ou de suspension des conservateurs autrichiens, pour alliance avec l'extrême droite. Cette demande émanait de trois formations membres du PPE : le PSC (Parti social-chrétien, belge) ; le PPI (Parti populaire italien) et l'UDF (française). Le vote n'interviendra pas avant le 6 avril.

A Washington, le pianiste autrichien Andras Schiff, comme «citoyen autrichien» et «Juli européen», a annulé un concert à l'ambassade d'Autriche. A Paris, l'actrice italienne Claudia Cardinale et la Française Catherine Deneuve ont décliné une invitation au Bal de l'Opéra de Vienne.

Quant à la Fédération internationale SOS-Racisme, que préside l'eurodéputé Fodé Sylla, elle a appelé à manifester, le 19 février, à Vienne, contre la participation de l'extrême droite au gouvernement autrichien.

Jörg Haider a réuni «ses» ministres à huis clos

Le chef de l'extrême droite autrichienne, Jörg Haider, qui ne fait pas partie du gouvernement autrichien, a tenu, jeudi, une réunion de travail avec les ministres de son parti, six jours après leur prise de fonction au sein de la coalition du chancelier conservateur Wolfgang Schüssel.

A l'ouverture de cette réunion, tenue à huis clos à Klagenfurt, sa capitale, le gouverneur de la Carinthie a annoncé qu'il allait développer un «programme de cent jours», dont les principaux points sont : la réforme de l'administration, l'amélioration des revenus des plus défavorisés, la libéralisation du marché de l'énergie et l'abolition du système de «proporz», par lequel les partis au pouvoir se répartissent jusqu'ici tous les postes de la vie publique en Autriche.

«Le pays a été sans gouvernement pendant quatre mois, nous devons donc nous mettre au travail sans tarder», a

déclaré la vice-chancelière autrichienne, Susanne Riess-Passer, membre de l'extrême droite.

Pour tenter d'apaiser l'inquiétude de l'étranger, le nouveau ministre conservateur des Affaires étrangères, Benita Ferrero-Waldner, avait déclaré, lundi : «M. Haider va se retirer, rester gouverneur de Carinthie et laisser le gouvernement travailler.»

Dans une interview publiée jeudi par le journal espagnol *Diario 16*, Jörg Haider s'en est, une nouvelle fois, pris aux «politiciens qui ont insulté l'Autriche». Le leader de l'extrême droite a accusé l'Europe d'avoir «commis une grande erreur», celle d'«agir comme si elle était une puissance coloniale désireuse de dominer un petit pays». Évoquant le Président français, le gouverneur de Carinthie a ajouté : «Je considère M. Chirac comme un très grand ennemi de l'Autriche.»

Paris et Bruxelles boudent la ministre de Haider

Lisbonne :
de notre envoyé spécial
Pierre Bovey

La présidence portugaise avait tout fait pour éviter l'esclandre. De la discrétion avant toute autre chose, et un protocole réduit à sa plus simple expression. C'était mal connaître Martine Aubry et sa collègue belge, Laurette Onkelinx, qui s'étaient concertées pour « marquer le coup ». La quarantaine politique que ses 14 partenaires européens imposent à l'Autriche dans leurs relations bilatérales ne devait pas polluer les affaires communautaires. La France et la Belgique ont décidé que cela ne se passerait pas ainsi.

« Un geste symbolique et fort », s'est réjouie Martine Aubry, qui se refuse à « accepter l'inacceptable »

Les premiers pas du FPÖ sur la scène européenne ont donc été effectués hier à Lisbonne par Elisabeth Sickl, la ministre autrichienne des Affaires sociales, qui appartient au parti de Jörg Haider. Valse viennoise un peu crispée. Et, dans le silence gêné de tous, sauf de ses collègues française et belge qui ont ostensiblement quitté la séance au moment où elle a pris la parole. « Un geste symbolique et fort », s'est réjouie Martine Aubry qui se refuse à « accepter l'inacceptable ».

Les autres ministres n'ont pas suivi. « Je ne tiens pas pour constructive cette attitude, a expliqué l'Allemand Walter Riestter, et c'est pourquoi je suis resté ». Michel Rocard, présent aussi à Lisbonne, s'est aussi démarqué de la position de Martine Aubry, en déclarant : « Il n'y

a pas d'acte législatif en Autriche jusqu'à présent violent des grands principes européens, comme par exemple la modification de la protection des droits de l'homme, la suppression de la liberté de la presse ou l'ouverture de camps de concentration ».

La présidence portugaise avait d'emblée mis les points sur les « i ». Dans une longue déclaration liminaire, le ministre Ferro Rodrigues ainsi insisté sur les valeurs démocratiques communes à l'Europe. Il faut de la « vigilance lorsque nous sommes confrontés à la démagogie populiste qui, si souvent par le passé, a caché la totalitarisme ».

Côté protocole, la présidence avait pris toutes ses précautions.

Les florilys qui d'habitude accompagnent les sessions informelles à quinze ont été supprimés, la réunion écourtée d'une journée, la traditionnelle « photo de famille » bannie pour que personne n'ait à apparaître aux côtés de l'Autrichienne indésirable.

Non, affirme le ministre allemand en réponse à une question, l'atmosphère en séance n'était pas « à couper au couteau ». Elle a quand même dû être un peu particulière : à l'exception du président portugais en exercice, personne n'a adressé la parole à Elisabeth Sickl, personne ne lui a serré la main. L'intéressée en a « mal-heureusement » pris bonne note tout en trouvant ces réactions « un peu exagérées ». Elle s'est en particulier émue du double boycottage par Martine Aubry et Laurette Onkelinx, qui lui a « fait mal ». Surtout, explique-t-elle plus sérieusement du monde, dans la mesure où la politique



A l'exception du président portugais en exercice, personne n'a adressé la parole ni serré la main à Elisabeth Sickl. (Photo Ribeiro/Reuter.)

membre s'il viole les principes fondamentaux de l'Union. Mais le « dispositif est difficile et lourd ».

La ministre belge voudrait donc que la révision du traité, par la « conférence intergouvernementale » (CIG) qui débute lundi à Bruxelles, permette à l'avenir « l'expulsion » d'un

pays membre. Et « par des procédures plus souples que la majorité qualifiée, voire l'unanimité » comme actuellement.

L'Autriche, si l'on comprend bien, serait expulsée pour la durée du gouvernement actuel. Pour être réadmis plus tard ? Comment ? Également à la main levée ? Prudence, Martine Aubry refuse de se prononcer sur cette idée : cela doit se faire « au niveau du président de la République et du premier ministre ».

Accessoirement, Laurette Onkelinx semble avoir oublié que les décisions à la CIG se prennent à l'unanimité, c'est-à-dire avec la voix de l'Autriche...

AUTRICHE La manifestation à Vienne contre l'extrême droite a rassemblé au moins 150 000 personnes

« Ce gouvernement ne tiendra pas »



Comme le répètent les slogans sur les calicots qui s'agitent au-dessus de la foule, « l'autre Autriche » a fait la preuve de sa force. (Photo Martin Gned/AP)

Wolfgang Schüssel :

« C'est moi le chancelier, pas Haider »

Wolfgang Schüssel, le nouveau chancelier autrichien, a fait scandale parce qu'il a changé d'allié. Patron du parti conservateur ÖVP, il a maintenant pour partenaire Jörg Haider, le chef du parti d'extrême droite FPÖ. Auparavant, Schüssel était le numéro



l'Union européenne de céder à la tentation d'alliances avec l'extrême droite. Quelle est votre réponse ? Je comprends l'inquiétude des Européens. Mais alors organisons une procédure pour traiter

droite. La police, elle, affirme n'avoir comptabilisé que 150 000 personnes.

Vienne :

de notre envoyé spécial

Ils sont venus, ils sont tous là. Les étudiants des universités de Vienne, des provinciaux accourus des coins les plus reculés de l'Autriche, beaucoup de jeunes, beaucoup de femmes, l'ancien chancelier socialiste Viktor Klima et, bien sûr, le gratin de Saint-Germain-des-Près, Michel Piccoli, Bernard-Henri Lévy et Harlem Désir.

La manifestation contre Haider est un succès. Comme le répètent les slogans sur les calicots qui s'agitent au-dessus de la foule, « l'autre Autriche » a fait la preuve de sa force. « Ce gouvernement va tomber », prédit Anton Weiz, un ouvrier de 36 ans. Je n'aime pas Haider, mais le chancelier Schüssel est encore pire. Ils ne pourront pas garder le pouvoir.

Selon les organisateurs, la manifestation a rassemblé 300 000 personnes. C'est la plus importante depuis le défilé antiradiste de 1993 déjà décliné par les dérapages verbaux du chef de l'extrême

magne annexa une Autriche consentante.

Un premier orateur s'écrit : « Nous sommes ici parce que nous voulons pouvoir nous regarder dans notre miroir. » Puis c'est le tour de Bernard-Henri Lévy : « Nous voulons dire aux Autrichiens qu'ils ne sont pas seuls. »

Tout enflammée par les propos du philosophe, Inge Aumann, une petite étudiante de Salzbourg, s'enflamme : « Aujourd'hui, c'est merveilleux de vivre. Je n'imaginais pas qu'il

Il n'y a plus de conflit entre les vieux soixante-huitards et la génération d'Internet

pouvait y avoir des manifestations aussi intelligentes. »

Encore Inge n'a-t-elle pas rencontré Beate Klarsfeld qui, avec son mari Serge, s'est rendu célèbre en faisant la chasse aux criminels de guerre. M^{me} Klarsfeld est accompagnée de son fils Arno, l'avocat qui plaida à Bordeaux contre Maurice Pa-

Margit Schmidt qui, à 59 ans, est une « vétérane » du socialisme puisqu'elle fut la secrétaire du chancelier Bruno Kreisky, sourit : « Kreisky aurait adoré cette manifestation. Des slogans que l'établissement social-démocrate craignait totalement passés de mode sont soudain repris par la jeunesse. »

Gertraud Jesserer, une des vedettes du théâtre national autrichien, le Burg Theater, renchérit : « Il n'y a plus de conflit entre les vieux soixante-huitards et la génération d'Internet. Nous voulons tous la même chose : nous voulons être à nouveau fiers de l'Autriche. »

Serrée dans un loden vert, Thérèse Bachner, une dame très BCBG, remarque : « Je croquis que cette manifestation attirerait plus de diapos. » Elle applaudit comme une folle quand Michel Piccoli apparaît sur l'écran : « Je n'étais venu que pour lui. » L'acteur crie : « Résistance ». D'une seule voix, Thérèse et ses cent mille voisins reprennent en allemand : « Widerstand ! »

Mais, quelques heures plus tard, dans le hall de notre hôtel sur le Ring, le grand boulevard circulaire, un vieux monsieur bougonne devant la télévision qui repasse les images de la manifestation : « Haider n'a tué personne et tout le monde le critique. Poutine a les mains tachées du sang des Tchétchènes et tous les gouvernements lui font la cour. »

Ch. L.

avec Barbara Taubir

20 000 manifestants en France

Environ 20 000 personnes ont défilé samedi après-midi à Paris et en province, généralement sans incident, contre Jörg Haider et pour soutenir les « démocrates autrichiens » qui manifestent au même moment à Vienne. Une dizaine de milliers de personnes - 9 000 selon la police - ont battu le pavé à Paris. À l'appel du Comité national de vigilance contre l'extrême droite, qui coordonne une cinquantaine d'organisations de gauche

et d'extrême gauche, notamment le Parti socialiste, le PCF et les Verts, membres de la majorité plurielle. Observant les consignes de Lionel Jospin, aucun ministre n'avait pris part au défilé. Mais le PS était représenté par son premier secrétaire François Hollande, le président de la Commission des Affaires étrangères de l'Assemblée nationale, Jack Lang, et le sénateur de Paris, Bertrand Delanoë.

ou autres d'extrême droite

Wolfgang Schäussel : « C'est moi le chancelier, pas Haider »

Wolfgang Schäussel, le nouveau chancelier autrichien, a fait scandale parce qu'il a changé d'allié. Patron du parti conservateur ÖVP, il a maintenant pour partenaire Jörg Haider, le chef du parti d'extrême droite FPÖ. Auparavant, Schäussel était le numéro deux d'un gouvernement de coalition dirigé par les sociaux-démocrates du SPÖ.

Propos recueillis à Vienne
par Charles Lambroschini

LE FIGARO. – Selon les organisateurs, il n'y a pas eu d'aussi grande manifestation à Vienne depuis celle qui avait accueilli Hitler après l'Anschluss. Quelle est votre réponse à tous ces manifestants qui sont venus dénoncer votre alliance avec Haider ?

Wolfgang SCHÄUSSSEL. – Nous sommes loin du score de Hitler qui, malheureusement, avait attiré un million de personnes sur la place des Héros. Et puis cette comparaison est ridicule. La situation n'a rien à voir avec les années trente. Aujourd'hui, l'Autriche est une nation membre de la famille européenne. Il est donc hors de propos d'imaginer un combat entre les forces du mal et les forces de la lumière. Comme les élections l'ont montré, la majorité de la population nous soutient. Elle voit dans ce gouvernement, qui a rompu avec trente ans de danger mais la chance d'un vrai changement. Il est normal que les gens soient désorientés puisque leurs repères et leurs habitudes ont été bousculés. Mais telle est la loi de la démocratie, mon parti conservateur a connu seize ans d'opposition. Aujourd'hui, c'est le tour des sociaux-démocrates. Ce n'est pas la fin du monde ; c'est un nouveau début.

Est-ce là votre seul message aux manifestants ?

Voici ce que je veux encore leur dire : « Je comprends vos inquiétudes. Vous rejetez la xénophobie et la rhétorique anti-européenne. Eh bien je suis d'accord avec vous. Je vous garantis qu'il n'y a rien de tout cela dans mon programme : mon gouvernement ne trahira ni la démocratie ni l'Europe, et il se battra toujours contre le racisme. » Sur ce dernier point, je tiens à souligner que j'ai refusé de prendre comme ministre le chef du FPÖ viennois, du fait justement de ses déclarations xénophobes. Aujourd'hui, mon seul objectif est d'apaiser toutes les émotions qui se sont exprimées. Je veux que

l'Autriche inspire la confiance par sa stabilité et sa prospérité.

Devant l'ampleur des protestations, ne regrettez-vous pas votre accord avec Haider ?

Sûrement pas. Ce ne sont pas des défilés dans la rue qui remettront en question le verdict de la démocratie. Les socialistes n'ont qu'à s'en prendre à eux-mêmes : s'ils avaient accepté le « contrat » de 110 pages que nous avions négocié avec eux pendant trois mois, j'aurais été parfaitement satisfait de reprendre mes fonctions de ministre des Affaires étrangères. Mais, sous la pression des syndicats, la direction du parti a fait marche arrière.

A en croire vos anciens amis socialistes, vous aviez trop envie d'être chancelier pour trouver un compromis avec eux. Selon eux, en vous ralliant à Haider, vous avez seulement obéi à votre ambition personnelle.

C'est faux. Ce sont les socialistes qui ne m'ont pas laissé le choix. D'ailleurs, si je ne m'étais pas entendu avec Haider, le résultat aurait été un désastre : pour le parti socialiste comme pour mon parti. Il aurait fallu organiser de nouvelles élections et elles auraient été gagnées par Haider.

Comment expliquez-vous que, lors du scrutin du 9 octobre 1999, les électeurs autrichiens, d'habitude si prudents, aient choisi l'aventure en donnant un tiers des voix à Haider ?

Les Autrichiens sont parfaitement conscients des vertus de l'ancien système du partenariat social. Celui-ci nous a donné une économie performante et le calme social sans grèves et sans conflits. Mais les Autrichiens en avaient assez de l'immobilisme,

« Ce ne sont pas des défilés dans la rue qui remettront en question le verdict de la démocratie »

ils voulaient respirer un air plus frais. Mon gouvernement va faire les réformes nécessaires qu'il s'agisse des retraites, de la réduction de la dette ou de la modernisation des lois régissant l'entreprise. Mais les Autrichiens n'ont aucune raison d'avoir peur. Mon gouvernement pratiquera une politique de continuité : 90 % de mon programme avec Haider étaient déjà contenus dans le programme négocié avec les socialistes.

Vos partenaires européens vous ont-ils prévenu des sanctions qui frapperaient l'Autriche si vous persistiez



Wolfgang Schäussel.
(Photo Appelt/Anzenberger.)

dans votre projet de coalition avec l'extrême droite ?

J'ai été pris par surprise. Lorsque j'étais ministre des Affaires étrangères, j'ai participé aux discussions des Quinze sur la Yougoslavie : pour décider la moindre petite sanction contre la Serbie, il fallait six mois. Mais, contre l'Autriche, un membre de la famille européenne, tout a été fait en six jours : sans aucune transparence, sans aucune négociation.

En voulez-vous à Jacques Chirac d'avoir pris une position en flèche contre votre coalition ?

Jacques Chirac est un homme politique remarquable. Mais je crois qu'il a été mal informé par des sources en Autriche et à l'étranger.

Faites-vous allusion à votre président de la République, Klesstil, qui, à en croire la rumeur de Vienne, aurait poussé les Européens à choisir le durcissement ?

Beaucoup d'informations ont circulé dans tous les sens. Mais je ne suis pas un détective.

Avez-vous trouvé le ton de Jacques Chirac excessif ?

Tout cela c'est le passé, in-

utile de regretter le lait renversé. Lorsque le président français a repris les essais nucléaires, les sociaux-démocrates avaient exprimé un jugement très sévère. Moi aussi j'étais contre les essais mais j'avais pris la défense de Jacques Chirac parce que je pensais que les critiques ne devaient pas exclure le dialogue. Il y a un ton européen, une modération dans l'expression qui est le propre de notre famille européenne.

Dans votre entourage on a accusé l'Europe d'avoir délibérément exploité le cas autrichien pour dissuader d'autres membres de

l'Union européenne de céder à la tentation d'alliances avec l'extrême droite. Quelle est votre réponse ?

Je comprends l'inquiétude des Européens. Mais alors organisons une procédure pour traiter ce genre d'hypothèses. L'Union européenne ne vit-elle pas sous le règne de la loi ? Il ne peut pas y avoir de double langage. Nos partenaires condamnent l'Autriche mais serrent la main du président du Congo, un pays qui a été ravagé par la guerre civile, et invitent Kadhafi à Bruxelles. On dialogue avec la Russie, malgré la Tchétchénie, mais pas avec l'Autriche. Je suis tout à fait partisan de parler avec la Russie ou avec l'Iran. Les Européens n'ont donc pas le droit de refuser le dialogue dans leur propre famille. Tout ce que je demande à nos partenaires, c'est qu'ils écoutent l'Autriche.

Etes-vous tenté de riposter en bloquant le fonctionnement de l'Union européenne puisque toute décision doit se prendre à l'unanimité ?

Là aussi, j'ai été très clair. Je veux le dialogue pas le coup de force. Avec Haider, nous avons signé une déclaration commune qui cherchait à répondre aux inquiétudes de nos amis européens. Un exemple : mon gouvernement ne changera rien à l'engagement de l'Autriche en faveur de l'élargissement de l'Europe. Parce que je l'avais exigé, c'est au contraire le FPÖ qui, sur ce point précis, a changé sa plate-forme politique. Quant à l'immigration, ne vous référez pas à ce que Haider a pu dire dans le passé mais à ce qu'il a signé. J'ajouterai que Haider, à lui tout seul, ne peut imposer de veto sur rien. C'est moi le chancelier, pas lui.

Il n'empêche que votre allié continue de multiplier les dérapages verbaux. Ne pouvez-vous pas lui fermer la bouche ?

Il est impossible de demander à un homme politique de se taire. Il n'a pas d'autre arme que les mots. Je crois que Haider a changé. Il est devenu plus sérieux, plus responsable. Il sait que son FPÖ est sorti d'une opposition chronique pour devenir un parti de gouvernement. Il fera tout pour ne pas gâcher cette chance historique.

Vous avez dit que vous étiez tout à fait capable de rester en selle sur le tigre Haider. Mais ne craignez-vous pas que ce tigre ne finisse par vous manger ?

J'en ai fini avec les comparaisons animales. Il n'y a plus de tigre ni de cavalier. Haider et moi nous sommes des partenaires.

Le Figaro, 21.2.2000, S. 5.

AUTRICHE Une démission accueillie avec scepticisme dans les capitales occidentales

Le faux départ de Jörg Haider

Baudouin Bollhaert

Pour Wolfgang Schüssel, la démission de Jörg Haider de la présidence du parti des libéraux (FPÖ), lundi soir, est un « signal de détente au niveau national et international ». Le chancelier conservateur autrichien ne pense pas qu'il s'agisse d'un « jeu » ou d'une « tactique ». Il y voit plutôt une « offre sérieuse pour alléger la pression sur le gouvernement ».

L'ennui est que M. Schüssel est le seul, ou presque, de cet avis. A Paris, Londres ou Berlin, on minimise la portée de cette décision, et le chef de la diplomatie belge la considère même comme « une manœuvre pour amadouer les capitales occidentales ». Si, à Washington, le département d'Etat a parlé d'« un pas dans la bonne direction », Bill Clinton a demandé

au FPÖ de renoncer à l'« intolérance ». L'ambassadeur d'Israël, lui, ne rentrera pas à Vienne. Bref, la prudence et le scepticisme dominent.

La réaction de la présidence du Parlement européen, Nicole Fontaine, résume assez bien l'opinion générale : « L'avenir dira s'il ne s'agit que d'une habileté politique ou si cette démission est un premier effet positif de la prise de conscience d'une fraction importante de l'opinion publique autrichienne et de la pression morale exercée par les partenaires européens de l'Autriche et par les institutions communautaires. Seuls les actes compteront, et la vigilance demeure donc de règle ».

Les quatorze partenaires de l'Autriche ont maintenu, en tout cas, le « gel » de leurs relations bilatérales avec Vienne. « Ce qui est en cause », a déclaré hier Antonio Guterres, le premier mi-

nistre portugais, dont le pays assure la présidence de l'Union, « ce n'est pas la personnalité de Jörg Haider, mais la position de son parti ».

A Paris, la porte-parole du Quai d'Orsay, Anne Gazeau-Secret, a expliqué que la démission de Haider ne modifiait ni l'« appréciation » portée par la France sur la coalition au pou-

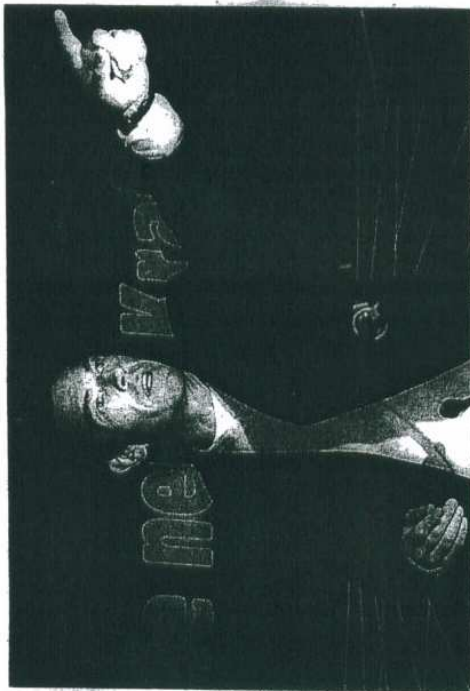
voir à Vienne ni sa « position » vis-à-vis de celle-ci. Quant aux mesures décidées par les Quatorze, a-t-elle ajouté, elles « s'adressent au gouvernement en tant que tel et non à la personne de M. Haider ».

Jörg Haider s'est retiré, lundi soir, de la présidence d'un parti qu'il dirigeait d'une main de fer depuis quatorze ans pour, officiellement, ne pas jouer le rôle d'un « chancelier de l'ombre » dans un gouvernement sous influence dont les ministres FPÖ ne seraient que des « marionnettes ». Il veut en quelque sorte se libérer de sa tuelle. Beau dévouement. Mais, s'il a remis la présidence du FPÖ à Suzanne Riess-Passer, vice-chancelier de l'actuel gouvernement de coalition, il n'a pas l'intention d'abandonner la politique. Au contraire ! En prenant du recul, il va bénéficier d'une liberté de parole encore accrue. Et, tout en se reconstruisant son rôle de gouverneur de Carinthie, il n'en ventera pas moins de briguer la chancellerie aux prochaines élections... Comme l'a dit hier l'un des

chefs de file des sociaux-démocrates autrichiens, Alfred Gusenbauer, Haider se laisse les mains libres pour critiquer le gouvernement et se présenter, le cas échéant, en « sauveur de la patrie » aux futures législatives. Jörg Haider, l'homme du recours ? L'éditorialisme du journal populaire *Kronen Zeitung* l'a comparé au général de Gaulle se retirant à Colombey pour mieux rebondir.

A cinquante ans, ce leader populiste, qui a percé en politique avec des slogans tels que « L'Autriche d'abord » ou « Halte à l'immigration », a montré une fois encore qu'il était passé maître dans l'art du contre-pied.

Mais son ressentiment envers la France, qui vient de suspendre ses programmes de recherche avec Vienne, ne change pas. « Elle veut imposer sa primauté en Europe », a-t-il dit hier dans une interview. Jörg Haider a aussi de la rancune...



Jörg Haider a montré une fois encore qu'il était passé maître dans l'art du contre-pied. (Photo Hans Klaus Tech/AFP)

Europe - Autriche : premier bilan

Près de cinq mois après l'imposition de «sanctions» à l'encontre de l'Autriche de Haider par les 14 autres membres de l'Union, est-il possible de dresser un premier bilan, sinon de leur efficacité – les sanctions sont largement symboliques –, tout du moins de leur impact sur la société autrichienne?

Côté positif, l'Autriche est devenue une société de débats permanents. Blessés dans leur orgueil, éprouvant un vif sentiment d'injustice, les Autrichiens se livrent enfin à une quête introspective d'eux-mêmes, qui vise tout autant leur passé que leur présent. Jamais sans doute, au cours de l'histoire récente de l'Autriche, les artistes et les intellectuels ne se seront exprimés aussi fréquemment et avec autant de passion. L'Union a donc contraint l'Autriche à faire preuve de plus de transparence à l'égard de son passé et d'interrogation à l'égard de son présent.

Pour autant, rien n'est résolu: la coalition au pouvoir est toujours fermement en place, et les Autrichiens se sentent, dans leur ensemble, plus comme des victimes que comme des coupables. L'ancien empire des Habsbourg revit douloureusement la réduction brutale de son statut international et attribue à sa taille réduite

la sévérité du traitement qui lui est infligé. A Vienne, on répète à l'envi que, dans des circonstances équivalentes, l'Allemagne n'aurait pas été punie ainsi, et que, demain, l'Italie serait sans doute traitée avec plus de circonspection, si l'extrême droite parvenait également au pouvoir dans un gouvernement de coalition.

A travers l'Autriche, c'est un exemple et un avertissement que les membres de l'Union européenne ont voulu donner. Et il est plus facile de le faire à l'encontre d'un petit pays. Mais si ces sanctions qui blessent davantage l'amour-propre que les intérêts de l'Autriche sont partiellement injustes, elles n'en sont pas moins parfaitement légitimes.

Pourquoi les Autrichiens se comportent-ils toujours un peu comme les Japonais de l'Europe? Pourquoi ont-ils tant de mal à «dire pardon», à s'excuser auprès de ceux qu'ils ont pu blesser hier et offenser aujourd'hui? L'Autriche n'est certes pas l'Allemagne, mais aucun homme d'État autrichien n'a eu la grandeur et la générosité de Willy Brandt ou de Richard Von Weizacker. Si l'Autriche est traitée aujourd'hui avec tant de méfiance, c'est aussi parce que les souvenirs du président Waldheim, l'homme qui a menti aux Autrichiens, et sans doute

à lui-même sur son propre passé, sont toujours présents à notre esprit.

Comment sortir de la crise actuelle? Existe-t-il une stratégie, élégante et morale à la fois, qui nous permette de rester fidèles à nos principes, sans risquer de remettre en cause le fonctionnement de l'Union? Les Autrichiens sentent bien que, face à eux, l'unité de l'Union européenne n'est que de façade. Pourtant, il est exclu que la présidence française voie une levée des sanctions. La décision des Quatorze de nommer trois «Sages» pour examiner la situation des droits de l'homme dans le pays divise le gouvernement autrichien: les conservateurs l'ont saluée, l'extrême droite la juge inacceptable.

Une solution pourrait passer par la signature solennelle par tous les États membres de l'Union, y compris l'Autriche, de la Charte que de nombreux gouvernements européens perçoivent comme le préambule d'une future Constitution européenne. Cela suppose que l'Autriche prenne son mal en patience et commence à traiter ouvertement de son passé et de son rapport à «l'autre».

(*) Directeur adjoint de l'Ifri (Institut français des relations internationales).

Ouest-France, 30.6.2000, S. 1.

AUTRICHE Les trois « sages » de l'Union européenne préconisent la levée des sanctions

Le rapport qui blanchit Vienne

Pierre Bocev

A New York, jeudi, Jacques Chirac s'était encore félicité de ce que les « trois sages » chargés d'évaluer le caractère démocratique du gouvernement autrichien aient « tenu à ce qu'il n'y ait aucune fuite ». Et pourtant, le temps de revenir à Paris pour recevoir leur rapport, le texte en était sur la place publique, quelque dizaines de pages disponibles sur le site Internet de la radiotélévision autrichienne ORF, en espagnol...

L'origine de la fuite de ce qui a été présenté comme une simple « version préliminaire » du rapport ? Elle demeure en principe inconnue, mais dans la mesure où l'un des « sages », l'ancien commissaire européen Marcelino Oreja, est espagnol, les regards ne se tournent pas nécessairement vers les deux

ment des institutions européennes.

Malgré toute sa prudence, le trio des « sages » n'est guère flatteur dans son évaluation des sanctions. Il ne se prononce certes pas sur la « nature juridique » des sanctions, qui a été contestée par Vienne, mais aussi par plusieurs pays de l'Union européenne. Il va même jusqu'à dire qu'elles ont « renforcé la sensibilisation sur l'importance des valeurs européennes communes ». Mais au-delà de ces amabilités, le verdict ne saurait être plus clair : le maintien de la quarantaine « serait contre-productif, et c'est pourquoi il faudrait y mettre un terme ». On imagine mal les « Quatorze » ne pas suivre cette voie.

Les « sages » avaient pour mission d'examiner les actions du gouvernement de coalition à l'aune de valeurs européennes comme le rejet de la xénophobie, du racisme ou encore la politique d'immigration.

Le respect de ces principes par Vienne, constatent-ils après un « examen détaillé »,

La quarantaine politique avait été imposée fin janvier

autres, l'ex-président finlandais Martti Ahtisaari et le constitutionnaliste allemand Jochen Frowein.

Intitulé dans la plus pure langue de bois « Sur certains aspects de la situation en Autriche », ce rapport devrait signifier à brève échéance la fin de l'ostracisme décrété il y a sept mois contre Vienne par ses quatorze partenaires de l'Union européenne. Jacques Chirac, récipiendaire en sa qualité de président en exercice des Quinze, l'a transmis hier soir aux autres capitales, et la levée des sanctions ne devrait pas tarder.

La quarantaine politique avait été imposée fin janvier, quatre jours avant la formation du gouvernement autrichien, une coalition des conservateurs du chancelier Wolfgang Schüssel et du FPÖ de Jörg Haider.

Les « mesures », car tel a toujours été le terme officiel, ne concernaient en principe que les relations bilatérales entre les « Quatorze » et Vienne, mais elles ont également pesé sur le fonctionne-

n'est « pas inférieure » à ce qui se passe dans d'autres États de l'Union. Vire. Il est « supérieur » pour ce qui est du traitement des minorités nationales.

Le second aspect à examiner était plus délicat : c'est sur la « nature politique du FPÖ » que les « sages » devaient se pencher. Leur conclusion : la formation dominée par Jörg Haider est un « parti populiste de droite comportant des éléments d'extrême droite ». Il a fait appel, au cours de campagnes électorales, à des « sentiments xénophobes », et de ce fait « banalisé » les ressentiments à l'égard des étrangers.

Cette description est critique, mais les auteurs du rapport refusent de faire leur analyse maximaliste, faite notamment en France et en Belgique, selon laquelle le FPÖ est tout simplement un « parti d'extrême droite ». D'autant, relèvent-ils, qu'il n'est « pas exclu qu'apparaissent à l'avenir de nouveaux courants centristes » au sein du parti.

Le rapport ne contient



Les trois « sages », Marcelino Oreja, Martti Ahtisaari et Jochen Frowein, se sont rendus hier à l'Élysée pour remettre leur rapport à Jacques Chirac, président en exercice des Quinze. (Photo Jack Dadgar/Reuters.)

qu'une seule « recommandation » : les Quinze seraient bien avisés d'introduire dans le traité une clause qui permettrait de gérer des problèmes similaires dans les pays membres en amont, grâce à un dialogue, et sans les laisser dégénérer comme dans le cas de l'Autriche.

Cette idée d'un mécanisme de prévention avait pour la première fois été évoquée par

le commissaire européen Michel Barnier, et elle a depuis fait l'objet d'initiatives belge et autrichienne au sein de la « conférence intergouvernementale » qui doit réviser le traité d'Amsterdam.

Tout donne ainsi à penser que la page sera rapidement tournée.

Même Paris et Bruxelles, où les réactions anti-autrichiennes ont été parmi les plus

vives, ne pourront pas faire fi des conclusions tirées par les « sages ».

Quant aux autres capitales, elles auront maintenu jusqu'à la fin la cohésion du front du refus, mais pour beaucoup avec un enthousiasme fléchissant.

La levée des sanctions devrait en tout cas intervenir à temps pour le référendum sur l'euro qui se tient le 28 sep-

tembre au Danemark et se joue sur des marges minimes. Ce n'est pas sans importance, car l'opinion publique à Copenhague a dès le début mal pris le traitement des Autrichiens, assimilé à une ingérence pure et simple de l'Europe.

Mais des séquelles persisteront. Les Autrichiens ne sont pas près d'oublier, par exemple, que Louis Michel, le ministre belge des Affaires étrangères, avait publiquement déconseillé à ses compatriotes d'aller faire du ski dans leurs Alpes.

Et beaucoup attendent avec impatience le résultat des élections italiennes, convaincus qu'en cas de victoire des Berlusconi et autres Fini le gouvernement romain serait mieux traité par ses pairs que la coalition viennoise.

Satisfaction autrichienne

Le chancelier autrichien Wolfgang Schüssel a appelé hier soir les 14 partenaires européens de Vienne à suivre « maintenant très rapidement les conseils du rapport » des trois « sages », qui se sont prononcés pour une levée des sanctions imposées par l'UE à son pays. « Je suis fier de l'évaluation » faite par les trois « sages », a dit le chancelier devant la presse. Il s'est déclaré « heureux que nous ayons pris notre travail très au sérieux et que notre gouvernement soit confirmé ». Le vice-chancelier et président du parti d'extrême droite FPÖ, Susanne Riess-Passer, a également souhaité « une levée entière des

sanctions ». Elle a estimé que le rapport prouvait que toute assimilation du FPÖ à une formation « fasciste ou radicale » était fautive. Le ministre des Affaires étrangères, Benita Ferrero-Waldner, s'est félicitée de la teneur du rapport et a demandé que les sanctions soient levées avant le Conseil européen de Biarritz prévu les 13 et 14 octobre. Pour l'homme fort de l'extrême droite Jörg Haider, ce rapport va permettre la fin du « traitement incroyable » infligé à l'Autriche. Il a en outre assuré que le projet de consultation populaire serait maintenu « si les sanctions n'étaient pas levées ».

* Le rapport des trois « sages » peut être consulté sur les sites Internet suivants : www.elysee.fr - www.premier-ministre.gouv.fr - www.diplomatie.gouv.fr

Le Figaro, 9./10.9.2000, S. 4.

La levée des sanctions contre l'Autriche est imminente

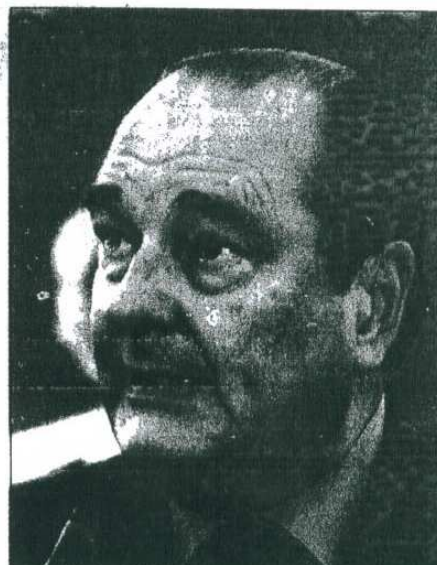
L'Union européenne va absoudre Vienne

Après le rapport des Sages, qui juge le comportement du gouvernement autrichien conforme aux règles européennes en dépit de la participation du parti populiste de Jörg Haider, l'Union européenne s'apprête à lever les sanctions contre Vienne.

Après sept mois de pénitence symbolique, l'Autriche s'apprête à retrouver une place normale parmi les Quinze. La levée des sanctions bilatérales imposées jusqu'alors par les autres pays membres de l'Union est «une question d'heures ou de jours», a précisé, hier, Pierre Moscovici, ministre français des affaires européennes.

«Habiller» l'annonce

Paris n'a pas le choix. Le rapport des trois Sages chargés d'évaluer la situation politique en Autriche a été remis vendredi à Jacques Chirac, président en exercice de l'Union européenne. Il conclut que les sanctions devraient «prendre fin» car elles risquent de «devenir nuisibles». La plupart des gouvernements ont fait savoir qu'ils étaient favorables à cette issue. Celui du Danemark, qui redoute un résultat négatif lors du référendum imminent sur l'euro, se dit prêt à une levée unilatérale des mesures d'ostracisme contre l'Autriche. Avec une évidente réticence, la France, qui s'était montrée – avec la Belgique – la plus intransigeante contre Vienne, mais qui doit se conformer à son rôle de présidente, se pliera au vœu majoritaire. «Nous tiendrons le plus grand compte de ce qui se dégage un peu partout», a assuré Pierre Moscovici.



Les sanctions prises après l'arrivée de l'extrême droite au gouvernement autrichien devraient être levées. Jörg Haider exulte et sort une nouvelle fois ses griffes contre Jacques Chirac, l'un des politiques les plus hostiles aux idées véhiculées par le FPÖ.

Selon le ministre, Paris consulte ses partenaires sur trois questions «de nature différente»: «Faut-il lever les mesures, oui ou non? Comment exercer la vigilance qu'implique la nature particulière de ce parti (le FPÖ de Jörg Haider)? Doit-on engager une réflexion à quinze sur un mécanisme de surveillance propre à l'Union européenne?»

Pour la France, il ne saurait être question de lever les sanctions et de tourner la page. Le rapport des Sages, a rappelé Pierre Moscovici,

présente le FPÖ comme «un parti populiste de droite aux orientations extrémistes dont l'évolution demeure incertaine». Ces critiques devraient servir à «habiller» l'annonce de la levée des sanctions. Le ministre français estime d'ores et déjà que ces dernières ont été «utiles».

A Vienne, le chancelier Wolfgang Schüssel, dont l'action obtient un satisfait de la part des Sages, manifeste son impatience. Le président social-démocrate Thomas Klestil aussi: «Il n'a fallu qu'un jour

pour imposer les sanctions; un seul devrait être suffisant pour les lever.» Quant à Jörg Haider, l'homme par qui le scandale est arrivé, il exulte. Il fait patte de velours à l'égard des rapporteurs, se disant décidé à prendre «très au sérieux» leurs critiques. Il sort une nouvelle fois ses griffes contre Jacques Chirac: «Les Napoléon finissent toujours à Waterloo.» Des attaques que Pierre Moscovici juge «totalement déplacées».

Joseph LIMAGNE.

Onze mois de défiance

● **Le 3 octobre 1999**, le Parti de «la liberté» (FPÖ) de Jörg Haider devient la deuxième formation politique d'Autriche. A l'issue des législatives, le parti populiste d'extrême droite obtient 26,9% des voix, derrière les sociaux-démocrates (SPÖ) du chancelier Viktor Klima (33,1%). Le FPÖ devance même de 415 petites voix les conservateurs (ÖVP) de Wolfgang Schüssel.

● **Le 21 janvier 2000**, les négociations pour reconduire la coalition droite-gauche (SPÖ-ÖVP) échouent définitivement. Viktor Klima renonce à son poste de chancelier.

● **Le 1^{er} février**, devant une Europe consternée, Wolfgang Schüssel et Jörg Haider annoncent la

conclusion d'un pacte de gouvernement. Schüssel devient chancelier, Susanne Riess-Passer (FPÖ) devient vice-chancelière. Jörg Haider préfère rester dans l'ombre et choisit de ne pas exercer de fonction gouvernementale.

● **Le 4 février**, les quatorze partenaires européens de l'Autriche réagissent. Tous les contacts bilatéraux officiels sont suspendus, de même que le soutien à tous les Autrichiens candidats à des postes dans les organisations internationales. En revanche, l'Autriche n'est pas exclue du Conseil européen. Les représentants du gouvernement autrichien «boycottés», y compris les ministres FPÖ, vont continuer à assister normalement aux réunions des Quinze.

● **Le 20 juin**, au sommet de Feira, malgré les tentatives de la présidence portugaise de trouver une issue à la crise, malgré les velléités d'une demi-douzaine de pays d'assouplir les sanctions, les partenaires de l'Autriche décident de «maintenir sous surveillance» leur partenaire. La France, la Belgique et, à un degré moindre, l'Allemagne sont les plus chauds partisans de la poursuite du boycottage.

● **Le 29 juin**, l'Union européenne confie à trois Sages (le Finlandais Martti Ahtisaari, l'Allemand Jochen Frowein et l'Espagnol Marcelino Oreja) le soin d'enquêter sur la situation des droits de l'homme en Autriche. Leur rapport doit servir de base à une décision

définitive sur la pérennité ou la levée des sanctions. Le chancelier Schüssel accepte de coopérer et de recevoir les Sages. Jörg Haider, les ministres FPÖ refusent.

● **Le 8 septembre**, les trois Sages remettent leur rapport à Jacques Chirac, président en exercice de l'Union européenne. Ils recommandent la levée des sanctions contre l'Autriche. «Le FPÖ a utilisé la xénophobie au cours de ses campagnes», écrivent les Sages, avant d'affirmer paradoxalement «leur conviction que le gouvernement autrichien est respectueux des valeurs communes européennes». Le rapport se permet même de qualifier les sanctions de «nuisibles» et conclut qu'elles «doivent par conséquent prendre fin».

Ouest-France, 12.9.2000, S. 3.

UNION EUROPÉENNE Bruxelles propose un « mécanisme préventif »

Les leçons de la crise autrichienne

Bruxelles :
Pierre Bocev

Mieux vaut tard que jamais. Huit mois après que Michel Barnier en eut pour la première fois parlé, la Commission européenne a adopté hier une proposition pour désamorcer de futures crises « à l'autrichienne », comme celle qui a opposé Vienne à ses 14 partenaires à propos de la participation du FPÖ (extrême-droite) au gouvernement autrichien.

Un tel « mécanisme préventif » suppose la modification du traité d'Amsterdam qui, en cas de « violation grave et persistante » des valeurs communes par une capitale, ne prévoit dans son état actuel aucune disposition intermédiaire entre le silence réprobateur et

l'imposition de sanctions lourdes, jusques et y compris la suspension du droit de vote au sein du Conseil des ministres.

La Commission propose de modifier cet article 7 du traité de manière à ce que le Conseil puisse constater, en amont des faits, la simple existence

raient adresser au gouvernement incriminé une « recommandation », et ce uniquement après l'avoir entendu sur les griefs, ce qui n'avait pas été le cas au moment de l'affaire autrichienne.

Cette idée sera soumise à la « conférence intergouvernementale »

(CIG) qui est chargée de réviser le traité et a déjà été saisie d'initiatives analogues par la Belgique et l'Autriche

« Il serait naïf de croire qu'un mécanisme juridique peut prévenir une situation politique »

de « la menace d'une violation des principes ». Les ministres se prononceraient à la majorité des deux tiers, sur proposition d'un tiers des Etats, du Parlement européen ou de la Commission. Ils pour-

Il est peu vraisemblable pourtant que cette initiative passe le cap de la CIG, soumise à la règle de l'unanimité. Outre l'Autriche dans le rôle du chat échaudé par l'eau froide, les trois pays du Benelux y sont certes favorables. Mais d'autres, comme le Danemark ou la Suède, redoutent toute ingérence de Bruxelles dans les affaires intérieures. Quant aux « grands » Etats membres, ils estiment, selon l'expression d'un ministre des Affaires étrangères, qu'il serait « naïf » de croire qu'un « mécanisme juridique peut prévenir une situation politique ».

Et, au niveau de l'inavouable, tout le monde semble redouter d'avoir un jour à traiter, par traité interposé, avec l'Italie de Bossi comme avec l'Autriche de Haider.

Zusammenfassung:

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Berichterstattung von *Le Figaro* und *Ouest-France* über Österreich während der Sanktionen der EU gegen die schwarz-blaue Regierung im Jahr 2000. Als Untersuchungszeitraum wurde die Zeit vom 17. Jänner bis zum 15. Oktober 2000 gewählt. Im Vordergrund der Sanktionen stand deren bilateraler Charakter, der sich nur auf die offiziellen Kontakte auf politischer Ebene bezog. Nichtsdestotrotz wurde die Zusammenarbeit mit Österreich(-ern) auch kritisch hinterfragt. Nach einer Darstellung der Besonderheiten des französischen Zeitungsmarktes sowie der Geschichte und Ausrichtung der untersuchten Tageszeitungen wird kurz auf den derzeitigen Forschungsstand eingegangen. Mit dem Vergleich der ältesten französischen Tageszeitung (*Le Figaro*) mit der im Ausland weitgehend unbekannten größten (*Ouest-France*) und der Vollerhebung aller im oben genannten Zeitraum erschienenen Artikel, wird Neuland betreten. Ein Überblick über die damaligen Ereignisse und die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich folgen. Danach wird auf die Geschichte der FPÖ eingegangen, von deren Entstehung bis hin zur Entwicklung der Partei unter Jörg Haider. Mögliche Gründe für den Erfolg der FPÖ werden ebenso thematisiert. Den Abschluss bildet ein Überblick über die Einordnung der FPÖ in rechtsextreme, radikale bzw. populistische Partei.

Der Hauptteil beschäftigt sich zunächst mit der Haltung des offiziellen Frankreich, also jener von Staatspräsident, Regierung, Parteien aber auch von Intellektuellen und Künstlern. Auffallend ist dabei, dass sowohl das linke, als auch das bürgerlich-konservative rechte Lager die Maßnahmen fast einhellig befürworten. Sie sind der Meinung, dass gegen einen Grundkonsens Westeuropas, die endgültige Ablehnung von Faschismus und Nazismus, verstoßen wurde. Chirac, in dessen Überlegungen wohl auch innenpolitische Gründe eine Rolle gespielt haben, übt durch seine frühe Reaktion auf die drohende Regierungsbeteiligung der FPÖ Druck auf die Linke aus, auch zu reagieren. Naturgemäße Gegner der Maßnahmen sind die Politiker des rechten Rands Le Pen und Mégret, aber auch die Souveränisten um Pasqua und de Villiers. Das intellektuelle Lager ist in der Österreichfrage gespalten, einerseits gibt es Leute, die jede Teilnahme an Veranstaltungen in Österreich ausschließen, andererseits tragen andere wesentlich zum Kulturleben bei, um, wie sie sagen, den „Widerstand“ in Österreich zu unterstützen.

Ein zahlenmäßiger Vergleich der Artikelanzahl zeigt, dass das Interesse an Österreich ausgesprochen groß ist, verdeutlicht durch die Österreichschlagzeilen auf Seite 1. Die Maßnahmen werden in *Le Figaro* meist klar abgelehnt. Es ist aber auch Platz für Befürworter der Sanktionen. Insgesamt bezieht der konservative *Figaro* jedoch eine von der Haltung

Chiracs und der großen Rechtsparteien überraschend deutlich abweichende Position. Der Blattlinie entsprechend bringt die Zeitung viel mehr Korrespondentenberichte aber auch Analysen im Wirtschaftsteil als *Ouest-France*. Diese wiederum versucht von Anfang an sehr sachlich über die Sanktionen zu berichten. Schon sehr früh wird dort auch auf den Widerstand in Österreich gegen die neue Regierung hingewiesen. Im Gegensatz zu anderen Zeitungen verwenden *Le Figaro* und *Ouest-France* kaum Karikaturen, sie setzen eher auf den Einsatz von Fotos. Durch die massive Präsenz von Fotos von Haider in den Medien, gepaart mit der häufigen Nennung seines Namens in Zusammenhang mit den Sanktionen, entstand in der französischen Öffentlichkeit der Eindruck, Haider sei Bundeskanzler oder übe zumindest eine wichtige Funktion in der Regierung aus. Es ist jedoch allgemein festzuhalten, dass beide Zeitungen sachlicher als andere Medien über die Lage in Österreich berichten. In den in *Le Figaro* erschienenen Leserbriefen wird großteils scharfe Kritik an den Sanktionen und der französischen Regierung geübt.

Österreich wird zur Referenz für andere Beiträge, andere rechtspopulistische Politiker oft mit Haider verglichen. Immer wiederkehrende Themenbereiche in den Zeitungen sind die NS-Zeit, die mangelnde Vergangenheitsbewältigung („Opferrolle“), die Affäre Waldheim und die lange Regierungszeit von SPÖ und ÖVP. Auffallend sind teils mangelnde Kenntnisse über Österreich, die zu vorschnellen Urteilen geführt haben. Das Ende der Berichterstattung fällt verglichen mit deren Beginn relativ knapp aus. Gastkommentare bzw. Interviews erscheinen in beiden Zeitungen. Überraschend ist, dass die Autoren der Gastkommentare bzw. die Interviewpartner durchwegs ältere Männer sind, und dass *Ouest-France* bei der Auswahl der Autoren objektiver vorgeht.

Im Schlussteil werden die historischen, gesellschaftlichen und europapolitischen Auswirkungen kurz analysiert. Das Vorgehen der EU zeigt auf, wie schwach das europäische Gemeinschaftsbewusstsein noch ist und wie stark nationale Interessen weiterhin dominieren. Der Ruf nach einer Grundrechtecharta wurde dadurch verstärkt, auch eine gemeinsame europäische Verfassung stand und steht seither verstärkt zur Debatte. Was Effizienz und Sinnhaftigkeit der Maßnahmen betrifft, herrscht auch heute noch keine Einigkeit unter Experten. Das primäre Ziel, nämlich die Verhinderung einer FPÖ-Regierungsbeteiligung wurde definitiv nicht erreicht. Ob die damit verbundene Warnung an andere rechtspopulistische Parteien und deren potenzielle Koalitionspartner auch angekommen ist, darf bezweifelt werden. Was bleibt ist ein schaler Beigeschmack und eine tiefgehende EU-Skepsis der Österreicher. Bewirkt haben die Sanktionen auf alle Fälle die Abänderung von Artikel 7 des EU-Vertrages, der nun um einen Maßnahmenkatalog erweitert wurde.

Lebenslauf:

persönliche Daten:

Name: Rainer Redl
Geburtsdatum und -ort: 8. April 1985, Linz

persönlicher Werdegang:

September 1991 – Juli 1995:	Volksschule Biesenfeld, Linz
September 1995 – Jänner 2002:	Europagymnasium Auhof, Linz, naturwissenschaftlicher Zweig
September – Juni 1998:	Miniolympiade-Kurs Mathematik
September 2001 – Juni 2003:	Olympiade-Kurs Französisch
Februar 2002 – August 2002:	Lycée Guillaume Budé, Paris
Oktober 2002 – Juni 2003:	Europagymnasium Auhof, Linz, naturwissenschaftlicher Zweig
März 2003:	Teilnahme am <i>United World Youth Council</i> , Oxford
Juni 2003:	mit Auszeichnung bestandene Matura
September 2003 – April 2004:	Präsenzdienst in Freistadt und Assistenzeinsatz in Berg

Seit Oktober 2004:	Lehramtsstudium für Mathematik und Französisch an der Universität Wien
November 2004:	Rhetorik-Seminar
April 2005:	Lateinergänzungsprüfung
Seit Oktober 2005:	Besuch von Rumänisch-Lehrveranstaltungen
Seit Oktober 2007:	Diplomstudium Romanistik Französisch
Mai 2008:	Teilnahme an einer Studienreise zur Situation des Französischen in Tunesien, organisiert vom Institut für Romanistik
Seit Oktober 2008:	Besuch von Spanisch-Lehrveranstaltungen
Jänner 2009:	Forschungsaufenthalt in Paris (<i>Bibliothèque nationale de France</i>)